Deutsches Reich und Volk

VICTORIA UNIVERSITY
3 1761 02798667 8

Ein nationales Handbuch

herausgegeben von

Alfred Geiser

DD
G277d

J. F. Lehmanns Verlag München.

DD
G277d

VICTORIA UNIVERSITY LIBRARY
TORONTO, ONTARIO

SOURCE:

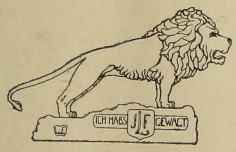
Deutsches Reich und Volk.

Ein nationales Handbuch.

Im Auftrage des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine Deutscher Studenten und mit Unterstützung anderer nationaler Verbände

herausgegeben von

Alfred Geiser.



München
J. F. Lehmanns Verlag
1906.

DD
G277d

31699
12-4-1921

Kgl. Hofbuchdruckerei Kaſtner & Callwey.

Vorwort.

Die Anregung zu diesem Handbuche ist aus dem Kyffhäuserverbande der Vereine Deutscher Studenten hervorgegangen. Die Herausgabe selbst ist dann aus den Kreisen anderer nationaler Körperschaften, besonders des Alldeutschen Verbandes nachdrücklich und dankenswert unterstützt worden; dies Verhältnis deutet auch das Titelblatt an. Dementsprechend gehören alle Mitarbeiter entweder den Kreisen der Alten Herren des Kyffhäuserverbandes oder in führender Stellung den verschiedenen sonstigen nationalen Verbänden an. Dadurch ist die gemeinsame nationale Anschauung und Grundstimmung, die alle Teile gleichmäßig durchzieht, von vornherein gegeben. Denn unser Bestreben war, nicht eine „Bürgerkunde" zu liefern zu den verschiedenen, schon vorhandenen Büchern dieser Art, sondern ein Handbuch des nationalen Wissens, all dessen, was notwendig ist zur Bildung des Urteiles auf den verschiedenen Gebieten des nationalen Gedankens. Somit wird zweifellos eine Lücke auf unserem Büchermarkt ausgefüllt. Wir sind uns freilich bewußt, Vollkommenes mit diesem ersten Wurfe noch nicht geschaffen zu haben. So war es leider unmöglich, das Deutschtum außerhalb des Reiches in allen seinen Teilen gleichmäßig zu behandeln. Insbesondere mußte die geplante Be-

arbeitung des Deutschtums in Rußland durch den Unterzeichneten im Hinblick auf die gegenwärtige gänzlich ungeklärte Lage dieses Deutschtums, dessen durch die Revolution gesteigerte starke Ab- und Rückwanderungsbewegung zurzeit sichere Angaben unmöglich macht, in dieser ersten Auflage unterbleiben. Was wir hier bieten, sind gewissermaßen erst Proben, die in einer nächsten Auflage bestimmt vervollständigt werden sollen. Aber wir hoffen, daß schon diese Aufsätze, aus der Feder von Sachverständigen, Freunde finden werden.

Im übrigen möge das Büchlein für sich selbst sprechen. Wir denken uns als Leser zunächst die Kreise der nationalen deutschen Jugend, der akademischen wie der nichtakademischen, deren großen Organisationen wir es zunächst zu freundlicher Beachtung empfehlen. Aber wir glauben, daß auch Angehörige der christlich-nationalen Arbeiterschaft und Mitglieder der nationalen Parteien darnach greifen werden, zum schnellen Nachschlagen etwa in Sitzung und Versammlung und zu eingehenderem Studium der modern-nationalen Gedanken und ihrer Anwendung. Die Literaturangaben, die überall angefügt sind, weisen dann den Weg zu weiterem.

Nicht besonders braucht hervorgehoben zu werden, daß im einzelnen jeder Mitarbeiter für seinen Beitrag selbst verantwortlich zeichnet, und daß der Herausgeber seine Aufgabe vor allem darin sah, die Gemeinsamkeit der großen Grundgedanken überall hervorleuchten und durchklingen zu lassen. Bei seiner Arbeit hat ihn der Herausgeber der „Akademischen Blätter", des Organs der Vereine Deutscher Studenten, Herr Dr. Otto Hötzsch in Berlin unterstützt. So möge das Buch seinen Weg machen im Dienste des deutschen Volkes und Vaterlandes. Und ihm seien als Geleitwort mitgegeben die Wahlsprüche der beiden Verbände, aus denen es in erster Linie her-

vorgeht, des Kyffhäuserverbands: „Mit Gott für Kaiser und Reich!“ und des Alldeutschen Verbands: „Gedenke, daß du ein Deutscher bist!“

Berlin, Pfingsten 1906.

Alfred Geiser,
Geschäftsführer des Alldeutschen Verbands, A. H. der Vereine Deutscher Studenten zu Tübingen, Berlin, Bonn.

Inhaltsverzeichnis.

I. Teil.

Nationaler Gedanke und nationale Politik.

Seite

Der nationale Gedanke. Von Professor Dr. Ernst Hasse, I. Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, Leipzig 3

Unsere auswärtige Politik. Von Dr. Hans Wendland, Chefredakteur der Danziger Allgemeinen Zeitung, Danzig 10

Ziele und Bedeutung der Kolonial- und Auswanderungspolitik. Von Generalleutnant z. D. E. v. Liebert, Berlin 20

Der Uebergang des Deutschen Reiches zur aktiven Kolonialpolitik. Von Professor Dr. Ernst Hasse, 29

Die Machtmittel des Reiches. I. Das Heer. II. Die Flotte. Von Generalmajor a. D. August Keim, Berlin 56

II. Teil.

Zur inneren deutsch-nationalen Politik.

Die Polenfrage. Von Dr. Hans Wendland, Chefredakteur der Danziger Allgemeinen Zeitung, Danzig 95

Die Dänenfrage. Von Amtsrichter Dr. Hahn, Vorsitzenden des deutschen Vereins für das nördliche Schleswig, Sonderburg 127

Die politischen Parteien im Deutschen Reiche. Von Dr. Friedrich Swart, Berlin 135

Seite

Nationales Vereins- und Zeitungswesen. Von Dr. Franz Winterstein, Kassel 169
Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband. Von Richard Döring, Hamburg 190
Der Ultramontanismus. Von Archivdirektor Dr. Ernst Hauviller, Kolmar 194

III. Teil.

Vom Deutschtum im Auslande.

Die Volkszahl der Deutschen. Von Professor Paul Langhans, Gotha 215
Das Deutschtum in Oesterreich-Ungarn. Von Paul Baecker, Redakteur der Deutschen Zeitung, Berlin 222
Das Deutschtum in Ungarn. Von Professor Lutz Korodi, Grunewald bei Berlin 240
Deutsche und Niederländer. Von Professor Dr. Paul Samassa, Grunewald bei Berlin 248
Schweiz. Von Bibliotheksvorstand Professor Dr. Theodor Längin, Karlsruhe 260
Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten. Von Dr. Otto Hötzsch, Berlin 271
Das Deutschtum in Mittel- und Südamerika. Von Dr. Wilhelm Wintzer, Chefredakteur der Frankfurter Oder-Zeitung, Frankfurt a/O. 282
Das Deutschtum in Australien und andern überseeischen Gebieten. Von Dr. Wilhelm Wintzer . . 296

Erſter Teil.

Nationaler Gedanke und nationale Politik.

Der nationale Gedanke.

Von Ernst Hasse.

Der nationale Gedanke ist ein Gefühl der Zusammengehörigkeit von Gruppen der Menschheit, ein Band, das solche Gruppen umschlingt, eine Scheidewand zwischen diesen Gruppen und, was das deutsche Volk anbelangt, eines seiner Hochziele, da bei dem deutschen Volke das, was zusammengehört, noch nicht endgültig vereinigt ist.

Die Hochziele der Menschheit und die Gruppen, in die sich die Menschen teilen, haben stets in gewissen Wechselwirkungen zueinander gestanden, da diese Dinge in unausgesetztem Flusse befindlich sind.

Wenn wir frühere Zeiten außer Betracht lassen und uns auf die Zeit seit der Reformation beschränken, so haben in diesem verhältnismäßig kurzen Zeitraum die Meinungen über dasjenige, was für die Menschen das Wünschenswerteste ist, was sie am lebhaftesten anzustreben haben und was sie am meisten untereinander vereint, oft gewechselt. Man hat dem Einzelmenschen im Individualismus besondere Beachtung geschenkt. Und man kann eigentlich schon von einem sozialen Gedanken sprechen überall da, wo man den Einzelmenschen überhaupt in den Hintergrund drängen und irgend eine der vielen Gruppierungen der Menschheit als das Wichtigere betrachten will. So nun, daß man die Familie

für das Wichtigste und für die Grundlagen aller höheren Gemeinschaften ansieht, sei es, daß Menschen gleichen Berufes und Standes sich, wie in den Zünften, zu voller Lebensgemeinschaft zusammenschließen, sei es, daß man in der politischen Gemeinde das höchste oder wenigstens das wichtigste Ziel des Zusammenschlusses der Menschen betrachtet und von da an aufsteigend umschichtig oder nacheinander den Gau, den Einzelstaat, den Großstaat oder das Reich zu schaffen beginnt und in seiner Liebe bevorzugt. Oft ist es die Religion gewesen und noch öfter waren es die einzelnen Glaubensbekenntnisse innerhalb der Religionsgemeinschaften, die als das Wichtigste angesehen wurden. Noch heute sind die Reste derartiger Anschauungen vorhanden in den strenggläubigen Kirchen der verschiedenen Bekenntnisse, ganz besonders in dem römisch-katholischen Glaubensbekenntnis, das die Zugehörigkeit zur Kirche hoch über die Zugehörigkeit zu einem Volkstum oder zu einem Staatstum stellt.

Andere Zeiten, andere Ziele.

Eine gewisse Reihenfolge in der Bevorzugung derartiger Hochziele kann insofern anerkannt werden, als seit der Reformation zunächst die kirchlichen Ideale menschheitsbeherrschend waren und als dann später der Staatsgedanke sich allmählich durchrang, freilich in der Verzweigung einerseits nach dem Gebietsstaate hin, andererseits nach dem Volksstaate hin. Aber eine reinliche zeitliche Abgrenzung ist niemals erfolgt.

Wenn dabei der kirchliche Gedanke des 16. und 17. Jahrhunderts und der mehr oder weniger mit den Kulturbestrebungen verknüpfte Menschheitsgedanke des 18. Jahrhunderts im 19. Jahrhundert durch den Nationalismus abgelöst worden sind, so finden wir auch noch im 20. Jahrhundert die aus jenem Grundgedanken abgeleiteten Hochziele gleichzeitig nebeneinander vertreten. Und merkwürdigerweise vertragen sich auch derartige Hochziele zum Teil miteinander. Nur wenige schließen sich gegen-

seitig aus. Der nationale Gedanke scheint uns nur unverträglich zu sein mit dem religiösen und kirchlichen Eifer früherer Jahrhunderte, aber er verträgt sich mit jeder Religion und jedem Glaubensbekenntnis. Er ist unverträglich mit dem Humanismus, Individualismus und Partikularismus; aber er verträgt sich auch mit dem Altruismus, ja sogar mit dem Sozialismus und nicht minder mit jeder Staatsform. Es kommt nur darauf an, ob die jeweiligen Weltanschauungen das eine Zusammengehörigkeitsgefühl mehr, das andere weniger betonen und welche Folgerungen eine Weltanschauung im öffentlichen Leben aus dem das Innere der Menschen beherrschenden Hochziele ableitet. Man kann geradezu behaupten, daß eine Weltanschauung durch die Rangordnung bestimmt wird, die die verschiedenen Hochziele der Menschen einnehmen.

Der Nationalismus nicht überlebt.

Oft hört man die Meinung aussprechen, der nationale Gedanke, der Nationalismus, sei eine überwundene Weltanschauung des 19. Jahrhunderts, getragen durch romanische und slavische Völker, nicht aber durch die Germanen und insbesondere die Deutschen. Wir Deutschen hätten die dringendere Aufgabe, in unserem Zusammenleben den Staatsgedanken zu betonen, der uns so fremd und uns doch so nötig sei. Vor allem aber sei der Nationalismus des 19. Jahrhunderts noch im Laufe desselben Jahrhunderts durch die Forderung des Rechtsstaates und heute durch den Sozialismus abgelöst. Letzterer verlange, in der Menschheit weniger die gemeinsame Kultur und die Unterschiede der Abstammung der einzelnen Gruppen in den Vordergrund zu rücken. Er fordere vielmehr den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt der großen Masse der Bevölkerung, ohne hierbei besonders auf die Unterschiede der Staatszusammengehörigkeit und der rassemäßigen Abstammung zu achten.

Wir wollen in alle Wege nicht die Bedeutung

des sozialen Gedankens im 20. Jahrhundert herabsetzen, ja wir gehen so weit, daß die Erreichung des nationalen Hochzieles durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortschritte der wichtigsten Gruppen der Menschheit bedingt wird. Aber wir glauben, daß der Nationalismus erst am Anfang und noch nicht am Ende seines Weges steht, schon deshalb, weil dieser Gedanke in der modernen Welt sich noch nicht voll ausgelebt hat. Und ehe dies nicht geschehen ist, kann kaum von einer Ablösung durch einen anderen vorherrschenden Gedanken die Rede sein.

Worin besteht nun der nationale Gedanke unserer Zeit und insbesondere bei dem deutschen Volke?

Er besteht in dem Bewußtsein, daß alles das, was durch rassemäßige Abstammung und durch Sprache zusammengehört, was gemeinsam eine geschichtliche Entwickelung durchgemacht hat, was gemeinsam eine Kultur geschaffen hat, und vor allem, was sich dieser Gemeinsamkeit lebhaft bewußt ist, auch in staatlichen Dingen zusammengehört.

Folgerungen. Die nationalen Hochziele des deutschen Volkes führen deshalb ohne weiteres zu der Forderung des deutschen Nationalstaates und zur Forderung eines Alldeutschtums. Diese beiden Dinge bedeuten freilich nicht dasselbe, oder wenn man will, sie brauchen zu ihrer Verwirklichung nicht dasselbe zu bedeuten.

Der Nationalstaat baut sich auf ein einziges Volkstum auf und er versucht, fremde Volksbestandteile als Fremdkörper aus seinem Organismus auszuschalten. Er ist der Gegensatz zu dem Gebietsstaate (Territorialstaat), der Menschen beliebiger Abstammung, Sprache und Kultur unter einer gemeinsamen Herrschaft zusammenfaßt, und der zum Weltstaate wird, wenn er die Gleichberechtigung anderer großer staatlicher Gebilde bestreitet und den möglichst großen Teil der Erdoberfläche an sich zu reißen versucht.

Schon hier zeigt es sich, daß der vollendete Nationalstaat etwas durchaus friedliches ist, daß die Bekämpfer des Nationalismus deshalb nicht nur tatsächlich, sondern auch grundsätzlich irren, wenn sie im Nationalismus etwas Chauvinistisches erblicken. Der Nationalstaat wird immer vor den Siedelungsgebieten anderer großer staatlich lebensfähiger Völker Halt machen und andere Kulturstaaten und Kulturvölker als gleichberechtigte Gebilde anerkennen, während der Gebietsstaat seinem Wesen nach keine Grenzen kennt und eigentlich zur Eroberung und zur Niederwerfung fremder Volksarten vorbedingt ist.

Rasse.

Die Entwickelung des Nationalstaates braucht nicht so weit zu gehen, daß sie alle älteren fremden Volksbestandteile aus der „Nation" ausscheidet. Gewiß haben die Gegner des Nationalismus insoweit recht, daß es heute kaum noch reine Rassen der Menschheit gibt, auch nicht in unserem deutschen Vaterlande. Gewiß ist das deutsche Volk ein Mischungsergebnis vieler germanischer Bestandteile mit einigen keltischen und slavischen, sowie mit noch geringeren romanischen Bestandteilen. Aber das beweist nichts gegen die Behauptung, daß die große Masse aller derjenigen, die sich heute als Deutsche empfinden, doch durch Geschlechtsfolgen hindurch eine Gemeinsamkeit der Abstammung oder wenn man will, eine Gemeinsamkeit der Mischung in der Abstammung besitzen. Die Dinge liegen doch hier genau so, wie auf dem Gebiete der Tierzucht. Hier wird man ganz gewiß dem ostpreußischen Pferde und gar dem englischen Vollblutpferde das Rassemäßige nicht bestreiten. Und doch weiß jedermann, daß diese Rassen von heute nicht die Pferderassen von Anbeginn gewesen sind. Das Entscheidende auf dem Gebiete der Menschheit und für die politischen Forderungen für die Zukunft liegt darin, daß die heute gebildeten Rassen nunmehr homogen und konstant werden wollen, daß sie demnach die nichtassimilierten Fremdkörper

wieder ausscheiden wollen, vor allem aber, daß sie die jetzigen Mischungsverhältnisse nicht durch Beimischung neuer großer fremder Blutsmassen beeinträchtigen wollen, namentlich wenn diese eindringenden Fremdkörper minderwertig sind oder als minderwertig empfunden werden.

Fremdkörper.

In diesen Grundanschauungen liegt u. E. das Wesen des Nationalismus und auch das berechtigte im Antisemitismus. Jeder Vielkörper schließt sich um so schroffer gegen Fremdkörper ab, je inniger er seine eigene Zusammengehörigkeit empfindet und betont.

Je mehr wir uns als Deutsche fühlen, desto lebhafter empfinden wir nicht nur den Unterschied zwischen den um uns herum wohnenden fremden Nationen, eine Differenzierung, die bekanntlich durchaus nicht feindselig zu sein braucht, sondern auch das Bedürfnis, uns unberührt zu halten von der Beimischung fremder Volksbestandteile, die uns unsympathisch sind. Dieses Recht wird man keinem Volkskörper bestreiten können, denn es beruht im letzten Grunde auf der Daseinsberechtigung jedes Organismus und auf dem Kampfe ums Dasein.

Uebertragen wir nunmehr die Forderungen des Nationalismus auf das praktische Gebiet des öffentlichen Lebens. Es ergibt sich dann ohne weiteres, daß wir den Kirchengedanken, den Kulturgedanken, den Staatsgedanken und auch die Entwickelung des Herrschaftsstaates zu einem Rechtsstaat und einem Gesellschaftsstaat durchaus nicht zu bekämpfen brauchen, daß wir aber verlangen müssen, das Deutsche Reich möge lebhafter und schneller als bisher sich auf seinen Zweck besinnen, dem in einem räumlich abgegrenzten Siedelungsgebiete der deutschen Nation zusammenlebenden Teile des Deutschtums staatsmäßig Rechnung zu tragen. Die Berücksichtigung fremder Volkssplitter darf nicht mehr Rechtszweck bilden, sondern sie muß auf die Stufe der Duldung

herabgedrückt werden. Gewiß liegt auch bei dem deutschen Volke in dem nationalen Gedanken die Forderung des staatlichen Zusammenschlusses dessen, was nachbarlich deutsch gesiedelt ist; aber es liegt zugleich darin die friedliche Forderung des Haltmachens vor einem staatlich lebensfähigen fremden Volkstum. Soweit dieses fremde daneben gesiedelte Volkstum aber nicht staatlich lebensfähig und damit selbst zur Aufrichtung von Nationalstaaten berechtigt ist, muß es als „Zwischenland" angesehen werden und den Kampfpreis der benachbarten nationalen Großstaaten bilden.

Volkstum geht über Staatstum.

Der in dem Nationalismus verkörperte gesunde Egoismus führt endlich zur Forderung des *Alldeutschtums* d. h. zu der Forderung, daß auch die räumlich und staatlich losgelösten Teile des deutschen Volkskörpers ein *gemeinsames Leben* führen dürfen, daß sie überall da, wo Nationalstaaten lebensunfähig sind, also in Gebieten, die sich nur für Völkerstaaten eignen, eine auf das Volkstum begründete *Selbstverwaltung* eingeräumt erhalten. Endlich aber führt der alldeutsche Gedanke dazu, im Völkerverkehr weniger die übereinstimmenden wirtschaftlichen und staatlichen Beziehungen zu betonen, als diejenigen der Zusammengehörigkeit nach Abstammung, Sprache, Geschichte und Bewußtsein.

Der Raum gestattet es uns nicht, hier den Nachweis zu führen, daß und bis zu welchem Grade der nationale Gedanke in seinen verschiedenen Erscheinungsformen noch nicht völlig verkörpert worden ist. Aber daraus, daß dies noch nicht der Fall ist, ergibt sich ohne weiteres für uns Deutsche die Notwendigkeit, *neben* der Forderung anderer großer Hochziele und ihnen allen voraus *das deutsche Volkstum* zu stellen und den *nationalen Gedanken* als das *Panier* für die Kämpfe *künftiger* Geschlechter aufzurichten.

Unsere auswärtige Politik.

Von Hans Wendland.

Ziele. Ist der regelmäßige Träger der auswärtigen Politik der Staat, so ergibt sich als ihr natürlicher Zweck an erster Stelle die Sicherung der Existenz und Unabhängigkeit des Staates, an zweiter die Sicherung der für seine gesunde Entwickelung erforderlichen Lebensbedingungen. Wie aber nicht immer ein Staat Träger internationaler Politik ist, so bilden häufig auch nicht reine Staatszwecke das Ziel der auswärtigen Politik. Es gibt Ideale, die ihren Anhängern höher stehen als ihr Staat. Sie suchen dann die auswärtige Politik ihres Staates diesen Idealen dienstbar zu machen, oder falls das nicht angängig, die Existenz ihres Staates zu vernichten. Als solche Ideale kommen vornehmlich in Frage Rassen-, nationale, dynastische, religiöse, konfessionelle, humantiäre und Klassenideale. Das Bekenntnis zu einem dieser Ideale als einem den Staatszweck überragenden ist Sache der Lebensanschauung, und der Wandel in diesen Lebensanschauungen gehört zu den wichtigsten Triebfedern der Weltgeschichte.

Das Deutsche Reich ist ein Produkt deutschnationaler Ideale, und verfassungsmäßig hat es solchen Idealen zu dienen. Der Eingang der Reichsverfassung besagt: Der König von Preußen im

Namen des Norddeutschen Bundes und die süddeutschen Fürsten „schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes". Dieser Satz konnte in der Reichsverfassung um so unbedenklicher ausgesprochen werden, als ein Widerspruch zwischen den Staatszwecken des Deutschen Reiches und den wohlverstandenen deutschen Idealen nicht denkbar ist. Denn wie einerseits jede Schädigung der Auslandsdeutschen mittelbar auch eine Schädigung des Deutschen Reiches bedeutet, so ist andrerseits die Erhaltung des Deutschen Reiches als der wichtigsten Waffe, über die das deutsche Volk in seinem Kampfe ums Dasein verfügt, höchstes Lebensinteresse der Gesamtnation. Liegt also das Zusammenfallen von Staats- und nationalen Zwecken hier in den Dingen selbst begründet, so ist die ausdrückliche Feststellung, daß das Deutsche Reich auch nach außen lediglich deutsch-nationale Politik zu treiben hat, doch grundsätzlich von Wert.

Unsere Feinde.

Die Sicherung unserer Existenz und Unabhängigkeit ist das selbstverständliche erste Ziel unserer auswärtigen Politik. Erhalten wir unsere Armee stark und schlagfertig, so können nur *überlegene Koalitionen* uns in dieser Hinsicht Gefahr bringen. An der Herstellung einer solchen Koalition wird gegenwärtig mit Eifer von *englischer* Seite gearbeitet. In England hat man unser Wachstum von je mit Unbehagen und Mißgunst betrachtet. In der Ausdehnung des überseeischen deutschen Handels, der deutschen Ausfuhr und der deutschen Schiffahrt sieht man eine Schädigung englischer Interessen, in dem Erstarken der deutschen Flotte eine Bedrohung. Haben englische Nationalisten öffentlich die Losung ausgegeben: Germaniam esse delendam, so mißtrauen die Leiter der englischen Politik der deutschen Diplomatie und suchen durch

Schaffung einer deutschfeindlichen Koalition wenn nicht jenen Wunsch der englischen Chauvinisten zu erfüllen, so doch den befürchteten englandfeindlichen Plänen der deutschen Diplomatie zu begegnen. Frankreich ist ein selbstverständliches Glied jeder Koalition, die stark genug erscheint, dem Lande die Revanche für 1870 zu ermöglichen. Der französische Minister des Aeußern Delcassé hat sieben Jahre an der Herstellung dieser Koalition gearbeitet und war schließlich bereit, lediglich im Bunde mit England Deutschland anzugreifen. Womöglich noch eifriger und begeisterter wirkt das Polentum an der Schaffung einer Koalition, die das größte Hindernis für die Verwirklichung seiner nationalen Träume zu beseitigen vermöchte. Aus diesem Grunde sind die Beziehungen seines Adels zu den ersten Kreisen von Paris, London und Rom, sein Einfluß auf die internationale Presse, auf die Kurie, vor allem aber auf die Wiener Politik für uns so gefährlich. Es sucht den tschechischen und russischen Panslawismus in den Dienst dieses Koalitionsgedankens zu stellen, und in der Tat ist jener ein weiterer wichtiger Faktor, der gegen uns wirkt. Endlich wird mit der Möglichkeit zu rechnen sein, daß unter gewissen Verhältnissen, z. B. bei einer anderen Kirchenpolitik Frankreichs, die auswärtige Politik der päpstlichen Macht nach den Auffassungen derjenigen Katholiken geleitet wird, die die Entscheidungsschlacht zwischen Katholizismus und Protestantismus auf märkischem Sande geschlagen zu sehen wünschen. Kein Wunder, daß angesichts so zahlreicher und zum Teil mächtiger Gegner Bismarck, als er noch die Verantwortung für die Schicksale des Deutschen Reiches trug, unter dem Alpdruck der Koalitionsgefahr litt.

Bündnisse und Freundschaften.

Den natürlichen Schutz gegen diese Gefahr bieten Bündnisse und bündnisähnliche Bezieh-

ungen. Nach 1870 wußte Bismarck durch die Aufrechterhaltung oder Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland und Oesterreich, dann auch zu Italien, sowie durch die sorgsame Vermeidung aller Verstimmungen mit England, Frankreich zu isolieren. Als aber nach dem Berliner Kongreß Rußland ein zu anspruchsvoller und herrischer Freund wurde, außerdem das Anschwellen der panslawistischen Bewegung bedrohlich erschien, schloß er 1879 den Defensivvertrag mit Oesterreich, der lediglich die Abwehr eines russischen Angriffs umfaßte, aber dann seine Ergänzung durch einen gleichen Vertrag mit Italien fand, der sich gegen Frankreich richtete. Diese beiden Verträge, der sogenannte Dreibund, sind wiederholt erneuert und noch heute in Geltung. Daneben gelang es Bismarck, die Beziehungen zu Rußland so zu bessern, daß 1887 der Abschluß des sogenannten Rückversicherungsvertrages möglich wurde, in dem jede der beiden Mächte sich zu wohlwollender Neutralität für den Fall verpflichtete, daß die andere von einer dritten Macht angegriffen werden sollte. Diese glänzende diplomatische Position hinterließ Bismarck, als er 1890 aus dem Amte schied. Sein Nachfolger fand sie zu kompliziert und erneuerte den in diesem Jahre ablaufenden Rückversicherungsvertrag nicht. Die dadurch und im Zusammenhang mit persönlichen Verstimmungen eintretende Abkühlung in den Beziehungen beider Länder führte auf deutscher Seite zu einer Annäherung an England, auf russischer zu einer Annäherung an Frankreich, die sich schließlich zu dem noch heute bestehenden russisch-französischen Bündnis auswuchs. Während es aber Deutschland unter der Kanzlerschaft der Fürsten Hohenlohe und Bülow gelang, annähernd zu der alten Intimität der deutsch-russischen Beziehungen zu gelangen, nicht zum mindesten durch die wohlwollende Haltung während des russisch-

japanischen Krieges, ist das russisch-französische Bündnis, wie man sich einst mit Bezug auf den Dreibund ausdrücken zu können glaubte, mehr und mehr zu einem abgespielten Klavier geworden. Frankreich hat Rußland seine Milliarden geliehen, es ist aber durch das Bündnis nicht vor der Notwendigkeit bewahrt worden, in dem Faschodahandel mit England, zunächst auch in dem Marokkohandel mit Deutschland klein beizugeben, und während des ostasiatischen Krieges stand es vor der Gefahr, durch die Paragraphen des Vertrages in einen Weltkrieg hineingezogen zu werden. Die Sozialisten, die dort an der Regierung teilhaben, wollen ohnehin von einem Bündnis mit dem Zarismus nichts wissen. Die durch all das begünstigte und von Delcassé, wenn auch vor allem in deutschfeindlichem Sinne, eingeleitete Annäherung an England wirkte dann wieder verstimmend in Petersburg.

So hat unsere festländische Position wieder die doppelte Sicherung des Dreibundes und des Freundschaftsverhältnisses mit Rußland. Dabei sind wir einerseits im Dreibund der militärisch Stärkere und des Bündnisschutzes weniger Bedürftige, andrerseits, zumal nach dem Verlauf des Krieges mit Japan, auch Rußland überlegen und auf seinen guten Willen weniger angewiesen. Auf deutscher Seite liegt jede Möglichkeit vor, diese doppelten Beziehungen aufrecht zu erhalten, da wir weder zu Rußland noch zu Oesterreich-Ungarn in einem Interessengegensatz stehen. Die Momente der Beunruhigung liegen auf der anderen Seite. Es ist möglich, daß das Expansivbedürfnis Rußlands nach dem Mißerfolg im fernen Osten sich wieder dem europäischen Orient zuwendet und daß es dabei zu einem Konflikte mit Oesterreich-Ungarn kommt. Als Rußland 1877 nach Berlin die Frage richtete, wie Deutschland sich bei einem solchen Konflikte verhalten würde, erteilte Bismarck die Antwort,

wir könnten zugeben, daß auf der einen oder anderen Seite Schlachten verloren würden, nicht aber, daß einer der beiden Staaten seine Großmachtstellung einbüße. Die Großmachtstellung Oesterreich-Ungarns aber ist — und darin liegt das zweite Moment der Beunruhigung — auch durch seine inneren Kämpfe bedroht. Es können dort Ereignisse eintreten, die das ganze System der festländischen internationalen Politik über den Haufen werfen. Auf die Strömungen, die in beiden Reichen gegen das Freundschaftsverhältnis mit dem Deutschen Reiche wirksam sind, haben wir oben bereits hingewiesen.

Die englische Gefahr.

Gilt nach alledem für unsere festländische Stellung ganz gewiß das Bismarcksche toujours en vedette, so haben sich die Sorgen der nationalen Kreise in den letzten Jahren doch mehr und mehr auf die von über See drohenden Gefahren gerichtet. Bismarck konnte die Sicherung der für unsere gesunde Entwicklung erforderlichen Lebensbedingungen über See auch gegen englische Mißgunst erfolgreich durchführen, weil ihm damals bedeutende diplomatische Machtmittel zu Gebote standen, die unserer Diplomatie im Laufe der Zeit mehr und mehr, namentlich aber neuerdings verloren gegangen sind — wie weit durch eigene Schuld, bleibe hier unerörtert. Als England 1885 infolge der kolonialen Erwerbungen Deutschlands eine unfreundliche Haltung einnahm, drohte Bismarck mit einer Schwenkung in der ägyptischen Frage. Diese ist nun durch das englisch-französische Abkommen vom 8. April 1904 endgültig aus der Welt geschafft, nachdem sie seit Faschoda, dem erst durch das deutsch-englische Afrikaabkommen von 1898 ermöglichten, für Frankreich mehr nur theoretisch existierte. Eine andere Waffe besaß Bismarck in dem Schwergewicht, mit dem Rußland auf Konstantinopel und Indien drückte. Auf deutsche Initiative hatte Ruß-

land 1870 jene Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 zu beseitigen gewußt, die ihm die Unabhängigkeit der Küsten des Schwarzen Meeres beschränkten. Gelegentlich des englisch-russischen Zwistes wegen Afghanistan im Jahre 1886 hatte Deutschland auf russische Anfrage im Falle eines Krieges mit England wohlwollende Neutralität im Umfange der russischen von 1870 zugesagt, und gutenteils dadurch war England zur friedlichen Beilegung der Angelegenheit bestimmt worden. So lag es in Deutschlands Hand, Rußland zu einem Vorstoß nach Indien oder Konstantinopel zu ermutigen. Jetzt ist Rußland auf Jahre hinaus finanziell geschwächt, England aber durch das Bündnis mit Japan stärker geschützt. Auch die französischen Kolonialbestrebungen benutzte Bismarck zur Ausgleichung des englischen Uebergewichtes, so vor allem in der Kongofrage. Da er sicher war, einen Krieg mit England vermeiden zu können, so vertagte er weiterhin Fragen, die im Augenblick nicht zu unseren Gunsten gelöst werden konnten, auf gelegenere Zeit. Das war seine Politik in der Sansibar- und Samoa-, auch in der Kongofrage. Als dann nach seiner Entlassung unsere diplomatische Position sich verschlechterte, da wurde man, um die fortgesetzten Reibungen und ev. einen Bruch zu verhindern, zur Schaffung fester Verhältnisse genötigt. So entstand der Sansibarvertrag, der unserem kolonialen Vordringen in Afrika so ziemlich an allen Punkten ein Ziel setzte, so auch das Afrikaabkommen von 1898. Für England bedeutete dieses die diplomatische Vorbereitung des Burenkrieges. Man wollte nicht an die gewaltsame Lösung der südafrikanischen Frage gehen, ohne sich gegen die Möglichkeit gesichert zu haben, später von einer deutsch-russisch-französischen Koalition in seinen Kreisen gestört zu werden. Deutschland fand sich bereit, in dem Geheimvertrag seinen bisherigen Widerspruch gegen

die Veränderung des status quo in Südafrika ausdrücklich oder stillschweigend fallen zu lassen gegen die Anwartschaft auf portugiesisch Ostafrika bis zum Zambesi und ein Stück von portugiesisch Westafrika nördlich unseres südwestafrikanischen Schutzgebietes. Im Falle einer Liquidation des portugiesischen Kolonialbesitzes in Afrika würden England und Deutschland als Teilungsmächte auftreten. Jener Besitz ist aber nicht liquidiert worden und die Aussicht darauf ist nicht ohne englische Mitwirkung von Jahr zu Jahr geringer geworden. Zu zweien Malen ist dann der deutschen Diplomatie ein Zusammenwirken mit England in überseeischen Angelegenheiten gelungen. Einmal in dem Abkommen zur Aufrechterhaltung des Grundsatzes der offenen Tür in dem Tal des Yangtsekiang, das andere Mal in der gemeinsamen Aktion gegen Venezuela und seinen widerspenstigen Präsidenten Castro. Im zweiten Falle schäumte bereits der Unwille der englischen öffentlichen Meinung auf. Im Frühjahr 1904 schritt das amtliche England bereits zu einer Offensive gegen deutsche Interessen, indem es in seinem Abkommen mit Frankreich diesem Marokko sozusagen als Schutzstaat auslieferte und seine diplomatische Unterstützung zur praktischen Durchführung dieses Verhältnisses zusagte. Die Abwehr dieses Streiches, der auf die dauernde Vernichtung der deutschen Interessen in Marokko hinauslief, brachte uns bis dicht vor den Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges, der schließlich nur vermieden wurde, weil man in Frankreich zu sehr die militärische Ueberlegenheit Deutschlands fühlte. Die englische Presse war redlich bemüht, diesen Krieg herbeizuführen. Seitdem sucht England um so eifriger eine Koalition gegen uns zustande zu bringen, ist es doch sogar bemüht, Rußland, den natürlichen Gegner des englischen Weltreichs, in seine Netze zu ziehen,

nachdem man seinem Ehrgeiz in Asien durch das Bündnis mit Japan vom August 1905 unübersteigliche Schranken gesetzt zu haben glaubt. Durch dieses Bündnis wurde gleichzeitig zwischen England und Japan eine so rege Interessengemeinschaft hergestellt, daß diese Macht bei der Frage, ob das Deutsche Reich nicht bei einem außereuropäischen Staat ein ausgleichendes Gegengewicht gegen die überragende Stellung Englands finden könne, von vornherein aus allen Kombinationen ausschied. Bei unserem Verhältnis zu Rußland wäre es ja auch sehr schwer gewesen, intime Beziehungen mit Japan zu pflegen. So blieben uns in dieser Hinsicht die Vereinigten Staaten. Und sichtlich ist das Bestreben unserer auswärtigen Politik, namentlich aber auch des Kaisers persönlich, seit langem dahin gegangen, zu freundlichen Beziehungen mit der amerikanischen Großmacht zu gelangen, wenn auch anscheinend noch während des spanisch-amerikanischen Krieges in dieser Hinsicht Fehler gemacht worden sind. Indessen, es ist nicht leicht, mit den Vereinigten Staaten gut Freund sein. In wirtschaftspolitischen Fragen sind sie anspruchsvoll und rücksichtslos wie keine zweite Macht. Die Monroe-Doktrin hat allmählich eine derartige Auslegung erfahren, daß der richtige Amerikaner ganz Mittel- und Südamerika mit denselben Augen ansieht, wie der Franzose Marokko zur Zeit des englisch-französischen Abkommens. Dazu tritt uns störend der Umstand in den Weg, daß die politisch maßgebenden Kreise sich blutsmäßig an England gebunden fühlen, und daß vor allem die Presse englischen Einflüssen zugänglich ist und in englischem Sinne geleitet wird. Dies und die Tendenz der Londoner Politik, ebenfalls die amerikanische Freundschaft zu pflegen, haben selbst so bedeutsame Interessengegensätze, wie sie in der Frage der Kontrolle des Panamakanals

lagen, nicht zu gegenseitigen Verstimmungen führen lassen. Trotzdem bleibt ein Hand in Hand gehen Deutschlands und der Vereinigten Staaten als der beiden in Welthandel und Ueberseepolitik weit zurückstehenden aber vorwärts drängenden Mächte gegen das alles monopolartig überragende England das natürlich Gegebene.

Indessen, so klar hier unser diplomatisches Endziel liegt, auf eine aktive Mitwirkung Amerikas bei der Abwehr eines englischen Angriffes werden wir auf lange hinaus noch nicht rechnen können. Da bleiben wir auf uns selber, auf die Stärke und Schlagfertigkeit unserer Flotte angewiesen, deren Ausbau deshalb gegenwärtig wohl als die dringendste nationale Aufgabe bezeichnet werden kann. Denn in einem Duell mit dem Deutschen Reiche vermag England uns, wenn nicht endgültig niederzuwerfen, so doch die schwersten Wunden zu schlagen. Gelingt es ihm aber, eine Koalition zustande zu bringen, so geht es um unsere nationale Existenz. Vor dieser Gefahr wird uns erst eine Flotte sichern, die England dem Risiko aussetzt, auch bei einem siegreichen Waffengang gegen uns seine so heiß erkämpfte, mit so großen Opfern behauptete Seeherrschaft einzubüßen.

Ziele und Bedeutung der Kolonial- und Auswanderungspolitik.

Von E. v. Liebert.

Allgemeine Betrachtungen.

Alle kräftigen aufstrebenden Völker zeigen die natürliche Erscheinung, daß sie einen Teil ihrer überschüssigen Volkskraft nach außen abgeben, weil entweder der heimische Boden nicht ausreicht, oder die heimischen Erwerbsverhältnisse ungünstig sind. Dieser Abstrom kann sich entweder in Länder mit fremder Nationalität und Sprache wenden und sich dort als „Auswanderer" niederlassen, oder er kann fremde Gebiete besetzen und sich aneignen und damit der Heimat ein Tochterland schaffen und „Kolonien" gründen.

Im Altertum zeigen Phöniker, Griechen und Römer beide Arten dieser Abgabe an Volksüberschuß in mannigfaltiger Form. Den stärksten Wandertrieb und den größten Ueberschuß an Volkskraft haben die germanischen Stämme bewiesen, ihr Eintritt in die Weltgeschichte wird durch die Begründung neuer Nationen und Staaten bezeichnet, und von den Angelsachsen und Normannen bis zur Schaffung der amerikanischen Nation hat dieser Zug des germanischen Volkscharakters keine Abschwächung erfahren.

Die deutschen Stämme haben das Land zwischen Rhein und Elbe besetzt und dauernd festgehalten. Von da haben sie sich nach Westen bis zur Maas

und Rhone ausgedehnt, ohne sich dort ständig behaupten zu können. Nach Osten haben sie das weite Gebiet bis zur Weichsel und Niemen erobert und besiedelt, die größte Kulturarbeit des deutschen Volkes, die seit acht Jahrhunderten den deutschen Osten in Atem hält. Während aber hier Askanier und später Hohenzollern die Auswanderer aller deutschen Stämme immer weiter östlich führten und auf gewonnenem Neuland Städte erblühten und goldener Ernteſegen prangte, gingen im Nordwesten durch die unheilvolle Politik der Habsburger die wichtigen Mündungen der Schelde, Maas und des Rheins verloren. Der tapfere friesisch-holländische Stamm sagte sich von dem ohnmächtigen, zerrissenen Reiche los. Das Deutsche Reich ward vom Meere abgedrängt, Süddeutschland verlor die natürliche Handelspforte, die der Rheinstrom ihm bis dahin gewesen war.

Zwei Jahrhunderte bedurfte das deutsche Volk, um sich von dem fürchterlichen Aderlaß des dreißigjährigen Krieges zu erholen. Erst im Laufe des 19. Jahrhunderts beginnt mit den erleichterten Verkehrsverhältnissen und unter dem Drucke des Polizeistaats eine starke Abwanderung, die sich jetzt aber ausschließlich nach Westen über See wendet und die in den achtziger Jahren bis zu 200000 Seelen im Jahr anwächst. Millionen Deutsche sind in dieser Zeit nach Nordamerika ausgewandert und haben der dort in der Bildung begriffenen neuen Nation das edelste und beste Element zugeführt. Es ist die Phase unserer Geschichte, wo der Deutsche politisch nicht ernst genommen wurde, sondern nur als „Kulturdünger" verwertet ward.

Seit der Aenderung unserer Wirtschaftspolitik durch den Uebergang vom Freihandel zum Schutzzoll sind die Erwerbsverhältnisse im Deutschen Reiche so viel günstiger geworden, daß die früher nach Amerika abströmende Bevölkerung im Lande bleibt

und nur vom Lande in die Städte zieht. Die Auswanderung ist von 200000 auf 28000 herabgegangen. Immerhin ist dies noch ein beständiger, empfindlicher Aderlaß unseres Volkstums, um so mehr als diese Zahl mit geringen Ausnahmen ausschließlich nach Nordamerika wandert und dort unsern großen wirtschaftlichen Nebenbuhler beständig verstärkt. Als zu Anfang der achtziger Jahre aus dem deutschen Volke heraus der Drang und das Bedürfnis nach Kolonialbesitz sich immer lebhafter äußerte, ward als Hauptbeweismittel noch angeführt, daß Deutschland eines Neulands über See bedürfe, um seine Auswanderer dort unterzubringen. In dem Augenblick aber, als Fürst Bismarck seine koloniale Wirksamkeit begann, hatten sich die Zeiten schon geändert, die Auswanderung nahm von Jahr zu Jahr ab, die erstarkende deutsche Industrie aber suchte bezüglich der Beschaffung der Rohprodukte vom Auslande unabhängig zu werden und suchte ebenso lebhaft neue Absatzmärkte für ihre Erzeugnisse. Wenn diese Faktoren sich aber auch hervordrängten, so bleibt die Sorge um die Auswanderung und ihre Ziele nicht minder bedeutungsvoll, da wirtschaftliche Konjunkturen wohl denkbar sind, die wieder ein starkes Anschwellen der Auswandererziffer veranlassen.

Gründe für eine deutsche Kolonialpolitik.

Kolonial- und Auswanderungspolitik gehen somit Hand in Hand und haben für uns die Bedeutung, daß

1. Der Ueberfluß unserer Bevölkerung unter deutscher Flagge auf deutschem Boden sich ansiedelt und so dem deutschen Volkstume erhalten bleibt;

2. die Erzeugnisse der Tropen und Subtropen, die wir als Nahrungsmittel wie als Rohstoffe für die Industrie im Werte von weit über 1 Milliarde jährlich bedürfen, aus deutscher Hand beziehen, sodaß jene große Summe nicht ins Ausland wandert;

3. unsere Industrie feste Absatzmärkte über See findet, die ihr nicht willkürlich durch Zollschranken und Einfuhrverbote gesperrt werden können.

Der erste Punkt erledigt sich einfach durch die schlimme Erfahrung, daß bislang die deutsche Auswanderung bis auf einen geringen Bruchteil nach Nordamerika sich wendet und dem Deutschtum dauernd verloren geht. Die großzügigen Verhältnisse der Vereinigten Staaten, die Möglichkeit, dort zu selbständigem Besitz zu gelangen und wirtschaftlich vorwärts zu kommen, die große Zahl der dort bereits ansässigen und wohlhabend gewordenen Deutsch-Amerikaner locken immer von neuem Verwandte und Bekannte dorthin. Die mindestens ebenso große Ziffer der Schiffbrüchigen und Untergegangenen bleibt unbeachtet.

Wenn hier ein Wandel eintreten soll, so muß von Regierung und privater Seite eingegriffen werden, indem einerseits durch Belehrung und Warnung auf die Auswanderer gewirkt wird, anderseits sie auf ein Land hingewiesen werden, das ihnen Ersatz für die Vorzüge Amerikas bietet. Letzteres ist nicht ganz einfach; denn wir haben mit dem einzigen Siedelungsgebiet, das wir noch erwerben konnten, ein unerhörtes Unglück entwickelt. Durch falsche Eingeborenenpolitik und Mangel an Initiative bei der tatsächlichen Besiedelung des Landes durch Deutsche sind in Südwestafrika die Zustände zu dem blutigen Aufruhr der Eingeborenen gediehen, der nun schon seit zwei Jahren das Land verwüstet. Es wird lange dauern, bis die Verhältnisse so weit geordnet sind, daß man Auswanderer dahin beeinflussen kann, sich dort niederzulassen. Glücklicherweise werden mit der Zeit auch einige unserer Tropenkolonien (die Bergländer von Ostafrika, Samoa u. a.) deutsche Ansiedler aufnehmen können. Daneben sind die drei Südprovinzen Brasiliens zu nennen, wo gegen 300000 Deutsche, wenn auch als Untertanen eines fremden Staates, so doch unter Festhalten ihrer Nationalität und Sprache, wirtschaftlich gedeihen und sich schon in dritter Generation fortpflanzen.

In diesem Sinne müßte aber nicht nur die bescheidene Auskunftsstelle für Auswanderer in Berlin, sondern die gesamte deutsche Presse aufklärend und national erziehend wirken, wenn wir überhaupt eine nationale Presse und eine öffentliche Meinung in Deutschland hätten. Bislang geschieht so gut wie nichts, um den deutschen Auswanderern eine bestimmte Richtung in nationalem Sinne zu geben. Und doch müßte dies eins der Ziele unserer Reichspolitik sein, keine Seele des deutschen Volkes verloren gehen zu lassen, da mit dem Zahlenbestande auch die Machtstellung der Nation wächst und ihre Zukunft gesichert wird.

Das zweite Moment, das oben genannt wurde, betrifft eine rein wirtschaftliche Frage. Wir beziehen gegenwärtig alles, was wir an überseeischen Erzeugnissen bedürfen, aus dem Auslande und bezahlen es mit schwerem Gelde dorthin. Es sei nur an die vielen hundert Millionen erinnert, die wir für Kaffee, Tee, Kakao, Fleisch, Speck, Früchte, Oel, sodann für Baumwolle, Wolle, Jute, Kautschuk, Häute usw. zu entrichten haben. Einen Teil davon könnten wir aus eigenen Kolonien beziehen und somit Deutsche statt Ausländer bereichern, wenn wir früher eine Kolonialpolitik ins Werk gesetzt hätten. Da wir so spät diesen großen Entschluß gefaßt haben, so können wir nur von bescheidenen Anfängen in der Kultivation von Tropenländern sprechen. Und gerade dort ist der Anfang so schwer und kostet viel Lehrgeld!

Welche Bedeutung der Betrieb eigener Pflanzungen für eine Nation im heutigen weltwirtschaftlichen Verkehr hat, sei an einem Beispiel erläutert. Die deutsche Textilindustrie bedarf zur Bearbeitung jährlich für etwa 470 Millionen Mark Baumwolle. Diese wird fast ausschließlich aus den Vereinigten Staaten bezogen, nur ein kleiner Teil aus Aegypten. Die New-Yorker Baumwollenbörse bestimmt die Preise, und die deutschen Spinnereien müssen sie be-

zahlen, mögen sie auch durch die wüsteste Spekulation in die Höhe getrieben sein, weil Amerika keinen Konkurrenten hat, und die deutschen Industriellen ihre Betriebe nicht still stehen lassen können. Diese unerträgliche Abhängigkeit von Amerika hat dazu geführt, daß in den deutschen Kolonien Togo und Ostafrika eifrig Baumwolle angebaut wird. Glücklicherweise ist schöner Erfolg zu verzeichnen und man hofft auf eine bedeutende Ausdehnung dieser Kultur, sobald die nötige Erfahrung gesammelt und die Arbeiterfrage geregelt ist. Der große Bedarf des deutschen Markts an Baumwolle wird nicht so bald aus unsern Kolonien zu decken sein. Es wäre aber schon sehr bedeutsam, wenn dort so viel Baumwolle erzeugt würde, daß diese Konkurrenz einen Einfluß auf die Preisbildung an der New-Yorker Börse ausübt und unsere Industrie vor der unberechenbaren Spekulation der amerikanischen Baumwoll-Barone schützt. Aehnliches ließe sich von vielen anderen aus den Tropen eingeführten Erzeugnissen sagen.

Zum Dritten bedürfen wir Gebiete, die unserer heimischen Industrie die fertig gestellten Waren dauernd und willig abnehmen, sodaß jene für einen gesicherten Absatzmarkt nicht zu sorgen hat und unter möglichst fester, günstiger Konjunktur arbeiten kann. Dies ist heutzutage nicht einfach, weil die meisten großen Staaten — Frankreich, Rußland, Vereinigte Staaten — durch hohe Eingangszölle die eigene Industrie zu schützen und die fremde fernzuhalten suchen. Auch das großbritannische Reich mit seinen Kolonien, das bislang den Freihandel aufrecht erhalten hat, wird von einer schutzzöllnerischen Partei (Chamberlain) bearbeitet, die durchaus das bisherige System verlassen will. Sollte diese Wendung tatsächlich einmal eintreten, so wäre die deutsche Industrie um ihren besten Absatz betrogen.

Deshalb bedarf das Deutsche Reich durchaus

Gebiete, die einen gewissen Ersatz bieten und eine Aufnahmefähigkeit für deutsche Waren besitzen. Diese Eigenschaft kann man nicht von vornherein von jeder neu erworbenen Kolonie verlangen. Die Aufnahme von europäischen Industriewaren erfordert einen bestimmten Kulturgrad der betreffenden Bevölkerung, eine Gewöhnung an Kleiderstoffe, Geräte, Bequemlichkeiten u. a., die dem Wilden, der keine Bedürfnisse kennt, abgeht. Auch die Eingeborenen in unseren Kolonien müssen langsam erst an derartige Bedürfnisse gewöhnt werden, und es kann den Kenner der Verhältnisse nicht überraschen, wenn augenblicklich die Einfuhr europäischer Artikel noch verhältnismäßig gering ist. Erst mit der Gewöhnung an regelmäßige Arbeit steigt die Kaufkraft der Eingeborenen, daraufhin lohnt das Geschäft mit ihnen, und so wird die Kolonie rentabel für das Heimatland.

Forderungen.

Auf Grund obiger Betrachtungen gelangen wir zu nachstehenden Forderungen:

1. Die heutigen deutschen Kolonien sind unter Aufwendung größerer Mittel als bisher national, volklich und wirtschaftlich zu entwickeln. Vor allem ist der Eisenbahnbau unbedingt in allen Gebieten zu fördern. Die Kosten für den militärischen Schutz der Kolonien sind auf das Reichsmilitärbudget zu übernehmen.

2. Der deutsche Kolonialbesitz ist stetig zu mehren, wo immer durch Kauf, Pachtung oder Vertrag sich dazu friedliche Gelegenheit bietet. Die starke Bevölkerungszunahme im Reiche fordert „mehr Land".

3. Die deutsche Auswanderung ist systematisch zu beeinflussen, daß sie sich von Nordamerika abwendet und den deutschen Kolonien sowie Südbrasilien und Argentinien zugeführt wird, überhaupt dahin, wo sich geschlossene deutsche Ansiedelungsgebiete finden. Hierfür sind größere Staatsmittel aufzuwenden. Die bisherige Auswanderer-Auskunftsstelle in Berlin genügt nicht. Die Tagespresse ist

zur Belehrung und Aufklärung der Bevölkerung in geschickter Weise heranzuziehen.

4. Die deutschen Kolonien, auch die deutschen Gemeinden in fremden Staaten sind ausreichend mit Geistlichen, Lehrern, Aerzten, Apothekern und sonstigen Intelligenzen zu versorgen. Das Reich muß diese Beamten als wichtigste Kulturpioniere auskömmlich stellen und ihre etwa gewünschte Rückkehr in heimische Stellen vermitteln. Der Fonds für Erhaltung deutscher Schulen im Auslande ist stetig zu erhöhen, da er gegenwärtig (500000 Mk.) noch bei weitem nicht den Bedürfnissen entspricht.

5. Die Erhaltung des Deutschtums im Auslande muß zu einer der Hauptaufgaben der deutschen diplomatischen Vertreter in jenen Gebieten gemacht werden. Keine Seele darf unserm Volke verloren gehen; denn jeder Deutschsprechende erhöht die Macht des deutschen Volkstums und ist eine Bürgschaft mehr für die Zukunftsentwicklung desselben. Vor allem ist das Gesetz vom 1. Juni 1870 über den Verlust der Reichszugehörigkeit endlich zu beseitigen und durch weitherzige Bestimmungen zu ersetzen.

„Das Auslands-Deutschtum ist heute noch unsere beste, stärkste und wichtigste deutsche Kolonie: es ist eine der lohnendsten Aufgaben der deutschen Staatskunst der Gegenwart, aus diesem Ausland-Deutschtum den größtmöglichen nationalen Nutzen herauszuschlagen!"

6. Wir rechnen mit 60 Millionen Seelen im Deutschen Reiche, mit annähernd 30 Millionen Deutschsprechender im Auslande. Diese gewaltige, durch Bande des Blutes und der Sprache verbundene Masse muß durch ethische, literarische und wirtschaftliche Interessen verknüpft und immer inniger umschlossen werden. So muß sich „das größere Deutschland" bilden, von dem unser Kaiser im Jahre 1896 bereits gesprochen hat.

Wenn alle Deutschen von der Wahrheit und Wichtigkeit dieser Sätze erst überzeugt sind, wenn jeder an seinem Teile für die Verwirklichung derselben im In- und Auslande bemüht ist, dann wird mit der steigenden Macht unseres Volkstums auch das Selbstbewußtsein und der Nationalstolz in uns sich regen, die unserem Volke bislang noch abgehen. Alsdann wird das deutsche Volk unter den übrigen Nationen diejenige Stellung einnehmen, die ihm nach seinem inneren Werte längst zukommt.

Der Uebergang des Deutschen Reiches zur aktiven Kolonialpolitik.

Von Ernst Hasse.

Notwendigkeit.

Noch immer besteht in weiten Kreisen des deutschen Volkes die Auffassung, als ob die Kolonisation im allgemeinen und die Erwerbung von Kolonien durch das Deutsche Reich im besonderen etwas willkürliches, etwas zufälliges sei, ein Ding, das man ebenso lassen, wie sportsmäßig betreiben könne. Und doch ist die koloniale Ausdehnung bei jedem gesunden Volke und bei jedem starken Staate etwas notwendiges. Dies ergibt sich schon aus einigen kurzen allgemeinen Erwägungen:

Die Kolonisation ist jederzeit eines der wichtigsten Mittel der Entwickelung der Menschheit gewesen und hat dauerndere Veränderungen herbeigeführt als bloße Eroberungen, Zertrümmerungen und Neuaufrichtungen von Staaten. Sie hat die jeweilig erreichte Kultur über die Erde verbreitet und ihr Schwergewicht von dem einen nach einem anderen Erdteile verlegt. Wir finden deshalb alle wesentlichen Umgestaltungen im staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben durch koloniale Schöpfungen eingeleitet oder begleitet.

Rückblick.

Das Vordrängen der asiatischen Völker nach dem Mittelmeere hin, führte ebenso zu neuen Besiedelungen wie zu Neubesiedelungen. Am bekannte-

sten ist der weitere Verlauf dieser Bewegung in den Kolonisationen der Phönizier und von den rückläufigen Bewegungen die von Aegypten ausgehende Kolonisation Palästinas durch die Juden mit ihrer kolonial-technisch interessanten Lösung der agrarischen Frage.

Auf dem Wege der Handels- und Pflanzungskolonisation ist die asiatische und ägyptische Kultur an den Küsten des Mittelmeers verbreitet worden und hat hier eine neue Kulturform in Griechenland gezeitigt, deren extensive Betätigung wiederum eine durchaus kolonisatorische war. Denn die Griechen waren das Kolonisationsvolk des klassischen Altertums an allen Küsten des Mittelmeeres und legten durch ihre Ansiedelungen den Grund zur tausendjährigen Weltherrschaft der griechischen Kultur. Der römische Staat hat sich mehr auf Eroberungen gestützt, deren Erfolge aber nur dort zu dauernden gemacht, wo er durch Anlage von Militärkolonien mit der Herrschaftsausübung zugleich eine ethnologische Angliederung des unterjochten Volkes herbeiführen konnte. Die Reste römischer Kolonien leben noch heute in zahllosen Städten Mittel- und Südeuropas fort. Aber auch der Zusammenbruch des römischen Staates wurde durch ein koloniales Ereignis herbeigeführt, durch die germanische Völkerwanderung. Die sämtlichen romanischen und germanischen Staatsschöpfungen des Mittelalters sind koloniale Gebilde. Die Kreuzzüge aber waren ein Konflikt des südöstlich vordringenden kolonialen Strebens Europas mit einer neuen Völkerwelle, die aus Asien hervorgebrochen war und nach dem Mittelmeere ebenso, wie nach dem roten und dem indischen Meere islamitische Ansiedelungen und eine neuartige Kultur führte. Ein anderer Konflikt, das Hin- und Herschieben der Grenzen zwischen germanischen und slawischen Völkern in Mitteleuropa, war nichts anderes, als eine neue germanische Kolonisation,

in deren Verlaufe das jetzige Sprachgebiet der Deutschen auf slawischem Boden festgestellt wurde, ein Prozeß, der als Grenzkolonisation und als innere Kolonisation in Deutschland und Oesterreich-Ungarn noch heute fortdauert.

In einer anderen Gestalt betätigte sich der niemals ruhende koloniale Gedanke in den politischen Handelsgesellschaften der Hansa und der italienischen Städterepubliken, deren Spuren allerdings schneller verwischt worden sind als die anderer kolonialer Unternehmungen, da ihnen das Moment der Verpflanzung von Menschenmassen fehlte.

Ein neuer Schauplatz für die asiatisch-europäische Kultur und für die kolonisierende Tätigkeit der führenden europäischen Völker eröffnete sich durch die Entdeckung des Seewegs nach Indien und die Entdeckung Amerikas und Australiens. Die moderne Kolonisation dieser Erdteile führte zu einer Vervielfachung der romanischen und germanischen Kulturvölker, zur Verdrängung und Vernichtung der einen, zur Erziehung der anderen Naturvölker, zur Umspannung der ganzen Erde mit einer einzigen christlichen Kultur und einer einzigen Weltwirtschaft. Und alle diese gewaltigen Entwickelungen der Menschheit fanden ihren Grund oder ihre Betätigung in der Kolonisation.

Wenn alle diese Erwägungen allgemein gültiger Natur sind, so ergibt sich die Notwendigkeit einer aktiven Kolonialpolitik durch das Deutsche Reich noch aus einigen besonderen Gründen:

Ältere Ostmarken-Politik.

Das Deutsche Reich ist ein koloniales Gebilde. Nahezu zwei Drittel seines heutigen Gebietsumfanges sind Kolonialboden, sind das Ergebnis einer aktiven deutschen Grenzpolitik, die sich im wesentlichen in der Zeit von 900—1400 vollzogen hat, deren Lücken im 17. und 18. Jahrhundert teilweise ausgefüllt wurden, und die in der Polenfrage auch für künftige Generationen des deutschen Volkes in und an unseren

Reichsgrenzen noch gewaltige Aufgaben stellt. Es ist nicht unsere Aufgabe, an dieser Stelle der Geschichte dieser großen Leistung des gesamten deutschen Volkes gerecht zu werden und die Geschichte der Besiedelung des deutschen Volksbodens in Mitteleuropa zu schildern. Wir haben dies an anderer Stelle getan.*)

An dieser Stelle gilt es, die aktive deutsche überseeische Kolonialpolitik zur Darstellung zu bringen, die uns am Ende des 19. Jahrhunderts zwar keine Siedelungskolonien, aber doch eine Reihe wertvoller Kultivationskolonien gebracht hat, die sonderbarer und fälschlicher Weise den Namen Schutzgebiete führen. Diese Darstellung muß mit Rücksicht auf den Raum die nicht nur wissenschaftlich, sondern auch praktisch außerordentlich belangreiche geographische Seite des Gegenstandes außer Betracht lassen. Sie muß sich im wesentlichen auf das Geschichtliche und Politische beschränken.

1. Die neuere außeramtliche koloniale Bewegung.

Wissenschaftliche Anregung.

Die wissenschaftlichen Vorläufer dieser Bewegung im 19. Jahrhundert waren Friedrich List, J. E. Wappäus in Göttingen (Deutsche Auswanderung und Kolonisation 1846) und Wilhelm Roscher (Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung, 1. Auflage 1848), ihre Führer seit 1878 auf dem Gebiete der Siedelungspolitik auch der D. theol. Friedrich Fabri in Barmen (Bedarf Deutschland der Kolonien, 1879), Dr. jur. Robert Jannasch in Berlin, Dr. jur. Hübbe-Schleiden in Hamburg und Dr. Ernst Hasse in Leipzig. Unabhängig von ihnen entstand eine auf praktische überseeische Fußfassung in den Tropen gerichtete Bewegung 1884 unter Führung von Dr. Karl Peters.

*) Die Besiedelung des deutschen Volksbodens. 2. Heft I. Bd. (Heimatpolitik) unseres Werkes „Deutsche Politik". München J. F. Lehmann 1905. 3 Mk.

Die Bewegung begann mit der Begründung folgender Vereine: Vereinstätigkeit.

Zentralverein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen in Berlin, 9. Oktober 1878 (Vors. Dr. R. Jannasch), Zweigvereine in Leipzig, Barmen, Chemnitz, Freiburg i. B., Jena, Kassel, Marburg, Stuttgart, 10 Zweigvereine in Südbrasilien, 2 in Argentinien, 1 in Australien; Verein für Handelsgeographie und Kolonialpolitik in Leipzig, 18. Februar 1879 (Vors. Dr. E. Hasse); Westdeutscher Verein für Kolonisation und Export in Düsseldorf, 29. Januar 1881 (Vors. Dr. F. Fabri); Münchener Verein zum Schutze deutscher Interessen im Auslande, 15. Mai 1882 (Vors. Dr. A. v. Brinz); Deutscher Kolonialverein zu Frankfurt a. M., 26. August und 6. Dezember 1882 (seit 1885 in Berlin, Vors. Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg); Gesellschaft für deutsche Kolonisation in Berlin, 28. März 1884 (Vors. Dr. Peters, Graf Behr-Bandelin). Letztere beiden Vereine verschmolzen sich am 19. Dezember 1887 zur „Deutschen Kolonialgesellschaft" in Berlin (Vors. Fürst Hohenlohe-Langenburg bis 1894, seit 15. Januar 1895 Herzog Johann Albrecht v. Mecklenburg).

Vom größten Einfluß auf die Belebung der Kolonialbewegung waren die Schriften von Fabri und Hübbe-Schleiden sowie die Zeitschriften „Export" und „Deutsche Kolonialzeitung".

Die Beweggründe für diese kolonialen Bestrebungen liegen vorwiegend, aber nicht ausschließlich in dem Umfang und der Art der deutschen Auswanderung. Man hoffte, Länder zu finden, klimatisch, wirtschaftlich und politisch geeignet für die deutsche Auswanderung, in denen diese ihren nationalen Charakter bewahren könne, und hatte dabei die subtropischen Gebiete von Südamerika im Auge, aber man dachte nicht an Eroberungen, auch nicht an die Mitwirkung des Staates bei der Beweggründe.

Organisation der Auswanderung, sondern nur an private Organisation (Kolonialgesellschaften) und an lokale Majorisierungen. Mitbestimmend war hierbei die Schwierigkeit, in der inneren Kolonisation große Menschenmengen unterzubringen, und das Bedürfnis, in der Auswanderung ein sozialpolitisches Ventil offen zu halten. Man erinnerte sich, daß die größere Hälfte des deutschen Staatsgebietes Kolonialboden sei, berücksichtigte aber die Unmöglichkeit, die germanisierende Grenzkolonisation in größerem Maßstabe zurzeit östlich fortzusetzen, weder auf deutschem Reichsboden noch auf dem Gebiete der östlichen und südöstlichen slawischen Nachbarvölker. Es sollten demgemäß überseeische Nationalgebiete geschaffen werden, um „die Zukunft des deutschen Volksstammes" gegenüber dem riesenhaften Wachstum der Angelsachsen und der Russen für künftige Jahrhunderte sicherzustellen. Man erinnerte daran, daß Deutschland schon einmal durch die Hansa mitbestimmend für den Welthandel und die Weltwirtschaft gewesen ist. Aber auch zur Erziehung des deutschen Volkscharakters erschien die aktive Beteiligung an der überseeischen Kultur förderlich. Die Marine brauche ein Tätigkeitsfeld im Frieden. Auch die Anlage von Strafkolonien sowie die Einführung der Verbannung als Strafe namentlich für politische Vergehen erschien wünschenswert.

Der steigend industrielle Charakter Deutschlands dränge zur Erwerbung von Gebieten, in denen Lebensmittel, Genußmittel (Kolonialwaren) und Rohstoffe erzeugt werden, sodaß diese Gebiete mit dem Mutterlande ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet bilden. Die bisherige passive Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft müsse in eine aktive verwandelt werden durch Herstellung eines direkten deutschen überseeischen Verkehrs (subventionierte Dampferlinien). Deutsche Ersparnisse finden nicht mehr genügende Verwendung in der Heimat. Ueberseeische

Kapitalanlagen müssen aber zu einer Machtausübung führen. Deutsches Geld muß deutsches Kapital werden. In der Forderung, daß Deutschland Weltmacht werde, sei das Problem der Auswanderung und des Sozialismus eingeschlossen.

Ergebnis.

Der Gang der Ereignisse hat diesen Erwartungen nicht entsprochen. Die wichtigste Seite der Kolonialpolitik, die Gewinnung von Ansiedelungsgebieten für die deutsche Massenauswanderung ist ebensowenig in Angriff genommen, wie die nationale Organisation der deutschen Auswanderung. Dagegen ist die Erwerbung von Kultivationsgebieten überraschend schnell und in großem Umfange gelungen. Die geplante private Leitung dieser Kultivationen hat aber bald einer staatlichen Führung Platz machen müssen.

Immerhin wird die staatliche Fürsorge für die deutschen Schutzgebiete und für deutsche überseeische Interessen in steigendem Maße durch die Tätigkeit privater Gesellschaften aller Art unterstützt.

2. Deutsche amtliche Kolonialpolitik.

Bismarcks Zurückhaltung.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck ist nur zögernd der Kolonialbewegung näher getreten und hat sich gegen eine Organisation der deutschen Auswanderung immer ablehnend verhalten. Gelegentlich der Koreadebatte sagte er im Reichstage am 26. Juni 1884:

„Ich bin kein Freund der Auswanderung im allgemeinen und namentlich nicht der krankhaften Beförderung der Auswanderung, die wir in den ersten Jahren des Deutschen Reiches gehabt haben — unter meiner Unterschrift, gebe ich ja zu; ich habe aber damals dieser Sache meine Aufmerksamkeit nicht zugewendet. Ein Deutscher, der sein Vaterland abstreift, wie einen alten Rock, ist für mich kein Deutscher mehr; ich habe kein landsmannschaftliches Interesse mehr für ihn, und wenn die Beförde-

rung der Korrespondenz und des Verkehrs und unseres Exportes eine Beförderung der Auswanderung sein würde, so würde das ein Grund dagegen sein."

Dieser Grundanschauung entsprechend lehnte Fürst Bismarck die Führungnahme auf dem Gebiete der deutschen Kolonialpolitik ab und wollte diese der privaten Unternehmung überlassen. Und wiederholt hat er darauf hingewiesen, daß die Regierung des Deutschen Reiches ein Kolonialprogramm nicht haben könne, sondern daß die Kolonialpolitik abhängig sei von dem Gange der gesamten inneren und äußeren Politik.

Am 2. März 1885 erklärte Fürst Bismarck im Reichstage:

„Wir haben nicht vollständige Systeme im Kopf und in der Theorie fertig, sondern wir lassen die Sache sich organisch entwickeln und krystallisieren. Wir haben nicht die Prätension, die Kolonisationsbestrebungen des deutschen Volkes zu führen nach bureaukratischer Vorschrift und nach einem bestimmten System, über das wir selbst mit uns im klaren wären, sondern wir haben die Absicht, ihnen zu folgen mit dem Schutz des Reiches, da wo wir eine Wahrscheinlichkeit der Entwickelung und Berechtigung auf diesen Schutz anerkennen. . . . Ich habe betont, daß eine Kolonialpolitik überhaupt nur möglich ist, wenn sie von einer Mehrheit des nationalen Willens mit Entschlossenheit und Ueberzeugung getragen wird."

Aehnlich am 10. Januar und 12. März 1885 im Reichstage und am 5. Juni 1889 in einem Brief an F. Fabri:

„Was die koloniale Frage im allgemeinen betrifft, so ist zu bedauern, daß dieselbe in Deutschland von Hause aus als Parteisache aufgefaßt wurde und daß im Reichstage Geldbewilligungen für koloniale Zwecke immer noch widerstrebend und mehr aus Gefälligkeit für die Regierung oder unter Bedin-

gungen eine Mehrheit finden. Die Regierung kann über ihr ursprüngliches Programm bei Unterstützung überseeischer Unternehmungen nicht aus eigenem Antriebe hinausgehen und kann nicht die Verantwortung für Einrichtung und Bezahlung eigener Verwaltung mit einem größeren Beamtenpersonal und eigener Militärtruppe übernehmen, solange die Stimmung im Reichstage ihr nicht helfend und treibend zur Seite steht und solange nicht die nationale Bedeutung überseeischer Kolonien allseitig ausreichend gewürdigt werden wird und durch Kapital und kaufmännischen Unternehmungsgeist die Förderung findet, welche zur Ergänzung der staatlichen Mitwirkung unentbehrlich bleibt."

Stufenweise Entwickelung.

Trotz dieses Mangels an Initiative bei der Regierung läßt sich doch eine bestimmte Richtschnur erkennen, welche in kolonialen Dingen seit Begründung des Reiches eingehalten wurde. Die Etappen in der Entwickelung der amtlichen Kolonialpolitik des Deutschen Reiches fallen in die Jahre 1884 und 1890. Bis zum Jahre 1884 wurde allen deutschen überseeischen Unternehmungen der individuale Charakter gewahrt, der Schutz nur der Person gewährt. Von 1884 an sträubte man sich nicht mehr gegen Landerwerbungen und gestaltete den Schutz überseeischer Unternehmungen territorial. Von 1890 bis 1897 verhielt sich die Regierung ablehnend gegen weitere territoriale Erwerbungen und erst seit 1898 kehrte sie zu den Grundsätzen der Jahre 1884 bis 1889 zurück.

In den Jahren 1874 bis 1884 war die Reichsregierung bemüht gewesen, in unabhängigen überseeischen Gebieten die Handelsfreiheit, möglichst auch den Fortbestand der Unabhängigkeit selbst solcher Gebiete zu sichern und mindestens für Deutschland die Meistbegünstigung bei Vertragsabschlüssen zu wahren. Dagegen wurden alle an die Regierung

herantretenden Gesuche um koloniale Landerwerbungen oder um die Uebernahme von Protektoraten abgelehnt.

Südsee. Diese Linie hielt die Regierung ein bei dem Streite mit Spanien wegen der Pelew- und Karolineninseln und des Suluarchipels 1873 bis 1874, bei der Ablehnung des Protektorates über Zanzibar 1874, über das Sulureich, Nordborneo und Transvaal 1876 bis 1877, bei den Streitigkeiten mit England wegen der von diesem 1874 annektierten Fidschiinseln, bei der Erwerbung von Kohlenstationen auf den Tongainseln 1876 und auf Samoa (Saluafata) 1879, bei der am 20. April 1880 abgelehnten Vorlage wegen einer Zinsgarantie an eine Seehandelsgesellschaft zur Erwerbung der Godefroyschen Plantagen in Samoa. Auch als 1874 und 1882 hanseatische Kaufleute Schutz erbaten für ihre Unternehmungen in Westafrika und als 1882 Lüderitz dies für Südwestafrika tat, wurde zwar konsulare und militärische Unterstützung durch die Marine zugesagt, jede Landerwerbung aber abgelehnt.

Und diese Anschauung klang noch nach in einem Worte des Fürsten Bismarck vom 26. Juni 1884:

„Unsere Absicht ist es nicht, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen."

Zu einer anderen Haltung wurde die deutsche Reichsregierung erst gezwungen durch die Schwierigkeiten, die England in der Südsee und in Afrika der Ausdehnung des wirtschaftlichen Einflusses Deutschlands machte. Der eingetretene Umschwung der Auffassung trat amtlich zuerst zutage in der Instruktion des Fürsten Bismarck an den deutschen Botschafter in London vom 10. Juni 1884:

„Meine Ansicht geht nach wie vor dahin, daß ein Kolonialsystem nach Analogie des heutigen englischen mit Garnisonen, Gouverneuren und Beamten des Mutterlandes für uns nicht angezeigt sei, aus Gründen, welche in unseren inneren Einrichtungen

und Verhältnissen liegen, daß das Reich aber nicht umhin könne, seinen Schutz, soweit seine Kräfte reichen, auch auf solche Handelsunternehmungen deutscher Untertanen zu erstrecken, welche mit Landerwerb verbunden sind. Ich habe mich auf die Analogie der englischen ostindischen Kompagnie in ihrem ersten Anfange berufen. Die darauf von Lord Amphill an mich gerichtete Frage, ob wir soweit gehen würden, den Beteiligten ein Royal charter zu bewilligen, habe ich bejaht."

Schutzgewährung.

Ein weiterer Schritt vorwärts in der Richtung auf territoriale Behandlung der deutschen Kolonialpolitik ist erkenntlich in dem Satze einer nach London gerichteten Depesche des Auswärtigen Amtes vom 19. August 1884:

„Wir gewähren diesen Schutz, sobald derselbe nachgesucht würde, überall, wo deutsche Niederlassungen auf einem bisher von einer anderen Macht nicht okkupierten Gebiete begründet werden und den deutschen Erwerbungen gültige, die Rechte Dritter nicht verletzende Verträge zur Seite stehen",

und in einer dem Lord Granville am 8. Oktober 1884 seitens des deutschen Geschäftsträgers erteilten Antwort:

„Das in den fraglichen Gebieten (Südwestafrika) im Namen Sr. Majestät des Kaisers verkündete Protektorat erstreckt sich, wie die Königlich Großbritannische Regierung richtig annimmt, nicht lediglich auf die Person der daselbst wohnhaften oder sich dort aufhaltenden Reichsangehörigen, sondern auf das Gebiet als solches und hat mithin territorialen Charakter."

Erwerbung.

Bei der Okkupation der Schutzgebiete schlug die Regierung gleichzeitig verschiedene Wege ein. Teils ließ sie durch ihre Seeoffiziere und Beamten (Dr. Nachtigal in Togo und Kamerun) mit Eingeborenen direkt Verträge abschließen, teils über-

nahm sie die von Privaten erworbenen Hoheitsrechte (Lüderitz), teils überließ sie diese privaten Gesellschaften unter Erteilung von Schutzbriefen (Ostafrika und Neu-Guinea).

Verwaltung. In bezug auf die Verwaltung versuchte die Regierung 1884 bis 1888 ähnliche Grundsätze zur Geltung zu bringen, wie sie England und Holland in Ostindien früher durchgeführt hatten, indem sie sich auf Gewährung des internationalen Schutzes beschränkte, die Verwaltung selbst aber möglichst den interessierten Privaten überließ. Der Fürst Bismarck sprach sich hierüber gelegentlich der Koreadebatte am 26. Juni 1884 im Reichstage deutlich aus.

Schutzbriefe Demgemäß wurde der „Gesellschaft für deutsche Kolonisation" (Dr. K. Peters und Graf Behr-Bandelin) am 27. Februar 1885 ein kaiserlicher Schutzbrief verliehen, in dem der Gesellschaft die Befugnis erteilt wurde zur

„Ausübung aller aus den Uns vorgelegten Verträgen fließenden Rechte, einschließlich der Gerichtsbarkeit, gegenüber den Eingeborenen und den in diesen Gebieten sich niederlassenden oder zu Handels- und anderen Zwecken sich aufhaltenden Angehörigen des Reichs und anderen Nationen, unter der Aufsicht Unserer Regierung und vorbehaltlich 2c."

Und die Neu-Guinea-Kompagnie (Adolph von Hansemann) erhielt am 17. Mai 1885 in einem kaiserlichen Schutzbrief folgende Rechte:

„Ingleichen verleihen Wir der besagten Kompagnie gegen die Verpflichtung, die von ihr übernommenen staatlichen Einrichtungen zu treffen und zu erhalten, auch die Kosten für eine ausreichende Rechtspflege zu bestreiten, hiermit die entsprechenden Rechte der Landeshoheit zugleich mit dem ausschließlichen Recht, in dem Schutzgebiete herrenloses Land in Besitz zu nehmen und darüber zu verfügen und Verträge mit den Eingeborenen

über Land und Grundberechtigungen abzuschließen, dies alles unter der Oberaufsicht Unserer Regierung. . . . Die Ordnung der Rechtspflege sowie die Regelung und Leitung der Beziehungen zwischen dem Schutzgebiete und den fremden Regierungen bleiben Unserer Regierung vorbehalten. . . ."

Dagegen waren die Bemühungen des Reichskanzlers (1885), die am Kamerun- und am Togogebiete interessierten Handelshäuser zur Bildung einer mit der lokalen Verwaltung zu betrauenden Korporation zu bewegen, erfolglos.

„Und so mußten die dorthin gesandten kaiserlichen Beamten unmittelbarer in die Regelung der Verhältnisse eingreifen. Aber auch hier wird die Bildung eines bureaukratischen Regimentes sorgfältig vermieden."

Für Südwestafrika war zwar in dem Statut der „Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika" (der durch K. Ordre vom 13. April 1885 die Rechte einer juristischen Person verliehen wurden) die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte vorgesehen, „soweit solche der Gesellschaft für ihre Gebiete übertragen werden". Die Ausübung solcher Rechte ist aber hier nicht praktisch geworden, namentlich deshalb, weil das Gebiet der Gesellschaft nur einen kleinen Teil des gesamten Schutzgebietes bildet, dessen Gesamtheit doch verwaltet werden muß und deshalb durch einen kaiserlichen Kommissar schon 1885 in Verwaltung genommen wurde.

Aber auch in Ostafrika und in Neu-Guinea war die Privatverwaltung nur von kurzer Dauer. In Ostafrika handelte es sich auch sehr bald um die Verwaltung eines weit größeren Gebietes als des unter den Schutzbrief fallenden. Vor allem machte aber der ostafrikanische Aufstand jeder Verwaltung ein Ende. Der Aufstand wurde durch einen kaiserlichen Kommissar niedergeworfen, und nach Her-

stellung der Ordnung übernahm die Regierung durch Bestellung eines kaiserlichen Gouverneurs nicht nur die Zollverwaltung, sondern die ganze Landesverwaltung am 1. Juli 1891.

Im Schutzgebiete der Neu-Guineakompagnie wurde zwar zunächst auch die im Schutzbrief der kaiserlichen Verwaltung vorbehaltene Gerichtsbarkeit dem „Landeshauptmann" der Kompagnie, Frhr. von Schleinitz, durch Erlaß des Reichskanzlers vom 24. Juni 1886 und durch kaiserl. V. v. 7. Juli 1888 der Kompagnie selbst (bis Ende 1897) übertragen. Infolge Vertrages zwischen der Regierung und der Kompagnie vom 23. Mai 1889 ging aber am 1. November 1889 die gesamte Landesverwaltung des Schutzgebietes auf das Reich über und wurde durch den kaiserlichen Kommissar ausgeübt, bis September 1892 der frühere Zustand der Verwaltung durch einen Landeshauptmann wieder hergestellt wurde. Im Jahre 1899 ging aber auch das Schutzgebiet der Neu-Guineagesellschaft in die unmittelbare Verwaltung des Reiches endgültig über.

Reichsverwaltung.

Zur Ausübung einer unmittelbaren Herrschaft in den zentralafrikanischen Schutzgebieten (Ostafrika, Togo und Kamerun) wurde die Regierung schon durch die Bestimmungen der Generalakte der Brüsseler Antisklavereikonferenz vom 2. Juli 1890 veranlaßt, welche den Regierungen eine Menge von Pflichten auferlegt, die ein direktes Einschreiten der Staatsgewalt erfordern.

War schon zur Zeit des Fürsten Bismarck den auf die Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes gerichteten Bestrebungen eine sekundäre Rolle zugewiesen worden (Aeußerungen des Fürsten Bismarck aus dem Oktober 1889: „Die Erhaltung von Lord Salisbury habe für ihn mehr Wert als ganz Witu. England sei für uns wichtiger als Zanzibar und Ostafrika"), so räumte der Reichskanzler Graf Caprivi 1890 bis 1894 der Kolonialpolitik eine

noch untergeordnetere Rolle ein. Dies ergibt sich besonders aus dem unter seiner Verantwortlichkeit abgeschlossenen, wenn auch zum Teil auf kaiserlichen Anordnungen vom 2. Mai 1889 beruhenden Sanzibarvertrag vom 1. Juli 1890 und der Art der Begründung desselben. Caprivi.

In der amtlichen Denkschrift über die Beweggründe zu dem deutsch-englischen Abkommen vom 1. Juli 1890 wird die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu England über alle deutschen Kolonialinteressen gestellt:

„Allem voran stand das Bestreben, unsere durch Stammesverwandtschaft und durch die geschichtliche Entwicklung beider Staaten gegebenen guten Beziehungen zu England weiter zu erhalten und zu befestigen und dadurch dem eigenen Interesse wie dem des Weltfriedens zu dienen."

An die individuale und privatwirtschaftliche Behandlung kolonialer deutscher Interessen, wie sie vor 1884 maßgebend war, erinnert der Satz:

„Bei dieser Sachlage einer befreundeten Macht wie England das Protektorat über die Inseln Sanzibar und Pemba zuzugestehen, konnte um so weniger Bedenken haben, als kein Grund zu der Annahme besteht, daß deutsche Firmen und Personen auf der Insel unter englischem Schutze schlecht fahren werden. Derselbe Zustand existiert auf vielen Stellen der Welt und, wenn man von nationalen Motiven absieht, zur Zufriedenheit der Deutschen."

Gegen jede Fortsetzung einer weiteren Okkupationspolitik wendete sich ebenfalls die Denkschrift, indem sie sagte:

„Die Periode des Flaggenhissens und des Vertragschließens muß beendet werden, um das Erworbene nutzbar zu machen. Es beginnt jetzt die Zeit ernster unscheinbarer Arbeit, für welche voraussichtlich auf ein halbes Jahrhundert ausreichender Stoff vorhanden sein wird."

Seine zurückhaltende Behandlung der Kolonialpolitik begründete Graf Caprivi in seinen Reichstagsreden vom 4. und 5. Februar 1891 und 17. Februar 1894.

Hohenlohe. Der am 29. Oktober 1894 erfolgte Wechsel in der Person des Reichskanzlers führte auch einen Umschwung in der deutschen Kolonialpolitik herbei. Während für den Grafen Caprivi der Abschluß des Abkommens mit England über Zanzibar 2c. und dessen Begründung sowie das Wort charakteristisch war, ihm könne nichts Schlimmeres passieren, als daß ihm ganz Afrika geschenkt werde, äußerte sich Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst in seiner ersten Programmrede im Reichstage am 11. Dezember 1894 wesentlich kolonialfreundlicher, indem er die wirtschaftliche, nationale und religiöse (Missions-) Bedeutung der Kolonialpolitik anerkannte.

Die Reichskanzlerschaft des Fürsten Hohenlohe hat die in den Jahren 1890 bis 1894 eingetretene gewesene Depression in der deutschen Kolonialpolitik allmählich wieder beseitigt, eine wesentliche Ausdehnung des Kolonialbesitzes allerdings nicht herbeizuführen vermocht, mit Ausnahme der Erwerbung von Kiautschou Ende 1897, Samoas und der Karolinen 1899; auch die Abgrenzung der noch offenen Grenzen Kameruns und Togos ist in einer wenig vorteilhaften Weise erfolgt, aber für die innere Entwickelung der Schutzgebiete ist vieles geschehen.

Der Reichskanzler Graf Caprivi hatte die Absicht gehabt, das deutsche südwestafrikanische Schutzgebiet wieder aufzugeben. Um die Gründe hierfür zu beseitigen und die Aufschließung des Gebietes zu beschleunigen, ließ sich der Kolonialdirektor Dr. Kayser dazu verleiten, englische Kapitalien in das Land zu ziehen und an ganz oder halb englische Gesellschaften große Landkonzessionen zu erteilen.

Diese Versuche wurden von seinen Nachfolgern fortgesetzt und von dem Kolonialdirektor von Buchka in Kamerun zu einem System großartiger Landkonzessionen ausgebaut. Der Unwille über die sich hieraus ergebenden Gefahren für die nationale Zukunft der Schutzgebiete führte aber 1900 den Sturz von Buchkas herbei. An die Stelle von Buchkas trat 1900 Dr. Stübel und 1906 der Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg. Damit ist für die künftige deutsche Kolonialpolitik die Frage der Landkonzessionen und die gesamte Agrarpolitik sehr in den Vordergrund gerückt worden.

3. Die Erwerbung der deutschen Schutzgebiete überhaupt.

Besitztitel.

Die Ansprüche, auf die sich zu anderen Zeiten andere Kolonialmächte bei der Erwerbung von Kolonien und Schutzgebieten stützten, bestanden im wesentlichen in der Bezugnahme auf die erste Entdeckung oder die erste Fußfassung oder auf die Ergebnisse von Kolonialkriegen, sei es, daß diese Kriege gegen die Eingeborenen der zu erwerbenden Gebiete geführt wurden, sei es, und das war das häufigere, daß die Erwerbungen als Siegespreis von Kriegen der Kolonialmächte untereinander in den Schoß des Siegers fielen. Hierbei war es besonders beachtenswert, daß die europäischen Kolonialmächte sich vielfach hinter ihren privaten kolonialen Unternehmern versteckten, sodaß diese letzteren Kriege untereinander führten, ohne die Mutterländer in die Konflikte einzubeziehen.

Die Besitztitel für die Erwerbungen der Schutzgebiete für das Deutsche Reich waren ganz anderer Art. Leider hat man sich fast niemals auf die Entdeckung der fraglichen Gebiete durch deutsche Forscher stützen können. Diese hatten aller Welt gedient, nur nicht dem deutschen Vaterlande. Und als Forscher wie Robert Flegel und Karl Peters

die Ergebnisse ihrer Forschungen dem Vaterlande zur Verfügung stellten, wies dieses sie kühl zurück. Die Veranlassungen und die Besitztitel für die deutschen Erwerbungen waren vielgestaltig. Nur das eine war ihr gemeinsam, daß zunächst Kolonialkriege weder mit den Eingeborenen noch mit den wettbewerbenden Kolonialmächten zu führen waren. Aber es scheint das Verhängnis aller Kolonialerwerbungen zu sein, daß die Eroberung, wenn sie im Anfang fehlte, später nachgeholt werden muß. Und so sehen wir, daß nach einer ersten mehr oder weniger friedlichen Erwerbung unserer Schutzgebiete fast jedes einzelne später und oft wiederholt mit bewaffneter Hand erobert werden mußte. Immerhin war es belangreich, daß es bis jetzt zu Kolonialkriegen Deutschlands mit den wettbewerbenden Kolonialmächten nicht gekommen ist, während wir solche Kriege zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien, zwischen Rußland, Japan, China und Korea und zwischen Großbritannien und den Burenstaaten erlebt haben. Auch dieses unterscheidet unsere deutschen Erwerbungen der achtziger Jahre von denen früherer Zeiten anderer Völker, daß bei den Erwerbungen zunächst wenigstens die beteiligten Eingeborenen weniger gehört wurden, als die wettbewerbenden benachbarten Kolonialmächte. So ist es zu unzähligen Verträge. Vertragsschlüssen zwischen Deutschland und seinen Kolonialnachbarn gemäß der Auffassung des modernen Völkerrechts, daß nur ein von allen Großmächten anerkannter Erwerb von Land und Leuten als endgültig vollzogen anzusehen ist. Uebrigens hat das Völkerrecht gerade durch den Beginn der aktiven deutschen Kolonialpolitik einen mächtigen Anstoß zur Weiterentwickelung gefunden (vergl. die Hinterlandstheorie und ähnliches). Als eine Ausartung dieser Rechtsentwickelung muß es angesehen werden, daß durch internationale Kongresse der vergebliche Versuch gemacht worden ist, im Kongo-

staat ein neutrales Gebiet zu schaffen, bestimmt, die Aufteilung des Kongobeckens unter die europäischen Kolonialmächte auf absehbare Zeit zu verzögern.

Wettbewerb.

Der Anfang der aktiven deutschen Kolonialpolitik im Jahre 1884 hat die Veranlassung zu vielen anderen kolonialen Erwerbungen gegeben. Die wettbewerbenden Kolonialmächte beeilten sich, von dem sogenannten herrenlosen Lande oder von dem Lande, das nur noch im Nominalbesitz alter Kolonialmächte war, so viel an sich zu reißen, wie irgend möglich. Hier hätte nun auch Deutschland dasselbe tun und planmäßig alles erwerben sollen, was erwerbbar war, wenn es auch nur den Wert eines Austauschobjektes besessen hätte. Aber hier rächte sich die Planlosigkeit in der allgemeinen deutschen Kolonialpolitik. Denn die überraschten Fremdmächte hätten zur Zeit des Ansehens des Fürsten Bismarck uns sicherlich die weitestgehenden Einräumungen gemacht, die sie uns jetzt zähe versagen, nachdem sie sich von ihrem ersten Schreck erholt haben.

4. Die Erwerbung der einzelnen Schutzgebiete.

Jedes einzelne unserer Schutzgebiete verdanken wir anderen Machteinflüssen, anderen Gelegenheiten und anderen Besitzergreifungsformen. Der Raum verbietet es uns, hier die Geschichten der einzelnen Kolonialerwerbungen zu geben. Wir müssen uns darauf beschränken, dasjenige herauszuheben, was für jedes einzelne Schutzgebiet eigenartig war. Wir tun dies, indem wir die Frage aufwerfen, wem wir denn eigentlich die einzelnen Schutzgebiete verdanken?

Südwest.

Deutsch-Südwestafrika, das noch immer des Namens entbehrt, und gern und gut hätte Lüderitzbucht genannt werden können, verdanken wir der breiten Sanddüne, die dieses Gebiet wie ein Vorhang den Blicken der Welt entzogen hat. Wir

danken es der evangelisch-rheinischen Mission, die dort seit einem Jahrhundert arbeitet; wir danken es dem Unternehmungsgeiste von Lüderitz, aber leider müssen wir es erneut einem großen Kolonialkriege danken, der noch immer nicht zum Abschluß gekommen ist.

Kamerun. Kamerun danken wir der in hanseatischen Kaufmannskreisen im Jahre 1882 erwachten Erkenntnis, daß es unwürdig sei, unter fremdem Schutze im Auslande Handelsgeschäfte und Plantagengeschäfte zu betreiben, dann wenn das Reich zu diesem Schutze selbst befähigt ist.

Togo. Togo danken wir den Chikanen britischer Zollverwaltungen, die den deutschen Kaufmann vielfach von Ort zu Ort drängten und hierauf in ein Gebiet flüchten ließen, das im letzten Augenblick noch von deutscher Hand erworben werden konnte.

Ostafrika. Ostafrika ist eigentlich eine Zufallserwerbung. Denn Dr. Karl Peters und Genossen suchten deutsche Siedelungsgebiete und sie suchten sie am Zambesi. Nur durch Zufall wurden sie nach dem heutigen Deutsch-Ostafrika verschlagen, das ebenfalls noch des Namens entbehrt. Wer wüßte nicht, daß wir im übrigen dieses große Gebiet der Abenteuerlust und dem Wagesinn der Karl Peters, Joachim Graf Pfeil und Jühlke einerseits und dann später nochmals dem militärischen Genie Wißmanns danken?

Südsee. Neu-Guinea mit der benachbarten Inselwelt ist eigentlich die einzige koloniale Erwerbung, die von langer Hand vorbereitet, planmäßig erfolgte und die dem Unternehmungsgeiste des deutschen Großkapitals zu danken ist, unterstützt durch die Forschungen deutscher Gelehrter. Aber hier zeigte sich bald, daß die Organisation des Großkapitals heute nicht mehr, wie in früheren Zeiten, die Trägerin einer Landeshoheit und einer großen Landesverwaltung sein kann.

Samoa und andere Erwerbungen in der Südsee danken wir der Bosheit der Engländer, insbesondere den Australiern, die in Fidschi, Tonga und an anderen Orten die deutsche Unternehmung aus der sogenannten „Offenen Tür" hinausdrängten, und zur Selbständigmachung zwangen, uns zunächst einige Jahrzehnte der Demütigungen aller Art auferlegten, um endlich in einer Zufallszwangslage uns das einzuräumen, was wir der vorausgegangenen Pionierarbeit deutschen Handels schon längst dankten. Südsee.

Aehnliches gilt von den Karolinen, Marianen und Ladronen, die ein Musterbeispiel für deutsche Zähigkeit insofern geworden sind, als hier die deutsche Staatskunst immer und immer wieder Anläufe nahm, oft zurückwich, um schließlich auf dem nüchternen Wege eines Kaufgeschäftes das gewollte Ziel zu erreichen.

Kiautschou danken wir nicht etwa der Ermordung einiger Missionare; hier handelt es sich wirklich um eine planmäßige Erwerbung, bei der die Planmäßigkeit aber auf der Seite der deutschen Regierung bestand, deren Organ hier in ausgesprochenster Weise unsere Flotte war. Uebrigens ist Kiautschou nicht unsere einzige Erwerbung in China, sondern wir besitzen dort die Niederlassungen in Hankau und Tientsin, allerdings nach minderem Recht. Leider haben wir die Fußfassung in Schanghai, dem englischen Drucke folgend, wieder aufgegeben. Ostasien.

5. Deutsches Kolonialrecht.

a) Völkerrecht. Die deutschen Schutzgebiete bilden zwar völkerrechtlich einen Teil des Deutschen Reichs; nicht aber staatsrechtlich, da der Art. 1 der R. V. auf sie keine Anwendung findet. Demgemäß gelten sie nur ausnahmsweise und soweit dies durch Reichsgesetze ausdrücklich ausgesprochen wird, als Reichsinland. Völkerrecht.

Die Schutzherrschaft über die Gebiete der deutsch-

Völkerrecht. ostafrikanischen Gesellschaft und über die der Neu-Guineakompagnie war eine indirekte, solange diesen Hoheitsrechte eingeräumt waren.

Jetzt ist die Souveränität des Deutschen Reichs in allen Schutzgebieten eine unmittelbare und absolute, soweit sie nicht durch Verträge mit eingeborenen Stammeshäuptlingen eingeschränkt wird.

Bemerkenswerterweise spricht die Amtssprache von „Schutzgebieten" und „Schutztruppen", dagegen von „Kolonialabteilung" und „Kolonialrat".

In völkerrechtlicher Beziehung beruht das deutsche Kolonialrecht auf der Generalakte der Berliner Konferenz vom 26. Februar 1885 und auf der Generalakte der Brüsseler Antisklavereikonferenz nebst Deklaration vom 2. Juli 1890, sowie auf den internationalen Verträgen, in denen die kolonialen Erwerbungen Deutschlands durch die europäischen Mächte anerkannt und die Grenzen dieser Erwerbungen gegenüber den kolonialen Nachbargebieten festgesetzt wurden.

Im Gegensatze zu den verfassungsmäßigen Verpflichtungen der meisten anderen Staaten, diese völkerrechtlichen Verträge der Genehmigung ihrer Volksvertretungen zu unterbreiten, besteht auf der Seite des Deutschen Reiches eine derartige Verpflichtung nicht. Nach Art. 11 der deutschen Verfassung hat der Kaiser das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen usw. Diese Bestimmung ist bisher dahin ausgelegt worden, daß bei Verträgen, bei denen der Kaiser für das Reich Kolonien erwirbt oder aufgibt, die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages an sich nicht erforderlich sei und nur dann erforderlich werde, wenn diese Verträge finanzielle Verpflichtungen enthalten oder wenn sich finanzielle Verpflichtungen mittelbar aus ihnen ergeben oder wenn, wie bei

dem Hinzutritt Helgolands zu einem Bundesstaat (Preußen) und damit zu dem Deutschen Reiche, eine verfassungsmäßige Bestimmung alteriert wird. Am paradoxesten erscheint das R. G. vom 15. Februar 1900, das von der Erwerbung Samoas und den darüber abgeschlossenen Verträgen mit Großbritannien vom 14. November 1899 und mit den Verträgen von Amerika vom 2. Dezember 1899 selbst nichts sagt, sondern nur die dadurch betroffenen Handelsverträge mit Tonga, Samoa und Zanzibar behandelt. Dieser Rechtszustand raubt den gesetzgebenden Faktoren des Deutschen Reiches jeden Einfluß auf die Vermehrung oder Verminderung des deutschen Kolonialbesitzes.

Staatsrecht.

b) Staats- und Privatrecht. In staatsrechtlicher und privatrechtlicher Beziehung mußte das deutsche Kolonialrecht aus dem Konsulatsrechte erwachsen, da die Schutzgebiete nur allmählich ihre frühere Eigenschaft als „Ausland" verloren und die deutschen Rechte und die Rechte der Deutschen dort nur allmählich von individualen sich zu territorialen umgestalteten.

Fast alle das deutsche Kolonialrecht schaffenden und umgestaltenden Gesetze und Verordnungen nehmen deshalb Bezug auf die R. G. G. über die Konsulargerichtsbarkeit vom 10. Juli 1879 und vom 7. April 1900.

Zuerst wurden die „Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete" geordnet durch R. G. vom 17. April 1886. Zu diesem Gesetze erschienen so viele Novellen, daß neue Gesamtredaktionen erforderlich wurden. Diese erfolgten unter dem 19. März 1888 und 25. Juli 1900, wobei das Gesetz den Titel „Schutzgebietsgesetz" erhielt. (R. Ges. Bl. 1900 S. 813.)

Da in dem Schutzgebietsgesetze die meisten Gegenstände der Regelung durch kaiserliche Verordnung vorbehalten waren, wurde die Mitwirkung der gesetzgebenden Faktoren des Reiches nur selten in

Anspruch genommen, was als ein Vorteil für die Entwickelung des deutschen Kolonialrechtes angesehen werden muß. Außer den Novellen zum Schutzgebietsgesetz und den jährlichen Reichsgesetzen zur Festsetzung des Haushaltes der Schutzgebiete sind seit Bestehen der deutschen Schutzgebiete nur wenige Reichsgesetze kolonialrechtlichen Inhaltes erlassen worden.

Je beschränkter aber die Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete der Kolonialgesetzgebung gewesen ist, desto ausgiebiger, vielleicht bis zum Uebermaß, ist die Reglementierung der Kolonialverwaltung durch Verordnungen des Kaisers, des Reichskanzlers, des Kolonialdirektors, der Gouverneure und der einzelnen Verwaltungsbeamten der Schutzgebiete gewesen. Auch nur eine Uebersicht hierüber zu geben, verbietet der Raum. Von diesen Verordnungen sind nur die kaiserlichen im Reichsgesetzblatte enthalten, die anderen aber in dem amtlichen deutschen Kolonialblatte. Ihr Umfang ist schon so sehr angeschwollen, daß umfangreiche private Veröffentlichungen fast in jedem Jahre erscheinen, die den Stoff zu bewältigen und übersichtlich darzustellen versuchen, die erschöpfendsten sind die von Riebow und Zimmermann.

Verwaltung.

c) Verwaltung. Da der Kaiser nach § 1 des R. G. vom 17. April 1886 die Schutzgewalt in den deutschen Schutzgebieten im Namen des Reiches ausübt und bei Ausübung dieser Rechte nur ausnahmsweise (bez. des bürgerlichen Rechtes, des Strafrechtes, des Prozesses und der Gerichtsverfassung sowie der Genehmigung des Etats) an die Zustimmung des Reichstages und des Bundesrates gebunden ist, hat der Kaiser auch die gesamte Verwaltung zu ordnen und zu leiten. Doch ist der Reichskanzler für die Verwaltung verantwortlich. Die ausübende zentrale Verwaltungsstelle ist das unter dem Reichskanzler stehende Auswärtige Amt und innerhalb desselben die sei 1. April 1890

gebildete IV. Abteilung, die den Namen Kolonialabteilung führte, bis im Jahre 1906 ein besonderes Staatssekretariat für die Kolonien geschaffen wurde. Durch kaiserlichen Erlaß vom 10. Oktober 1890 (R. G. Bl. S. 179) wurde bei dieser Kolonialabteilung „als sachverständiger Beirat für koloniale Angelegenheiten ein Kolonialrat errichtet".

Auch die später erworbenen Schutzgebiete wurden der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes unterstellt, mit Ausnahme von Kiautschou, das dem Reichsmarineamt untersteht.

Haushalt. Das Reichsgesetz vom 30. März 1892 bestimmt, daß die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete jedes Jahr veranschlagt und vor Beginn des Etatjahres durch Gesetz festgestellt werden müssen. Die Erläuterungen zu diesen Etatsvoranschlägen enthalten in der Regel interessante Mitteilungen über die Entwickelung der Schutzgebiete. Noch ausführlichere amtliche Mitteilungen enthalten die in jedem Jahre von jedem Schutzgebiet seitens der Kolonialverwaltung abgefaßten, dem Reichstage vorgelegten und dem D. Kol.-Bl. beigegebenen Denkschriften. Der Etat der Schutzgebiete ist bereits jährlich auf mehr als 30 Millionen Mark angeschwollen. Die Rechnungslegung erfolgt bisher nach den für die Reichseinnahmen und Ausgaben geltenden Vorschriften unter Mitwirkung des Rechnungshofes. Die durch die Besonderheit der Schutzgebiete bedingte Verzögerung dieser Rechnungslegung läßt aber den jetzigen Zustand als nicht haltbar erscheinen.

Grenzen. Durch kaiserliche Verordnung vom 2. Mai 1894 wurde der Reichskanzler ermächtigt, für diejenigen innerhalb einer deutschen Interessensphäre in Afrika gelegenen, zu dem Schutzgebiete bisher nicht gehörigen Gebietsteile, hinsichtlich deren der fortschreitende Einfluß der deutschen Verwaltung die Vereinigung mit dem Schutzgebiete angezeigt erscheinen läßt, die hierzu erforderlichen Anordnungen in betreff

der Organisation der Verwaltung und Rechtspflege nach Maßgabe der für das Schutzgebiet geltenden Vorschriften zu treffen.

Mit dem Fortschreiten der Erforschung und der Beherrschung der Schutzgebiete ist der Unterschied zwischen Interessensphären und Verwaltungsgebieten seitdem mehr und mehr fallen gelassen worden.

Verkehr. Die wenigsten deutschen Schutzgebiete verfügen über nennenswerte schiffbare Ströme. Der Verkehr im Innern war deshalb in den tropischen Kolonien auf den Menschenkopf, in Südwestafrika auf den Ochsenkarren angewiesen. Der Eisenbahnbau war daher ein elementares Bedürfnis aller größeren deutschen Schutzgebiete. Leider hat man recht spät mit ihm Anfänge gemacht, in Südwestafrika mit der Eisenbahn Swakopmund-Windhoek, in Ostafrika mit der Usambarabahn. Der Eisenbahnbau im größeren Stile hat erst 1905 begonnen und wird eine Hauptaufgabe künftiger Kolonialpolitik sein.

Landrecht. Zu den schwierigen Aufgaben aller Kolonialverwaltungen gehört von jeher die Schaffung eines zweckmäßigen Landrechtes, die Ordnung des Landkonzessionswesens, die Schaffung von Kronland, der Verkauf und die Verpachtung von Kronland an Private. Diese Aufgabe ist in den deutschen Schutzgebieten arg vernachlässigt worden, sodaß in dem wichtigen südwestafrikanischen Gebiete vor grundsätzlicher Regelung der Frage der größte Teil des Landes in die Hände von Spekulationsgesellschaften, und noch dazu vielfach fremden, gefallen ist.

Nachdem für Ostafrika durch kaiserliche Verordnung vom 26. November und Ausf.-Verordnung des Reichskanzlers vom 27. November 1895 und für Kamerun durch kaiserliche Verordnung vom 15. Juni 1896 und durch Ausf.-Verordnung des Reichskanzlers dazu vom 17. Oktober 1896 die Grundlagen für die Schaffung, Besitzergreifung und Veräußerung von Kronland und über den Erwerb und die Veräußerung

von Grundstücken gegeben worden waren, fanden diese ihre nächste Anwendung in der Verleihung von Riesenlandkonzessionen an die Südkamerun- und die Nordwestkamerungesellschaften 16. Januar, 31. Juli und 17. November 1899. Diese Verleihungen haben in der Oeffentlichkeit heftigen Widerspruch erfahren.

Dagegen muß eine Verordnung des Reichskanzlers vom 20. Januar 1900 durchaus gebilligt werden, die bis auf weiteres verbietet, von den Eingeborenen der Karolinen, Palau und Marianen Grundeigentum auf irgend eine Art, sei es durch Kauf, Tausch, Schenkung oder sonst ein Rechtsgeschäft zu erwerben und die dieser Bestimmung zuwider abgeschlossenen Verträge für rechtsungültig erklärt. Damit ist wenigstens für jene Inselgebiete die Grundlage für eine rationelle Agrarpolitik gegeben worden.

In Deutsch-Ostafrika ist leider die englisch- Geld.
ostindische Währung beibehalten, in allen anderen Schutzgebieten aber die deutsche Reichswährung eingeführt worden.

Die Machtmittel des Reiches.

Von August Keim.

I.

Das Heer.

Allgemeines. Nationale Aufgaben können unter großen Gesichtspunkten nur dann in Angriff genommen und durchgeführt werden, wenn ausreichende Machtmittel zur Verfügung stehen, um sie gegebenen Falles auch in die kriegerische Wagschale zu werfen. So hat Bismarck alles darangesetzt und selbst einen erbitterten Kampf sowohl gegen das Abgeordnetenhaus als gegen die große Mehrheit des preußischen Volkes nicht gescheut, um durch die Reorganisation des Heeres das wuchtige Werkzeug zu schaffen für die nationale Umgestaltung Deutschlands. Ohne die Siege von Königgrätz und Sedan gäbe es kein Deutsches Reich. Das darf niemals vergessen werden, auch nicht den unsterblichen politischen Verdiensten des ersten deutschen Reichskanzlers gegenüber. Denn die Geschicke der Völker sind in letzter Instanz stets auf dem Schlachtfelde entschieden worden. Das sollte aber eine ernste Mahnung gerade für uns Deutsche sein, denn kein Land ist im Laufe der letzten Jahrhunderte so oft durch fremdes Kriegsvolk niedergetreten worden wie Deutschland. Das heilige römische Reich deutscher Nation ist mit zugrunde gegangen, weil es vielfach im Frieden seine

Wehrmacht vernachlässigte aus kleinlichen Sparsamkeitsgründen. Und dieser Geist philisterhafter Anschauungen in Sachen unserer Wehrmacht ist trotz 1866 wie 1870/71 bis auf den heutigen Tag noch nicht geschwunden. Es waren zweimal Reichstagsauflösungen nötig — 1887 und 1893 —, um der Nation das zu sichern, was unbedingt nötig war für ihre Machtstellung nach außen! Solche Erscheinungen sind um so bedauerlicher, als die Parlamente anderer großer Staaten, vor allem Frankreich und England, Wehrmachtsfragen niemals dem Getriebe der Parteipolitik unterordnen, wie das in Deutschland immer noch der Fall ist. Also nach dieser Richtung ist noch viel, sehr viel zu tun, um das Verständnis und das Gewissen der Nation zu schärfen gegenüber dem öden Gezänke um Soldaten und Schiffe!

Reichsverfassung und Heerwesen.

Den Kern des deutschen Heeres, wie es die Reichsverfassung vom 16. April 1871 staatsrechtlich und das Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874 organisch festgelegt haben, bildet die preußische Armee mit ihrer großen und ruhmreichen Vergangenheit. Ebenso sind im Reichsheere alle inneren Einrichtungen, Ausbildung und Bewaffnung nach dem preußischen Vorbilde eingeführt worden. Trotzdem gibt es ein „deutsches Heer" schlechtweg nicht. Weder nach der Benennung noch nach einheitlicher Verwaltung und Leitung im Frieden. Selbst die Bekleidung und Ausrüstung ist keine einheitliche. Es hängt dies mit Bestimmungen der Reichsverfassung zusammen, und deshalb muß kurz auf letztere eingegangen werden, soweit sie das Reichskriegswesen betrifft, mit welchem sich der Abschnitt XI der Reichsverfassung beschäftigt. Es ist zwar dort gesagt (Ziff. 63): „Die gesamte Landmacht des Reiches wird ein einheitliches Heer bilden, welches im Krieg und Frieden unter dem Befehle des Kaisers steht. Die Regimenter usw. führen fortlaufende Nummern durch das ganze

deutsche Heer." Aber die Schlußbestimmungen zum Abschnitt XI setzen fest: „Die in diesem Abschnitt enthaltenen Vorschriften kommen in Bayern nach näheren Bestimmungen des Bündnisvertrages vom 23. November 1870, in Württemberg nach näherer Bestimmung der Militärkonvention vom 25. November 1870 zur Anwendung." Mit Sachsen als Mitglied des Norddeutschen Bundes war schon 1867 eine besondere Militärkonvention abgeschlossen worden.

Auf Grund dieser Sonder-Konventionen gibt es nicht einmal eine gemeinsame militärische Zentralinstanz, sondern ein Preußisches, Bayerisches, Sächsisches Kriegsministerium, selbst verschiedene Generalstäbe. Auch auf dem Gebiete des Militär-Bildungswesens besteht keine Einheitlichkeit, da Bayern neben einer eigenen Kriegsakademie auch noch ein besonderes Kadettenkorps und eine besondere Kriegsschule aufweist. Ebenso eine eigene Schießschule, Artillerie- und Ingenieurschule, Unteroffizierschule, Reitinstitut usw. usw.

Es ist schon öfters dem Fürsten Bismarck der Vorwurf gemacht worden, auch im bekannten Tagebuch des Kronprinzen, nachmaligen Kaisers Friedrich III., daß er im November 1870 vor allem Bayern solche weitgehende Zugeständnisse gerade auf militärischem Gebiete gemacht habe. Allerdings wäre es aus nationalen Gründen zu wünschen gewesen, daß die „Reichsklammern" gerade in dieser Beziehung mehr zur Geltung gekommen wären, aber bis jetzt haben sich nennenswerte Reibungen militärischer Art aus den sogenannten Reservatrechten nicht ergeben. Unter allen Umständen bleibt es aber zu beklagen, daß die in Ziffer 63 der Reichsverfassung ohne Einschränkung enthaltene Bestimmung „Die Regimenter führen fortlaufende Nummern durch das ganze deutsche Heer" bis jetzt nicht durchgeführt worden ist. Die fortlaufende Numerierung machte vor Bayern Halt, und damit

kommt ohne Zweifel ein äußerliches, zudem verfassungsmäßiges Moment in Wegfall, welches den Begriff „das deutsche Heer" anschaulich zur Geltung gebracht haben würde. Daß im übrigen alle Kontingente auf gleich hoher Stufe stehen, was Ausbildung und Leistungsfähigkeit betrifft, das zeigt sich nicht nur in den gemischten Garnisonen der Reichslande sondern auch bei den Kaisermanövern, die öfters Truppen der verschiedenen Staaten zusammenführen.

Friedenspräsenz.

Der Ausbau des deutschen Heeres hat sich seit Gründung des Reiches stetig vollzogen unter Festhaltung an bewährten organisatorischen Grundsätzen. Zu diesen gehört vor allem Aufrechterhalten einer starken Friedenspräsenz. Eine solche gewährt zwei große Vorteile. Erstens gestattet sie eine möglichst kriegsmäßige Ausbildung der taktischen Einheiten und zweitens erleichtert sie ungemein den Uebergang vom Friedensfuß auf den Kriegsfuß.

Bis jetzt haben die verbündeten Regierungen auch nach dieser Richtung sich durch das Geschrei über Militarismus und angebliche unerschwingliche Heereslasten nicht beirren lassen. Zumal die ungemein großen Anstrengungen, die hauptsächlich Frankreich seit 1870/71 auf militärischem Gebiete gemacht hat — welche das Parlament stets in opferwilliger Weise unterstützte —, dort ein Heer geschaffen haben, welches nach Zahl, Ausbildung, Bewaffnung eine sehr hohe Stufe einnimmt. In dem Punkte der relativ schwachen Friedenseinheiten haftet dem französischen Heere jedoch eine gewisse Schwäche an im Vergleich mit dem deutschen Heer, namentlich was die Infanterie angeht. So zählt z. B. das deutsche Infanterie-Bataillon mit niedrigem Etat immer noch 18 Offiziere und 572 Mann, das französische aber nur 14 Offiziere und 502 Mann.

Um einen allgemeinen Ueberblick zu gewähren,

wie sich unser Heer während der letzten 30 Jahre organisatorisch und numerisch entwickelt hat, sei folgendes angeführt:

Reichsmilitärgesetz.

Nach dem Militärgesetz von 1874 gliederte sich das Heer im Rahmen von 18 Armeekorps mit 37 Infanterie- und 4 Kavallerie-Divisionen in 469 Infanterie- bezw. Jäger-Bataillone, 465 Eskadrons, 300 Batterien Feldartillerie, 28 Bataillone Fußartillerie, 18 Bataillone Pioniere, 18 Trainbataillone und 1 Eisenbahnbataillon. Die Gesamtfriedensstärke betrug 17 213 Offiziere, 401 650 Unteroffiziere und Mannschaften, 81 342 Dienstpferde, 1200 bespannte Geschütze. Es traten Vermehrungen ein in den Jahren 1881, 1887, 1893, 1898 und 1905, sodaß augenblicklich vorhanden sind 23 Armeekorps mit 48 Infanterie- und 1 Kavallerie-Division, welche zusammen 627 Bataillone Infanterie bezw. Jäger, 16 Maschinengewehr-Abteilungen, 490 Eskadrons, 584 Bataillone Feldartillerie, 38 Bataillone Fußartillerie, 26 Pionier-Bataillone, 11 Bataillone Verkehrstruppen, 23 Trainbataillone umfassen. Die Friedenspräsenz beträgt: 24 541 Offiziere, 2221 Militärärzte, 82 685 Unteroffiziere, 497 843 Gemeine.

Vergleicht man die Ziffern von 1874 und 1905, so ergibt sich allerdings ein stattlicher Zuwachs an Wehrkraft. Aber solche Zahlen gewinnen erst die rechte Bedeutung, wenn man andere Heere zum Vergleich heranzieht. Da ergibt sich aber, daß Frankreichs Heer sich seit 1870 ungleich mehr verstärkt hat als das Deutschlands, trotzdem es 20 Millionen Einwohner weniger zählt als Deutschland.

Frankreich verfügte nämlich 1870 im stehenden Heere nur über 370 Bataillone, 240 Eskadrons und 996 Geschütze. Heute aber (einschließlich der Kolonialtruppen, welche jedoch im Kriegsfall einen Teil der mobilen Armee in Europa bilden) über 720 Bataillone, 445 Eskadrons, 3132 bespannte Geschütze.

Es ist also Deutschland an Infanterie erheblich überlegen, was die Zahl der Friedenseinheiten angeht.

Wehrpflicht.

„Jeder Deutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen." So lautet Ziffer 57 der Reichsverfassung. Die allgemeine Wehrpflicht bildet demgemäß die Grundlage des deutschen Heerwesens, was Ersatz und Zusammensetzung desselben angeht. Die allgemeine Wehrpflicht entsprang in Preußen der harten Not der Zeit nach dem Zusammenbruche von 1806/7. Sie ist in diesem Staate seitdem hochgehalten worden und hat wesentlichen Anteil an den Siegen 1864, 1866, 1870/71. Sie ermöglicht es nicht nur, numerisch starke Streitkräfte im Frieden und erst recht im Kriege aufzustellen, sondern sie gibt dem Heere das Gepräge, „das Volk in Waffen" zu sein, dem jeder Diensttaugliche ohne Ansehen der Geburt, der Stellung, des Vermögens angehört. Preußen brachte hiermit die uralte deutsche Auffassung von der Ehrenpflicht für jeden wehrfähigen Mann, auch waffentüchtig zu sein, zur Geltung. Das ist und bleibt das unvergängliche Verdienst der Männer, welche wie Scharnhorst, Gneisenau, Boyen nach harten Kämpfen mit den Männern der „Tradition" schließlich unter der verständnisvollen Mitwirkung König Friedrich Wilhelm III. den Grundstein gelegt haben zu einer Wehrverfassung, welche in ihren großen Zügen bis auf den heutigen Tag maßgebend geblieben ist für das deutsche Heer. Aber es darf hierbei nicht übersehen werden, daß auch alle übrigen europäischen Staaten — ausgenommen England — die allgemeine Wehrpflicht eingeführt haben, und zum Beispiel Frankreich in viel größerem Umfange als wie Deutschland. Nach dem neuesten Wehrgesetz stehen in Frankreich $1^1/_3$% der Bevölkerung unter der Fahne, in Deutsch-

land noch nicht ganz 1%. Also an persönlichem Opfermut, was seine Wehrmacht betrifft, steht Deutschland nicht mehr an erster Stelle unter den Großmächten. Noch weniger nach finanzieller Leistung, wie wir später bei den Heereskosten sehen werden.

Die Wehrpflicht — Dienstpflicht und Landsturmpflicht — beginnt mit dem vollendeten 17. Lebensjahre und dauert bis zum vollendeten 45. Lebensjahre. Von der Wehrpflicht als einer Ehrenpflicht ausgeschlossen sind mit entehrenden Strafen belegte Personen.

Der Dienstpflicht sind unterworfen alle Wehrfähigen vom 20. bis 39. Lebensjahre. Der Landsturmpflicht alle nicht zum Heeresdienst eingezogenen Wehrfähigen bis zum 45. Lebensjahre.

Dienstpflicht. Die Dienstpflicht regelt Ziffer 59 der Reichsverfassung. Jeder wehrfähige Deutsche gehört sieben Jahre lang, in der Regel vom vollendeten 20. bis zum beginnenden 28. Lebensjahre, dem stehenden Heere — und zwar bei den Fußtruppen die ersten zwei Jahre, bei den berittenen Truppen die ersten drei Jahre bei der Fahne, die letzten fünf bezw. vier Jahre in der Reserve —, die folgenden fünf Lebensjahre der Landwehr ersten Aufgebots und sodann bis zum 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem das 39. Lebensjahr vollendet wird, der Landwehr zweiten Aufgebots an. Die Ersatzreservepflicht — ihr unterliegen alle zum Militärdienst Tauglichen, welche nicht zur Ableistung der aktiven Dienstpflicht ausgehoben worden sind — dauert 12 Jahre vom 20. Lebensjahre ab.

Als Einjährig-Freiwillige werden Wehrpflichtige von gewisser Bildung oder Berufsleistung, welche sich selbst bekleiden, ausrüsten und verpflegen, bei einem selbstgewählten Truppenteil eingestellt. Sie bleiben sechs Jahre in der Reserve. Mediziner genügen ihrer einjährigen Dienstzeit entweder ganz

mit der Waffe oder das letzte halbe Jahr als Unterärzte. Aehnlich die Tierärzte.

Ersatzwesen.

Gemäß Ziffer 65 Absatz 4 der Reichsverfassung bestimmt der Kaiser den Präsenzstand, die Gliederung und Einteilung der Kontingente des Reichsheeres sowie die Organisation der Landwehr. Dementsprechend bestimmt der Kaiser auch alljährlich die Zahl der einzustellenden Rekruten, wobei allerdings zu berücksichtigen bleibt, daß nach Ziffer 60 Absatz 1 „die Friedenspräsenzstärke des Heeres im Wege der Reichsgesetzgebung festgestellt wird".

Auf Grund dieser Bestimmung ist es schon wiederholt zu lebhaften Kämpfen zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstage wegen Erhöhung der Friedenspräsenzstärke gekommen. Glücklicherweise sind solche, vom nationalen Standpunkte aus, höchst bedauerlich — auch schon dem Auslande gegenüber, welches, abgesehen von Oesterreich-Ungarn, parlamentarischen Streit in Wehrfragen nach deutschem Muster nicht kennt — infolge des Gesetzes vom Jahre 1893 nur von Zeit zu Zeit möglich. Es wird nämlich von 1893 ab nur alle fünf Jahre eine Jahres-Durchschnittsstärke des Heeres festgestellt.

Zur Regelung des Ersatzwesens ist das Reichsgebiet in Bezirke eingeteilt, welche sich im wesentlichen mit den Armeekorpsbezirken, deren 23 vorhanden sind (Gardekorps, 19 preußische, 2 sächsische, 1 württembergisches, 3 bayerische) decken. Nur das Gardekorps ist ohne Korpsbezirk, da es sich aus dem ganzen Königreich Preußen sowie den Reichslanden ergänzt.

Jeder Ersatzbezirk zerfällt in der Regel in 4 Infanteriebrigadebezirke, welche wiederum mehrere Landwehrbezirke umfassen. Im ganzen Reiche gibt

es 295 Bezirkskommandos (Preußen 228, Bayern 32, Sachsen 18, Württemberg 17), welchen die Ersatzgeschäfte sowie die Kontrolle der Offiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes obliegen.

Das Ersatzgeschäft hatte im Jahre 1903 folgende Ergebnisse. In den Listen waren geführt 1 072 819 Dienstpflichtige. Davon wurden für den Heeresdienst ausgehoben 214 784. Freiwillig eingetreten waren: Einjährige 10 045, sonstige Freiwillige 39 181. Der Zuwachs an Mannschaft betrug danach für das Heer in dem genannten Jahr 264 010 Mann als sogenanntes Jahreskontingent.

Unteroffiziere. Die Unteroffiziere ergänzen sich durch Freiwillige (Kapitulanten) und die Zöglinge der Unteroffizierschulen. Ein zuverlässiges Unteroffizierkorps ist jetzt nötiger wie je, da die revolutionäre Sozialdemokratie schon seit Jahren bestrebt ist, unauffällig Propaganda im Heere zu machen, wobei ihr die pflichttreuen deutschen Unteroffiziere, welche am meisten mit den Mannschaften in persönliche Berührung kommen, ein besonderer Dorn im Auge sind.

Offiziere. Das Offizierkorps ergänzt sich im Frieden durch Zöglinge des Kadettenkorps und junge Leute von Bildung, welche bei den Truppenteilen auf Beförderung eintreten (Fahnenjunker). Der Beförderung zum Offizier geht praktischer Dienst in der Front, Besuch einer Kriegsschule, Ablegen eines Examens und Wahl durch das Offizierkorps voraus.

Unser Offizierkorps kann seiner gleichmäßigen Zusammensetzung, seinem unübertroffenen Pflichtgefühl und Diensteifer nach ohne Uebertreibung als das erste der Welt bezeichnet werden. Auch seine soziale Stellung sichert ihm allgemeines Ansehen in den Augen der Nation, welche wohl weiß, daß, um mit dem Fürsten Bismarck zu reden: „unser Offizierskorps uns kein andres Land der Welt nachmacht". Sie haben das auch im deutsch-französischen Krieg bewiesen, denn der Verlust an Offizieren ist verhält-

nismäßig viel größer gewesen als der an Unteroffizieren und Mannschaften. Es waren damals an Gefechtsverlusten zu verzeichnen im ganzen 5254 Offiziere, 122 613 Unteroffiziere und Mannschaften. Verglichen mit den Stärkeziffern sind dreimal soviel Offiziere vor dem Feind geblieben wie Unteroffiziere und Mannschaften, zweimal soviel verwundet worden. Es hat Truppenteile gegeben, bei welchen in einer Schlacht (Garde-Schützen bei St. Privat) sämtliche Offiziere außer Gefecht gesetzt wurden, und zahlreiche Truppenteile, welche binnen weniger Stunden bis 75 % ihrer Offiziere eingebüßt haben (Inf.-Rgt. 16 43 Offiziere, Inf.-Rgt. 24 48 Offiziere, 2. und 3. Garde-Rgt. je 36 Offiziere usw.). Es ist aber hierbei auch noch hervorzuheben, daß im Krieg, was Opferwilligkeit bis zum Tode anging, ein Unterschied zwischen Berufsoffizieren und Reserve- oder Landwehroffizieren nicht bestanden hat. Bei dieser Gelegenheit sei auch festgestellt, daß unsere deutsche akademische Jugend — ebenso wie bei den Befreiungskriegen — hervorragend tapfer gekämpft hat im Kriege 1870/71, wie die zur Ehre der Gefallenen aufgestellten Verlusttafeln beweisen!

Friedensgliederung.

Das stehende Heer setzt sich nach Truppengattungen und -einheiten zusammen wie folgt:

Infanterie: 177 Regimenter zu 3 Bataillonen, 39 Reg. zu 2 Bat., 18 Jäger-Bat., Summa 627 Bataillone; außerdem 16 Maschinengewehr-Abteilungen.

Kavallerie: 97 Regimenter und zwar: 10 Kürassier-Reg. mit 50 Esk., 28 Dragoner-Reg. mit 140 Esk., 20 Husaren-Reg. mit 100 Esk., 26 Ulanen-Reg. mit 130 Esk., 4 Schwere Reiter-Reg. mit 20 Esk., 7 Chevaulegers-Reg. (davon 1 zu 3 Esk.) mit 33 Esk., 3 Jäger-Reg. zu Pferde und 2 Esk. mit 17 Esk.; Summa 490 Eskadrons.

Feldartillerie: 94 Reg. mit 584 Batterien. (Darunter 42 reit. u. 63 Feldhaubitzen-Batt.)

Fußartillerie: 2 Reg. zu 3 Bat. (2 Preuß. u. 2 Bayer. Reg.), 16 Reg. zu 2 Bat.; Summa 38 Bat. (Davon 1 Reg. (12.) zu 9 Komp., 5 Reg. (1., 8., 9., 11. u. 13.) zu 10 Komp.)

Pioniere: 26 Bat. zu 4 Komp., 1 Bat. zu 3 Komp. in Bayern; Summa 27 Bat.

Verkehrstruppen: 3 Eisenb.-Reg. zu 2 Bat. in Preußen (einschl. 2 Sächs. Komp.), 1 Bat. in Bayern, 3 Telegraphen-Bat. (einschl. 1 Sächs. Komp.), 1 Telegr.-Komp. in Bayern, 1 Luftschiffer-Bat., 1 Luftsch.-Abt. in Bayern; Summa 11 Bat.

Train: 22 Bat. zu 3 Komp., 1 Bat. zu 2 Komp. in Bayern; Summa 23 Bataillone.

Hiervon entfallen auf Preußen und die der Preußischen Armee eingegliederten Kontingente: 166 Infanterie-Reg., 14 Jäger-Bat., 13 Maschinengewehr-Abt., 73 Kavallerie-Reg., 70 Feldartillerie-Reg., 15 Fußartillerie-Reg., 20 Pionierbat., 3 Reg. Eisenbahntruppen, 3 Bat. Telegraphentruppen, 1 Bat. Luftschiffer, 17 Trainbataillone.

Auf Bayern: 24 Infanterie-Reg., 2 Jägerbat., 1 Maschinengewehr-Abt., 10 Kavallerie-Reg., 12 Feldartillerie-Reg., 2 Fußartillerie-Reg., 3 Pionierbat., 1 Eisenbahnbat., 1 Telegraphen-Komp., 1 Luftschiffer-Abt., 3 Trainbataillone.

Auf Sachsen: 16 Infanterie-Reg., 2 Jägerbat., 2 Maschinengewehr-Abt., 6 Kavallerie-Reg., 8 Feldartillerie-Reg., 1 Fußartillerie-Reg., 2 Pionierbat., 2 Eisenbahnkomp., 1 Telegraphenkomp., 2 Trainbataillone.

Auf Württemberg: 10 Infanterie-Reg., 4 Kavallerie-Reg., 4 Feldartillerie-Reg., 1 Pionierbat., 1 Telegraphen-Detachement, 1 Trainbataillon.

Den größten organisatorischen und taktischen Rahmen für die Truppenverteilung bildet das Armeekorps. Es sind deren 23 vorhanden und zwar:

16 Preußische (Garde I.—XI., XIV.—XVIII.), 3 Bayerische, 2 Sächsische (XII. u. XIX), 1 Württembergisches (XIII.). Das XIV. Armeekorps besteht zum größten Teile aus Badischen Truppen, beim XVIII. findet sich geschlossen die Großherzoglich Hessische (25.) Division und beim IX. die Mecklenburgische (34.) Brigade sowie die Mecklenburgische 17. Kavallerie-Brigade und 17. Feldartillerie-Brigade. Die übrigen Staaten sind nur in einzelnen Regimentern und Bataillonen vertreten: Oldenburgisches Infanterie-Reg. Nr. 91 und Oldenburgisches Dragoner-Reg. Nr. 19, Braunschweigisches Infanterie-Reg. Nr. 92 und Braunschweigisches Husaren-Reg. Nr. 17, Anhaltinisches Infanterie-Reg. Nr. 95. Aus den Thüringischen Staaten ergänzen sich die Infanterie-Regimenter Nr. 32 (Sachsen-Meiningen), Nr. 94 (Großherzogtum Sachsen-Weimar), Nr. 95 (Koburg und Gotha), Nr. 96 (Schwarzburg und Reuß), Nr. 153 (Altenburg). Die Hansastädte sind vertreten in den Infanterie-Regimentern Bremen (Nr. 75), Hamburg (Nr. 76), Lübeck (Nr. 162). Lippe-Detmold im 3. Bataillon Infanterie-Regts. Nr. 55, Waldeck im 3. Bat. Inf.-Regts. Nr. 83.

Ein deutsches Armeekorps setzt sich in der Regel zusammen aus zwei Divisionen. Eine Division umfaßt meistens zwei Infanterie-Brigaden mit je zwei bis drei Regimentern, eine Kavallerie-Brigade zu zwei Regimentern und eine Feldartillerie-Brigade zu zwei Regimentern. Außerdem befindet sich bei jedem Armeekorps ein Pionierbataillon (beim I. Armeekorps zwei), sowie ein Trainbataillon, und beim Garde-Korps XII. und XIV. Armeekorps je zwei, bei den Armeekorps I, III, V, VI, VII, VIII, IX, X, XI, XV und XVII je ein Jägerbataillon.

Von den Maschinengewehr-Abteilungen sind drei dem I. Armeekorps, je zwei dem Gardekorps XIV und XV, je eine dem III., VI., XII., XVI., XVII., XIX. Armeekorps zugeteilt.

Die Armeekorps III, X, XI, XII verfügen über keine Fußartillerie-Regimenter, Gardekorps I., II., IV., V., VI., VII., VIII., XVIII. Armeekorps über je ein Regiment, die Armeekorps XV, XVI, XVII über je zwei Regimenter. Die ungleiche Verteilung dieser Waffe auf die Armeekorps hängt damit zusammen, daß die Fußartillerie hauptsächlich Festungszwecken dient und deshalb namentlich in den Grenzbezirken stärker vertreten ist wie im Innern Deutschlands.

Kommandostellen und Zentralbehörden.

Der oberste Kriegsherr ist der Kaiser gemäß Ziffer 64 der Reichsverfassung, welche lautet: „Alle deutschen Truppen sind verpflichtet, den Befehlen des Kaisers unbedingte Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Fahneneid aufzunehmen." Aber auch hier nimmt Bayern eine Sonderstellung ein, indem durch den Bündnisvertrag vom 23. November 1870 die bayerischen Truppen nur im Kriege verpflichtet sind, den Befehlen des Kaisers unbedingt Folge zu leisten.

Kaiserliches Hauptquartier.

Das Kaiserliche Hauptquartier setzt sich zusammen aus dem vortragenden General-Adjutanten, dem diensttuenden General-Adjutanten, dem Kommandanten des Hauptquartiers, den diensttuenden Generalen à la suite und den diensttuenden Flügeladjutanten. Es umfaßt gegenwärtig 9 Offiziere. Zu dem militärischen Gefolge des Kaisers gehören außerdem die in anderen Dienststellungen befindlichen General-Adjutanten, Generale à la suite und Flügeladjutanten, deren Gesamtzahl sich auf 32 Offiziere beläuft.

Zwei Züge Leib-Gendarmerie — der zweite Zug bildet die Leibgarde der Kaiserin — sowie die Schloß-Garde-Kompagnie gehören zum Hauptquartier. Unmittelbar dem Kaiser untersteht das Militär-Kabinett mit dem vortragenden General-Adjutanten an der Spitze. Dasselbe bildet das

ausführende Organ für die Befehle des Kaisers in bezug auf die Personal- und Kommando-Angelegenheiten der Armee.

Das militärische Gefolge der Könige von Bayern, Sachsen und Württemberg setzt sich in ähnlicher Weise zusammen, während die übrigen deutschen Fürsten nur über Adjutanten (Generaladjutanten, Flügeladjutanten, persönliche Adjutanten) verfügen.

Kriegsministerium.

Da es, wie schon erwähnt, kein Reichskriegsministerium gibt — in den Jahren 1848/49 bestand ein solches mit dem Sitze in Frankfurt —, das Preußische Kriegsministerium aber meistens die militärischen Angelegenheiten des Reiches im Reichstage vertritt, so wird hier nur auf die Organisation des Preußischen Kriegsministeriums kurz eingegangen. Die Zusammensetzung der Kriegsministerien in Bayern, Sachsen und Württemberg ist außerdem eine ähnliche. Das Kriegsministerium ist in allen Fragen der Organisation, der Bewaffnung, des Festungswesens sowie in sämtlichen Verwaltungsangelegenheiten die oberste militärische Behörde. Es zählt 81 Offiziere bezw. höhere Beamten und ist eingeteilt in:

1. Das Zentral-Departement, welches alle der eigenen Entscheidung des Kriegsministers zuzuführenden Angelegenheiten erledigt.
2. Das Allgemeine Kriegs-Departement, das in sechs Abteilungen die militärischen Zweige der Verwaltung im ganzen und für die einzelnen Waffen im besonderen bearbeitet.
3. Die Abteilung für die persönlichen Angelegenheiten (s. oben Militär-Kabinett).

Der Geheimen Kriegskanzlei liegt die Aufstellung der Stammlisten der Truppenteile und die Statistik des Offizierkorps (Patente, Rangliste) ob.

4. Das Armeeverwaltungs-Departement bearbeitet in sechs Abteilungen die wirtschaftlichen Zweige der Verwaltung.
5. Das Versorgungs- und Justiz-Departement behandelt die Pensions-, Versorgungs- und Justiz-Angelegenheiten.
6. Die Remonte-Inspektion beschäftigt sich mit der Remontierung der Kavallerie und Artillerie.
7. Die Medizinal-Abteilung leitet die Gesundheitspflege in der Armee.

Zum Kriegsministerium gehört auch die General-Militärkasse; es unterstehen ihm ferner u. a.:

a) Die Gewehr-Prüfungskommission (Spandau) und die Artillerie-Prüfungskommission (Berlin) zur Prüfung von Erfindungen, jene auf dem Gebiete der Handfeuerwaffen, diese auf dem der Artillerie.
b) Die Feldzeugmeisterei als oberste Dienststelle für Anfertigung und Verwaltung der gesamten Streitmittel und des Feldgeräts.
   Ihr unterstehen:
   1. Eine Zentral-Abteilung und das Militärversuchsamt.
   2. Die Inspektion der technischen Institute der Infanterie.
   3. Die Inspektion der technischen Institute der Artillerie.
   4. Die Artilleriedepot-Inspektion mit vier Artilleriedepot-Direktionen.
   5. Die Train-Inspektion mit vier Train-Direktionen.
c) Die Inspektion der militärischen Strafanstalten für Festungs-Gefängnisse und Arbeiter-Abteilungen, die Zeughaus-Verwaltung und der Armee-Musik-Inspizient.

Der Generalstab.

Auch einen deutschen Generalstab gibt es nicht, sondern einen Preußischen, Bayerischen, Sächsischen und Württembergischen. Der Preußische Generalstab — namentlich der Große Generalstab in Berlin — ist jedoch maßgebend für alles, was Generalstabstätigkeit innerhalb des deutschen Heeres betrifft. Welchen Umfang die Arbeitslast des Generalstabes seit dem Jahre 1870 angenommen hat, möge daraus erhellen, daß der Preußische Generalstab damals 134 Offiziere zählte, jetzt — 258!

Der Generalstab — an dessen Spitze der „Chef des Generalstabes der Armee" steht — umfaßt den „Großen Generalstab" und den „Truppen-Generalstab", zu dem auch der Festungs-Generalstab gerechnet wird. Ihm liegt die Aufgabe ob, die Heeresleitung sowie die Befehlshaber größerer Heereskörper in operativen, taktischen und Verwaltungsanordnungen zu unterstützen, außerdem kriegswissenschaftliche Zwecke zu fördern.

Der Große Generalstab bildet die eigentliche Triebkraft des großen Mechanismus, welcher dazu bestimmt ist, im Frieden alles für die Mobilisierung des Heeres vorzubereiten, auch die Operationen für den Krieg, soweit das möglich ist. Im übrigen macht sich der Laie gewöhnlich ein falsches Bild von den sogenannten Kriegsplänen. Er glaubt, solche könnten schon im Frieden bis in die Einzelheiten ausgearbeitet werden, um im Kriege gleichsam als Rezept zu dienen. Das Wesen des Krieges mit seinen ungeheuren Reibungen und großen Ueberraschungen gestattet das jedoch nicht. Schon Napoleon I. sagte: „Ich habe niemals einen festen Kriegsplan gehabt." Das trifft aber heutzutage erst recht zu bei den Millionen-Heeren und dem Umfange der Kriegsschauplätze.

Deshalb beschränkt sich auch speziell die operative Arbeit des Generalstabes im Frieden darauf, den Aufmarsch der Armee einschließlich des Transportes bis in das Aufmarschgebiet, allerdings nach bestimmten strategischen Gesichtspunkten vorzubereiten. Das bedeutet aber allein schon eine gewaltige Arbeitsleistung, denn diese nach vielen Hunderttausenden zählenden Heeresmassen müssen auf Tag und Stunde an gewissen Punkten schlagfertig bereit stehen.

Der Große Generalstab (Berlin) umfaßt:
die Zentral-Abteilung,
die 1. bis 9. Abteilung zur Erörterung operativer wie organisatorischer Angelegenheiten und der Einrichtungen fremder Mächte,
die Eisenbahn-Abteilung,
zwei Kriegsgeschichtliche Abteilungen (Bibliothek),
das Kriegsarchiv.

Von der Division aufwärts sind allen Stäben Generalstabsoffiziere zur Erledigung der Generalstabsgeschäfte zugeteilt (Truppen-Generalstab).

Die Landes-Vermessungsangelegenheit ist dem Chef des Generalstabes der Armee unterstellt. Für die Landesaufnahme stehen unter einem besonderen Chef: die trigonometrische, topographische, kartographische Abteilung und die Plankammer.

Dem Chef des Generalstabes der Armee unterstehen ferner:
die Kriegsakademie (Berlin)
die Eisenbahn-Linienkommissionen und die Eisenbahnkommissare, die den Verkehr zwischen den Militärbehörden und Bahnverwaltungen vermitteln.

General-Inspektionen.

Die Truppenteile aller Waffen unterstehen zwar in taktischer wie disziplinarer Beziehung den kommandierenden Generalen, jedoch bestehen für Kavallerie, Jäger, Feld- und Fußartillerie, Pioniere, Ver-

kehrstruppen und Train noch besondere Behörden: General-Inspektionen und Inspektionen. Desgleichen für das Militärbildungs- sowie für das Festungs- und Ingenieurwesen.

Unter der General-Inspektion der Kavallerie stehen:

1. die vier Kavallerie-Inspektionen,
2. das Militär-Reitinstitut (mit Offizier-Reitschule, Kavallerie-Unteroffizierschule),
3. Inspektion des Militär-Veterinärwesens (Militär-Veterinärakademie, 6 Lehrschmieden).

Die General-Inspektion der Feldartillerie hat die Schießausbildung dieser Waffe zu leiten, deren Grundlage die Feldartillerie-Schießschule (Jüterbogk) feststellt, die sich aus einem Lehrregiment mit 12 Batterien und einem Lehrkommando von Offizieren zusammensetzt.

Eine größere Selbständigkeit und Bedeutung besitzt die General-Inspektion der Fußartillerie. Ihr unterstehen zwei Fußartillerie-Inspektionen zu je zwei Brigaden mit je vier Regimentern und zwei Artillerie-Direktionen (Artilleriedepots). Speziell der 1. Inspektion sind noch zugewiesen die Fußartillerie-Schießschule (ebenfalls Jüterbogk) und die Oberfeuerwerkerschule (Berlin).

Unter der General-Inspektion des Ingenieur- und Pionierkorps und der Festungen stehen:

a) das Ingenieur-Komitee (Bearbeitung von Festungsentwürfen) mit der Festungsbauschule,
b) vier Ingenieur-Inspektionen mit je zwei Festungs-Inspektionen,
c) drei Pionier-Inspektionen. Jeder dieser Inspektionen ist eine gewisse Zahl von Festungen bezw. Pionierbataillonen zugewiesen.

Der Inspektion der Jäger und Schützen sind unterstellt sämtliche Jägerbataillone und die denselben angegliederten Maschinengewehr-Abteilungen.

Der Inspektion der Verkehrstruppen sind untergeordnet:

a) die Eisenbahnbrigade mit den Eisenbahnregimentern 1—3, der Militär-Eisenbahn und Betriebsabteilung,
b) die Inspektion der Telegraphentruppen (Telegraphenbataillone 1—3) und Kavallerie-Telegraphenschule,
c) Luftschifferbataillon,
d) Versuchs-Abteilung.

Der General-Inspektion des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens unterstehen:

a) Militärtechnische Akademie in Charlottenburg,
b) Ober-Militär-Prüfungskommission,
c) Inspektion der Kriegsschulen (Anklam, Kassel, Danzig, Engers, Glogau, Hannover, Hersfeld, Metz, Neisse, Potsdam),
d) Kadettenkorps (Haupt-Kadettenanstalt Gr.-Lichterfelde, Kadettenhäuser: Bensberg, Köslin, Karlsruhe, Naumburg, Oranienstein, Plön, Potsdam, Wahlstatt, Dresden).

Der Dienstbereich der Inspektion der Infanterie-Schule umfaßt:

a) Infanterie-Schießschule (Spandau),
b) Militärturnanstalt, Unteroffizierschulen (Biebrich, Ettlingen, Jülich, Marienwerder, Potsdam, Treptow, Weißenfels),
c) Unteroffizier-Vorschulen (Annaburg, Bartenstein, Greifenberg, Jülich, Neubreisach, Weilburg, Wohlau),
d) Gewehrprüfungskommission (Spandau),
e) Militär-Waisenhaus (Potsdam).

Endlich ist zu erwähnen die Inspektion der Militärischen Strafanstalten mit Festungsgefängnissen in Köln, Danzig, Graudenz, Neiße,

Rastatt, Spandau, Straßburg, Torgau, Wesel, Ehrenbreitstein, Königsberg, Magdeburg, Mainz.

Die meisten hier angeführten Preußischen Behörden finden sich auch in Bayern, während Sachsen General-Inspektionen überhaupt nicht besitzt — nur eine Inspektion der Infanterieschulen, der Militär-Reitanstalt und der Militärischen Strafanstalten — und Württemberg ganz auf Sonder-Behörden verzichtet hat.

Die Truppen.

Man unterscheidet drei Hauptwaffengattungen: Infanterie, Kavallerie, Artillerie. Die Technischen Truppen — Pioniere und Verkehrstruppen — gelten als Hilfswaffen. Der Train bildet zwar an sich einen wichtigen Teil des Heeres im Kriege, rechnet aber nicht zu den fechtenden Truppen.

Die Infanterie.

Sie ist als die zahlreichste auch die entscheidende Waffe im Kriege. Wenn das Fußvolk niedergekämpft ist, so gilt der Kampf als verloren. Das deutsche Fußvolk hat sich von jeher durch hervorragende Leistungen ausgezeichnet. So spielten deutsche und schweizerische Landsknechte eine große Rolle in den Kriegen des 15. und 16. Jahrhunderts. Das moderne Gefecht weist der Infanterie erst recht die Hauptkampfarbeit zu, weil ihre Waffenwirkung die ausgiebigste und nachhaltigste ist. Dementsprechend trägt sie auch die Hauptlast des Kampfes, was die Verluste angeht. So entfallen von den bereits erwähnten gesamten Gefechtsverlusten im Kriege 1870/71 auf die deutsche Infanterie 4458 Offiziere, 116 487 Unteroffiziere und Mannschaften. Das ergibt 18% der Gesamtstärke dieser Waffe, während Kavallerie und Artillerie nur 6% ihrer Stärke verloren haben. Also die deutsche Infanterie hat im Verhältnis *dreimal* so viel Opfer vor dem Feinde gebracht wie die

beiden anderen Waffen. Das sollte man aber nicht vergessen angesichts der Wertschätzung der verschiedenen Waffengattungen im Frieden. Eine gute Infanterie ist heutzutage die erste Vorbedingung für den Kriegserfolg. Das hat schon schlagend der Krieg 1866 erwiesen — in welchem die Oesterreichische Kavallerie der preußischen mindestens ebenbürtig war — und neuerdings der Russisch-Japanische Krieg.

Ausbildung.

Da die Entscheidung im Gefechte jetzt mehr wie je in dem Feuergefecht liegt, dieses aber ausschließlich von dem einzelnen Mann durchgeführt werden muß, sollte sich naturgemäß auch die ganze Ausbildung der Infanterie um die Schützenkämpfe gruppieren. In Deutschland um so mehr, als ohne Zweifel in dem deutschen Heere von jeher eine große Vorliebe für das Auftreten geschlossener Massen geherrscht hat, und in Verbindung hiermit für Angriffe mit der blanken Waffe. Es hängt dies auch mit einer gewissen Schwerfälligkeit mancher deutscher Volksstämme zusammen, es ist z. B. der Franzose seinem ganzen Naturell nach leichter zum Einzelkämpfer auszubilden wie der Deutsche. Anderseits kommt dem Deutschen seine größere Ruhe zugute beim Schießen und eine bessere Gefechtsdisziplin.

Gefechtseinheiten.

Die taktische oder Gefechtseinheit der Infanterie ist das Bataillon zu vier Kompagnien. Ein solches zählt im Frieden 18 Offiziere, 570 Mann (Unteroffiziere, Spielleute, Mannschaften), im Kriege 22 Offiziere, 1002 Mann. Die Grenzbataillone haben eine Friedensstärke von 22 Offizieren, 640 Mann (hoher Etat). Die Jägerbataillone einen Friedensetat von 615 Mann (hoher Etat 679).

Die meisten Infanterie-Regimenter zählen drei Bataillone, 35 Regimenter nur zwei Bataillone. Der Regiments-Verband ist hauptsächlich ökonomischer Art, aber es wohnt ihm insofern eine große ethische Bedeutung bei, als der Begriff „Regiment" gleichbedeutend ist mit der Geschichte des Truppenteiles

im Frieden, vor allem aber im Kriege. Die Fahnen der Regimenter — jedes Bataillon besitzt eine solche — sind geschmückt mit den Ehren- und Erinnerungszeichen, und auf diese oft altehrwürdigen Feldzeichen wird auch der Fahneneid geleistet.

Bewaffnung.

Unsere Infanterie ist ausgerüstet mit dem Gewehr Modell 98 und steht ihrer Bewaffnung nach durchaus auf der Höhe moderner Technik. Die Bekleidung und Ausrüstung dagegen läßt manches zu wünschen übrig, was ihre Zweckmäßigkeit im Kriege betrifft. Alles in allem kann aber ohne Uebertreibung behauptet werden, daß die deutsche Infanterie bei ihrer soliden Organisation und sorgfältigen Ausbildung auf einer hohen Stufe kriegerischer Leistungsfähigkeit steht.

Kavallerie.

Von dieser gilt dasselbe, was eben gesagt worden ist, und vielleicht in noch höherem Grade, wenn man diese Waffengattung mit der Kavallerie fremder Staaten (ausgenommen die ausgezeichnete Oesterreichisch-Ungarische Kavallerie) vergleicht. Es hängt dies in gewissem Sinne mit einem Zuge unseres Nationalcharakters in Sachen der Tierfreundlichkeit zusammen, welchen z. B. der Romane nicht besitzt. Deshalb steht auch unsere Kavallerie, was Pferdewartung und inneren Dienst betrifft, erheblich höher wie z. B. die französische Kavallerie, welche zwar stets brav attackiert hat (siehe Wörth und Sedan), aber in jedem Kriege große Verluste durch schlechte Pferdepflege aufweist.

Die Kavallerie ist in Regimenter und Brigaden gegliedert (nur bei der Garde-Kavallerie findet sich eine geschlossene Division). Jedes Regiment zählt im Frieden fünf, im Kriege vier Eskadrons (eine Eskadron bleibt zurück als Ersatz-Eskadron). Die Eskadron ist im Frieden 4—5 Offiziere und 130—145

Reiter stark und erhöht sich im Kriegsfall nur unbedeutend. Man unterscheidet Dragoner, Husaren, Ulanen, Kürassière (Schwere Reiter in Bayern, Garde-Reiter in Sachsen), Jäger zu Pferde. Da die Bewaffnung der gesamten deutschen Kavallerie (Lanze, Karabiner, Säbel) dieselbe ist, so kann man eigentlich von „schwerer" und „leichter" Kavallerie nicht mehr sprechen. Jedoch rechnet man Husaren und Dragoner zur leichten, Ulanen, Kürassiere und Jäger zu Pferde zur schweren Kavallerie in Hinsicht auf die Größe an Pferden und Mannschaften.

Im Kriege werden Kavallerie-Divisionen gebildet, welche, den einzelnen Armeen zugeteilt, den strategischen Aufklärungsdienst leisten und in der Schlacht die Flügel sichern, auch gegebenen Falls zum Attackieren eines erschütternden Feindes, sowie zur Verfolgung in Tätigkeit treten. Der Ueberschuß an Regimentern wird den einzelnen Divisionen überwiesen (Divisionskavallerie).

Artillerie.

Man unterscheidet Feldartillerie und Fußartillerie. Erstere zerfällt in „Fahrende" und „Reitende Batterien" (bei letzteren sind auch die Bedienungsmannschaften beritten). Die Batterie zu sechs Geschützen und sechs Munitionswagen bildet hier die taktische Einheit. Unter den fahrenden Batterien befinden sich auch Haubitz-Batterien, und zwar durchschnittlich bei jeder Feldartillerie-Brigade eine Abteilung von drei Haubitzbatterien. Sie dienen dazu, Ziele, welche dem direkten Schuß nicht erreichbar sind, durch Steilfeuer zu beschießen.

Material. Was das Material der Feldartillerie angeht, so befindet sich dasselbe augenblicklich in der Umbildung, indem die Laffetten Modell 96 in Rohrrücklauflaffetten umgewandelt werden. Es war dies dringend nötig, da die meisten Staaten (Frankreich seit 1900) bereits im Besitze von Rohrrücklaufgeschützen

sind, welche eine viel größere Feuergeschwindigkeit gestatten, als das seitherige deutsche Feldgeschütz.

Die deutsche Feldartillerie hat im Kriege 1870/71 sehr viel zum Erfolge beigetragen, weil sie numerisch wie technisch der französischen Feldartillerie überlegen war.

Inzwischen haben die Schußweiten sowie die Treffsicherheit der Feldartillerie erheblich zugenommen, und auch im zukünftigen Kriege dürfte deshalb wohl der Artillerie eine bedeutsame Rolle in der Schlacht zufallen.

Die Fußartillerie gliedert sich in Brigaden aus je zwei Regimentern, zu je zwei Bataillonen mit 4—6 Kompagnien. Sie dient zur Verteidigung sowie zum Angriff in Festungen, aber auch für den Feldkrieg ist speziell in Deutschland in der schweren Artillerie des Feldheeres der Fußartillerie eine wichtige Rolle zugewiesen und nach dieser Richtung eine Organisation geschaffen worden, wie sie in gleicher Vollkommenheit andere Armeen nicht besitzen.

Pioniere.

Sie sind lediglich in Bataillone zu je vier Kompagnien eingeteilt. Ihre Bestimmung ist, beim Festungs- und Belagerungsdienst die technischen Arbeiten auszuführen, aber auch im Feldkriege fallen ihnen nicht unwichtige Aufgaben zu (Brücken schlagen, Herstellung künstlicher Hindernisse usw.), und unterscheiden sie sich deshalb im Kriege nach Festungs- und Feld-Pionieren. Gewöhnlich wird jeder Division eine Feld-Pionier-Kompagnie mit Brückentrain zugewiesen.

Verkehrstruppen.

Im Kriege 1870/71 verfügte Deutschland nicht über einen Mann Verkehrstruppen, jetzt über $7\frac{1}{2}$ Bataillone Eisenbahntruppen und $3\frac{1}{2}$ Bataillone Tele-

graphentruppen. Es wird hieraus ersichtlich, von welcher großen Bedeutung heutzutage die Aufgabe des militärischen Verkehrswesens im Kriegsfalle ist. Die Luftschiffertruppe (ein Bataillon, eine Kompagnie) soll sowohl im Festungs- wie im Feldkriege durch Ballonauffahrten die feindlichen Stellungen erkunden.

Die Festungen.

Eine Zeitlang — namentlich nach dem Kriege 1866, in welchem die Festungen nur wenig zur Geltung kamen — urteilte man über den Wert von Festungen überhaupt nicht sehr günstig. Jedoch schon der Krieg 1870/71 bewies, daß Festungen unter Umständen eine recht wichtige Rolle spielen (Straßburg, Metz, Paris) und den Verlauf des Feldkrieges wesentlich beeinflussen können. Jedoch erwies sich auch damals der geringe Nutzen zahlreicher kleiner Festungen, und dementsprechend ist Deutschland im Laufe der Jahre dazu geschritten, eine ganze Anzahl Festungen eingehen zu lassen. Dafür sind aber wichtige Festungen, namentlich in Grenzgebieten, in sogenannte große Lagerfestungen umgewandelt worden, welche eine lange und selbständige Verteidigung ermöglichen. Solche große Lagerfestungen sind: Metz, Straßburg, Köln, Mainz, Ulm, Königsberg, Thorn und Posen; außerdem sind noch als Festungen oder befestigte Plätze aufzuführen: Diedenhofen, Neubreisach, Bitsch, Ehrenbreitstein, Magdeburg, Ingolstadt, Graudenz, Glogau, Glatz, Swinemünde, Cuxhafen, Kiel, Wilhelmshafen, Geestemünde. Die letzteren fünf dienen hauptsächlich zum Schutze von Kriegshäfen und wichtigen Strommündungen.

Das Heer im Kriege.

Ueber die Kriegsgliederung unseres Heeres können nähere Angaben aus leicht erkennbaren Gründen nicht gemacht werden. Es läßt sich aber an-

nehmen, daß entsprechend der Gepflogenheiten und Erfahrungen der letzten großen Kriege verschiedene „Armeen" mit selbständigem Wirkungskreis aufgestellt werden, denen allgemeine Direktiven von der Oberleitung (großes Hauptquartier) zugehen. Nach dieser Richtung hat Feldmarschall Moltke als Chef des Generalstabes der Armee Unvergleichliches geleistet, wenn auch die Verantwortung der Entschlüsse stets König Wilhelm übernommen hat. Es hatte sich hier eine Harmonie zwischen dem Oberfeldherrn und seinem ersten militärischen Ratgeber herausgebildet, welche die Kriegsgeschichte in dieser Wirksamkeit sonst nicht kennt. Bei den Millionenheeren der Gegenwart ist es im übrigen ausgeschlossen, daß die Ausübung persönlicher Leitung der gesamten Armee in dem Maße stattfindet, wie das bei Friedrich dem Großen und selbst noch bei Napoleon I. der Fall war. Diesem Gesichtspunkte moderner Kriegsführung trägt aber die ganze Schulung der Führer unseres Heeres bis zum Zugführer herunter Rechnung, indem sie auf Selbständigkeit aller Chargen hinwirkt. Die deutsche Schule hat speziell im Russisch-Japanischen Kriege große Triumphe gefeiert, indem die Japaner nach deutscher Lehre und deutschem Muster die Entschlußfähigkeit der Führer aller Grade ihrem Heere einzupflanzen verstanden.

Dieser Selbsttätigkeitsdrang bildet ein charakteristisches Merkmal des deutschen Heeres und gleichzeitig ein Element der Stärke, welches bis jetzt keine andere europäische Armee in diesem Umfange als Gemeingut aufzuweisen hat.

Da Deutschlands Wehrmacht im Kriegsfalle über vier Millionen ausgebildete Männer zählt, so ist ein Ueberfluß an Menschenmaterial vorhanden. Naturgemäß muß aber der größte Wert darauf gelegt werden, daß wir in den ersten großen entscheidenden Schlachten Sieger bleiben, und des-

halb wird wohl auch die Heeresleitung alles daran setzen, in einer kraftvollen Offensive — denn nur Offensive ist nach Moltke „wirklicher Krieg" — unsere Ueberlegenheit an militärisch organisierter Volkskraft zur Geltung zu bringen! Aber die zahlenmäßige Ueberlegenheit allein entscheidet nicht im blutigen Ringen um nationale Ehre und Macht, sondern gerade im Kriege ist das moralische Element von größter, meistens ausschlaggebender Bedeutung. Deshalb gilt es für uns Deutsche, die wir vielleicht eines Tages gegen eine Welt von Feinden mit den Waffen in der Hand unser Vaterland zu schützen haben, schon im Frieden unser Heer stark zu machen auf geistigem und ethischem Gebiete. Dann wird es in den schweren Zeiten des Krieges unüberwindlich sein!

II.

Die Flotte.

Reichsverfassung.

Im Gegensatz zum Heere trägt unsere Wehrmacht zur See ein in jeder Beziehung einheitliches deutsches Gepräge. Die deutsche Flotte kennt keine anderen Hoheitsrechte als diejenigen des Kaisers. Sie kennt auch nur eine Flagge und das ist die deutsche Kriegsflagge. Hier hat die Reichsverfassung keine „Reservatrechte" zugelassen. Ziffer 53 der Reichsverfassung besagt: „Die Kriegsmarine des Reiches ist eine einheitliche unter dem Oberbefehl des Kaisers. Die Organisation und Zusammensetzung derselben liegt dem Kaiser ob, welcher die Offiziere und Beamten der Marine ernennt und für welchen dieselben nebst den Mannschaften eidlich in Pflicht zu nehmen sind."

Aber auch auf die Handelsmarine erstreckt sich die Gemeinsamkeit gemäß der Ziffern 54, 55 der Reichsverfassung, welche bestimmen: „Die Kauffahrteischiffe aller Bundesstaaten bilden eine einheitliche

Handelsmarine. Die Flagge der Kriegs- und Handelsmarine ist schwarz-weiß-rot."

Die deutsche Flotte hat sich entwickelt aus der Kriegsmarine des Norddeutschen Bundes und diese wieder aus derjenigen Preußens. Im Kriege 1870 war letztere aber noch so unbedeutend, daß sie eine Aktion zur See gegenüber Frankreich, dessen Kriegsschiffe eine Zeitlang unsere Küsten bedrohten, nicht wagen konnte. Da war es zur Blütezeit der Hansa anders bestellt um die deutsche Seemacht, denn ihre Koggen kämpften wiederholt siegreich Engländer sowie Dänen nieder, und ihre Flagge war lange Zeit hindurch die herrschende in Ost- und Nordsee. Geschichtliches.

Mit dem Zerfall der Hansa, welcher politisch im Zusammenhang steht mit dem Niedergang des Deutschen Reiches, verschwindet auch die deutsche Flagge von den Meeren, um deren Beherrschung den Spaniern, Engländern, Holländern, Franzosen zu überlassen. Seegewalt aber ist gleichbedeutend mit politischer, wirtschaftlicher und nationaler Macht. Das erkannte auch der weitblickende Große Kurfürst und schuf eine stattliche Brandenburgische Kriegsflotte, welche ehrenvolle Kämpfe bestand mit Schweden und Spanien. Vor allem diente sie zum Schutze der Kolonien, welche er auf der Westküste in Afrika erworben hatte, mit deren Verlust auch wieder die Brandenburgische Marine einging.

In dem Sturmjahre 1848 erwachte mit dem Gedanken an die deutsche Einheit auch die Sehnsucht der Nation nach einer deutschen Flotte. Innerhalb zweier Jahre gelang es, eine ziemlich ansehnliche Flotte zu schaffen — teilweise durch freiwillige Gaben —, aber schon im Jahre 1852 nahm sie ein unrühmliches Ende. Der hohe Bundestag ließ sie meistbietend verkaufen! Wie schimpflich es damals stand um das Ansehen Deutschlands dem Auslande gegenüber, das beweisen die Worte des englischen Premierministers Palmerston: „Wenn sich

Schiffe mit einer deutschen Kriegsflagge zeigen sollten, werden wir dieselben als Piraten behandeln."

Preußen erwarb beim Verkauf der ersten „Deutschen Flotte" zwei Schiffe, und diese bildeten den Kern der anwachsenden Preußischen Kriegsmarine, um deren Entwicklung sich Prinz Adalbert von Preußen große Verdienste erworben hat, sodaß sie im Deutsch-Dänischen Kriege 1864 nicht unrühmlich gegen die allerdings damals noch weit überlegenere dänische Seemacht kämpfen konnte.

Entwicklung von 1872—1905.

Mit dem neugeschaffenen Deutschen Reich erwuchs auch die politische, wirtschaftliche und nationale Pflicht, die Flotte auf eine entsprechende Höhe zu bringen. Selbst Parteien, die sonst Sparsamkeit in Wehrangelegenheiten für oberstes politisches Leitmotiv hielten, zeigten sich zugänglich, und so gelang es, eine Marine zu schaffen, welche Anfang der achtziger Jahre einen stattlichen Bestand aufwies. Großes Verdienst gebührte hierbei dem General von Stosch als Chef der Admiralität (1872 bis 1883), und schließlich nahm die deutsche Flotte den dritten Rang ein unter den Kriegsmarinen der Welt nach Zahl und Stärke der Schiffe. Dann folgte jedoch bald ein Stillstand, schließlich ein Niedergang unserer Seemacht, sodaß es nur ein Rechenexempel blieb, von wann ab Deutschlands Seemacht so geringfügig war, daß sie bei einem Kampfe zur See entweder sicherer Vernichtung entgegenging oder sich in die heimatlichen Häfen verkriechen müßte. Da griff Kaiser Wilhelm II. entscheidend ein in der richtigen Erkenntnis, daß bei der weiteren Entwicklung der Dinge auf weltwirtschaftlichem Gebiete Deutschland unbedingt eine starke Flotte „bitter not tue". So entstand das Flottengesetz von 1898, welches die Marine in zwei Teile schied: die heimische

Schlachtflotte für den Krieg in europäischen Gewässern, und die Auslandsschiffe für die Vertretung unserer überseeischen Interessen an Ort und Stelle. Jedoch schon nach zwei Jahren mußte dieses Gesetz als unzulänglich durch ein neues Flottengesetz (14. Juni 1900) ersetzt werden, welches durch die Flottenvorlage von 1905 insofern eine Erweiterung erfahren soll, als die 1900 auf Grund eines Kompromisses zwischen Regierung und Reichstag zurückgestellten Auslandsschiffe jetzt nachgefordert werden; außerdem neu sieben Torpedoboots-Divisionen. Auf Grund des Gesetzes von 1900 sollte die gesamte deutsche Flotte zusammengesetzt sein wie folgt: Flottengesetz von 1900.

1. Die Schlachtflotte (34 Linienschiffe, 8 große, 24 kleine Kreuzer);

2. die Auslandsflotte (3 große, 10 kleine Kreuzer);

3. die Materialreserve (4 Linienschiffe, 3 große, 3 kleine Kreuzer).

Dieser Sollstand soll jedoch erst im Jahre 1921 (!) wirklich erreicht werden, außerdem beschloß damals der Reichstag auf Antrag des Zentrums, allerdings mit Einverständnis der Regierung, die vorgesehene Lebensdauer der Linienschiffe von 20 auf 25 Jahre, diejenige der Kreuzer von 15 Jahren auf 20 Jahre zu erhöhen. Da außerdem auf den Sollbestand eine große Anzahl von Linienschiffen und Kreuzern als vollwertig in Anrechnung kam, welche nur minderwertig war und deren Ersatz teilweise erst von 1912 ab in Angriff genommen werden soll, so trat jenes Gesetz von Hause aus mit erheblichen Mängeln belastet in Wirksamkeit; hierauf wird noch zurückzukommen sein.

Organisation und Behörden.

Die Marine steht unter dem Oberbefehl des Kaisers und heißen auch alle Kriegsschiffe „Seiner

Majestät Schiff . . ." (folgt Name). Ebenso sind alle Offiziere, Beamten und sämtliche Marinebehörden Kaiserlich.

Dem Kaiser unterstehen unmittelbar: die Chefs der Marinestationen der Ostsee und Nordsee, die Inspektion des Bildungswesens, der Chef der aktiven Schlachtflotte, der Chef des Kreuzergeschwaders, der Chef der Kreuzerdivision, die im Auslande befindlichen Schiffskommandos in militärpolitischer Beziehung, der Admiralstab der Marine und das Marine-Kabinett.

Reichsmarineamt.

Dagegen ist das Reichsmarineamt — an dessen Spitze der Staatssekretär der gleichnamigen Behörde steht — die oberste Reichsbehörde der Flotte, für deren Einrichtung, Erhaltung und Entwicklung sie Sorge zu tragen hat. Im übrigen ist in letzter Instanz gemäß der Reichsverfassung der Reichskanzler für die Beaufsichtigung und Gesetzgebung auf dem Gebiete des Marinewesens ebenso verantwortlich wie auf demjenigen des Militärwesens. (Ziffer 4 der Reichsverfassung.)

Marinestationen.

Die deutschen Küsten und die anstoßenden Meere sind durch die Linie Skagen-Gothenburg in zwei Bezirke — Marinestation der Ost- und Nordsee — eingeteilt mit Sitz in Kiel und Wilhelmshaven.

Bei jeder Marinestation besteht eine Marineinspektion, welcher wiederum unterstehen je eine Matrosen- und Werftdivision. Diese Divisionen sind die Mannschaftsdepots, aus denen Personal und Material für die Schiffe entnommen werden. Der Marinestation der Ostsee sind außerdem noch zugeteilt die Inspektion der Marine-Infanterie und die Inspektion des Torpedowesens.

Die Inspektion der Schiffsartillerie (Wilhelmshaven) verfügt über die Artillerieschulschiffe und das Reservegeschwader, während die Inspektion der Küstenartillerie (Wilhelmshaven) die

Matrosenartillerie-Abteilungen umfaßt sowie das Minenwesen.

Der Inspektion des Bildungswesens unterstehen die Marineakademie und die Marineschule in Kiel, die Deckoffizier(Unteroffizier-)schule in Wilhelmshaven, die Seekadetten- und Schiffsjungen-Schulschiffe sowie die Schiffsjungendivision.

Die Werften (Kiel, Wilhelmshaven, Danzig) bauen und rüsten die Schiffe aus.

Schiffe und Bemannung.

Man unterscheidet bei den Kampfschiffen:

Linienschiffe (bilden den Kern der Schlachtflotte),

Große Kreuzer (rechnen zur Schlachtflotte, sind aber auch zum Auslandsdienst bestimmt),

Kleine Kreuzer (Aufklärungsschiffe im Seekriege, auch Stationsschiffe im Auslande),

Torpedoboote (sollen durch Abfeuern von Torpedos feindliche Schiffe zum Sinken bringen).

Unsere Schiffsliste weist zwar auch noch Panzerkanonenboote und Kanonenboote auf, aber ihr Gefechtswert ist so äußerst gering, daß sie den Namen Kriegsschiffe nicht verdienen. Nur die numerische Schwäche der Flotte zwingt dazu, einige dieser Schiffe noch im Auslandsdienste zu verwenden.

Gefechtswerte.

Der Gefechtswert eines Kriegsschiffes setzt sich, was das Material betrifft, zusammen aus:

1. der Größe des Deplacements (Wasserverdrängung in Tonnen ausgedrückt), weil mit der Größe des Schiffes die Schwimmfähigkeit, die Stärke der Besatzung, der Artillerie, der Panzerung und der Kohlenräume wächst;

2. der Stärke der Panzerung des Schiffes, welche bei den modernen Schiffen bis unter die Wasserlinie reicht und Schutz gegen die Geschosse gewähren soll;

3. der Anzahl an Geschützen und deren Wir-

kungsfähigkeit, welch letztere wiederum im allgemeinen durch die Größe des Kalibers bestimmt wird.

Um es kurz zu sagen, stehen unsere Kriegsschiffe, was Deplacement angeht, erheblich hinter den gleichen Schiffsgattungen anderer Flotten zurück, da wir jetzt überhaupt kein Linienschiff besitzen, welches sich nach dieser Richtung mit denjenigen anderer Staaten messen kann. Die größten englischen, französischen, amerikanischen, japanischen Linienschiffe besitzen Deplacements von 15—19 000 Tonnen, die größten deutschen Schiffe nur ein solches von 11—13 000 Tonnen. Aehnlich verhält es sich mit den Großen Kreuzern. Auch mit schweren weittragenden Geschützen sind sowohl die fremden Linienschiffe wie die Großen Kreuzer vielfach reichlicher ausgerüstet wie wir. Ganz gewiß verfügt unsere Flotte über ein ausgezeichnetes Personal von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, aber selbst eine gewisse Ueberlegenheit in dieser Beziehung vorausgesetzt, so spielen gerade im Seekampfe technische Faktoren eine sehr große Rolle. Es kommt aber hinzu, daß sowohl nach Zahl der Schiffe als dem Gesamtdeplacement derselben die deutsche Flotte erst den fünften Platz einnimmt unter den Flotten der großen Mächte, trotzdem Deutschland die zweitgrößte Handelsflotte der Welt besitzt!

Es beträgt nämlich das Deplacement der brauchbaren Schlachtschiffe

Englands 900 000 Tonnen,
Nordamerikas 440 000 Tonnen,
Frankreichs 310 000 Tonnen,
Japans 273 000 Tonnen,
Deutschlands 260 000 Tonnen.

Bei Erlaß des Flottengesetzes von 1900 stand die deutsche Flotte noch an der 3. Stelle. Ein Kommentar über die ungünstige Wirkung jenes Gesetzes,

was das Wachstum der deutschen Flotte, verglichen mit demjenigen anderer Mächte betrifft, ist hiernach überflüssig.

Außer den oben angeführten Schiffen gibt es noch Schulschiffe, Spezialschiffe und Hafenschiffe.

Seeoffizierkorps. Das Seeoffizierkorps ergänzt sich aus Seekadetten, welche an Bord von Seekadetten-Schulschiffen die erste Ausbildung erhalten, um dann als Fähnriche zur See zur Marineschule kommandiert und nach einer $3^1/_2$jährigen Ausbildung zum Leutnant zur See ernannt zu werden. Die Chargen der Seeoffiziere: Flaggoffiziere (Großadmiral, Admiral, Vizeadmiral, Kontreadmiral), Stabsoffiziere (Kapitän zur See, Fregattenkapitän, Korvettenkapitän), Kapitänleutnants, Subalternoffiziere (Oberleutnant zur See, Leutnant zur See). Die Unteroffiziere (Deckoffiziere und Maate) gehen meistens aus den freiwillig dienenden Schiffsjungen hervor.

Die Friedensstärke des Flottenpersonals beträgt: 1969 Offiziere, 201 Aerzte, 1883 Deckoffiziere, 8985 Unteroffiziere, 29 316 Matrosen, 1100 Schiffsjungen.

Die Zusammensetzung und Stärke der Kampfflotte.

Man unterscheidet Aktive Schlachtflotte und Reserve-Schlachtflotte. Nach dem Gesetz von 1900 setzen sich beide zusammen aus je zwei Geschwadern, bestehend aus acht Linienschiffen und einem Flottenflaggschiff, zwei Großen und sechs Kleinen Kreuzern und entsprechenden Torpedoboots-Divisionen.

Augenblicklich sind nach der Flottenliste vorhanden: 31 Linienschiffe, 11 Große Kreuzer, 35 Kleine Kreuzer, 56 große, 47 kleine Torpedoboote. Von Linienschiffe. den Linienschiffen können aber als vollwertig nur angesprochen werden die zehn Schiffe der Wittelsbach- und Braunschweig-Klasse (auf Stapel gelegt

1899—1902), von denen die fünf Schiffe der Wittelsbach-Klasse (Wittelsbach, Wettin, Zähringen, Mecklenburg, Schwaben) je 11 800 Tonnen Deplacement aufweisen und mit je vier 24 cm-, achtzehn 15 cm-, zwölf 8,8 cm-, zwölf 12,3 cm-Geschützen sowie acht Maschinengewehren armiert sind.

Die vier Schiffe der Braunschweig-Klasse — das letzte Schiff dieser Klasse wird erst 1906 fertig — (Braunschweig, Elsaß, Preußen, Hessen) haben ein Deplacement von 13 200 Tonnen, sonst ist die Armierung dieselbe wie bei der Wittelsbach-Klasse, auch die Geschwindigkeit (18 Knoten), während die Besatzung 691 Köpfe beträgt, diejenige der Wittelsbach-Klasse 660.

Die nächstfolgenden Linienschiffe sind diejenigen der Kaiser-Klasse (Friedrich III., Wilhelm II., Wilhelm der Große, Barbarossa, Karl der Große). Sie besitzen nur ein Deplacement von 11 000 Tonnen, sonst dieselbe Armierung, Geschwindigkeit und Besatzung wie die Wittelsbach-Klasse, werden aber selbst von dem amtlichen Nautikus (Handbuch für Deutschlands Seeinteressen) als nicht mehr ganz vollwertig angesehen, trotzdem sie erst 1894—1898 gebaut sind. Man sieht hieraus, wie rasch Kriegsschiffe veralten.

Einen noch geringeren Gefechtswert besitzen die Schiffe der Brandenburg-Klasse (Brandenburg, Kurfürst Friedrich Wilhelm, Weißenburg, Wörth), 1889 gebaut, und als selbst den kleinsten Linienschiffen fremder Staaten in keiner Weise gewachsen müssen die vier Schiffe der Badenklasse (Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden) und die acht früheren Küstenpanzer (Siegfried, Beowulf, Frithjof, Hildebrand, Heimdall, Hagen, Aegir, Odin) bezeichnet werden. Letztere acht besitzen nur ein Deplacement von 4100 Tonnen.

Leider fangen diese zwölf minderwertigen Schiffe erst vom Jahre 1909 bezw. 1912 ab an auszuschei-

den. Bis dahin sind es nur Linienschiffe auf dem Papiere.

Kreuzer.

Nicht besser sieht es mit dem Bestand an modernen Großen Kreuzern aus. Jetzt sind deren zehn vorhanden (Hertha, Viktoria, Freya, Hansa, Wineta, Fürst Bismarck, Prinz Heinrich, Prinz Adalbert, Friedrich Karl, Stern), aber auch hiervon können nur die letzten sieben als einigermaßen vollwertig gerechnet werden, denn selbst unsere größten Kreuzer mit 8900 Tonnen (Prinz Heinrich) und 10 000 Tonnen (Fürst Bismarck) stehen hinter den Großen Kreuzern anderer Staaten — England allein besitzt 39 Kreuzer von 10—15 000 Tonnen Deplacement — erheblich zurück. Was die kleinen Kreuzer angeht, so sind von 33 derselben 24 schwach gepanzert. Ihr Gefechtswert ist an sich nur unbedeutend, und unsere Seemächte fangen an, überhaupt keine kleinen Kreuzer mehr zu bauen.

Flottenvorlage von 1903.

Es kann hiernach keinem Zweifel unterliegen, daß es die höchste Zeit ist, mit dem Ausbau unserer Flotte rascher vorzugehen, wenn Deutschland nicht in bedenklichen Rückstand geraten soll, was seine Machtmittel zur See angeht. Die Verbündeten Regierungen haben zwar Ende 1901 eine sogenannte „Flottenvorlage" eingebracht, welche jedoch nicht ausreichend angesehen werden kann, um unserer Flottennot wirksam abzuhelfen.

Diese Vorlage forderte nämlich weiter nichts als die Vergrößerung des Deplacements der Kampfschiffe und den Bau von 6 Großen Kreuzern, welche jedoch schon im Jahre 1900 gefordert worden waren, außerdem eine Vermehrung der Torpedoschiffe. Wenn man bedenkt, daß die Erhöhung der Deplacements unserer Kriegsschiffe nur einen relativen Fortschritt bedeutet, insofern wir auf diesem Gebiete nur das nachholen, was schon früher hätte geschehen sollen, im übrigen aber in der Flottenstärke — und vor allem im Flottenausbau — alles so bleibt wie es

schon 1900 vorgesehen war, so mußte das in nationalen Kreisen Befremden erregen. Denn was hat sich seit 1900 alles geändert in der allgemeinen politischen Lage und zwar nicht zugunsten Deutschlands. Und mit welcher Beschleunigung bauen die fremden Staaten ihre Kriegsschiffe — so soll z. B. die Kriegsflotte der Vereinigten Staaten von Nordamerika schon 1909 fertig sein — während Deutschland in einem unbegreiflich langsamen Tempo das Ausschalten seiner unbrauchbaren und minderwertigen Schiffe betreibt.

Rascherer Ausbau unserer Flotte.

Angesichts dieser selbst vom materiellen als wirtschaftlichen Standpunkt aus wenig erfreulichen Flottenpolitik haben weite Kreise des deutschen Volkes, an ihrer Spitze der Deutsche Flottenverein — der im Frühjahre 1906 ungefähr 950 000 Mitglieder zählte — ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß ein rascherer Ausbau unserer Flotte als nationale Pflicht erscheine. Leider ist diese Bewegung bis jetzt ohne den im vaterländischen Interesse dringend wünschenswerten Erfolg geblieben. Der Reichstag hat die unzulängliche Flottenvorlage genehmigt und ist aus seiner Mitte heraus noch nicht einmal der Versuch gemacht worden, auf die Notwendigkeit eines rascheren Ausbaues der Flotte hinzuweisen. Möge es der Nation erspart bleiben, daß sie in der Zukunft nicht Schaden leide an nationaler Macht und Ehre, weil die maßgebenden Faktoren im Reiche vorwiegend aus Gründen der inneren Politik es nicht für geboten hielten, unsere Machtmittel zur See rechtzeitig zu verstärken. Zumal die ganze wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands immer mehr darauf hinneigt, sich seine Absatzgebiete über See — auch für Volkskraft — mehr zu erweitern. Dazu bedarf es aber einer stets schlagfertigen starken Flotte!

Zweiter Teil.

Zur inneren deutsch-nationalen Politik.

Die Polenfrage.

Von Hans Wendland.

Seit sechs Jahrhunderten liegen Polen und Deutsche im Kampfe gegen einander. Wie der innere Verfall des deutschen Ordens Westpreußen zu einem Bestandteil des polnischen Reiches, Ostpreußen zu einem polnischen Lehn machte, so hatte die Auflösung aller Ordnung im Polenreiche den Eintritt Westpreußens und Posens in einen deutschen Staatsverband zur Folge.

Die Teilung Polens.

Rußland hatte sich schon 1764 seine Unterstützung der Wahl Stanislaus Poniatowskis zum polnischen König mit einer Grenzregulierung bezahlen lassen, Oesterreich hatte sich 1770 der einst an Polen verpfändeten Zips wieder bemächtigt und damit gezeigt, daß man sich, wie Katharina von Rußland es ausdrückte, in Polen nur zu bücken brauche, um etwas fortzunehmen. Bei den unaufhörlichen Bürgerkriegen in Polen wurde russische Einmischung fortwährend erbeten und gewährt; der russische Gesandte in Warschau war mächtiger als der polnische König. Bei dieser Sachlage war es Pflicht eines preußischen Staatsmannes, aus der unausbleiblichen Liquidation die dem eigenen Lande notwendigen Gebiete rechtzeitig zu sichern. So kam es 1772 zur ersten „Teilung" Polens, bei der zugunsten Rußlands etwa 2000,

zugunsten Oesterreichs 1280 und zugunsten Preußens 644 Quadratmeilen vom Polenreiche abgesplittert wurden. Der Staat Friedrichs des Großen erhielt das Bistum Ermeland, Westpreußen mit Ausnahme von Danzig und Thorn und den Netzedistrikt. Der polnische Reichstag genehmigte diese Abtretungen (19. 4. 1773). Im folgenden Jahre gibt der englische Gesandte in Warschau folgende Schilderung von der Regierungsweise des polnischen Adels: „Die Mitglieder des Reichstagsausschusses weisen sich Jahrgelder, Starosteien, Erbgüter und jede Art von Einnahmen auf beispiellose Weise und auf Kosten der unglücklichen Republik an, sodaß man dies für den letzten Gnadenstoß hält, den sie ihrer Ehre und ihrem Vaterlande geben. Man vergleicht sie allgemein mit einer Räuberbande, die in ein Haus einbricht und alles plündert und zerstört, was in ihre Hände fällt. Ungerechtigkeit, Torheit und Raubsucht herrschte vom Anfang bis zum Ende des Reichstages, und die Geschichte dieses Landes zeigt kein weiteres Beispiel so schamloser Sündhaftigkeit. Hier ist ein solcher Mangel an Tugend und Ehre (ja selbst des bloßen Anscheins derselben), solch ein Verderben, ja solche Umkehrung der Rechtspflege, daß niemand, der es nicht sieht, sich davon einen Begriff machen kann. Fast alle großen Aemter sind so schlecht besetzt, daß die nationale Würde verloren geht; und wenn wir auch die Worte Freiheit und Vaterlandsliebe oft hören, glaube ich doch, daß kein gebildetes Volk sie weniger im Herzen trägt." Vier Jahre zuvor hatte der französische Gesandte mit ähnlicher Schroffheit berichtet: „Sklaven, die sich ohne Widerstand in Ketten schmieden lassen, wollen noch über andere Sklaven herrschen." In der Tat, diese Frucht war reif und überreif für die Sichel des Schnitters!

Die zweite Teilung Polens (1793), veranlaßt durch bewaffnetes Eingreifen Rußlands in einen

neuen polnischen Bürgerkrieg, ließ das Reich auf ein drittel seines ehemaligen Bestandes zusammenschmelzen. Preußen erhielt Danzig und Thorn, die Woiwodschaften Posen, Gnesen, Kalisch und andere Gebiete von Großpolen, zusammen etwa 1000 Quadratmeilen. Im folgenden Jahre versuchte eine über das ganze Land verbreitete Verschwörung unter der Führung Kosciuszkos, die abgetretenen Gebiete wieder den Teilungsmächten zu entreißen. Friedrich Wilhelm II. nahm Krakau und zog vor Warschau, Suworow schlug die Aufständischen nieder. Ein neuer Teilungsvertrag machte 1795 dem polnischen Reiche vollends ein Ende. Preußen erhielt nun das ganze links der Weichsel gelegene Gebiet nebst der Hauptstadt Warschau, das es freilich nur wenig mehr als ein Jahrzehnt in Händen behielt. Sein heutiger Besitzstand an ehemals polnischen Landen ist das Ergebnis der Verhandlungen des Wiener Kongresses.

So wohnen denn von den rund 3400000 Polen des preußischen Staates nur die rund 1700000 in Posen und Westpreußen und die in Ermeland ansässigen in Landesteilen, die nach dem Besitzstande von 1772 Glieder des Polenreiches waren. Ostpreußen ist nur von 1466—1658 polnisches Lehn gewesen. Schlesien aber hatte bereits im 14. Jahrhundert seinen Zusammenhang mit dem Polenreiche verloren.

Geschichte der preußischen Polenpolitik.

Ueberschauen wir die drei Menschenalter preußischer Polenpolitik, die seit dem Wiener Kongreß hinter uns liegen, so finden wir, daß die drei Generationen preußischer Könige stets zunächst geglaubt haben, durch entgegenkommendes Wohlwollen die Polen mit ihrer Zugehörigkeit zum preußischen Staat aussöhnen zu können. Aber jedesmal haben sie durch mehr oder minder bittere Erfahrungen das Irrtümliche dieser Meinung erkennen müssen. Unter Friedrich Wilhelm III. erfolgte der

Umschwung von 1830 ab, als der blutige Aufstand in Russisch-Polen von Preußen aus umfangreiche persönliche und pekuniäre Unterstützung fand, und der kommandierende General v. Grolmann und der Oberpräsident v. Flottwell, dieser ebenfalls erst bekehrt, dem König berichten mußten, daß auch in Preußen der Gedanke der gewaltsamen Erhebung lebendig sei. In einem Privatbrief vom 17. Mai 1832 spricht der damals in Posen stehende General Wrangel die Ueberzeugung aus, daß die Provinz germanisiert werden müsse, „wenn wir nicht genötigt sein wollen, bei einem etwaigen Kriege im Osten hier zwei Armeekorps zur Bewachung dieser Provinz zurückzulassen." Indessen, die durch die Denkschriften Grolmanns und Flottwells angebahnte Politik zugunsten des Deutschtums fand ein rasches Ende, als Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestieg. Der Wirkung seines persönlichen Auftretens sicher, unternahm er alsbald eine Rundreise durch die Provinz, die ihn zu den hervorragendsten Edelleuten der polnischen Nation führte und ihn von deren loyaler Gesinnung völlig überzeugte. Die Herren handelten eben schon damals nach der im März 1848 ihren Volksgenossen erteilten Information: „So sehr wir also vor den Augen der Deutschen ein offenes freundliches Benehmen anempfehlen, welches ihnen unsere Zuneigung und brüderliche Gesinnung zusichert, ebensosehr muß man hinter ihrem Rücken das Volk bewaffnen, seinen Feuereifer steigern und es in drohender Haltung zeigen." Schon 1846 kam es zum Aufruhr, der allerdings schnell mit der Ueberwältigung und Verhaftung der Beteiligten endigte. Das Berliner Kammergericht stellte in seinem Urteil fest, daß der Aufstand die Losreißung Westpreußens und Posens vom Königreich Preußen bezweckt habe, und verurteilte 8 Angeklagte zum Tode, 109 zu

Zuchthaus oder Festungshaft. Die allgemeine Amnestie vom 18. März 1848 aber brachte den Aufrührern die Freiheit. Umjubelt zogen sie im Triumph durch die Straßen Berlins, errichteten in der Taubenstraße ein Werbebureau für die „polnische Legion", um dann nach Posen zu eilen und dort den Aufstand zu organisieren, was ihnen mit Unterstützung der Geistlichkeit aufs beste gelang. Es wurde blutiger Ernst. In einer Reihe von Gefechten wurde der Aufstand niedergeschlagen, und am 23. Mai konnte General v. Pfuel in einem Erlaß an die Bevölkerung die Niederwerfung des Aufstandes feststellen. „Für was ist denn so viel Blut geflossen?" sagt er darin. „Eure Verführer sagten euch ja, ihr solltet evangelisch werden, und ihr seid gerade so gute Katholiken geblieben wie zuvor; sie sagten euch, eure Kirchen und Altäre würden zerstört, und eure Kirchen und Altäre stehen unangetastet da, euch zum Trost nach so schweren Leiden. . . . Und endlich, was ist aus dem Versprechen der drei Morgen Land geworden, die jeder Sensenmann nach beendigtem Kampfe haben sollte? Viele Hunderte von euch haben statt ihrer drei Morgen einen Grabhügel erhalten, unter dem sie schlafen, und viele andere Hunderte gehen als Krüppel umher, und die, welche ihnen Land versprochen haben, lassen nichts von sich hören." — König Wilhelm I. hatte zu lebhaft an diesen Erfahrungen seines Bruders teilgenommen, als daß er die Fehler seiner Vorgänger hätte wiederholen sollen. Wenn sein Ministerpräsident Bismarck 1886 eine positive Politik zugunsten des Deutschtums, anknüpfend an die besseren Ueberlieferungen Friedrich Wilhelms III., ins Werk setzte, so war das durch die Erkenntnis veranlaßt, daß das polnische Volkstum neuerdings in überraschendem Maße dem deutschen Boden abgewann. Aber nach seinem Tode bedeutete der Thronwechsel wiederum auch

eine neue Politik, die Politik der Versöhnung. Von polnischer Seite war es der flottenfreundliche Herr v. Koscielski, der den Kaiser für den Versöhnungsgedanken zu gewinnen wußte, der Reichskanzler v. Caprivi übernahm die Verantwortung der Durchführung dieser Politik. Aber bereits 1894 erkannte auch Kaiser Wilhelm II., daß er die polnische Nation falsch eingeschätzt habe. In der Flottenfrage versagten sich die polnischen Abgeordneten der Führung Koscielskis, und schließlich zeigte dieser selbst, daß auch er im Grunde genommen dieselben staatsfeindlichen Ziele verfolge, wie die radikale Volkspartei und ihre Presse, indem er bei einem Lemberger Festmahl erklärte, daß man den Körper der Nation nicht vernichten und zerstückeln könne, wenn man auf ihm gewisse farbige Linien ziehe, und indem er weiter von der politischen Klugheit sprach, „die dem Gefühl häufig Schweigen auferlegt und ihm nicht gestattet, auszusprechen, was ausgesprochen nur schaden, nicht nützen könnte". Seit den Lemberger Tagen sind wir wieder mehr und mehr zu einer deutschen Ostmarkenpolitik gekommen, deren Leitung vorzugsweise in den Händen des Ministers v. Miquel und später des Fürsten v. Bülow lag.

Unversöhnlichkeit des deutsch-polnischen Interessengegensatzes.

Zu sechs Malen haben die Polen, sei es gegen Rußland, sei es gegen Preußen, die Waffen erhoben, sich ihre alte Unabhängigkeit zu erkämpfen. Wer wollte ihnen das zum Vorwurf machen! Die Polen sind ein Kulturvolk — wenn ihnen auch die Menschheit nicht sonderlich viel verdanken mag — mit tausendjähriger Geschichte. Sie sind eine zum vollen Bewußtsein erwachte Nation. Für die nationale Freiheit zu fechten aber ist kein sittlicher Frevel, sondern ein sittliches Verdienst für den einzelnen, für die Nation selber aber nur eine Lebensäußerung. Denn eine Nation, die nicht über die Freiheit voller Entfaltung verfügt,

ist dem Tode verfallen, sie gibt sich selber auf, da kein Organismus ohne Entwicklung zu gedeihen vermag. Es fragt sich, ob wir die Möglichkeit haben, den Polen nationale Freiheit zu gewähren. Wollten wir es versuchen, indem wir das unsrige dazu beitrügen, von neuem ein selbständiges Polenreich aufzurichten, wie könnten wir es, ohne in demselben Augenblick unsere eigenen Landsleute desjenigen Gutes zu berauben, das wir den Polen zuwenden wollen? Wie könnten wir es, ohne die Geschlossenheit unseres Staatsgebietes zu vernichten, die uns militärisch, verkehrstechnisch und handelspolitisch so wertvoll ist? Wie könnten wir es, ohne uns einen stets angriffslustigen, weil immer mehr begehrenden Nachbarn an die Seite zu setzen? Nein, mit unserem Willen kann es nie geschehen, daß die Hoffnungen auf einen neuen Polenstaat in Erfüllung gehen. Nun, so versuchen wir, ihnen ihre nationale Freiheit in unserem Staatswesen zu schaffen! Diese Forderung aussprechen, heißt ihre Unmöglichkeit erkennen. Ist doch das Leben des Staates in allem Entscheidenden national bestimmt; denn auch die wirtschaftlichen Fragen haben einen tiefen ethischen Inhalt. Solange die Polen nach Gesetzen leben müssen, die auf die Anschauungen der 50 Millionen Deutschen im Reiche zugeschnitten sind, werden sie sich mit Recht beklagen, der nationalen Freiheit zu entbehren. In der Praxis liegt die entscheidende Schwierigkeit in der Sprachenfrage. Die Polen werden sich so lange über nationale Bedrückung beklagen, als sie nicht die völlige Gleichberechtigung beider Sprachen erreicht haben. Sie werden sie durchzusetzen suchen nicht nur im Postverkehr, vor Gericht, in der Schule, sondern auch im Eisenbahnverkehr, in der ganzen Verwaltung und im Heere. Ueberall aber bedeutete die Gleichberechtigung, daß die Angestellten und Beamten sich immer ausschließlicher aus dem

Polentum rekrutieren würden, weil es für die Angehörigen einer großen Kultursprache eine sehr viel härtere Zumutung ist, sich ein zweites Idiom anzueignen. Die völlige Gleichberechtigung der Sprache hat nicht einmal das förderalistische Oesterreich durchführen können. Dieses zeigt uns auch, wie unablässige und erbitterte Kämpfe der verschiedenen Sprachgemeinschaften gegeneinander die Folge sind, wenn erst einmal die Sprach*einheit* aufgegeben ist, und wie alle doch immer nur territorial zu begrenzenden Zugeständnisse Verletzungen der Rechte der dort wohnenden Minderheiten in sich schließen. Die Bedrückung der Ruthenen durch die Polen in Galizien ist das beste Beispiel hierfür. — Erkennen wir es nach alledem als eine Unmöglichkeit, den Polen nationale Freiheit zu gewähren, sind wir aber andrerseits überzeugt, daß die Polen diese nationale Freiheit erstreben werden, solange sie sich noch als Nation fühlen, wie sie sie stets mit allen Mitteln erstrebt haben, sobald sie sich den Umständen nach stark genug dazu glaubten, so werden wir anerkennen müssen, daß ein *latenter Kriegszustand* besteht zwischen uns und den Polen, und daß es eine Torheit wäre, wollten wir in diesem Kriege nicht den Vorteil ausnutzen, daß *wir* es sind, die die überlegene Macht und die Staatsgewalt in Händen haben. Es ist ein durch nichts begründeter mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit unvereinbarer Doktrinarismus, zu verlangen, daß alle Staatsbürger dasselbe Maß von Rechten genießen sollen, gleichviel, ob sie auf das Gedeihen des Staates oder auf seinen Sturz hinarbeiten. Wer aber im deutschen Vaterlande an Bestand und Dauer unseres Staatswesens glaubt, der muß schon vom rein menschlichen Standpunkt für die Unterdrückung der nationalpolnischen Bewegung eintreten. Gewiß verdienen diejenigen Träger dieser Bewegung, die

in ehrlicher Begeisterung für ihr Ziel wirken, unser Mitgefühl, wenn wir sie zwingen, ein edles Streben der Gewalt zu opfern. Aber warum dieses Uebel in die Ewigkeit verlängern und von Generation zu Generation erneuern? Warum immer wieder die heranreifende Jugend in diesen häßlichen Konflikt der Pflichten treiben? Mit unbeugsamer Energie ersticke man diesen immer fortglimmenden Brand, und man wird dem polnischen Volke eine Wohltat erweisen, der Masse, die sonst doch einmal das Kanonenfutter für aussichtslose Kämpfe abgeben muß, indem man ihr ein ungestörtes Berufsleben in einem geordneten Staatswesen ermöglicht, den geistig Reifen, indem man ihnen die Türen öffnet zu den hohen Hallen eines unvergleichlich reichen Kulturlebens. Nur Eigensinn oder Parteigeist vermag sich gegen die Wahrheit dieser Sachlage zu sperren.

Daß die nationale Agitation im polnischen Volke einen immer günstigeren Boden gefunden hat, beruht auf seinen sozialen und nationalen Fortschritten. Jene schufen ihm den gewerblichen und akademischen Mittelstand, der sich überall als der rührigste Verfechter des nationalen Gedankens erweist. Das unwillkürliche Wachstum des Volkes mußte als eine nationale Kraftäußerung empfunden werden, die von selber eine Zurückweisung der Zumutung nationaler Resignation war, die vielmehr unmittelbar dazu aufforderte, den dem Volke zugewachsenen Boden nun auch politisch zu sichern. Dies gilt vor allem für die Provinz Posen, das Zentrum der polnischen Nationalbewegung.

Polentum und Deutschtum von 1890—1900.

Wir verfügen nur über zwei zuverlässige Sprachstatistiken und zwar aus den Jahren 1890 und 1900. Nach den Ziffern des letzten Jahres haben wir im Deutschen Reiche 3328751 polnische Slaven (Polen, Masuren, Kassuben), außerdem 182184 Personen, die deutsch und polnisch als

ihre Familiensprache bezeichneten. Wenn wir in den weiteren Angaben die Doppelsprachigen zur Hälfte der deutschen, zur Hälfte der polnischen Nationalität zurechnen, so wohnen annähernd gleich viel Polen in den Provinzen Posen und Schlesien, nämlich 1,16 und 1,14 Millionen, in Westpreußen rund 550000, in Ostpreußen rund 300000, in den anderen Provinzen des preußischen Staates rund 245000, davon rund 106000 in Westfalen. Im einzelnen gibt eine Vergleichung der Ziffern von 1890 und 1900 folgendes Bild:

Provinzen	polnische Slaven	
	1890	1900
Ostpreußen	327 696	298 964
Westpreußen	493 429	546 321
Stadtkreis Berlin	14 023	21 851
Brandenburg	15 707	27 593
Pommern	11 285	15 467
Posen	1 053 184	1 162 538
Schlesien	994 961	1 141 473
Sachsen	22 594	26 871
Schleswig-Holstein	4 448	4 703
Hannover	5 942	11 588
Westfalen	27 337	105 653
Hessen-Nassau	952	1 840
Rheinland	6 346	29 259
Hohenzollern	6	5
Königreich Preußen	2 977 950	3 394 126

Hiernach haben wir eine Zunahme des polnischen Slaventums um 14 v. H. zu verzeichnen, und wenn wir die Doppelsprachigen nicht berücksichtigen, sogar nur um 13 v. H. (3305749 gegen 2922475 im Jahre 1890), während die Gesamtbevölkerung Preußens sich um 15 v. H. vermehrt hat. Da der Geburtenüberschuß der Polen den der Deutschen übersteigt, so haben jene, sei es infolge von Auswanderung, sei es infolge von Uebertritten zur deutschen Nationalität nicht unerhebliche Einbuße erlitten. Die Auswanderung ist aller-

dings zum Teil nur eine solche nach anderen deutschen Staaten gewesen, in denen 23002 Angehörige der polnischen und 5615 Angehörige der polnischen und deutschen Muttersprache gezählt wurden. In welcher Zahl Uebertritte zur deutschen Nationalität erfolgt sind, läßt sich statistisch nicht feststellen. Vermutlich werden sie *selten* dort sein, wo das Polentum in dicht geschlossener Masse sitzt, oder wo die Gegensätze besonders lebhaft sind, *häufig* dagegen dort, wo die Verhältnisse umgekehrt liegen, also besonders außerhalb der vier gemischtsprachigen Provinzen. Einen gewissen Anhalt hierfür haben wir durch die Ziffer der Doppelsprachigen, denn die Angabe der Doppelsprachigkeit läßt doch immer wenigstens einen geringen Widerstand gegen die Annahme der deutschen Nationalität vermuten. Da steht nun unter den gemischtsprachigen Provinzen Schlesien mit 81000 doppelsprachigen Personen obenan, es folgt Ostpreußen mit rund 25500, Westpreußen bei fast doppelt so starker slawischer Bevölkerung mit 16500 und Posen, dessen polnische Bevölkerung die Schlesiens übertrifft, mit rund 10500 Doppelsprachigen. Größer ist die Ziffer in Berlin bei fast 11000 Doppelsprachigen. Brandenburg zählt 6300, Sachsen 4000, Westfalen 10600, Rheinland 5000.

Hat die Anhäufung der Polen in einzelnen Bezirken des Westens, so vor allem im Ruhrbezirk, auch bereits einen starken Umfang erreicht, so wird man dort deshalb doch weder von einer politischen, noch von einer nationalen Gefahr sprechen können. Gewiß tut die polnische Agitation auch dort alles, was in ihren Kräften steht, die einzelnen Volksglieder national zusammenzuschweißen, aber wie viel schwerer ist ihre Arbeit, da eben auch das fernste politische Ziel fehlt, da jedenfalls die zweite Generation durch Schule, Militärdienst, Ehe

oder Beruf so viel leichter in eine deutsche Umgebung versetzt wird. Das Polentum im Westen mag hier und da eine Unbequemlichkeit sein, die große politische Polenfrage liegt allein in der Ostmark.

Die Entwicklung der nationalen Verhältnisse von 1890—1900 zeigt uns in zweien der gemischtsprachigen Provinzen einen für das Deutschtum günstigen Verlauf. Von den 10 polnisch versetzten Kreisen Ostpreußens hat nur einer eine verhältnismäßige Abnahme des Deutschtums aufzuweisen, nämlich Ortelsburg, wo das Deutschtum unter je 1000 Einwohnern um 2,8 zurückging, alle übrigen eine, zum Teil recht beträchtliche Zunahme. In der ganzen Provinz beklagt das Polentum eine absolute Abnahme von etwa 10 v. H. Nicht ganz so erfreulich stehen die Dinge in Schlesien. Hier haben wir eine Zunahme der Polen um 14,7 v. H. bei einer Durchschnittszunahme der Provinzbevölkerung von nur 10,5 v. H., sodaß es zunächst scheint, als hätten wir es hier mit einem verhältnismäßigen Rückgang des Deutschtums zu tun. Indessen die geringe Durchschnittsvermehrung der Provinzialbevölkerung beruht auf der Stagnation des rein deutschen Niederschlesiens. In den national gemischten Teilen der Provinz hat sich das Deutschtum in noch stärkerem Maße als das Polentum vermehrt. Von den 23 gemischtsprachigen Kreisen zeigen nur 3 eine verhältnismäßige Abnahme des Deutschtums von 13,3 bis 3,5 v. T., die übrigen 20 dagegen eine Zunahme um 2,4 bis 111,9 v. T. Also wenn auch keine absolute Abnahme des Polentums, wie in Ostpreußen, so doch eine ziemlich erhebliche relative! Umgekehrt liegen die Dinge in Westpreußen und Posen. In Westpreußen vermehrte sich die polnische Bevölkerung um 10,7 v. H., die Gesamtbevölkerung der Provinz nur um 9 v. H. Von den 22 gemischt-

sprachigen Kreisen hatten nur 3 eine verhältnismäßige Zunahme des Deutschtums um 0,2 bis 25,6 v. T., 19 dagegen eine Abnahme um 0,6 bis 43,2 v. T. In Posen haben wir eine Zunahme der polnischen Bevölkerung um 10,4, eine solche der Gesamtbevölkerung um rund 7 v. H. Von den 42 gemischtsprachigen Kreisen der Provinz zeigen nur 9 eine Zunahme des Deutschtums um 0,2 bis 48,5 v. T., 33 dagegen eine Abnahme um 1,7 bis 61,1 v. T. Es fragt sich, worauf diese großen Verschiedenheiten, die die einzelnen Provinzen untereinander in der Verschiebung der Nationalitäten aufweisen, zurückzuführen sind.

Ursachen der nationalen Verschiebung.

Es können in Betracht kommen Unterschiede in der natürlichen Bevölkerungsbewegung durch Geburt und Tod, in der Bevölkerungsbewegung durch Zu- und Abwanderung, endlich in den Uebertritten aus der einen Nationalität in die andere. Die Bevölkerungsbewegung durch Geburt und Tod und die durch Wanderung stehen nicht unabhängig nebeneinander, sondern beeinflussen sich gegenseitig. Je stärker die natürliche Vermehrung der Bevölkerung, desto größer der Drang zur Abwanderung, und je umfangreicher diese, desto geringer die natürliche Bevölkerungsvermehrung. Denn die Abwanderung erfolgt der Regel nach in den Jahren der Fruchtbarkeit. Wenn nun vor 1870 der Geburtenüberschuß der Protestanten in der Provinz Posen den der Katholiken überstieg, seitdem aber mehr und mehr hinter ihm zurückbleibt, so hat das, wie man aus dem Stillstand der protestantischen Eheziffer vermuten kann, einesteils seine Ursache in der Abwanderung der protestantischen Bevölkerung, andernteils in der Verbesserung der ärztlichen und hygienischen Verhältnisse, die die höhere katholische Geburtsziffer durch Verminderung der Kindersterblichkeit stärker zum Ausdruck kommen läßt. Im Jahr 1900 betrug der Geburten-

überschuß der Protestanten in der Provinz Posen 13 v. T., der der Katholiken 22,5. Da sich Konfession und Nationalität in der Provinz einigermaßen decken, wird man dieselben Unterschiede für die Nationalitäten in Ansatz bringen können. Die 666000 deutschen Einwohner der Provinz haben danach im Jahre 1900 einen Zuwachs von 8658 Köpfen gehabt, während sie bei dem Geburtenüberschuß der katholischen Bevölkerung einen Zuwachs von 14985 Köpfen gehabt hätten. Unterschiede in der Geburtenziffer pflegen eine Reihe von Ursachen zu haben. Wir erwähnten die verschiedene Gruppierung der Altersklassen, wie sie durch Zu- und Abwanderung entstehen. Eine Hauptursache ist die soziale Gruppierung. Es ist eine uralte Erfahrung, daß proletarische Bevölkerungskreise sich durch Kinderreichtum auszeichnen. Je eher ein Beruf die selbständige Lebensstellung gestattet, desto früher wird geheiratet, und frühe Ehen bedeuten zahlreiche Geburten. In diesem Sinne ist die Tatsache, daß die polnische Bevölkerung im allgemeinen sozial zweifellos tiefer steht, als die deutsche, für sie ein Moment nationaler Ueberlegenheit. Wie aber verhalten sich in dieser Hinsicht die einzelnen Provinzen? In Westpreußen dürften die Verhältnisse sehr ähnlich liegen wie in Posen, in Ostpreußen vielleicht insofern ein wenig anders, als der Pole, der nie unter der polnischen Mißwirtschaft gelebt hat, nicht so proletarisch ist, wie in den Nachbarprovinzen, der Deutsche aber bei den unentwickelten städtischen und gewerblichen Verhältnissen in dürftigeren Einkommensverhältnissen als in Westpreußen und Posen leben dürfte. Daraus ergäbe sich für Ostpreußen ein geringerer natürlicher Vorsprung der Polen. In Schlesien dagegen müßte er in vollem Maße vorhanden sein, falls hier nicht noch das Moment wirksam ist, das wir vor einem Menschenalter in Posen

beobachten konnten: die große Kindersterblichkeit, mit der wir bei industriellen Arbeitermassen, wie es die oberschlesischen Polen gutenteils sind, allerdings wohl zu rechnen haben werden.

Da die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen allein in den 5 Jahren von 1895—1900 364000 Köpfe durch Abwanderung verloren haben, so erhellt ohne weiteres, einen wie großen Einfluß es auf die Verschiebung in dem Stärkeverhältnis der Nationalitäten ausüben muß, ob die eine oder die andere stärker an der Abwanderung beteiligt ist. Nun wurden 1900 in den acht westlicheren Provinzen des preußischen Staates 2450000 Polen gezählt. Hätten sich aber die Polen und Deutschen der vier Ostprovinzen gleichmäßig an der Abwanderung beteiligt, so hätten 4470000 Polen gezählt werden müssen. Nehmen wir auch an, daß eine Anzahl von ihnen ihre Nationalität eingebüßt hat, so können wir auf Grund dieser beiden Ziffern doch vermuten, daß die Polen nicht in dem Maße wie die Deutschen ihre Heimat verlassen haben. Das ist auch natürlich. Der Pole ist im Westen in ganz anderer Weise auf die Kenntnis der deutschen Sprache angewiesen, als in der Heimat, wo er nicht nur seinen Verkehrskreis naturgemäß im Rahmen der Muttersprache findet, sondern wo auch im geschäftlichen und öffentlichen Leben mehr oder weniger Rücksicht auf die Polen genommen wird. Durch die Anhäufung der Polen in bestimmten Bezirken des Westens tritt dieser Einfluß neuerdings ein wenig zurück, wenn er auch noch lange nicht ausgeschaltet wird. Gleich wirksam mag die höhere soziale Stellung der Deutschen sein, vermöge derer das reichere Leben des Westens auf sie eine größere Anziehungskraft ausübt, als auf die anspruchsloseren Polen. Manches tut auch der geschichtliche und nationale Zusammenhang. Deutsche Literaten und Künstler

werden z. B. leichter nach Berlin gehen, polnische eher in Posen zu wirken suchen. Wenn uns nun die Tatsache, daß die Polen in Ostpreußen abgenommen, in Schlesien nicht so stark zugenommen haben, wie die Deutschen, die Frage nahe legt, ob irgendwelche Umstände vermuten lassen, daß die gewissermaßen normale Beteiligung beider Nationalitäten an der Abwanderung in diesen Provinzen nicht anzunehmen sei, so können wir zunächst darauf hinweisen, daß den polnischen Kindern in den Schulen beider eine bessere Kenntnis des Deutschen vermittelt wird, als wenigstens in der Provinz Posen, wo die Unterrichtssprache nicht ausschließlich deutsch ist. In Oberschlesien wirken dann aber besondere Umstände auf die Beteiligung der Polen an der Abwanderung hin. Es ist ihre vorzugsweise Verwendung im Kohlenbergbau, vermöge deren sie dann zuerst fortgezogen wurden, als die Kohlenbezirke im Ruhrgebiet nach billigen Arbeitern verlangten. Im übrigen aber ist Oberschlesien als Industrieland nicht ein Gebiet, das wie z. B. Ostpreußen ganz überwiegend Menschen abgäbe. Es empfängt solche auch. Sein Zuzug aber muß, da die Grenzen für dauernde Niederlassung gesperrt sind, fast rein deutsch sein. In anderer Weise wirkt auch in Ostpreußen die geographische Verteilung der Nationalitäten zugunsten des Deutschtums. Das Polentum sitzt hier nämlich vorzugsweise in den Kreisen, die infolge ihres rein landwirtschaftlichen Charakters eine besonders starke Abwanderung aufzuweisen haben. Die zu drei Vierteln polnischen Kreise Johannisburg, Ortelsburg, Neidenburg haben in den fünf Jahren von 1895—1900 eine absolute Abnahme der Bevölkerung von 2,76, 7,08 und 4,68 v. H. aufzuweisen, die zu zwei Dritteln bis zur Hälfte polnischen Kreise Lyck, Sensburg, Osterode und Lötzen eine Abnahme von 4,62, 1,95,

1,61 und 4,05 v. H. Von den stärker polnisch versetzten Kreisen zeigt nur der Kreis Allenstein, infolge des Wachsens der Stadt Allenstein eine kleine Zunahme um 0,76 v. H. Von dieser Ausnahme abgesehen, liegen alle größeren ostpreußischen Städte mit günstiger Entwicklung in rein deutschen Gegenden.

In Ostpreußen wird auch das dritte auf die Verschiebung der Nationalitätenstärke einwirkende Moment, das des Uebertritts aus der einen Nationalität in die andere, stark zugunsten des Deutschtums sprechen. Zwar ist es irrtümlich, die ostpreußischen Polen für überwiegend protestantisch zu halten; das sind nur die 135000 Masuren, nicht die 164000 sonstigen Polen. Immerhin werden die nationalen Uebertritte wesentlich dadurch erleichtert, daß Nationalität und Konfession sich nicht decken. Sie werden weiter erleichtert durch die bisher geringen Erfolge der nationalpolnischen Agitation, die hier die nationalen Gegensätze eben noch nicht so scharf herausgearbeitet hat, wie in Posen und Westpreußen. Es fehlten die geschichtlichen Vorbedingungen dazu, da ja Ostpreußen nie dem polnischen Reiche angehört hat, aber auch die sozialen, da in diesen so überwiegend ländlichen Bezirken ein städtischer Mittelstand nicht entstehen konnte. Aehnlich, wenn auch weniger günstig, liegen die Dinge in Oberschlesien. Auch dort deckt sich der konfessionelle und nationale Gegensatz nicht, weil da auch die deutsche Bevölkerung gutenteils katholisch ist. Keinesfalls darf hier, wie in Posen, der katholische Klerus vom Erzbischof bis zum jüngsten Vikar hinab als Träger der nationalpolnischen Bewegung angesehen werden. Diese hat hier allerdings Fuß gefaßt, aber größere Erfolge erst in letzter Zeit erzielt, obwohl, wie schon oben erwähnt, eigentlich ja auch Schlesien mit der polnischen Geschichte nichts zu tun hat. Möglich,

daß, wenn die nationalpolnische Agitation hier weiter an Einfluß gewinnt, beide Nationalitäten in ein so schroffes Verhältnis zueinander geraten, daß von Uebertritten von der einen Nationalität zur anderen künftig nicht mehr die Rede sein kann. Daß sie hier wie in Ostpreußen bisher häufiger erfolgt sind, wird, wie schon früher erwähnt, durch die große Zahl der Doppelsprachigen in diesen beiden Provinzen wahrscheinlich gemacht.

Ist das in großen Zügen die Kampfeslage, so gilt es jetzt, einen Einblick in die Organisation des Kampfes zwischen den beiden Nationalitäten zu gewinnen.

Das Polentum in den Parlamenten.

Ein hervorragendes Agitationsmittel sind den Polen stets die Parlamentsreden ihrer Abgeordneten gewesen. Nach den Wahlen von 1903 sind sie im Reichstage mit 16 (jetzt 15), im Abgeordnetenhause mit 13 Mandaten vertreten. Seit 1871 sind folgende 12 Reichstags-Wahlkreise stets in polnischem Besitz gewesen: Neustadt-Karthaus, Berent-Preußisch-Stargard und Konitz in Westpreußen und Posen, Buk-Kosten, Kröben, Schrimm-Schroda, Wreschen-Pleschen, Krotoschin, Adelnau-Schildberg, Hohensalza-Mogilno und Gnesen-Wongrowitz in Posen. Außerdem fielen bei den Wahlen von 1903 in polnische Hände: Thorn-Kulm-Briesen (inzwischen zurückerobert), Samter-Birnbaum, Obornik, Wirsitz-Schubin und Kattowitz-Zabrze. Das Auf und Ab der polnischen Stimmen und Mandate zeigt folgende Tabelle:

	1871	1874	1877	1878	1881	1884
Stimmenzahl in Tausenden rund	176	209	216	216	201	203
Mandate . . .	14	14	14	14	18	16

	1887	1890	1893	1898	1903
Stimmenzahl in Tausenden rund	220	247	230	238	336
Mandate . . .	13	16	19	15	16

Das starke Anschwellen der Stimmenzahl im Jahre 1903 beruht darauf, daß die Polen in diesem Jahre in einer Reihe von Wahlkreisen, in denen sie sonst für die befreundete Zentrumspartei zu stimmen pflegten, eigene Kandidaten aufgestellt haben. So u. a. in den drei westlichen Wahlkreisen Dortmund, Bochum und Duisburg, in denen sie es durch ihr selbständiges Auftreten zuwege gebracht haben, daß nicht der Zentrumskandidat, sondern der Nationalliberale oder der Sozialdemokrat in die Stichwahl kamen. Dann vor allem in Oberschlesien. Schon einmal hatten die Polen hier einen Ansatz gemacht, sich von der politischen Führung und Vertretung durch das Zentrum zu emanzipieren. Im Jahre 1893 hatten sie in zwei Wahlkreisen den offiziellen Parteikandidaten des Zentrums solche polnischer Zunge entgegengestellt und waren in Beuthen-Tarnowitz auch durchgedrungen, worauf sich der Gewählte allerdings der Zentrumsfraktion anschloß. Seit 1902 aber kam in Oberschlesien die von dem jetzigen Abgeordneten für Kattowitz-Zabrze geführte großpolnische Bewegung auf, die dem Zentrum grundsätzlich entgegentrat und ihm in einer Reihe von Wahlkreisen, namentlich auch in dem des Grafen Ballestrem, Lublinitz-Tost-Gleiwitz eigene Kandidaten gegenüberstellte. Das Zentrum suchte die Gefahr abzuwenden, indem es *einen* Wahlkreis, Beuthen-Tarnowitz, halb und halb preisgab und dort den Bergarbeiter Krolik aufstellte, der zwar kaum des Deutschen mächtig war, aber eine Loyalitätserklärung abgab und den Anschluß an die Zentrumsfraktion versprach. Trotz Widerspruchs aus den eigenen Reihen, der bis zur Aufstellung eines besonderen deutsch-katholischen Kandidaten ging, hielt das Zentrum an dieser Kandidatur fest, und mag damit den eigenen Kandidaten in anderen Wahlkreisen manchen noch nicht großpolnisch beeinflußten

Wähler erhalten haben. So ging diesmal nur Kattowitz-Zabrze an die Großpolen verloren, während außerdem Pleß-Rybnik, Lublinitz-Tost-Gleiwitz und Beuthen-Tarnowitz stark bedroht waren. Der Abfall der Polen in so zahlreichen Kreisen muß vom Zentrum um so bitterer empfunden werden, als es seinerseits jeder Gegenkandidatur gegen die Polen aus deutsch-katholischen Kreisen aufs schärfste entgegengetreten war. Da gleichzeitig infolge des Personalwechsels in dem Bestande der Posener und westpreußischen Abgeordneten die Zusammensetzung der polnischen Reichstagsfraktion weniger zentrumsfreundlich geworden ist, so fragt sich, ob die bisherigen ausgezeichneten Beziehungen zwischen Polentum und Zentrum sich in Zukunft werden aufrecht erhalten lassen. Denn auch in Posen und Westpreußen zeigt das polnische Parteiwesen einen steten Wandel zum Radikalismus. Stritten früher, solange die Führung ganz überwiegend in den Händen des Adels und der Geistlichkeit lag, Hofpartei und Nationalpartei um den Vorrang miteinander, so brachte das Hervortreten des Mittelstandes die Volkspartei zur Geltung, die ihrerseits wiederum an Radikalismus von der großpolnischen national-demokratischen Partei übertroffen wird. Was diese Parteien unterscheidet, sind nicht ihre Ziele, sondern es ist ihre Taktik und allenfalls die soziale Stellung ihrer Führer und Anhänger (näheres s. v. Massow „Die Polennot im deutschen Osten". Seite 62—88). Die Glanzperiode der Hofpartei war die Zeit von 1890—1894. Dann standen sich National- und Volkspartei scharf gegenüber, während die Großpolen zum ersten Male bei den Wahlen von 1903 mit den Abgeordnten Korfanty und Kulerski ihren Einzug im deutschen Reichstag hielten.

Die polnische Presse.

Die Ausbreitung und Radikalisierung der polnischen Bewegung spiegelt sich deutlich in der

Entwicklung der polnischen Presse wieder. So erscheinen bereits im fernen Westen Deutschlands polnische Blätter: der „Wiarus Polski" und der „Robotnik Polski" in Bochum. In Berlin erscheint der radikale „Dziennik Berlinski" und die sozialdemokratische „Gazeta Robotnicza". In Paris, dem alten Zentralpunkt polnisch-revolutionärer Bewegung ist man mit dem radikal-nationalen „Goniec Polski" vertreten, in London mit dem sozialdemokratischen „Przedswit". Dagegen dient der Petersburger „Kraj" den panslawistisch gefärbten Versöhnungsbestrebungen der russischen Polen. Von der ausländischen Polenpresse übt die galizische den größten Einfluß auf unsere Polenbewegung aus. Sie ist überwiegend radikal. Wir nennen in Krakau die „Nowa Reforma", in Lemberg den „Dziennik Polski", die „Gazeta Narodowa", den „Polak", die Zeitschrift „Przeglond Wszechpolski" und die Jugendzeitschrift „Tekla". Eine mehr loyale Haltung nimmt der Krakauer „Czas" ein, sozialdemokratisch ist der „Naprzod" in Krakau. Von den gemischtsprachigen Provinzen Preußens hat Posen die stärkste polnische Presse. Als führendes Blatt galt früher unbestritten der „Dziennik Poznanski", der etwa die Politik der Polenfraktion vertrat und das Organ der höheren polnischen Kreise und der Gutsbesitzer war, in seiner Richtung hielt sich auch der mehr für die kleinen Leute bestimmte „Wielkopolanin". Diese Blätter, selber radikaler geworden, sind heute nur eine Schattierung der Posener Polenpresse. Völlig eingegangen ist der „Kurver Poznanski", das Organ der Dominsel. Er ist an dem Radikalismus der niederen Geistlichkeit gescheitert, der die gemäßigtere Haltung des Blattes, wie sie durch die Rücksichten des erzbischöflichen Stuhles auf die preußische Regierung bedingt war, nicht genügte. Heute geben den Ton an die volksparteilichen „Orendownik"

und „Postemp" und die womöglich noch radikaleren „Goniec" und „Praca". Eine Jugendschrift ist die „Szkolka Domowa", ein Witzblatt der „Rocian" („Storch"). In anderen Städten der Provinz haben wir den „Lech" (Gnesen), die „Gazeta Ostrowska" (Ostrowo), den „Dziennik Kujawski" (Hohensalza), die „Gazeta Rydgoska" (Bromberg), den „Dziennik Polski" (Kosten). Die westpreußischen Polenblätter sind meist extrem national, so Kulerskis „Gazeta Grudziadzka" (Graudenz), die „Gazeta Torunska" (Thorn), die „Gazeta Gdanska" (Danzig) mit ihrer Beilage in kassubischer Sprache, mehr unter geistlichem Einfluß steht der „Pielgrzym" in Pelplin. Maßvoll ist die „Gazeta Olsztynska" in Allenstein in Ostpreußen und ohne deutschfeindlichen Charakter der ebenda erscheinende „Warmiak". Versuche polnischer Zeitungsgründungen zur Aufwiegelung der Masuren in Lyck und Ortelsburg sind gescheitert. Von der oberschlesischen Presse sei genannt die zentrumsfreundliche „Gazeta Katolika", der gemäßigte „Katolik" Napiralskis, der radikale „Polak" Korfantys.

Polentum und Kirche.

Eine noch wirksamere Waffe als die Presse ist die Kirche dem Polentum, wenigstens in der Erzdiözese Gnesen-Posen. Erzbischof v. Stablewski, in der Caprivischen Versöhnungsära auf dem Stuhle des hl. Adalbert zugelassen, behandelt die Kirche in allen seinen Kundgebungen als ein polnisches Nationalinstitut; er hat sich nicht gescheut, im Wahlkampfe gegen die Kandidatur eines deutschgesinnten katholischen Geistlichen Stellung zu nehmen; erst im Jahre 1903 ist auf staatliches Eingreifen hin die offizielle Feier der Schlacht von Tannenberg in den Kirchen der Diözese in Wegfall gekommen. Die große Mehrzahl der niederen Geistlichkeit sucht ihren Oberhirten an nationalem Eifer, wenn möglich, noch zu übertreffen. Ueberall sind sie die gegebenen Organisatoren und Agitatoren

der polnischen Bewegung. Seit einigen Jahren ist es zur Gründung von Vereinen deutscher Katholiken gekommen, die namentlich auf eine umfangreichere Anwendung der deutschen Sprache beim Gottesdienst hingewirkt und schon durch ihre Existenz gegen die von der polnischen Geistlichkeit gern verbreitete Lehre, daß katholisch und polnisch dasselbe ist, protestiert haben. Die früher gern geübte Polonisierung deutscher Namen durch die Kirchenbücher ist seinerzeit schon durch die Einführung der Standesamtsregister unterbunden worden. Etwas günstiger als in Gnesen-Posen liegen die Dinge in der Erzdiözese Breslau und in den eximierten Bistümern Culm und Ermeland. Dort hält Kardinal Kopp mit fester Hand, hier halten die Bischöfe Rosentreter und Thiel bis zu einem gewissen Grade den niederen Klerus wenigstens vor öffentlicher Betätigung seiner nationalpolnischen Gesinnungen zurück.

Das polnische Vereinsleben.

Neben der Geistlichkeit treten neuerdings die Akademiker immer stärker als Träger der polnischen Nationalbewegung in den Vordergrund, namentlich die polnischen Aerzte, von denen im Jahre 1900 144 und die polnischen Rechtsanwälte, von denen 44 in der Provinz Posen gezählt wurden. Ein polnischer Arzt war es auch, der 1841 den bekannten nach ihm benannten Marcinkowski-verein begründete. Der Verein zählt rund 4500 Mitglieder und verfügte 1900 über 26000 Mk. ordentliche, 11000 Mk. außerordentliche Beiträge und 34000 Mk. Zinsen aus einem eisernen Fonds von 874000 Mk. Er zahlte in diesem Jahre 65000 Mk. Stipendien zu annähernd gleichen Teilen an Akademiker, Techniker und Gymnasiasten. Ist der Stipendiat ausgebildet, so sorgt der Verein für sein Unterkommen und jener ist dann verpflichtet, dem Vereine beizutreten. In den ersten 50 Jahren hat der Verein 4335 Stipendiaten

ausgebildet. Was der Marcinkowskiverein für die männliche, ist der „Verein zur unterrichtlichen Beihilfe für lernende polnische Mädchen" für die weibliche Jugend. Er besteht seit 1870, verfügt über Jahreseinnahmen von über 10000 Mk. und bildet seine Schutzbefohlenen zu allen möglichen weiblichen Berufen aus. Im Jahre 1900 wurden 99 Mädchen unterstützt. In hoher Blüte steht das polnische Genossenschaftswesen. Der nur Posen und Westpreußen umfassende Verband der polnischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zählte 1891 76 Genossenschaften mit 28000 Mitgliedern, 1901 134 mit 57000, an Spareinlagen wurden deponiert 1891 12,7, 1901 42,2 Millionen Mark. Von besonderer Bedeutung unter diesen Genossenschaften sind die Parzellierungsgenossenschaften, wie die Spolka Ziemska in Posen und die in Thorn, ferner die Spolka Roleikow Parcelacyjna und die Bank Parcelacyjny, eine eingetragene Genossenschaft m. b. H. Das älteste Parzellierungsinstitut ist die 1888 gegründete Bank Ziemski, deren Umsatz im Jahre 1900 12 Millionen Mark überstieg. Berufszwecke verfolgen die polnischen Bauernvereine, der Verein der Landwirte, der Verein zur Unterstützung der polnischen Wirtschaftsbeamten und die Industrievereine, die aber alle gleichzeitig Träger des nationalen Gedankens sind. In ganz besonderem Maße gilt dies von den polnischen Turnvereinen, den Sokols, deren es rund 50 gibt. Endlich sei der Verband der Volksbibliotheken genannt, der in den 20 Jahren seines Bestehens 1590 Büchervereine begründet hat und jährlich etwa 18000 Bücher verteilt. Gewissermaßen als die Krönung des polnischen Vereinswesens und als Gegengewicht gegen den Ostmarkenverein scheint die neuerdings von Herrn v. Koscielski ins Leben gerufene „Straz" (Wacht) gedacht zu sein, die sich in vielem die Tätigkeit des deut-

schen Ostmarkenvereins zum Vorbild nimmt, aber auf eine völlige nationale Absonderung des Polentums hinarbeitet, z. B. das Rechtnehmen vor besonderen polnischen Schiedsgerichten befürwortet. Ihre Vertrauensmänner stehen als „Starosten" an der Spitze sog. Starosteien, in die sie das Land einteilt, so die Provinz Posen in 48 Starosteien. Diese zerfallen wieder in Distrikte mit Kommissaren an der Spitze. Solcher Kommissare hat z. B. die Starostei Posen-Altstadt nicht weniger als 178, jedem fallen etwa 10 Häuser zur Bearbeitung zu.

Die Internationalität des Polentums

In dem politischen Arsenal des preußischen Polentums darf ein wichtiges Kampfmittel nicht übersehen werden, nämlich seine internationalen Beziehungen. Wir erwähnten bereits das Bestehen polnischer Blätter in Petersburg, London und Paris. Seine unmittelbare Rückendeckung hat das preußische Polentum an den russischen und österreichischen Landsleuten. Namentlich diese gewähren ihm Geldunterstützung und persönliche Ermunterung, durch ihren Einfluß im österreichischen Staat sind sie ihm gelegentlich politisch von Wert und stärken seine Hoffnung auf die Zukunft. Immer beträchtlicher werden die Geldmittel, die die ausgewanderten Volksgenossen von jenseits des Meeres senden. In den europäischen Hauptstädten aber, namentlich in Paris, aber auch in Rom und London sitzen Glieder des polnischen Adels, polnische Künstler und Literaten, die ihre Beziehungen zu Gesellschaft und Presse zur Irreführung der öffentlichen Meinung Europas sehr wohl zu benutzen wissen, wie es ja seinerzeit die Wreschner Angelegenheit deutlich gezeigt hat.

Die deutschen Vereine und Genossenschaften

Die Organisierung der deutschen Kampfmittel gegen das Polentum setzte weit später, nämlich Ende 1894 mit der Gründung des „Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken" ein. Die Anregung gab die Huldigungsfahrt der

Posener zum Fürsten Bismarck nach Varzin am 16. September 1894. Seit 1899 heißt der Verein, den die Polen nach seinen Begründern Hansemann, Kennemann, Tiedemann HKT-Verein nannten, Deutscher Ostmarkenverein. Er zählt heute 378 Ortsgruppen und rund 40000 Mitglieder. Seine Hauptaufgaben sind: Sammlung des Deutschtums in den Ostmarken; Förderung des Verständnisses für die Polenfrage im ganzen Deutschen Reiche; wirtschaftliche Unterstützung des ostmärkischen Deutschtums durch Gewährung von Darlehen und Zuwendungen an Kleinbauern, Handwerker, Gewerbetreibende; Heranziehung von Aerzten, Rechtsanwälten, Apothekern, Handwerkern, Wirten usw., an bedrohte Punkte; Gründung von Volksbüchereien. Zur Erreichung dieser Zwecke dienen dem Verein seine Stipendienfonds mit der „Dr. Ferdinand v. Hansemann-Stiftung", sein Bismarckfonds und sein gelegentlich des 10jährigen Bestehens des Vereins gegründeter Ostmarkenschatz.

Aus Kreisen des Ostmarkenvereins gegründet wurde im Sommer 1895 die Landbank, eine Erwerbsgesellschaft, die aber hier genannt werden darf, weil sie Grundstücke grundsätzlich nur an Deutsche veräußert und diese vertragsmäßig verpflichtet, auch nur an Deutsche weiter zu veräußern. Sie betreibt den Aufkauf von Gütern in der Regel zur Aufteilung, je nach Umständen aber auch zum Weiterverkauf im ganzen. Sie beschränkt ihre Tätigkeit nicht auf die gemischtsprachigen Gebiete, hat seit ihrem Bestehen in Posen und Westpreußen gegen 60000 Hektar umgesetzt, von denen gegen 50000 als Restgüter usw. in den Händen des Großgrundbesitzes verblieben. An 469 Ansiedler wurden 7300 Hektar aufgeteilt, der Rest wurde an 205 Anlieger verkauft und zur Dotation der neu gegründeten Gemeinden verwendet. — Hier und da sind ferner zur Erhaltung

des deutschen Kleinbesitzes deutsche Land- und Parzellierungsgenossenschaften gegründet worden, die aber bisher, anscheinend aus Mangel an Kapital, eine förderlich wirksame Tätigkeit nicht haben entfalten können. Die seit zwei Jahren in Posen bestehende Mittelstandskasse zieht auch städtische Existenzen in den Kreis ihrer Tätigkeit. Sehr viel bedeutsamer ist die nationale Wirksamkeit der ländlichen Genossenschaften des Darmstädter und Neuwieder Verbandes. Sie weisen zwar Polen nicht zurück, sind aber in der Verwaltung rein deutsch und leisten außerordentliches zur wirtschaftlichen Gesundung des deutschen Kleinbesitzes.

Der Staat und seine Gesetzgebung.

Ist hiernach die Liste der deutschen Kampforganisation weit kürzer als die der polnischen, so erklärt sich das daraus, daß auf deutscher Seite der Staat das Wirksamste leisten muß. Selbst in ganz überwiegend polnischen Gegenden gibt er durch seinen Beamtenkörper dem Deutschtum einen Rückhalt. Das Deutsche ist die Staatssprache. Wer in den Dienst des Staates treten will, muß sie beherrschen. Freilich wäre zu wünschen, daß den Polen noch entschiedener zum Bewußtsein gebracht würde, daß sie den Charakter des Deutschen als Staatssprache anzuerkennen haben. Noch immer muß der Staat ihnen vor Gericht unentgeltlich Dolmetscher stellen, noch immer dürfen sie in öffentlichen Versammlungen in polnischer Sprache verhandeln, sodaß der Staat zu deren Ueberwachung selbst in den deutschen Städten des Westens polnisch sprechende Beamte zur Verfügung haben muß.

Als Bismarck 1886 den Staat bewußt in den Dienst des Deutschtums stellte, da säuberte er zunächst das Land von den ausländischen Polen, suchte das Deutschtum durch die Schule zu fördern und leitete eine zielbewußte Bodenpolitik ein, daneben gingen kleinere Maßnahmen wie die Schaffung von Dispositionsfonds für die Oberpräsidenten,

namentlich zur Fesselung akademisch gebildeter Kräfte an den Osten, die Einstellung der polnischen Rekruten im Westen, die Verkleinerung der Verwaltungsbezirke u. a. Als dann nach teilweiser Lahmlegung dieser Politik Minister v. Miquel wieder in ihre Bahnen einlenkte, fügte er die kulturelle Förderung des Ostens als weiteres Mittel hinzu.

Aus unseren obigen Betrachtungen ergibt sich, daß die Hauptstärke des Polentums in seinem bodenständigen Proletariat liegt, das im Lande bleibt und hier durch seinen Geburtenreichtum räumlich wie namentlich auch sozial eine expansive Kraft entfaltet. Das Deutschtum entbehrt im Gegensatz hierzu nicht allein eines solchen Fonds menschlicher Kraft, sondern dezimiert sich überdies durch Abwanderung.

Gegen diese Abwanderung hat die Miquelsche Polenpolitik eine Reihe von Mitteln eingesetzt, die bestimmt waren, im Osten eine dem Deutschen behaglichere Atmosphäre zu schaffen, vor allem die Posener Bildungsinstitute. In gleichem Sinne ist dann durch Besserung der Verkehrsverhältnisse manches geschehen. Auch die den aktiven und pensionierten Lehrern und Unterbeamten gewährten Ostmarkenzulagen dienen zum Teil diesem Zwecke, ferner die, bisher freilich ohne glänzende Erfolge unternommenen, Versuche zur Industrialisierung des Ostens. Denn man hat sich nicht verhehlt, daß der dürftige Lebenszuschnitt und die so viel gescholtenen gesellschaftlichen Verhältnisse im wesentlichen nur Folgen der wirtschaftlichen Bedürftigkeit des Landes sind. Um so bedauerlicher ist es, daß noch immer nichts gegen einen Uebelstand geschehen ist, der einer Hebung des wirtschaftlichen Niveaus dauernd schroff entgegenwirkt. Wir meinen die Zulassung von Zehntausenden ausländischer Arbeiter, die jährlich Millionen, die sonst der Volkswirtschaft der Ostprovinzen zufließen würden, über

die Grenze tragen, ganz abgesehen davon, daß sie als Konkurrenten deutscher Arbeiter diese zur Abwanderung drängen.

Zur Beförderung der polnischen Abwanderung stehen dem Staat nicht allzu viel Mittel zu Gebote. Doch dürfte sie immerhin erleichtert werden durch die Bildung und die Kenntnis der deutschen Sprache, die die Volksschule vermittelt, und durch die Ableistung der Militärpflicht in Orten, deren Reize auch auf den polnischen Rekruten ihre Anziehungskraft ausüben. Aus diesem Grunde möchten wir es auch für bedenklich halten, die Polen von der allgemeinen Schulpflicht zu entbinden, so wenig wir an die unmittelbar germanisierende Kraft der Schule glauben. Keinesfalls aber darf die Volksschule irgendwie polonisierend wirken. Das tut sie, indem sie durch polnischen Unterricht die Kinder zur schriftlichen Handhabung des Polnischen befähigt. Nun wird in der Provinz Posen der Religionsunterricht an polnische Kinder auf der Unterstufe durchweg, auf der Mittel- und Oberstufe vielfach polnisch erteilt. Daneben wird der 1887 bereits ganz abgeschaffte polnische Sprachunterricht seit 1894 wieder fakultativ gewährt. Beides steht im Zusammenhang miteinander. Daß aber auch der polnische Religionsunterricht entbehrlich ist, zeigen die Verhältnisse in Westpreußen und Schlesien, wo die Polen doch wirklich nicht zu schlechteren Katholiken erzogen werden. Polonisierend vermag die Schule auch dadurch zu wirken, daß sie eine kleine Minderheit deutscher Kinder zwischen die große Menge polnischer bringt. Und diese Gefahr besteht bei der Simultanschule nicht minder, wie bei der Konfessionsschule. In den gemischtsprachigen Provinzen sollte deshalb das Schulsystem je nach Lage der Verhältnisse von Fall zu Fall nach nationalen Gesichtspunkten gewählt werden.

Die Stelle, an der der Staat in den Kampf

Ansiedlungskommission und Bodenpolitik.

zwischen Deutschtum und Polentum am wirksamsten einzugreifen vermag, wird immer die Bodenpolitik bleiben. Nur im Besitz des Grund und Bodens vermag sich das Deutschtum den notwendigen fundamentalen Menschenfonds für seine räumliche Ausbreitung und seinen sozialen Aufbau zu schaffen. Nahezu 20 Jahre arbeitet an dieser Aufgabe die durch das Gesetz vom 26. April 1886 geschaffene Ansiedelungskommission. Damals mit 100 Millionen Mark ausgestattet, erhielt sie am 20. April 1898 abermals 100 und am 1. Juli 1902 wiederum 150 Millionen Mark. Bis zum Schlusse des Jahres 1904 hatte sie eine Fläche von 26 662 Hektar, davon 25 048 Hektar an Guts- und 1118 Hektar an bäuerlichem Besitz erworben, und zwar zu 62 v. H. aus deutschen, zu 38 v. H. aus polnischen Händen. Am gleichen Zeitpunkte waren 8862 Ansiedler angesetzt, wozu noch 259 Mieter in Arbeiterwohnungen kamen, sodaß im ganzen 9121 Familien mit rund 60 000 Köpfen angesetzt waren. Die Kommission hat in den letzten Jahren das Tempo ihrer Arbeit außerordentlich gesteigert, sie schloß 1904 und 1903 je über 2000 Verträge mit Ansiedlern ab gegen noch nicht 1000 in den Jahren seit 1898 und noch nicht 200 in den ersten 5 Jahren ihrer Tätigkeit. Der Hergang bei der Ansiedelung ist der, daß die Kommission nach dem Ankauf die notwendigen Meliorationen vornimmt, die Gemeinde-, Schul- und Kirchenverhältnisse regelt und dann die Ansiedler gegen Anzahlung und eine jährliche, nur bis zu einem gewissen Prozentsatz ablösbare Rente — das war früher die Regel — oder — im letzten Jahre zu 35 v. H. — gegen Pacht ansetzt, wobei die Ansiedler natürlich eines geringeren Kapitales bedürfen. Die Durchschnittsgröße der Stellen beträgt 15,3 Hektar. Die Verzinsung der vom Staate aufgewendeten Gelder einschließlich der Kosten für die Regelung der Ge-

meinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse beläuft sich auf 2,59 v. H. Bedenklich ist, daß, gutenteils durch die Ankäufe der Kommission und die Gegenbemühungen von polnischer Seite, der Preis des Grund und Bodens in ungesunder Weise gestiegen ist. Die Kommission zahlte im Jahre 1904 1025 Mk. für den Hektar gegen etwa 560 Mk. bei Beginn ihrer Tätigkeit und 800 Mk. im Durchschnitt der Jahre. Schreitet diese Preissteigerung fort, so setzt sie in absehbarer Zeit der Besiedelungstätigkeit ein Ende. Das kann nur verhindert werden, wenn die nationale Konkurrenz um den Boden beseitigt wird. Den ersten Schritt dazu hat man durch die Novelle zum Gesetz von 1886 getan, die die Anlegung von Ansiedelungen in den gemischtsprachigen Gebieten von der Genehmigung der Verwaltungsbehörden abhängig machte, und sich gegen die polnischen Parzellierungsbanken richtete. Man sollte weiter gehen, bis zum völligen Ausschluß des Polentums vom Grunderwerbe außer im Erbgange. Immer noch gehen dem Deutschtum große Flächen durch polnischen Erwerb verloren. Von 1897—1900 überstiegen sie sogar trotz der Tätigkeit der Ansiedelungskommission die von Deutschen erworbenen Flächen in den beiden Ansiedelungsprovinzen um 30627 Hektar. Diese Verluste vollziehen sich hauptsächlich im Kleinbesitz. Im Großbesitz kauft neben der Ansiedelungskommission der Domänenfiskus, dem zu diesem Zwecke im Jahre 1902 ebenfalls 100 Millionen zur Verfügung gestellt wurden. Diese beiden Organisationen sind für den Kleinbesitz auszubauen oder zu ergänzen durch Dezentralisierung der Ansiedelungskommission oder Schaffung besonderer Landgenossenschaftsbanken für kleinere Bezirke. Das ist notwendig, solange ein Grunderwerbsverbot für Polen nicht eingeführt ist, würde aber auch dann notwendig bleiben, damit nicht durch einen plötzlichen Preissturz

des in den Händen des Kleinbesitzes befindlichen Bodens auch der deutsche Bauernstand einer verhängnisvollen Krisis ausgesetzt wird.

So stehen der Gesetzgebung noch einige entscheidende Schritte bevor, wenn die Hauptaufgabe unserer Polenpolitik, in dem Kampf um den Boden dem Deutschtum endgültig den Sieg zu sichern, gelöst werden soll. Hoffentlich werden diese Schritte bald unternommen. Denn jede Verzögerung bedeutet positive Verluste. Ein entschiedenes Vorgehen dagegen hat die günstige politische Nebenwirkung, die Polen zu entmutigen, ihnen die realen Machtverhältnisse vor Augen zu führen und ihnen die Aussichtslosigkeit ihrer Illusionen zum Bewußtsein zu bringen.

Die Dänenfrage.

Von Heinrich Hahn.

I.

Geschichtliche Einleitung

Die Herzogtümer Schleswig und Holstein haben jahrhundertelang in engen Beziehungen zu Dänemark gestanden, ohne daß im Volke erhebliche Unzufriedenheit bestand. Beide souveränen Lande, von denen Holstein von jeher deutsch gewesen, während Schleswig aus ursprünglich dänischem Lehen durch den Roeskilder Frieden ein selbständiger Staat geworden war, befanden sich in Realunion, die ihren Ausdruck hat in dem Satze „op ewig ungedeelt" des Vertrages von Ripen 1460. Da das deutsche Volkstum auch in Schleswig bei weitem überwog, da es dänischerseits nicht verletzt wurde, und da die Herzogtümer auch nach der Teilung der Souveränität unter zwei Linien im Innern einen einheitlichen Staat mit gemeinsamen Einrichtungen bildeten, so ließ man sich die äußere Verbindung mit Dänemark gefallen. Um die dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts entstand dort eine Bewegung, den Verlust Norwegens durch die Einverleibung Schleswigs auszugleichen. „Dänemark bis zur Eider", bis an die Grenze des deutschen Bundes, lautete die Parole. Hinzu kam, daß der „offene Brief" Königs Christian VIII. wegen des nahen Aussterbens seines Hauses im Mannesstamm für Schleswig die weibliche

Erbfolge des dänischen Rechts aufstellte. Damit war die Trennung der Herzogtümer nahegerückt. Sie wollte aber die große rechtlich denkende Volksmehrheit, darunter auch viele dänisch sprechende Nordschleswiger, verhindern, und so war der Hauptanlaß für die nationale Erhebung von 1848/50 gegeben. Nach ihrer Beendigung stellte die Londoner Konferenz den dänisch-schleswigholsteinischen Gesamtstaat in alter Form wieder her. Im November 1863 starb mit Friedrich VII. die dänische Königslinie aus, und auf den Thron des Gesamtstaates wurde durch die Abmachungen der Großmächte Christian IX. berufen. Unter dem Druck der eiderdänischen Partei mußte er sofort Schleswig als Provinz in Dänemark einverleiben.

II.

Wiener und Prager Friede.

Wider dänisches Erwarten nahmen diesen Rechtsbruch die deutschen Großmächte als Grund zum 1864er Kriege. Ihn endete der Friede von Wien, in dem Dänemark Schleswigholstein vorbehaltlos an die Kronen von Preußen und Oesterreich abtrat. Zugunsten der Grenzbevölkerung wurde jedoch bestimmt, daß ihr das Heimatsrecht in Schleswig wie in Dänemark gewahrt bleiben solle, d. h. es sollte kein Nordschleswiger wegen der gezeigten Parteinahme für Dänemark auf der heimischen Scholle belästigt werden. Nach dem deutschen Kriege von 1866 trat der Kaiser von Oesterreich seine Rechte auf Schleswigholstein an den preußischen König ab im Frieden von Prag, der mit Rücksicht auf Napoleon III. in § 5 bestimmte, daß die nördlichen Bezirke Schleswigs an Dänemark zurückgegeben werden sollten, wenn eine Volksabstimmung sich dafür entscheide. Diese Norm ist unklar gefaßt, da sie weder den räumlichen Bezirk noch die Abstimmungszeit bestimmt. Ansprüche aus ihr konnten die vertragschließenden Monarchen, nicht

aber Dänemark, das 1864 bedingungslos verzichtet hatte, oder gar die schleswigsche Grenzbevölkerung, als ein Teil des Friedensobjektes, herleiten. Die Berechtigten aber haben 1878 auch mit Rücksicht auf die Undurchführbarkeit der Bestimmung und auf die der deutschen Minderheit in Nordschleswig drohende Gefahr den § 5 aufgehoben. Eine andere Bestimmung des Prager Friedens gestattete binnen 6 Jahren die Option für Dänemark, d. h. jedermann sollte die dänische Staatsangehörigkeit durch eine Erklärung und durch zeitweiliges Verweilen in Dänemark sich bewahren können.

III.

Die Optanten.

In Dänemark und in befreundeten nordschleswigschen Kreisen war der Verlust Schleswigs — Holstein gab man ganz auf — nur als etwas Vorübergehendes angesehen. Man erwartete Preußens Niederlage durch Frankreich. Beim Ausbruch des Krieges 1870 optierten daher über 1000 waffenfähige Nordschleswiger für sich und ihre Familien für Dänemark, wohin sie sich zurückzogen. Sie gaben damit die alte Heimat auf, wenngleich sie dorthin zurückkehren wollten. Sie wollten ihre Haut für Preußen nicht zu Markte tragen und warteten auf seinen Fall. Die Niederlage Frankreichs zog einen Strich durch die Rechnung. Die Optanten in Schleswig waren dänische Staatsangehörige geworden, ihre späteren Nachkommen wurden staatsangehörigkeitslos. Das Heimatsrecht des Wiener Friedens hatten sie verloren, da sie ja für Dänemark optiert, also ihre bisherige Heimat aufgegeben hatten. Sie unterlagen als Ausländer, wenn sie lästig wurden, der Ausweisung, entbehrten dazu wie ihre Nachkommen der Staatsbürgerrechte.

In den vier Nordkreisen Schleswigs gibt es unter den reichlich 100000 Menschen dänischer Zunge somit manche Personen nichtpreußischer Staats-

angehörigkeit. Die dänische Partei zählt sie zu ihren Freunden. Dänische Sprache und dänische Gesinnung sind sonst nicht identisch. Zahlreiche Anhänger des alten Rechtsstandpunktes sind schleswigholsteinisch, jetzt deutsch gesinnt. Bei der Verwandtschaft der Rassen, bei Gleichheit des Glaubens und des Lebens ist dies nicht wunderbar.

IV.

Die preußische Verwaltung.

Der preußische Staat ist den Optanten gegenüber liberal verfahren. Wenn auch die Ausweisung nach der Theorie möglich war, so geschah den Leuten doch nichts. Selbst Fahnenflüchtige durften ja zurückkehren. Im Laufe der Jahre sind viele Optanten naturalisiert worden. Das führte allerdings zu üblen Erfahrungen, da die meisten der dänischen Partei zufielen. Die deutsche Partei ward darob mutlos, sodaß bei der Reichstagswahl 1893 allein aus diesem Grunde die deutsche Stimmenzahl vorübergehend etwas schwand.

Auch sonst war im öffentlichen Leben nach 1871 das Dänentum nicht ungünstig behandelt worden, da es ein Gegengewicht gegen etwaigen schleswigholsteinischen Partikularismus bildete. Während nach dem ruhmvollen Kriege die Eindeutschung der Nordmark von Freund und Feind erwartet wurde, blieb die amtliche Sprache, die vor 1850 deutsch war, bis 1876 — in der Schule sogar bis 1888 — die dänische, die in den Landkirchen noch heute vorherrscht.

Die Milde galt als Schwäche. Eine scharfe Organisation löste den passiven Widerstand durch den Angriff ab, da alles Ernstes früher dänisches Sprachgebiet südlich von Flensburg zurückerobert werden sollte. Das Dänentum mehrte durch Parteizwang seine Reihen und beugte durch wirt- und gesellschaftlichen Druck die Deutschgesinnten, sodaß

in der Nordmark tatsächlich diese die Unterdrückten waren.

Hier griff 1898 die „feste Hand" des Oberpräsidenten v. Köller ein. Auf Grund des geltenden Rechts wurde der dänische Druck gehoben. Unruhige Optanten wurden verwarnt und ausgewiesen, lästige Ausländer über die Grenze zurückgeschoben, ausländisches Gesinde mußte den Platz wechseln, endlich wurde die staatsrechtliche Stellung jener Optanten, die die Option zurückgenommen oder vergessen hatten, festgestellt. Das Dänentum ging in die Defensive zurück, während die abhängigen Deutschen aufatmeten und ihren freien Volksgenossen zur Seite traten.

Die Erfolge milderten natürlich die Maßregelungen, die Strafen für unartiges Benehmen sind. Das System aber ist geblieben, auch bei der Schärfe der jetzt vorsichtigeren dänischen Agitation noch notwendig.

V.

Die Fortschritte des Deutschtums.

Das Deutschtum in Nordschleswig ist durch den Einfluß vom Süden her im steten Wachsen. Die Städte und Flecken, auch manche Dörfer, haben große deutsche Mehrheiten und Vertretungen. Auf dem Lande mehren sich die Deutschen durch Ansiedelungen und durch den Einfluß der Kleinbahnen, sowie durch Sammlung der Versprengten und durch Verhütung der Auffaugung. Da der Großgrundbesitz meist in deutschen Händen ist, so haben die Kreistage deutsche Mehrheiten.

Das Reichstagsmandat befindet sich noch in dänischen Händen, doch zeigen die deutschen Stimmen ein erfreuliches Steigen, nämlich von 3126 im Jahre 1893 auf 4861 im Jahre 1903, während die dänischen Zahlen 9587 und 10273 betragen.

Von den beiden Sitzen im preußischen Abgeordnetenhaus wird der eine 1908 wohl einem

Deutschen geräumt werden, da 1903 schon 106 deutsche 116 dänischen Wahlmännern gegenüberstanden.

Die politischen Arbeiten werden von dem „Deutschen Verein für das nördliche Schleswig" geleitet, der 1880 gegründet und in 50 Ortsgruppen über die Nordmark verteilt ist. In ihm, einem nationalen Verein, wirken Angehörige aller Ordnungsparteien. Er besorgt die Wahlen aller Art, schützt die deutschen Interessen, stiftet Büchereien und verbreitet nationale Zeitungen auf deutsch und dänisch, wirkt endlich erfolgreich ein auf gesellige Veranstaltungen, Er zählt an 6000 Mitglieder, zur ungeheuren Mehrheit im Norden ansässig.

Aehnlich sind die Bestrebungen der Knivsberg-Gesellschaft, die das nordmärkische Bismarckdenkmal gebaut hat und alljährlich ein deutsches Volksfest veranstaltet, und des Tingleffer Hochschulvereins, der ländlichen Mädchen eine praktische Ausbildung im deutschen Geiste gibt.

VI.

Die dänische Agitation hüben und drüben.

Gegenüber den deutschen Erfolgen ist die gegnerische Agitation wachsam. Sie hat drei große dänische Vereine gebildet: den Wählerverein, den Sprachverein und den Schulverein, von denen jeder 4000 bis 5000 Mitglieder, zwar vielfach dieselben Personen, umfaßt. Sie wirken, vom Ausland reich mit Mitteln unterstützt, intensiv und wissen durch Parteidisziplin und durch Versammlungen, durch Bücherverteilung sowie durch Versendung der Jugend auf dänische Volkshochschulen das inländische Dänentum zu festigen. Hinzu kommt eine im allgemeinen geschickt geleitete Presse, die aus sprachlichen und geschäftlichen Gründen auch von vielen Deutschgesinnten gehalten wird, das rednerische und organisatorische Können der dänischen Führer, die kirchliche Unterbauung der politischen Bestrebungen

durch Gründung von Freigemeinden, endlich das allerdings kurzsichtige Paktieren mit der Sozialdemokratie. Immer noch wird die Volksabstimmung nach dem Prager Frieden gefordert, obwohl die Abtretung den nordschleswigischen Bauernstand ruinieren würde. Hat doch 1896 der Landtagsabgeordnete Hanssen vor Gericht erklärt, daß kein Entgegenkommen Preußens auf nationalem Gebiet ihm genügen würde, sondern daß die Wiedervereinigung mit Dänemark das Ziel seiner Wünsche sei. Und dies Bestreben waltet auch heute ob, wenn es sich auch vorsichtiger äußert. Noch bei der Wahl 1903 forderte die dänische Partei die Einführung der dänischen Sprache in Gericht und Verwaltung, in Volks- und höheren Schulen! Wie einst von Frankreich, dann vom Rußland Alexanders III., wird heute von England die Erfüllung jener Hoffnungen erwartet. Zu den inländischen Betätigungen dänischen Geistes gesellt sich eine reiche Unterstützung von Dänemark. In weiten chauvinistischen Kreisen hat man dort den vermeintlichen Gebietsverlust nicht verschmerzt. Daher stammen die Geld- und Bücherspenden, das Netz der Volkshochschulen an der Grenze, die die nordschleswigische Jugend fanatisieren, weiter die zahlreichen „südjütischen", d. h. für die Erwerbung Nordschleswigs wirkenden Vereine, endlich die moralische Unterstützung der Presse. Die dänische Regierung dürfte wegen der wirtschaftlichen Beziehungen und zumal seit der Anbahnung vorzüglicher höfischer Beziehungen solchen Bestrebungen fernstehen, vielmehr eine ehrliche Aussöhnung mit Deutschland wünschen. Darauf deuten das Abtreten des chauvinistischen Ministeriums, der Nichtempfang der nordschleswigischen Dänenführer durch den König im Jahre 1904 bei der Jubelfeier des Ripener Doms, der Mutterkirche Dänemarks, und die guten diplomatischen Beziehungen. Bei der Popularität der nordschleswigischen Frage aber, deren

Belebung vermeintlich Dänemark nur vor der deutschen Ueberschwemmung bewahren kann, und bei dem großen Selbstgefühl des kleinen Dänenvolkes wird keine Regierung einstweilen nicht einmal den Beamten und Offizieren die Beteiligung an südjütischen Vereinen, und damit die direkte Einwirkung auf innerdeutsche Verhältnisse, untersagen können.

VII.

Die Zukunft.

So wird der Kampf in der Nordmark mit Festigkeit deutscherseits weitergeführt werden, aber mit der sicheren Aussicht, daß der Sieg dem Deutschtum gewiß ist. Die steten Erfolge, die die Jahresberichte des deutschen Vereins feststellen können, lassen erwarten, daß das inländische Dänentum den aussichtslosen politischen Kampf über kurz oder lang aufgeben und sich bei guter wirtschaftlicher Lage mit den Verhältnissen abfinden wird. Den berechtigten Forderungen der nordschleswigischen Bevölkerung auf Achtung ihrer Sprache und ihrer Sitten wird man deutscherseits nie zu nahe treten. Um die Erreichung des Zieles zu fördern, ist der Zusammenhalt aller Deutschgesinnten auf nationaler Grundlage bei Ausschluß jeglicher Fraktions- und Wirtschaftspolitik wünschenswert, ferner die Fortdauer des Regierungssystems der gerechten, aber nötigenfalls strafenden Hand und der Nichtnaturalisation unzuverlässiger Optanten. Jedes Abweichen von diesen Leitsätzen muß das Fortschreiten des Deutschtums hindern, wird den nationalen Kampf verschärfen und in die Länge ziehen, wenn es auch den endlichen deutschen Sieg nicht ausschließen kann.

Mit Sicherheit ist in absehbarer Zeit auf das Erlöschen der Grenzfrage in der Nordmark des Reiches zu rechnen und darauf, daß das meerumschlungene Schleswigholstein bis zur Königsau „deutscher Sitte hohe Wacht" sein wird.

Die politischen Parteien im Deutschen Reiche.*)

Von Friedrich Swart.

Entstehung und Bedeutung des Parteiwesens.

Zweck aller Parteibildung ist die Gewinnung politischer Macht. Die kulturelle Entwickelung eines Volkes bringt Interessenkreise zur Ausbildung, die zueinander in einem Gegensatz stehen. Der Staat übt auf diese Entwickelung einen steigenden Einfluß aus, durch seine Politik fördert oder hemmt er die Einzelinteressen, darum suchen diese auf ihn Einfluß zu gewinnen. Voraussetzung für dieses Bestreben ist ein gewisses Maß politischer Bildung, das Bewußtsein der eigenen politischen Interessen, welches erst in neuester Zeit eine solche Ausdehnung erfahren hat, daß die Parteibildung das ganze Volk erfassen konnte. Eine zweite Vorbedingung für eine kräftige Parteientwickelung ist die Möglichkeit des Erfolges: wo politischer Einfluß nicht oder nur schwer zu erreichen ist, fehlt auch der wirksame Anstoß für den Zusammenschluß der Regierten; deshalb ist die Einrichtung von Parlamenten überall der Beginn dauernder Gestaltung im Parteileben, welche einen gleichmäßigen Fortgang der Gesetzgebung gewährleisten kann.

*) Um eine eingehendere Behandlung der Reichstagsparteien zu ermöglichen, ist das Parteiwesen der Einzelstaaten nur gestreift.

Die Interessen einer Partei können auf den verschiedensten Gebieten der staatlichen Tätigkeit liegen. Aemterbesetzung, Kirchen- und Schulwesen, Verfassungsstreitigkeiten, Nationalitätengegensätze innerhalb des Staates, ganz besonders aber das weite Feld der Wirtschaftspolitik, in geringerem Umfange die auswärtige Politik, das sind die bewegenden Momente des Parteilebens. Fast immer sind sie alle zugleich daran beteiligt, aber es liegt in der Natur der Dinge, daß sie von ungleicher und von wechselnder Wichtigkeit sind. Mit der Aenderung in der Bedeutung staatlicher Aufgaben müssen sich auch die Parteien ändern, oder sie müssen neuen Bildungen Platz machen. Diese innere Wandlung vermag sich aber in den Parteien nicht so rasch durchzusetzen, wie die Aenderung staatlicher Aufgaben, und um so weniger, je rascher sich diese ändern. Solche „rückständige" Parteien verschwinden nicht so gleich, weil ihnen die eigene Größe eine Art lebendiger Kraft gibt, man könnte sagen, daß sie sich nach dem Gesetz der Trägheit in der alten Richtung fortbewegen, obwohl die Kraft, welche sie in Bewegung setzte, nicht mehr wirksam ist. Hierin liegen auch die Gründe, weshalb Neugründungen von Parteien so selten von Erfolg sind: die Gewinnung einer großen Masse von politischen Gesinnungsgenossen, welche bisher einer anderen Partei gehörten, und die Schaffung einer ausreichenden Parteiorganisation ist für die wenigen Gründer meist eine Unmöglichkeit.

Programm und Organisation.

Um einen Erfolg zu erreichen, müssen die Kräfte einer Partei in allen wichtigen Fragen in gleicher Richtung wirken, es ist also eine vorherige Verständigung nötig. Hierzu dient ein Parteiprogramm, Parteitage, und für die parlamentarischen Vertreter Fraktionssitzungen. Für Agitation, Presse usw. sind Geldmittel nötig, welche durch Organisation der Partei beschafft werden müssen. Das Maß der

Uebereinstimmung der vertretenen Interessen und die Festigkeit der Organisation sind Momente, von denen die Bedeutung einer Partei mindestens ebensosehr abhängt wie von ihrer zahlenmäßigen Größe.

Zweiparteiensystem.

Je größer die erreichbare politische Macht ist, desto stärker ist der Zug zur Bildung weniger großer Parteien. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die parlamentarische Verfassung ein Zweiparteiensystem begünstigt. Wo dagegen eine unabhängige Regierung den entscheidenden Einfluß ausübt, sind Parteien möglich, die sich von vornherein klar sind, daß sie stets in der Minderheit bleiben müssen, nie auf wirksame Teilnahme rechnen können. Die Zahl der Interessenkreise ist groß, daher pflegt in den Anfängen das Parteileben sehr zersplittert zu sein, um sich im Machtinteresse zu vereinfachen; andrerseits sind nicht selten die Gegensätze innerhalb einer Partei groß genug, um sie wieder zu zerbrechen, selbst wo das Zweiparteiensystem besteht, wofür England als Beispiel dienen mag.

Wahlrecht; Wahlkreise.

Das Verhältnis der Parteien in der Stärke ihrer parlamentarischen Vertretung wird wesentlich durch das Wahlrecht und die Wahlkreisgeometrie beeinflußt. Das Wahlrecht zum deutschen Reichstag ist das allgemeine, gleiche, direkte und geheime, begünstigt also den Einfluß der großen Massen mehr als irgend ein anderes. Seine Wirkung wird aber abgeschwächt durch die Wahlkreiseinteilung. Ursprünglich kam auf je 100 000 Einwohner ein Abgeordneter, heute bisweilen auf 2—300 000 und mehr, sodaß die Vertretung der großen Städte relativ geringer ist, als die des platten Landes; ebenso hat die Lage vieler kleineren Städte innerhalb überwiegend agrarischer Kreise zur Folge, daß die Parteien der Linken eine verhältnismäßig geringere parlamentarische Vertretung haben, als man nach dem Stimmenverhältnis annehmen müßte.

Es ist schon darauf hingewiesen, daß die prak-

Stärke der Parteien.

1871—1903.

	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903
(Deutsch) Konservative	57	22	40	59	50	77	80	73	72	56	52
Deutsche Reichspartei (freikons.)	37	33	38	57	28	28	38	20	28	23	19
Antisemiten	—	—	—	—	—	—	—	6	13	13	11
Bund der Landwirte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	3
Bayerischer Bauernbund	—	—	—	—	—	—	—	—	4	5	3
Nationalliberale	125	155	128	99	46	51	102	42	53	46	50
Liberale Reichspartei / Liber. ohne nähere Bezeichnung	30	3	13	10	1	—	2	1	1	4	—
Liber. Vereinig. (Deutsch) Frs. Vereing.	—	—	—	—	47	67	32	66	13	12	9
Forschrittspartei (Freis.) Frs. Volksp.	46	49	35	26	59				24	28	21
Deutsche Volkspartei	2	1	4	3	9	8	—	10	11	8	6
Nationalsozial	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Zentrum	63	91	93	94	100	99	99	106	96	101	100
Elsässer	—	15	10	11	15	15	15	10	8	10	10
Welfen	5	4	4	10	10	11	4	11	7	9	7
Polen	13	14	14	14	18	16	13	16	19	14	16
Dänen	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1
Sozialdemokraten	1	9	12	9	12	24	11	35	44	57	81
Sonstige	2	—	5	4	—	—	—	—	—	1	7

Reichstagswahlen 1871—1903.

Stimmenzahl in Tausend.

	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903
Wahlberechtigte	7656	8523	8943,0	9128,3	9088,8	9383,1	9769,8	10145,9	10628,3	11441,1	12531,2
Gültige Stimmen	3885	5190	5401,0	5760,8	5097,8	5663,0	7540,9	7228,5	7674,0	7752,7	9495,6
Auf 100 Wahlberechtigte	51,0	61,2	60,6	63,3	56,3	60,6	77,5	71,6	72,2	68,1	75,8
(Deutsch) Konservative	536,3	353,4	526,0	749,5	830,8	861,1	1147,2	891,1	1038,3	859,2	948,5
Deutsche Reichspartei (Freikons.)	547,9	391,0	426,6	785,8	379,3	387,7	736,4	482,3	438,4	343,6	333,4
Antisemiten	—	—	—	—	—	—	11,6	47,5	263,9	284,3	244,5
Bund der Landwirte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	110,4	118,8
Bayerischer Bauernbund	—	—	—	—	—	—	—	—	66,3	140,3	111,4
Nationalliberale	1128,3	1394,0	1469,5	1330,7	746,6	997,0	1678,0	1177,8	992,0	971,3	1317,4
Deutsch-freis. Liberale Reichspartei	351	190,6	134,8	156,1	—	997,0	973,1	1159,9	—	—	—
Deutsch-freis. Lib. v. näh. Bezeichng.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutsch-freis. Liberale Vereinigung (Freis. Verein)	—	—	—	—	429,2	—	—	—	258,5	195,7	243,2
Deutsch-freis. Forschrittspartei (Fr. Volkspart.)	—	—	417,8	385,1	649,3	—	—	—	666,4	558,3	538,2
Deutsche Volkspartei	50,1	39,1	44,9	66,1	103,4	95,9	88,8	147,6	166,8	108,5	91,2
Nationalsozial	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27,2	30,3
Zentrum	718,2	1438,7	1341,3	1328,1	1182,9	1282,0	1516,2	1342,1	1468,5	1455,1	1875,3
Elsässer	—	190,1	200,0	178,9	153,0	165,6	233,7	101,1	114,7	107,4	101,9
Welfen	73,5	72,1	85,6	100,3	86,7	96,4	112,8	112,7	101,8	105,2	94,3
Polen	176,3	208,8	216,2	210,1	194,9	203,2	220,0	246,8	229,5	244,1	347,8
Dänen	21,1	19,9	17,3	16,1	14,4	14,4	12,4	13,7	14,4	15,4	14,8
Sozialdemokraten	101,9	351,7	493,4	437,1	312,0	550,0	763,1	1427,3	1786,7	2107,1	3010,8
Unbestimmt und zersplittert	25,7	19,6	16,1	14,7	15,3	12,7	47,6	74,6	58,7	106,5	67,2

tischen Fragen der Politik parteibildend wirken, ganz besonders solche wirtschaftlich-sozialer Natur, sodaß die Schichtung der Bevölkerung nach Stand und Beruf auch in den Parteien sich wiederspiegelt; daneben wirken aber allgemein geistige Strömungen mit, wie z. B. der Liberalismus, in der Weise, daß sie die Parteiideale gaben, aus denen die praktischen Postulate abgeleitet werden. Häufig hängt diese allgemeine geistige Disposition mit Stand und Beruf zusammen, man wird z. B. den Bauer für naturgemäß konservativ erklären, ein gutes Teil aber entspringt unabhängig aus der allgemeinen geistigen Richtung der Zeit, kann deshalb auch der Rücksichtnahme auf bestimmte materielle Interessen entgegenwirken. Im allgemeinen sind aber diese die Stärkeren, um so mehr als die geistigen Strömungen wechseln, und es ist zu zeigen, wie das in der Geschichte des deutschen Parteiwesens in steigendem Maße hervortritt.

Gerade der Gegensatz von liberal und konservativ, der die ältere deutsche Parteibildung beherrscht, ist dafür charakteristisch.

1. Die konservativen Parteien.

Konservative Partei.

Die konservative Partei ist entstanden als Reaktion gegen die Erfolge des Liberalismus in Preußen 1848. Altpreußisch royalistische Gedankengänge brachten sie hervor, ihre Ideale waren nicht interstaatlich oder gar international, wie die des Liberalismus, und darin liegt zum Teil begründet, daß diese Partei in ihrer geographischen Verbreitung wesentlich auf ihr altes Gebiet beschränkt geblieben ist. Den Inhalt gab ihr der Gegensatz zur bürgerlichen Gleichheit; die Romantik, mehr aber noch die historische Schule in Rechts- und Staatswissenschaften (Savigny), die Auffassung des Staates als eines organischen Wesens (Adam Müller, † 1829) gaben ihr die theoretische Grundlage einer einheitlichen Welt-

anschauung. Als Royalisten vertreten die Konservativen im Staat, als Orthodoxe in der Kirche den Gedanken: „Autorität, nicht Majorität" (Stahl), der im patriarchalischen Verhältnis des Grundbesitzers zu Gesinde, Arbeitern und Bauern seine soziale Begründung hatte. Denn der Stand der Großgrundbesitzer war ursprünglich ausschließliche Basis der Partei und ist es großenteils noch heute.

Unter den Gründern ragen die Brüder v. Gerlach, ferner v. Rauch, v. Bismarck, Stahl, Niebuhr und E. v. Manteuffel hervor, als Organ gründeten sie die Kreuzzeitung (Wagener). Die junge Partei gewann bald einen großen Einfluß, sie bildete das Ministerium Manteuffel und erreichte eine bedeutende Einschränkung der demokratischen Verfassung von 1848 in der oktroyierten Verfassung von 1850, das Prinzip der Volkssouveränität wurde abgelehnt. Wichtiger noch als ihre Bedeutung in der Kammer und im Ministerium war die in der Umgebung des Königs (Kamarilla). Nachdem sie 1850 auch in der zweiten Kammer die Majorität gewonnen hatte, erreichte sie weitere Erfolge in der Gesetzgebung, namentlich durch Aufhebung der liberalen Gemeindeordnung von 1850 und Herstellung gutsherrlicher Rechte. Der altliberalen „Neuen Aera" (1858) folgten seit 1859 konservative Ministerien, die aber mit der fortschrittlichen Kammermehrheit in einen Kampf um die Heeresreform gerieten, der zum Entscheidungskampf um das Prinzip der Volkssouveränität und das der parlamentarischen Verfassung wurde. Die konservative Partei, außerordentlich zusammengeschmolzen, konnte ihnen keine kräftige Stütze bieten, trotzdem hielt das Ministerium Bismarck aus und gewann 1866 den Sieg, der die führende Stellung der Monarchie in Staat und Reich für die Dauer bestimmt hat.

Der linke Flügel der Konservativen, der im staatlichen und nationalen Interesse versöhnlicher ge-

genüber dem Liberalismus gestimmt war, zweigte sich 1866 als Freikonservative Partei ab und bildete im neuen Bundesparlament 1867 die Reichspartei. Die Unterstützung zentralistischer Bestrebungen im neuen Reich ließ sie zu einer Art Regierungspartei werden, welche sich mit dem rechten Flügel der Nationalliberalen berührte; besonders die Vertretung der Staatsgewalt in Kirchen- und Schulfragen (Kulturkampf, Volksschule) ließ sie bis heute andere Wege gehen als die deutsch-konservative Partei, mit der sie in wirtschaftlichen und Machtfragen zusammensteht. Die Bevölkerungsschichten, auf die sich die Freikonservativen stützen, sind nicht wesentlich andere als die der Konservativen, ihr Schwerpunkt ist ebenfalls östlich der Elbe geblieben, wenn auch Großindustrielle (v. Stumm) und Beamte eine besondere Rolle in ihr spielten. Führer: v. Kardorff.

Reichspartei.

Beide konservative Parteien nahmen die ihnen entsprechenden Parteielemente Mecklenburgs, Sachsens und der süddeutschen Staaten in sich auf, namentlich war Sachsen lange Zeit eine Hauptstütze der „Deutschkonservativen", wie sich die alte Fraktion im Reichstag nannte; die sächsischen Kammern sind noch heute in ihrer Hand. In Württemberg und Mittelfranken sind bedeutende Teile der Bauerschaft konservativ (Mittelfränkischer Bauernverein).

Entwickelung der Deutsch-Konservativen.

Ihre orthodox kirchliche Richtung wies die Deutschkonservativen im Kulturkampf teilweise in eine Opposition (gegen die Zivilehe), welche zu einem persönlichen Gegensatz zum Kanzler wurde („Deklaranten" in der Kreuzzeitung). Ein kleinerer Teil hielt an Bismarck fest und bildete vorübergehend eine besondere Fraktion; die definitive Konstituierung der Partei und Beseitigung der Spaltung, indem man mit dem Kanzler Frieden machte, erfolgte auf Grund eines Aufrufes an die deutschen Konservativen 1876. Dessen Hauptpunkte: Festhalten

an der monarchischen Grundlage des Staates, starke obrigkeitliche Gewalt bei wirksamer parlamentarischer Beteiligung der Nation, Weiterbildung des öffentlichen und privaten Rechts auf den realen und geschichtlich gegebenen Grundlagen, christlicher Charakter des Staats (konfessionelle Volksschule), Gegnerschaft gegen Bevorzugung des Großkapitals (Börsengesetzgebung), Stärkung des gewerblichen Mittelstandes (Einschränkungen der Gewerbefreiheit), Abwehr der Sozialdemokratie. Hierzu kommt im Tivoliprogramm 1892: Bekämpfung des jüdischen Einflusses („für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler"), Unterstützung der Kolonialpolitik und der Sozialpolitik im Sinne praktischen Christentums, Umgestaltung des bäuerlichen Erbrechts, Zollschutz für Landwirtschaft und Industrie.

Einen bestimmenden Einfluß erreichte die Partei dadurch, daß seit Mitte der 70 er Jahre wirtschafts- und finanzpolitische Fragen dauernd in den Vordergrund treten. Freihändlerisch, solange die Landwirtschaft noch exportierte, ging die Partei mit dem Erstarken der ausländischen Konkurrenz zum Schutzzoll über, indem sie sich mit den industriellen Schutzzöllnern verband, die, zuerst in Süddeutschland erwachsen, sich im Zentralverband Deutscher Industrieller 1876 organisiert hatten. Dazu kam nun auch das Zentrum. Das Programm der Steuer- und Wirtschaftsreformer (1876; Forderung: stärkere Heranziehung des beweglichen Kapitals) wurde in der Miquelschen Steuerreform (1891/93) im wesentlichen erfüllt. Zur Sozialpolitik nahm man vom Standpunkt patriarchalischen Wohlwollens und praktischen Christentums aus Stellung. So stimmten die Konservativen der Arbeiterfürsorge und dem Arbeiterschutz zu, brachten aber dem Kathedersozialismus (Verein für Sozialpolitik, A. Wagner), dem ständischen Charakter der Arbeiterbewegung nicht genügendes Verständnis entgegen (Sozialistengesetz).

Christlich-soziale.

Ein Teil, welcher unter Führung des Hofpredigers Stöcker (Berliner Bewegung) demokratische Gedankengänge mit dem konservativen Element verbinden wollte, um die Arbeiter zu gewinnen, gründete 1878 die christlich-soziale Partei, welche sich 1896 ganz von den Konservativen trennte. Sie gewann zunächst mehr die „kleinen Leute", wichtiger ist die außerordentliche Wirkung auf die Gebildeten, später hat sie dann auch in der Gewerkschaftsbewegung bedeutenden Erfolg gehabt. Ihr Führer: Stöcker.

Die alte Partei blieb auch nach der Trennung Anhängerin der Sozialreform, ist aber im Grunde aristokratisch geblieben. Ihr Haupteinfluß liegt nach wie vor in der Tatsache, daß sie die Verwaltung beherrscht. In nationalen Machtfragen erwies sich die Partei stets zuverlässig, wenn auch hier ihre Stellung immer mehr gefährdet wird, weil eine innere Kolonisation in großem Stil naturgemäß die wirtschaftliche und soziale Position der aristokratischen Großgrundbesitzer schwächt und ihren Widerspruch hervorruft.

Führer: Im Reichstag: Graf Limburg-Stirum, Graf v. Kanitz im Abgeordnetenhaus bezw. Herrenhaus: v. Heydebrand u. d. Lasa, Frhr. v. Manteuffel, v. Kröcher, Graf Mirbach-Sorquitten.

Antisemiten.

Diejenigen Bevölkerungskreise, welche dem konservativen Gedankengang zugänglich sind und deren materielle Interessen denen der Konservativen vielfach parallellaufen, die aber dieser Partei wegen ihres aristokratischen Zuges fern blieben, fielen mehreren Parteien zu. Einen sehr bedeutenden Teil des Kleinbauernstandes, wie des gewerblichen Mittelstandes, eroberte sich sehr rasch die antisemitische Partei. Im Königreich Sachsen ist ihre Stellung bedeutend, wenn sie dort auch nur 2 Mandate behauptet (1906), Hessen, wo der Bauernstand von jeher stark unter den Juden zu leiden hatte, ist bei-

nahe ganz in ihrer Hand. Die Partei ging aus der „Berliner Bewegung" zu Beginn der 80er Jahre hervor. In Berlin, das man dem Freisinn entreißen wollte, hatte man allerdings keinen durchschlagenden Erfolg, wohl aber in einzelnen Landesteilen, wo man bei der ersten Wahlbeteiligung 1893 bereits 14 Mandate gewann. Von Anfang an litt die „Deutschsoziale Reformpartei" an der Rivalität ihrer Führer und daran, daß allerlei minderwertige Elemente eine große Rolle spielten.

Wenn die Partei trotz vieler widriger Umstände doch einen dauernden Erfolg erzielte, so liegt das darin, daß sie sich bewußt auf bestimmte soziale Schichten zu stützen suchte. Schließlich brach die Partei auseinander in eine „Deutschsoziale Partei" (Liebermann v. Sonnenberg) und in eine „Reformpartei" (Zimmermann), an Mandaten jetzt gleich stark; die erstere scheint aber entwickelungsfähiger zu sein; sie hat durch Aufnahme gewerkschaftlicher Elemente (Schack) und Annäherung an die Christlichsozialen einen wertvollen Zuwachs erhalten; ihre Leitung liegt jetzt in der Hand junger tüchtiger Kräfte.

Bauernorganisationen.

Nahe verwandt in der politischen Richtung sind ihr die Bauernorganisationen: „Bund der Landwirte" und „Bayerischer Bauernbund". Schon aus den 60er Jahren datieren die Versuche, den Bauernstand zur Wahrung wirtschaftspolitischer Interessen zusammenzuschließen, sie hatten in Preußen schließlich den Deutschen Bauernbund geschaffen, der mit etwa 40 000 Mitgliedern 1893 im Bund der Landwirte aufging. Dieser entstand als große oppositionelle Bewegung gegen die Caprivischen Handelsverträge; der Führer des Bauernbundes, Plötz, trat an die Spitze des neuen Bundes, der es, unterstützt durch eine straffe Organisation, auf 270 000 Mitglieder gebracht hat (1906). Von vornherein setzte sich der Bund neben der Wahrung landwirtschaftlicher Interessen auch den Schutz des gewerb-

lichen Mittelstandes zum Ziel. Während der Großgrundbesitz anfangs eine große Rolle in ihm spielte, zog er sich später etwas zurück; der Charakter des Bundes wurde entschieden bäuerlich-demokratisch. Der Schwerpunkt liegt heute westlich der Elbe (55%). Neben den politischen Zielen verfolgt der Bund wirtschaftliche, indem er alle Zweige landwirtschaftlicher Organisation (Genossenschaften usw.) in sich zu vereinigen sucht. Der Bund deckt sich mit keiner politischen Partei, er hat Mitglieder unter allen Parteien der Rechten bis zu den Nationalliberalen, sein großer politischer Einfluß entspringt daraus, daß er Angehörige dieser Parteien auf sein Programm zu verpflichten sucht; als selbständige Partei tritt er nur in wenigen Kreisen auf (1903: 3 Mandate). An seiner Spitze steht der engere Vorstand, dem heute Frhr. v. Wangenheim, Dr. Rösicke, Dr. Hahn angehören. Im Süden hat sich der Bund eine starke Stellung in Württemberg, daneben auch im Südwesten, in Franken und in der Pfalz erworben.

Fast nur politische Bedeutung hat der „Bayerische Bauernbund", der 1895 in Opposition gegen die wirtschaftspolitische Haltung des Zentrums gegründet wurde und ebenfalls ältere Organisationen in sich aufnahm. Die ihm angehörende Bauernschaft ist katholisch, mit partikularistischen Neigungen, er zerfällt in eine nördliche und eine kleinere südliche Hälfte. Seine Mitgliederzahl dürfte 30 000 bis 40 000 betragen, ist aber nur lose organisiert, er hat 3 Mandate und eine nicht unbedeutende Stellung im bayrischen Landtag.

Die übrigen Bauernvereine beschränken sich auf wirtschaftliche Ziele und haben nur indirekte politische Bedeutung. Ohne Aussichten sind liberale Versuche, hier Fuß zu fassen, sehr bedeutend sind dagegen die katholischen Bauernvereine, von denen der westfälische, der rheinische und der christ-

liche Bauernverein hervorzuheben sind. Der letztere mit rund 70000 Mitgliedern hat den bayerischen Bauernverein im Süden Bayerns verdrängt.

Als Gegenorganisationen auf industriellem Gebiet seien hier der „Zentralverband Deutscher Industrieller", der weniger bedeutende „Bund der Industriellen" und die „Zentralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen" genannt, welche 1905 eine Interessengemeinschaft eingingen; ihre Spitze richten sie gegen die landwirtschaftlichen und gegen die Arbeiterorganisationen. Industrielle Verbände

Christlich-Soziale, Deutschsoziale Partei, Bund der Landwirte und Bauernbund sind 1903 als „Wirtschaftliche Vereinigung" zu einer Fraktion zusammengetreten, ohne darum die eigene Parteiorganisation aufzugeben; der neuen Bildung liegt der Gedanke einer großen konservativen Partei auf moderner demokratischer Basis zugrunde. Führer: Liebermann v. Sonnenberg. Wirtschaftliche Vereinigung.

2. Die liberalen Parteien.

Der Liberalismus hatte bereits eine lange Geschichte hinter sich, als er in Deutschland zu parlamentarischen Parteibildungen führte. Er entstand als ein internationaler Rückschlag gegen die Mißstände, die sich aus der nationalen Abschließungspolitik und der polizeilichen Reglementierung des Wirtschaftslebens im Merkantilstaat ergeben hatten; zu solchen wirtschaftlichen Motiven kamen die Gedankengänge des Naturrechts und der Aufklärung, die sich gegen Autorität in jeglicher Gestalt wendeten; die Einschränkung der staatlichen Tätigkeit, die Freiheit des Individuums auf allen Gebieten waren die neuen Ziele. Aus dem Dogma von der Gleichheit der Menschen leitete man die Forderung ihrer politischen Gleichberechtigung ab. Der rationalistisch-dogmatische Gedankengang konnte den organischen Zusammenhängen und dem langsamen geschichtlichen Liberalismus.

Werden, den Tatsachen ständischer Differenzierung, nicht gerecht werden. Noch heute ist es charakteristisch für den Freisinn, daß er seine Politik nicht nach dem Möglichen, sondern nach dem Idealen einrichtet, es fehlt der Sinn für reale Machtverhältnisse. Das zeigt sich vielleicht am deutlichsten in der Ueberschätzung der geschriebenen Verfassung und des Budgetrechts, welches noch heute für den Freisinn den entscheidenden Gesichtspunkt bei der Beurteilung militärischer Fragen abgibt.

Altliberale. Die radikale Richtung des deutschen Liberalismus wurde noch verstärkt durch die Polizeichikanen, die ihn seit den Freiheitskriegen verfolgten. Er sog seine Kraft daraus, daß er zum Träger der deutschen Einheitsbestrebungen wurde, diese richteten sich aber gegen die Landesfürsten. Seine Kerntruppen waren das kapitalkräftige Bürgertum (Bourgeoisie) und die akademischen Berufe. Da indessen seine Ziele nur in geringem Maße wirtschaftspolitische waren, so wurde seine Ausbreitung nicht durch Berufsschranken gehindert — der gleiche Umstand ermöglichte freilich auch später seine starke Zurückdrängung. Der außerordentliche Einfluß der „Professoren" erklärt sich nur aus diesem Zurücktreten der wirtschaftlichen Momente. Hauptsitze der Partei waren in Preußen Ostpreußen (Jacoby) und Rheinland. Die ersten Parteibildungen erfolgten in den Parlamenten der Klein- und Mittelstaaten, wo bereits der Kampf gegen die Ansprüche der katholischen Kirche charakteristisch für sie wurde; in Preußen konnte eine solche erst im Vereinigten Landtag erfolgen, den die Liberalen (von Vincke) bereits beherrschten.

Im Sturm des Jahres 1848 gelangten sie ans Ruder, um sofort ihre Unfähigkeit zu erweisen, praktische Erfolge zu erreichen; da man nicht zur rechten Zeit handelte, so mußte man sich gefallen lassen, daß die Regierung die neue Verfassung schuf, man machte wieder einem konservativen Ministerium

Platz (1850), sogar die Mehrheit der zweiten Kammer war verloren gegangen. Gegen Ende der 50er Jahre, als die Neue Aera sich wieder auf die Altliberale Partei stützte, gelangten radikalere Elemente zu stärkerer Bedeutung, die sich 1861 als Fortschrittspartei (Waldeck) abzweigten. Diese neue Partei focht den Kampf um das Prinzip der Parlamentsherrschaft aus. Den Anlaß gab die Heeresreform, budgetrechtliche und militärtechnische Fragen: Die Kammermehrheit verweigerte die Bewilligung des Etats, die Regierung beharrte bei der Reform. Während des Konflikts gewann die Fortschrittspartei die Herrschaft in der zweiten Kammer, die Konservativen waren nahezu völlig verdrängt. Den Umschlag brachte der Krieg 1866: da die Fortschrittspartei gegen das neue Anleihegesetz und gegen die Indemnität war, brach die Partei auseinander, die regierungsfreundliche Hälfte konstituierte sich als nationalliberale Partei. Fortschrittspartei.

Der Rest der Fortschrittler beharrte, später unter Richters Führung, in der Opposition. Da sie jedes Gesetz unannehmbar fanden, das nicht völlig ihren Grundsätzen entsprach, so stimmten sie nahezu gegen jedes wichtige Gesetz: gegen die Verfassung des Norddeutschen Bundes, gegen die des neuen Reiches, gegen alle Militär-, Marine- und Kolonialforderungen, gegen die Ansiedelungsgesetze, die Steuergesetze, die Zollgesetze, die Gewerbegesetze, die Invaliditäts- und Altersversicherung usw.; Ausbau des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung stehen erst neuerdings auf ihrem Programm. Die Partei stimmte gegen das Sozialistengesetz. Erster Programmpunkt war die persönliche Bekämpfung Bismarcks, wobei mehrfach selbst die Formen des Anstandes nicht gewahrt wurden. 1884 vereinigte sich der linke Flügel der Nationalliberalen, die „Sezession", mit der Fortschrittspartei zur Deutschfreisinnigen Partei unter Richters Führung, spaltete sich aber 1893 als „Freisinnige Vereinigung" wieder ab.

Die alte Partei führte nun den Namen: „Freisinnige Volkspartei", wegen ihrer Prinzipientreue erhielt sie den Spottnamen der „Wasserstiefler". Ihr Programm fordert: Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts, Neueinteilung der Wahlkreise nach der Einwohnerzahl, Diäten, Wahrung des Etatsrechts, freiheitliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts, Verbesserung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, Gewerbe- und Handelsfreiheit, Entlastung der notwendigen Verbrauchsgegenstände von Steuern und Zöllen, Feststellung der Friedenspräsenzstärke durch jährliches Etatgesetz, Schutz des Handels und der Reichsangehörigen im Ausland, „aber keine Erweiterung der Flotte für Paradezwecke oder im Interesse einer sogenannten Weltpolitik". Die einzige positive Leistung der Partei besteht in der vielfach berechtigten und erfolgreichen Budgetkritik ihres verstorbenen Führers Richter. Berlin und die Lausitz sind heute ihre wichtigsten Stützpunkte.

Deutsche Volkspartei.

Eng verbunden ist mit ihr die Deutsche Volkspartei. Diese stammt ganz überwiegend aus Württemberg, wo sie in den kleinen Städten und auch auf dem Lande einen solchen Anhang hat, daß sie die stärkste Partei ist. Im politischen Verhalten stimmen beide Parteien fast völlig überein, sie halten gemeinschaftliche Fraktionssitzungen ab. Eigentümlich sind der Deutschen Volkspartei süddeutsch-partikularistische Tendenzen. Führer: Konrad Hausmann.

Freisinnige Vereinigung

Etwas anders gestaltete sich die Entwickelung der „Freisinnigen Vereinigung". Persönliche Rivalität zwischen ihren Mitgliedern und Richter drängte zum Bruch, der 1893 erfolgte, als die neue Gruppe (Rickert, Barth, Schrader usw.) glaubte, unter Caprivi regierungsfähig („Wadenstrümpfler") werden zu müssen. Sie nimmt seitdem gegenüber Militär- und besonders Flottenfragen eine zustimmende Haltung ein, was sich aus dem großen Ein-

fluß erklärt, den die Kaufmannschaft der Seestädte in ihr ausübt. Trotz des starken jüdischen Einschlages ging sie lange Zeit mit den Antisemiten zusammen. Neuerdings ist ihr auch Naumann und ein Teil der Nationalsozialen beigetreten; der Sozialdemokratie steht sie näher als die Volkspartei. Führer: Barth.

Aussichten.

Zur Basis der liberalen Parteien sind immer ausschließlicher die kleinen Städte und in ihnen der Handelsstand geworden; daran haben Versuche, den Bauernstand oder die Arbeiter (Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine) zu gewinnen, nichts geändert. Da nun bei den kleinen Städten die ländliche Umgebung das Uebergewicht und in den Großstädten die industrielle Arbeiterschaft und selbst ein Teil der bürgerlichen Demokratie zur Sozialdemokratie übergegangen ist, so ist der Freisinn von beiden Seiten bedroht. Im preußischen Abgeordnetenhaus zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, konnte er bei der Reichstagswahl 1903 im ersten Wahlgang keinen Sitz mehr gewinnen, nur durch Stichwahlkompromisse fristet er sein Leben; dabei ist die innere Geschlossenheit durch ständigen Zwist gefährdet.

Nationalliberale.

Die Nationalliberale Partei, die sich 1866 gebildet hatte, gewann einen sehr großen Einfluß. Die Verfassung des Deutschen Reiches (allgemeines Wahlrecht) und die umfassende Gesetzgebung der nächsten Jahre waren gemäßigt liberal, die berechtigten Forderungen des deutschen Liberalismus wurden verwirklicht. Aber von Anfang an arbeitete nur ein Teil positiv. Die Partei vereinigte Altliberale, regierungsfreundliche Fortschrittler und die Abgeordneten der neuen Provinzen, und es zeigte sich sofort, daß diese große Partei in zwei Hälften zerfiel, die sich in ihrer Wirkung aufhoben. Die eine Hälfte (v. Bennigsen, Miquel) hielt sich nach rechts, die andere, welche 1874—77 eine ausschlaggebende Stellung hatte, behielt unter jüdischer Führung (Lasker, Bamberger)

mit dem Fortschritt Fühlung. Mit dem Vorwiegen wirtschaftspolitischer Probleme zeigte sich, daß die Einheit nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Da die Partei die Schwenkung Bismarcks in der Wirtschaftspolitik nicht mitmachen wollte, wurde sie 1878 stark geschwächt, und der Tarif konnte von den Konservativen und dem versöhnten Zentrum angenommen werden. 15 Süd- und Westdeutsche stimmten für den Tarif (Schauß, Völk, Treitschke), trotz ihres Widerspruches gegen die Franckensteinsche Klausel, sie schieden noch 1879 vorübergehend aus. Im folgenden Jahre ging dann die „Sezession" zum Fortschritt über. Von diesem Verlust erholte sich die Partei noch einmal 1887, als der Kampf um das Septennat entbrannte, und das Kartell zwischen Konservativen und Nationalliberalen die Mehrheit gewann. Bereits 1890 war diese wieder verloren, und seitdem ist das Bündnis von Konservativ und Zentrum in wirtschaftlichen Fragen die Signatur des Reichstages.

Die Nationalliberalen gehen in den meisten Fragen mit dieser Mehrheit. Aber noch immer sind sie innerlich gespalten, im linken Flügel lebt noch sehr lebendig der alte Zusammenhang mit dem Ideengehalt des Freisinns, der Gegensatz zum Ultramontanismus drängt nach links und ruft immer wieder die Träume von der großen liberalen Partei der Zukunft wach. Nachdem die politischen Ideale des nationalen Liberalismus der älteren Zeit verwirklicht sind, nachdem die Partei in wirtschaftlichen Fragen die Freihandelsdoktrin aufgegeben hat, sind ihr eigentümliche Forderungen nicht mehr geblieben. Und wenn die Partei zunächst an dem Gedanken festhielt, den Mitgliedern in wirtschaftspolitischen Fragen freie Hand zu lassen, so kam sie auch hier dazu, ein Programm auszuarbeiten, das dem konservativen sehr ähnlich ist, um so mehr, als sie sich in Kirchen- und Schulfragen von den Freikonservativen nicht unterscheidet. Der Gegensatz ist großenteils der traditionelle

zwischen alten und neuen Provinzen, teils liegt er aber in dem überaus schroffen Gegensatz zum Zentrum, der eine Eigentümlichkeit des Westens und Südens ist. In der Tat geht die Partei in der parlamentarischen Arbeit mit der Rechten zusammen. Auch in der Zusammensetzung der Wählerschaft bestehen keine wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen beiden Parteien. Der alte Gegensatz von Adel und Bürgertum hat längst seine Bedeutung eingebüßt, seit der Adel in der parlamentarischen Vertretung vom Bauernstande nicht zu trennen ist und seit das Bürgertum aufgehört hat, ein einheitlicher Stand zu sein. Auch stützt sich die nationalliberale Partei keineswegs allein auf die Städte, sondern hat im Nordwesten und Süden (Baden) einen sehr beträchtlichen bäuerlichen Anhang; daneben findet die Großindustrie vielfach in ihr eine Vertretung und hindert eine entschiedene sozialpolitische Tätigkeit. Die Partei ist bemüht, eine mittlere Linie zwischen diesen widerstrebenden Interessen einzuhalten, wird aber durch sie vielfach gehemmt, ihre Stellung entspricht deshalb nicht ihrer numerischen Größe. Daß sich so heterogene Elemente in ihr zusammenfinden, liegt an ihrem Charakter als Stichwahl- und Kompromißpartei. Nur wenige Mandate kann sie im ersten Wahlgang erwerben, die übrigen gewinnt sie durch ihren Gegensatz gegen Zentrum, Konservative, Welfen, Sozialdemokraten, ohne daß diesem negativen Elemente eine praktisch einigende Forderung entspräche. Dennoch ist die traditionelle Kraft dieser Gegensätze stark genug, die Wählerschaft der Partei zusammenzuhalten, solange die Partei im Parlament zusammenbleibt. Dies war aber bisher nur dadurch möglich, daß sie in wirtschaftlichen Fragen, d. h. in den heute entscheidenden Fragen, ihren Mitgliedern in großem Umfange freie Hand ließ.

In Bayern und Baden, wo das Zentrum im Begriff ist, gestützt auf die katholische Mehrheit der

Bevölkerung, die allein entscheidende Partei zu werden, trägt die nationalliberale Partei einen besonders radikalen Charakter, der bei den Landtagswahlen zur Unterstützung der Sozialdemokratie geführt hat. Führer: Bassermann.

3. Die Sozialdemokratie.

Sozialdemokratie.

Einfacher im Aufbau ist die deutsche Sozialdemokratie. Sie ist ein schlagendes Beispiel dafür, daß heute nicht ideale Programme, sondern Berufs- und Standesgleichheit die Werbekräfte einer Partei sind.

Von Anfang an hat die Partei darauf abgezielt, die Partei des vierten Standes zu sein, der mit der Entstehung der Fabrikindustrie, der Anhäufung von Massen gewerblicher Lohnarbeiter gegeben war. In ihrer Entwickelung blieb sie vom Wachstum der Industrie abhängig.

Entstehung.

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gab es zwar auch in Deutschland eine sehr beträchtliche industrielle Arbeiterschaft, vielfach zusammengedrängt in kleinen Distrikten (Weberei); sie bildete die Kerntruppe revolutionärer Bewegungen. Aber infolge ihrer grenzenlosen Armut und infolge des Mangels an Fabriken — die Hausindustrie überwog durchaus — war ein Zusammenschluß, die Ausbildung eines Standesbewußtseins unmöglich, man war gewöhnt, unterhalb des Bürgers nur eine Menge von Proletariern zu sehen. Die bürgerlichen Parteien sahen gar nicht, wie diese Verhältnisse sich änderten und machten gar keine ernsthaften Versuche, den neuen Stand in sich aufzusaugen. So organisierte er sich selbst: 1863 gründete Lasalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, 1869 Liebknecht und Bebel die sozialdemokratische Arbeiterpartei als Zweig der von Marx ins Leben gerufenen internationalen Arbeiterassoziation. Die Hoffnung Bismarcks, mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts den werdenden Stand

zu gewinnen und gegen den Liberalismus zu verwenden, trog, als die Bewegung nach dem Tode Lasalles dem nationalen Ideale entfremdet wurde. 1875 schlossen sich beide Parteien zusammen, und einigten sich auf das Gothaer Programm, das den Sieg der radikalen Richtung bedeutete. Die Stimmenzahl erreichte 1877 bereits eine halbe Million, die wirtschaftliche Organisation in Gewerkschaften hatte große Fortschritte gemacht.

Sozialistengesetz.

Die Regierung sah dem mit Sorge zu. Bereits 1875—76 legte sie dem Reichstag gelegentlich einer Novelle zum Strafgesetz Bestimmungen vor, welche die Aufreizung gegen Ehe, Familie, Eigentum mit Gefängnis bedrohten; sie wurden einstimmig abgelehnt. Wahrscheinlich hatte Bismarck, dem an der Sache nicht viel lag, die Gelegenheit benützen wollen, um die Nationalliberalen zu spalten. Nach dem Attentate Hödels ging dem Reichstag von neuem ein Gesetzentwurf „zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen" zu. Wieder erfolgte Ablehnung mit großer Mehrheit. Aber wenige Tage später erfolgte das Attentat Nobilings, der Reichstag wurde aufgelöst, und Bismarck benützte die Gelegenheit, die Nationalliberalen, welche die Verantwortung für die Ablehnung seiner Vorschläge trugen, stark zu schwächen. Der neue Reichstag nahm einen schärferen Entwurf mit geringer Mehrheit (221:149) an — auch die Nationalliberalen stimmten dafür —, das Gesetz wurde mit geringer Milderung 1880, 1884, 1886, 1888 verlängert, es erlosch 1890; seitdem haben Ausnahmebestimmungen gegen die Sozialdemokratie keine Mehrheit gefunden.

Die Wirkung des Gesetzes war infolge der energischen Handhabung der drakonischen Bestimmungen sehr groß. Eine große Zahl sozialistischer Führer wurde ausgewiesen, die Versammlungen und die Presse nahezu völlig unterdrückt, die gewerkschaftliche Organisation zerstört; bei der Neuwahl von 1880 sank

die Stimmenzahl um $^1/_4$. Aber es konnte doch nicht hindern, daß die Partei wieder erstarkte; und abgesehen von der unerfreulichen demoralisierenden Wirkung des Gesetzes mußte man in Kauf nehmen, daß man gerade die ruhigeren Elemente der Partei, die Gewerkschaften geschädigt, die revolutionären Einflüsse verstärkt hatte. Nachdem der tote Punkt überwunden war, folgte noch unter dem Sozialistengesetz ein sprunghaftes Wachsen der Stimmen, 1878 (vor dem Sozialistengesetz): 457 000, 1881: 312 000, 1884: 550 000, 1887: 763 000, 1890: 1427 000. Der Versuch, das Wachstum der Partei zu hemmen, mußte als aussichtslos endgültig aufgegeben werden. Schranken vermochte der Partei in der Industrie nur das Zentrum und das Polentum zu setzen, andrerseits drang sie in die ländliche Arbeiterschaft ein, obwohl diese sich von der industriellen in ihrem sozialen Charakter und in ihren Interessen wesentlich unterscheidet, und in die niederen Schichten des Beamten- und Kleinbürgertums, welche stets ein Herd der Unzufriedenheit waren und vom Freisinn nach links abschwenkten; immerhin sind diese Bestandteile nicht allzugroß (vielleicht höchstens 400 000 Stimmen aus bürgerlichen Kreisen) und ohne Einfluß auf die Haltung der Partei.

In der geographischen Verbreitung folgt der Sozialismus naturgemäß den Städten, welche die Sitze der Industrie sind, die Vertretung der Großstädte ist ihm nahezu ausschließlich zugefallen, ebenso die des Königreichs Sachsen.

Ziele. In ihrer politischen Doktrin hat die Partei in vieler Hinsicht die Ideale der liberalen Aufklärung übernommen, andrerseits hat sie damit das Ideal der denkbar stärksten staatlichen Regelung des Wirtschaftslebens verbunden, darin an ältere sozialistische Denker anknüpfend. Als Arbeiterpartei von Haus aus radikal, wurde sie in ihrer Gegnerschaft gegen die bestehenden Formen von Staat und Kirche durch deren Festhalten am Autoritätsprinzip bestärkt; in

gleicher Richtung wirkte die politische Unreife der Massen, die Raschheit der industriellen Entwickelung, die Erkenntnis der Interessengleichheit mit den Standesgenossen des Auslandes, vor allem aber auch der Umstand, daß seit Marx (Marx und Engels, „Kommunistisches Manifest" 1847, Marx, „Das Kapital") und Lassalle dem jüdischen Element ein außerordentlicher Einfluß auf die theoretische Begründung und die literarische Vertretung des Programmes zufiel.

Programm der Sozialdemokraten.

Das heute geltende Erfurter Programm (1891) fordert hauptsächlich: Allgemeines gleiches direktes Wahlrecht bei allen Wahlen für alle 20 Jahre alten Reichsangehörigen beider Geschlechter. Direkte Gesetzgebung durch das Volk (Referendum), Miliz, Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk, internationale Schiedsgerichte, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Gleichstellung der Frau, Trennung von Staat und Kirche, Weltlichkeit der Schule bei Unentgeltlichkeit von Unterricht und Verpflegung, unentgeltliche Rechtspflege, Richterwahl, unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung, Heilmittel und Totenbestattung, Deckung des Staatsbedarfes nur aus Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer, Arbeiterschutz (Achtstundentag usw.), Koalitionsfreiheit der Landarbeiter, Ausbau der gewerblichen Aufsicht (Arbeiterkammern usw.) und Arbeiterversicherung. Die Erweiterung dieses Programmes durch ein Agrarprogramm, das die Kleinbauern gewinnen sollte, scheiterte bisher (1895 Breslauer Parteitag).

In der Praxis haben diese Forderungen zur Ablehnung des Etats und fast aller Gesetzentwürfe geführt, selbst arbeiterfreundlicher, welche nicht weit genug zu gehen schienen. Es ist aber nicht zu leugnen, daß durch das Bestehen der Partei und ihre Kritik ein dauernder Antrieb zur Sozialreform gegeben wird.

Der Revisionismus in der Partei brachte die Aufgabe mancher Theorien, praktisch forderte er eine

mehr opportunistische Politik, ohne das Wesen der Partei ändern zu wollen; in der Praxis konnte er nur Teilerfolge erringen; eine Vertretung des nationalen Gedankens ist von ihm vorläufig nicht zu erwarten.

Vorsitzender der Partei: Singer; das geistige Haupt ist Bebel.

Nationalsoziale.

Das Fehlen des nationalen Bewußtseins, das nicht notwendig mit einer Arbeiterpartei verknüpft ist, rief den Versuch hervor, von hier aus durch eine neue Parteigründung die Arbeiterschaft zu gewinnen. Eine jüngere Richtung der Christlich-Sozialen unter der Führung Friedrich Naumanns gab den Autoritätsgedanken auf, in Verbindung mit einer heftigen Opposition gegen das Junkertum; sie bildete 1896 eine selbständige Partei, mit dem Ideal eines demokratischen Kaisertums verband sie die sozialistische Anschauung „von unten her"; an der Forderung der Stärkung der nationalen Machtmittel hielt sie fest und nahm die praktischen Forderungen des Arbeiterprogrammes großenteils hinzu. Es gelang ihr aber nicht, eine breitere Basis zu gewinnen und die Partei brach 1903 wieder auseinander, ein Teil ging zur Freisinnigen Vereinigung, der auch der einzige Abgeordnete angehört, ein Teil wurde sozialistisch, der Rest blieb auf der rechten Seite. Wenn die Partei auch keine greifbaren Erfolge hatte, so war ihr Einfluß namentlich auf die akademische Jugend zeitweise sehr groß, zumal ihr eine Reihe der bedeutendsten Professoren angehörte (Sohm, Weber, Brentano, Schulze-Gävernitz usw.).

4. Zentrum und ihm nahestehende Gruppen.

Zentrum.

Das Zentrum scheint auf den ersten Blick ein ganz anderes Gebilde zu sein, es scheint lediglich auf konfessioneller und gar nicht auf ständischer Grundlage zu ruhen. Indessen ist das nur teilweise richtig. In

Wirklichkeit beruht seine Eigenart auch wesentlich mit darauf, daß es bestimmte Stände vertritt: den grundbesitzenden Adel, den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Mittelstand und die katholischen Industriearbeiter. Dadurch, daß der Einfluß des Adels zurücktrat, hat es den Charakter einer demokratischen Agrarpartei mit starkem sozialen Einschlag erhalten. Das Bindemittel dieser an sich heterogenen Elemente war die Kirche. Denn wenn auch das Zentrum nach seinem Programme keine konfessionelle Partei sein will und auch tatsächlich Protestanten unter seinen Mitgliedern hat, so waren doch kirchlich-katholische Erwägungen der Anlaß zu seiner Gründung, und die Partei blieb in ihrer geographischen Verbreitung auf die katholischen Landesteile beschränkt, die sie fast ganz und dauernd für sich gewann. Es beherrscht den Süden Bayerns und Württembergs, den Breisgau, Mittelfranken (Würzburg, Bamberg, Fulda), Eichsfeld, Rheinland, Westfalen, Osnabrück, Oberschlesien, Ermland, meist große geschlossene Gebiete; durch diese geographische Verbreitung wird auch der partikularistische Zug des Zentrums erklärlich. Das Bewußtsein, eine Minderheit zu sein, welche nur durch ihre parlamentarische Stellung Erfolge erreichen kann, bringt naturgemäß den Wunsch mit sich, die parlamentarischen Rechte eher zu erweitern als zu beschränken, das zeigt sich bei budgetrechtlichen Fragen, namentlich bei der clausula Franckenstein (1879), welche das Steuerbewilligungsrecht des Reichstages dadurch sichern wollte, daß ein Teil der Reichseinnahmen aus Zöllen in Verbrauchsabgaben an die Bundesstaaten überwiesen und die Matrikularbeiträge der Bundesstaaten zur ständigen Einrichtung erhoben werden. Da die Partei sich selbst auf die Massen stützt, ist sie Anhängerin des allgemeinen Wahlrechtes.

Anfänge.

Bereits 1852 hatte sich im Abgeordnetenhaus infolge der Politik des Kultusministers v. Raumer eine

katholische Fraktion unter Führung Reichensperger gebildet, die aber bald fast völlig verschwand; immerhin zeigt diese Tatsache, wie die Erstarkung des religiösen Bewußtseins in der katholischen Kirche auf einen politischen Zusammenschluß hindrängte. Seit beinahe 40 Jahren lag der Streit zwischen Staat und Kirche in der Luft, mehrfach waren beide Parteien schon aneinander geraten. Der damals mächtige Liberalismus war der traditionelle Gegner der katholischen Machtansprüche, und auch die Regierung dachte bei der Reichsverfassung der Kirche nicht wieder soweit entgegenzukommen wie in der preußischen Verfassung; vor allem mußten ihr die Beschlüsse des Vatikanums (8. Dezember 1869 bis 18. Juli 1870) Sorge erwecken. So rechneten die führenden katholischen Kreise bereits 1870 mit Kämpfen und schlossen sich im Abgeordnetenhaus, 1871 im Reichstag zu einer Fraktion zusammen, der 67 Abgeordnete beitraten. Das Wahlprogramm von 1871 forderte Aufrechterhaltung der kirchlichen Selbständigkeit, der christlichen Ehe, der konfessionellen Volksschule, Unterrichtsfreiheit, Wahrung des föderativen Charakters des Reiches, Zentralisation nur soweit notwendig, Selbstverwaltung, gerechte und mäßige Steuern, Beseitigung der sozialen Mißstände. Aehnlich lautete das (bis heute letzte) Programm von 1871, das insbesondere verfassungsmäßige Garantien für die religiöse Freiheit und für das Recht der Religionsgesellschaften gegen mögliche Eingriffe der Gesetzgebung forderte.

Kulturkampf. Kurze Zeit stand man sich abwartend gegenüber; das wurde anders, als Falk an die Stelle des Kultusministers Mühler trat (1872). Bismarck, gestützt auf eine liberale Mehrheit, hoffte gewaltsam die wachsende Macht der kirchlichen Organisationen schwächen, die Kirche der Aufsicht und Beeinflussung unterwerfen zu können. So begann der Kulturkampf (Maigesetze 1873). Man unterstellte die Kirche einer

strengen Aufsicht, unterdrückte fast alle Orden. Indem man mit großer Strenge diese Maßregeln durchführte, machte man die Priester zu Märtyrern und erbitterte die katholische Bevölkerung, der Erfolg war eine innerliche Kräftigung des Zentrums. Dieses nahm unter der Führung Windthorsts eine schroffe oppositionelle Haltung ein und hinderte die parlamentarische Arbeit, da der Liberalismus sich zu positiver Arbeit nicht einigen konnte. Beim Uebergang zum Schutzzoll konnte Bismarck das Zentrum nicht mehr entbehren, und so machte er unter Vermittelung des neuen Papstes Leo XIII. (1878) seinen Frieden mit ihm. Die Kampfgesetze wurden allmählich zurückgenommen, es blieb die Zivilehe und Reste der staatlichen Aufsicht und des Ordensgesetzes (Jesuitengesetz). Das Zentrum gestaltete seine Organisation durch die Ausbreitung des katholischen Vereinswesens weiter aus, das im Katholikentage seine Spitze findet; 1890 erfolgte die Gründung des „Volksvereines für das katholische Deutschland" zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie; seine Mitgliederzahl ist auf rund 500000 gestiegen (1906).

Führende Stellung.

Seit 1879 blieb das Zentrum in seiner ausschlaggebenden Stellung, mit Ausnahme der Jahre 1887/90, in denen das „Kartell" (Nationalliberale und Konservative) die Mehrheit hatte und die Annahme des Septennats erzwang. Aber auch dieser Sieg war lediglich auf Kosten der Linken erzielt, das Zentrum blieb unberührt. In dieser Stellung entwickelte sich die Partei immer mehr zur Regierungspartei, was sich besonders darin ausspricht, daß ihre Haltung in machtpolitischen Fragen wohlwollender wurde (Militär-, Marine- und Kolonialvorlagen). Ebenso hat die Partei in finanzpolitischen Fragen ihre Verantwortlichkeit erkannt. In der Wirtschaftspolitik, besonders der Zollpolitik, suchte sie in gemäßigter Weise die agrarischen Interessen und die des gewerblichen Mittelstandes zu vertreten, daneben ist sie die

fortgeschrittenste Partei auf dem Gebiet der Sozialreform; in Kirchen- und Schulfragen (die aber im wesentlichen der Gesetzgebung der Einzelstaaten unterliegen) tritt sie mit den Deutsch-Konservativen für die Stärkung des kirchlichen Einflusses ein. Man kann sagen, daß sie die fleißigste parlamentarische Arbeiterin geworden ist.

Einer ihrer wundesten Punkte bleibt ihre Haltung in der Polenfrage, welche vornehmlich durch das Gefühl bestimmt wird, daß hier Glaubensgenossen in ihrem religiösen Empfinden verletzt und durch Protestanten verdrängt werden; vielleicht wird auch hier die Einsicht in die Größe der nationalen Gefahr kommen, um so mehr, als zu erwarten ist, daß das Polentum in Oberschlesien die Machtstellung des Zentrums dort dauernd untergräbt.

Zu den Nationalliberalen, die noch einzelne Kreise besitzen, welche nach ihren konfessionellen Verhältnissen dem Zentrum gehören müßten, steht die Partei in historischem Gegensatz. Ebenso heftig ist der Kampf gegen die Sozialdemokratie, welche bisher allein einige Erfolge gegen das Zentrum aufzuweisen hat. $^4/_5$ der Partei werden im ersten Wahlgang gewählt, sie ist also auf absehbare Zeit geradezu unangreifbar. Eine gewisse Gefahr droht ihr von innen. Denn bei der Stärke der wirtschafts- und sozialpolitischen Erwägungen muß sich der Gegensatz zwischen dem agrarischen und dem arbeiterfreundlichen Teil der Partei verschärfen. Bisher freilich hat die Partei auch in wirtschaftlichen Fragen die Einheit und damit die Kraft aufrecht erhalten können.

Führer ist Spahn; neben ihm treten hervor: Graf Ballestrem, Bachem, Trimborn, Dasbach, Hitze, Gröber, Rören, Erzberger.

Die Stärke der katholischen Organisation und ihr beherrschender Einfluß rief als Reaktion die Gründung des „Evangelischen Bundes" ins Leben, der sich die Bekämpfung dieses politischen Katholizismus

zum Ziel setzt, aber auf das Parteiwesen nicht unmittelbar Einfluß genommen hat.

An das Zentrum lehnen sich mehrere kleinere Gruppen an, welche die Rechte fremder Nationalitäten vertreten.

Elsässer. Zunächst die Elsässer, welche seit 1874 dem Reichstag angehören. Sie stehen als katholisch-demokratische Partei dem Zentrum von Haus aus nahe und sind heute kaum noch als selbständige Fraktion zu betrachten. Sie fordern Beseitigung der staatsrechtlichen Besonderheiten der Reichslande, Aufgabe der Germanisierungsbestrebungen.

Welfen. Die Welfen fordern die Herstellung Hannovers als Bundesstaat „auf friedlichem, gesetzlichem Wege", sie stützen sich auf das platte Land der althannoverschen Gegenden. Sie verharren indessen nicht in unfruchtbarer Opposition; z. T. sind sie dem Zentrum als Hospitanten beigetreten. Es ist wahrscheinlich, daß die Partei an die Nationalliberalen ihre parlamentarische Vertretung in absehbarer Zeit verliert.

Polen. Von steigender Größe ist die polnische Partei. Es ist ihr gelungen, fast alle polnischen Elemente in sich zur Gegenwehr und Angriff gegen die Bestrebungen des Deutschtums zusammenzufassen; das nationalpolnische Ideal ist stärker gewesen als alle ständischen Unterschiede und hat auch die Sozialdemokratie gehindert, die polnischen Genossen sich einzugliedern. Die Partei beherrscht die Provinz Posen und große Teile Westpreußens, sie hat Erfolge in Oberschlesien, das sie wohl dem Zentrum fast ganz abgewinnen wird, sie besitzt also bereits einen breiten fast ununterbrochenen Streifen von Südschlesien bis zur Danziger Bucht und bedroht Teile aller östlichen Provinzen. Auch in Westfalen beginnt sie bei den Wahlen eine Rolle zu spielen. Die frühere Spaltung in eine Hofpartei, welche unter Caprivi mit der Regierung ging (Koscielski), und eine Volkspartei

ist verschwunden, die Volkspartei, durch einen fanatischen Klerus geführt, vertritt jetzt das ganze Polentum (Führer: Fürst Radziwill). In jüngster Zeit sind Ansätze zu einer neuen radikalen Partei in Oberschlesien vorhanden, welche das allpolnische Ideal noch stärker betont (Korfanty, Koscielski).

In machtpolitischen Fragen nimmt die Partei eine oppositionelle Haltung ein.

* * *

Ergebnis. Vom Liberalismus übernahm das deutsche Parteileben das Prinzip, daß nicht Geburt und Beruf die Parteizugehörigkeit bestimmen, sondern die Gemeinsamkeit der politischen Ideale. Jede Partei erhob programmatisch den Anspruch, für alle Stände die rechte Vertretung zu sein — wie es die Kirche auf religiösem Gebiet sein will. Alle später gegründeten Parteien haben an dieser Doktrin festgehalten, auch Zentrum und Sozialdemokratie. Dennoch ist dadurch nicht gehindert, daß die wirtschaftlich-soziale Schichtung, die schon anfangs eine große Rolle spielte, immer ausschließlichere Bedeutung gewann, sodaß die Parteien heute als Vertretungen eines oder mehrerer Stände angesehen werden können. Die Entwickelung ist bei allen Parteien zu verfolgen, am deutlichsten in der Entstehung der Sozialdemokratie.

Die Folge ist die Auflösung des Liberalismus, da seine politischen Forderungen teils erfüllt (wirtschaftliche und nationale Einheit, allgemeines Wahlrecht), teils veraltet sind (dogmatische Auffassung der politischen Ziele, Freihandel, Gewerbefreiheit). Die eine Hälfte, welche den alten Doktrinarismus beibehielt, ist im Begriff, zerrieben zu werden, die Reste werden nach rechts und links Anschluß suchen; die andere Hälfte suchte ihr Programm zeitgemäß umzugestalten, und kam damit zu konservativen Grund-

sätzen; am engeren Zusammenschluß mit der Rechten wird sie teils durch Velleitäten, teils durch ihre Gegnerschaft gegen das Zentrum gehindert, mit dem die Rechte in leidlichem Verhältnis steht. Im ganzen hebt sich aus der Zersplitterung immer deutlicher das Bild einer Dreiteilung unserer Reichstagsparteien ab: sozialdemokratische Linke, Rechte, Zentrum. Jede Partei hat zurzeit etwa $^1/_3$ der Mandate, eine Regierungsmehrheit kann nur durch zwei von ihnen gebildet werden. Eine Aenderung dieser Verhältnisse ist in absehbarer Zukunft unwahrscheinlich, da jede der drei Gruppen einen bedeutenden Bestand an unangreifbaren Sitzen hat; die Möglichkeit, daß die Rechte allein die Mehrheit gewinnt, wie 1887, dürfte infolge des Anwachsens der Sozialdemokratie ausgeschlossen sein.

Das allgemeine Wahlrecht, die Erweiterung der politischen Anteilnahme des Volkes hat zu einer Umgestaltung des Parteiwesens in demokratischem Sinne geführt, alle Parteien waren gezwungen, sich auf eine breitere Basis zu stellen und gerade die Interessen ihrer untersten, weil der größten Schicht am stärksten zu vertreten. Eine Rückbildung im aristokratischen Sinne kann nicht erwartet werden, da ein Ausschluß der breiten Massen vom Staatsleben heute unmöglich geworden ist.

Wenn oben gesagt wurde, daß die ständische Schichtung die Parteien bildet, so ist dabei doch zu beachten, daß einzelne Parteien, besonders das Zentrum, Stände umschließt, deren Interessen sich auszuschließen scheinen. Es kann fraglich erscheinen, ob die gemeinsamen Momente stark genug bleiben, um diese Parteien zusammenzuhalten, ob nicht etwa der linke Flügel des Zentrums sich als Arbeiterpartei absplittert. Andrerseits sind auch auf der Rechten in der Wirtschaftlichen Vereinigung Ansätze dazu vorhanden, Teile des vierten Standes an sich zu ziehen, dem man freilich durch eine weitgehende

Schwenkung in sozialen Fragen entgegenkommen müßte. Eine solche Gestaltung würde das Prinzip der ständischen Gliederung in einem national erfreulichen Sinne einschränken und eine Milderung der oft allzuschroffen wirtschafts- und sozialpolitischen Gegensätze herbeiführen, wie sie beim Zentrum in glücklicher Weise erreicht ist; das Parteileben würde dadurch wesentlich geändert werden.

Literatur.

Statistik des Deutschen Reiches und der Einzelstaaten. Einzelangaben über Wahlkreise und Abgeordnete: Handbuch für Reichstagswähler, Dresden, H. Schönfeld. — Deutscher Reichstag (Kürschner), Berlin und Leipzig, H. Hillger.

R. Blank. Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, Archiv für Sozialwissenschaft Bd. XX (1904), vgl. dazu Neue Zeit vom 10. Juni 1905.

F. St. Neumann, Reichstagswahlen seit 1871 (In: Bibliothek für Politik und Volkswirtschaft, herausgegeben von Patzig, Berlin, W. Bänsch, 1903 ff. — A. Braun, Parteien des Reichstags, ihre Programme, Entwickelung und Stärke, Stuttgart, Dilz, 1893. — A. Stein, geschichtliche Entwickelung des Parteiwesens in Deutschland 1847—97 (aus: Politisches Handbuch), Berlin, Vaterländ. Verlagsanstalt 1897.

Konservatives Handbuch, Berlin, H. Walter, 2. Aufl. 1894. — A. Stöcker, Christlich-Sozial, Berlin, Buchhandlung der Berliner Stadtmission, 2. Aufl. 1890. — Agrarisches Handbuch, Berlin, Bund der Landwirte, 2. Aufl. 1903. — v. Kiesenwetter, Zehn Jahre wirtschaftspolitischen Kampfes, Berlin, Bund der Landwirte, 1903. — H. A. Bueck, Zentralverband Deutscher Industrieller, 1876—1901, 3 Bde., I. Bd. Berlin, Mitsche und Rostell 1902; 2. und 3. Bd., Berlin, Guttentag, 1905. — Politisches Handbuch für Nationalliberale Wähler, Berlin, Puttkamer und Mühlbrecht, 2. Aufl. 1897. — Hermens und Kohlschmidt, Protestantisches Taschenbuch, Hilfsbuch für konfessionelle Streitfragen. Im Auftrag des Evangelischen Bundes, Leipzig 1905. — E. Richter, Politisches A B C-Buch, Berlin, Fortschritt A. G., 10. Jahrgang, 1903. — Handbuch für sozialdemokratische Wähler, Berlin, Buchhandlung Vorwärts, 1903 (partei-

offiziell). — Schippel, Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch, Berlin, Buchhandlung Vorwärts, 1902. — F. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart, Dietz, 1897/98. — F. Naumann, Demokratie und Kaisertum, Berlin-Schöneberg, Verlag der Hilfe, 1900. — F. Naumann, Neudeutsche Wirtschaftspolitik, derselbe Verlag, 1902. in neuer Fassung 1906 — Patria, Jahrbuch der „Hilfe", Herausgeber F. Naumann, derselbe Verlag. — M. Wenck, Geschichte der Nationalsozialen von 1895—1903, derselbe Verlag 1905. — P. Siebertz, Politisch-Soziales ABC-Buch (Zentrum), Stuttgart, Süddeutsche Verlagsbuchhandlung, 1900.

Korrespondenzen: Deutsche Agrar-Korrespondenz (E. Klapper, Bund der Landwirte). — Korrespondenz des Bundes der Landwirte. — Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz (Zentralverband deutscher Industrieller). — Liberale Reichskorrespondenz (Wrede, Berlin). — Nationalliberale Korrespondenz (Berlin). — Berliner Korrespondenz, Neue politische Korrespondenz, Süddeutsche Reichskorrespondenz, letztere drei offiziös.

Zeitungen: Konservativ: Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung. — Schlesische Zeitung. — Schlesische Morgen-Zeitung. — Ostpreußische Zeitung. — Danziger Allgemeine Zeitung. — Pommersche Reichspost. — Reichsbote. — Post.

Christlich-Sozial: Das Reich.

National-Sozial: Die Hilfe.

Deutsch-Soziale P.: Deutsch-Soziale Blätter.

Bund der Landwirte: Deutsche Tageszeitung.

Bauernbund: Neue Bayerische Landeszeitung (Memminger).

Nationalliberal: Badische Landeszeitung. — Hannoverscher Kurier. — Kölnische Zeitung. — Magdeburgische Zeitung. — Münchener Neueste Nachrichten. — Nationalzeitung. — Schwäbischer Merkur.

Freisinnig-Demokratisch: Berliner Morgenzeitung. — Berliner Tageblatt (Vergg.). — Frankfurter Zeitung. — Hamburger Fremdenblatt. — Neue Freie Presse (Richter). — Königsberger Hartungsche Zeitung (Volksp.). — Volkszeitung (Berlin). — Weserzeitung (Vergg.). — Danziger Zeitung (Vergg.). — Posener Nachrichten. — Berliner Börsen-Kurier (Vergg.). — Fränkischer Kurier. — Beobachter (Stuttgart).

Zentrum: Germania. — Kölnische Volkszeitung (Bachem). — Schlesische Volkszeitung. — Trierische Landeszeitung (Dasbach). — Tremonia (Dortmund). — Augsburger Postzeitung. — Bayerischer Kurier. — Märkische Volkszeitung.

Polen: Dziennik Poznanski. — Kurjer Poznanski (Dominsel). — Gazeta Gradziaka. — Gazeta Gdanska. — Katolik (Korfanty).

Sozialdemokratisch: Vorwärts. — Echo (Hamburg). — Leipziger Volkszeitung (Mehring). — Münchener Post (v. Vollmar).

Parteilos: Lokalanzeiger (Berlin, Scherl). — Tag (Scherl). — Berliner Morgenpost (Ullstein).

Unabhängig national: Allgemeine Zeitung (München). — Berliner Neueste Nachrichten. — Deutsche Zeitung. — Hamburgischer Korrespondent. — Hamburger Nachrichten. — Leipziger Neueste Nachrichten. — Norddeutsche Allgemeine Zeitung (offiziös). — Der Gesellige (Graudenz). — Posener Tageblatt. — Rheinisch-Westfälische Zeitung (Zentralverband, Essen). — Tägliche Rundschau.

Nationales Vereins- und Zeitungswesen.

Von Franz Winterstein.

I.

In dem Werke „Der Kampf um das Deutschtum" (J. F. Lehmanns Verlag, München) erschien im Jahre 1897 als zweites Heft eine Abhandlung von Dr. Fr. Guntram Schultheiß über „Deutschnationales Vereinswesen", eine eingehende und ziemlich erschöpfende Arbeit. In den seitdem verstrichenen neun Jahren hat darin so manches sich verändert, in der Hauptsache nach der erfreulichen Seite hin. Die verschiedenen Vereine sind inzwischen kräftiger und einflußreicher geworden und neue haben sich gebildet, sodaß eigentlich jetzt jede Seite unseres nationalen Lebens durch eine Organisation vertreten wird.*)

Die Zeit der tiefsten politischen Erniedrigung durch Napoleon I. gebar den „Tugendbund", das deutsche Turnwesen und die „Burschenschaft". Während der folgenden Jahrzehnte erfüllte das Ringen um die Verfassung alle freiheitlich gerichteten Vaterlandsfreunde. In Turner-, Sänger- und

*) Jährliche Uebersichten über diese Vereine bringen, meist nur mit wenigen Angaben: 1. „Handbuch des Alldeutschen Verbandes", Berlin; 2. „Iro's Deutsch-völkischer Zeitweiser", Wien; 3. „Deutsch-nat. Taschenbuch", Innsbruck. (Nr. 1 mit besonderer Berücksichtigung des Alldeutschen Verbandes, Nr. 2 und 3 Deutsch-Oesterreichs.) Außerdem geben die Vereine selber Jahresberichte und sonstige Veröffentlichungen über ihre eigene Tätigkeit heraus.

Schützenvereinen und auch in geheimen Verbindungen waren sie eifrig dafür tätig, und später, von 1859 bis 1867 im „Nationalverein", dem Vorläufer der „Nationalliberalen Partei".

Christlich-nationale und koloniale Vereine und Gesellschaften.

In dieser Zeit, von 1832 an, entstand auch ein evangelischer Verein mit teilweise nationalen Zielen, der „Gustav Adolfverein", zur Unterstützung der protestantischen Gemeinden in der Zerstreuung, also hauptsächlich von Deutschen in fremden Sprachgebieten. Er umfaßt bald 2000 Zweigvereine, auch in der Schweiz, den Niederlanden, Ungarn, Rußland, Schweden usw. und verfügt über Jahreseinnahmen von über $2^1/_2$ Millionen Mark. Sein Hauptsitz ist Leipzig. In anderer Weise national wirkt teilweise der „St. Raphaelsverein" zum Schutze der katholischen Auswanderer ohne Unterschied der Volks- und Staatsangehörigkeit, in Wirklichkeit aber doch hauptsächlich für Deutsche und namentlich gegen das Yankeetum. Sein Leiter ist der Abgeordnete Cahensly zu Limburg a. d. Lahn, der ihn im Jahre 1871 gegründet hat.

Um die Massenauswanderung deutsch zu erhalten, war bereits in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Reihe von Vereinen gegründet worden. Darunter hat wirkliche Erfolge nur erzielt der noch bestehende „Hamburger Kolonisationsverein für Südbrasilien" von 1849, der dort deutsche Ansiedelungen errichtet, vor allem in der von ihm erworbenen Kolonie Hansa. Seit 1897 heißt er „Hanseatische Kolonisations-Gesellschaft".

Mit der Gründung des Deutschen Reiches war erst ein ausgebreitetes und vertieftes Nationalgefühl entstanden. In Verbindung mit dem großen wirtschaftlichen Aufschwung hatte dies zur Folge, daß man auch mehr um die Deutschen in der Fremde sich bekümmerte, wie schon die Geschichte der letztgenannten Vereine beweist, und daß man außerdem mehr an rein wirtschaftliche Unternehmungen in

anderen Ländern sich wagte. So entstanden ja auch unsere überseeischen Besitzungen und Schutzgebiete. Die ersten Schritte dazu unternahm der „Zentralverein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande" von Professor Dr. Jannasch, vom Jahre 1878, gegründet zur Kräftigung deutschen Ueberseehandels und deutscher Siedelungen, auch mittels einer Wochenschrift, des „Export". Von ihm gingen wertvolle Anregungen verschiedener Art und ähnliche Vereine aus, so der „Verein für Handelsgeographie und Kolonialpolitik" zu Leipzig, von Professor Dr. Hasse 1879 ins Leben gerufen, so auch der „Westdeutsche Verein für Kolonisation und Export" zu Düsseldorf vom Jahre 1881, dessen Begründer, Dr. Friedrich Fabri, mit seiner Schrift „Bedarf Deutschland der Kolonien?" (Gotha, 1879) zu unseren kolonialen Erwerbungen einen wichtigen Anstoß gab. Aus der gleichen Stimmung heraus entstanden bald zwei andere Vereine, der ältere davon 1882 zu Frankfurt a. M. auf Anregung des Fürsten Hermann zu Hohenlohe-Langenburg, unter dem Namen „Deutscher Kolonialverein". Es gelang ihm auch, für deutsche Kolonien Stimmung zu machen; zwei Jahre später zählte er bereits 10000 Mitglieder, besaß eine eigene Zeitschrift und verlegte seinen Sitz nach Berlin. Dort war kurz vorher, Anfang 1884, mit praktischen Zielen die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation" gegründet worden durch den jungen und tatkräftigen Dr. Karl Peters und den Grafen Behr-Bandelin im Bunde mit Dr. Friedrich Lange. Schnell und kühn gingen sie vor, Dr. Peters, Graf Pfeil und Dr. Jühlke, und noch vor Ablauf eines Jahres besaßen sie einen kaiserlichen Schutzbrief für das ausgedehnte Hinterland von Zanzibar. Zu seiner Erschließung entstand die „Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft", unter Oberhoheit des Reiches. Sie wurde 1885

gegründet, erhielt nach zwei Jahren Korporationsrechte, mußte aber die staatlichen Hoheitsrechte 1891 aufgeben. Zur Zeit umfaßt sie etwa 800 Aktionäre und ist die bedeutendste, erfolgreichste aller unserer kolonialen Handels- und Plantagengesellschaften.

Jene beiden einander sich bekämpfenden kolonialen Vereine aber wurden Ende 1887 verschmolzen zur „Deutschen Kolonialgesellschaft"; die Wochenschrift „Kolonial-Zeitung" behielt man bei. Die neue Vereinigung ist anhaltend gewachsen auf über 32000 Mitglieder, 356 Abteilungen (davon 25 außerhalb des Reichsgebietes), 170 Ortsgruppen und ein Vermögen von fast $2^1/_2$ Millionen Mark. An ihrer Spitze steht seit dem Jahre 1895 der um unsere koloniale Sache hochverdiente Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg. Da die koloniale Sturm- und Drangperiode bei uns längst verraucht ist, bewegt sich die Gesellschaft in den ruhigen Bahnen des alten „Kolonialvereines", hauptsächlich indem sie unsere kolonialen Schutzgebiete zu fördern sucht. Seit 1902 unterhält sie außerdem eine Auskunftsstelle für Auswanderer.

Um den kolonialen Gedanken in die Massen zu tragen und freimütig Kritik zu üben, hat im Jahre 1904 Dr. E. Th. Förster zu Groß-Lichterfelde bei Berlin den „Deutsch-völkischen Kolonialverein" geschaffen mit geringem Mitgliedsbeitrag und einer Monatsschrift „Die deutschen Kolonien". Schon vor ihm, 1899, entstand der „Evangelische Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer" zu Witzenhausen a. d. Werra, in Verbindung mit der dortigen deutschen Kolonialschule. Sein Organ, „Der deutsche Auswanderer" erscheint unregelmäßig. In der Fürsorge für die protestantischen deutschen Auswanderer stehen ihm nahe, durch die Aussendung von Predigern und Lehrern, die „Evangelische Gesellschaft für die protestantischen Deutschen in Amerika" zu Barmen (entstanden aus dem „Langenberger Ver-

ein" für Nordamerika von 1837 und dem „Komitee für Brasilien" von 1871, verschmolzen 1881 und seitdem nur für Brasilien und Chile tätig; Organ seit 1863 „Der deutsche Ansiedler"; Leiter Pastor Schreiner), die „Missionsgesellschaft" zu Bremen und viele andere. Ihr Mittelpunkt ist die seit 1882 alljährlich stattfindende „Diasporakonferenz".

Mehr den materiellen Anliegen des gesamten überseeischen Deutschtums dient jetzt auch das 1896 gegründete „Kolonialwirtschaftliche Komitee" zu Berlin mit der Monatsschrift „Der Tropenpflanzer", das in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt und der „Deutschen Kolonialgesellschaft" für die heimische Volkswirtschaft zu wirken sucht durch wirtschaftliche Unternehmungen zur Nutzbarmachung unserer Kolonien und überseeischen Interessengebiete. Zur Förderung der deutschen wirtschaftlichen Anliegen im weitesten Umfange wurde 1903 der „Deutsche Kolonialbund" geschaffen, mit dem Sitz zu Berlin, unter Leitung des früheren Hauptmanns Werther. Auf bestimmte Gebiete beschränken sich: Die Berliner „Deutsche Mittelmeergesellschaft", wie sie seit 1905 heißt; drei Jahre lang führte sie zunächst den Namen „Marokkanische Gesellschaft". Sie hat somit ihr Wirkungsgebiet erweitert. Ehrenvorsitzender ist Professor Dr. Th. Fischer zu Marburg a. d. L., Leiter Dr. Mohr zu Berlin. Ihr Organ, früher „Nordafrika" benannt, ist die „Deutsche Monatsschrift für Kolonialpolitik und Kolonisation". „Afrikanische Kompagnie", Aktien-Gesellschaft für kaufmännischen, landwirtschaftlichen und industriellen Betrieb in Afrika, unter Exzellenz von Liebert, gegründet im Frühjahr 1906, Sitz zu Berlin. Die „Deutsch-Asiatische Gesellschaft". Der „Deutsch-brasilische Verein" von 1898, mit dem Sitz zu Berlin, einigen 400 Mitgliedern und einer Monatsschrift; den Vorsitz führt Kontreadmiral z. D. Plüddemann. Um die Arbeit aller dieser und ähnlicher Vereine, auch der rein religiösen und

wissenschaftlichen, nutzbringend zusammenzufassen, ist seit 1902 der „Deutsche Kolonialkongreß" zu einer dauernden Einrichtung geworden. Von Zeit zu Zeit, zuletzt im Herbst 1905, tritt er in Berlin zusammen, unter Beteiligung jetzt schon von 85 Vereinen.

Die deutschen Auswanderer haben sich auch in ihrer neuen Heimat fast überall zu Vereinen zusammengeschlossen, die mindestens nebenher auch national wirken. Unter ihnen ist der seit Anfang der vierziger Jahre bestehende große, logenartige „Orden der Hermanns-Söhne" auch auf das Mutterland übertragen worden, allerdings nur in unbedeutendem Umfange. Sein Hauptgebiet ist Nordamerika.

Sprache und Schrift.

Das seit 1870 erstarkte Deutschtum empfand es auch sofort besonders schmerzlich, daß unsere Sprache immer noch stark mit Fremdwörtern durchsetzt war. Diese Anschauungen führten schließlich im Jahre 1885, auf Anregung des Braunschweiger Museumsdirektors Professor Dr. Hermann Riegel, zum „Allgemeinen deutschen Sprachverein". Dieser erstrebt die Reinheit und Richtigkeit der deutschen Sprache und damit auch die weitere Kräftigung unseres Volksbewußtseins. Diesem Zwecke dient auch seine monatliche Zeitschrift. Den Hauptvorsitz führt Geh. Oberbaurat Sarrazin zu Berlin, dem Vereinssitze. An Zweigvereinen besitzt er 277, an Mitgliedern rund 26000. Fünf Jahre nach seiner Gründung schuf der Schriftsteller Adolf Reinecke zu Berlin den „Allgemeinen deutschen Schriftverein" zur Pflege und Erhaltung der deutschen (gebrochenen) Schreib- und Druckschrift. Derselbe veranlaßte der Berliner Zweigverein des „Allgemeinen deutschen Sprachvereins" zu einer regen und nach Ansicht des Hauptvereins zu selbständigen Tätigkeit. Diese Gruppe wurde deswegen im Jahre 1895 ausgeschlossen — auch

die Judenfrage spielte mit hinein — und bildete von da an den „Alldeutschen Sprach- und Schriftverein". Diese beiden Reineckeschen Gründungen bilden jetzt im wesentlichen einen Verein, der möglichst scharf vorgeht gegen die Fremdwörter und lateinische Schrift und hauptsächlich in Berlin nebst Umgebung und in Deutsch-Oesterreich Anhänger besitzt.

Schulen.

Inzwischen, schon seit Ende der siebziger Jahre, war man auch auf die Not der Deutschen in Oesterreich aufmerksam geworden. Diese hatten schließlich zur Selbsthilfe gegriffen und zunächst im Jahre 1880, den „Deutschen Schulverein" zu Wien geschaffen. Seine zahlreichen reichsdeutschen Mitglieder mußten sich besonders organisieren; es geschah das bereits im folgenden Jahre im „Allgemeinen deutschen Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande". Er hat seinen Sitz zu Berlin und besitzt ein Monatsblatt „Das Deutschtum im Auslande". Seine Tätigkeit erstreckt sich auf die bedrängten, unbemittelten deutschen Schulen auf der ganzen Erde außerhalb der deutschen Reichsgrenzen. Neuerdings hat er eine Lehrervermittlungsstelle dafür geschaffen. Im letzten Jahre verfügte der Verein über rund 35000 Mitglieder und 156000 Mark Einnahmen, auch konnte er 88000 Mark Unterstützungen ausgeben; insgesamt bisher etwa 2 Millionen. Im Laufe der 25 Jahre seines Bestehens hat er etwa 2 Millionen Mark für seine Zwecke aufgewendet. Von einer Jubelspende in diesem Jahre wird ein erheblicher Zuwachs an Mitteln erwartet. Vorsitzender ist der Kaiserliche Gesandte z. D. Exzellenz v. Braunschweig.

Gemeinsam für Deutschreich und Deutsch-Oesterreich.

Seitdem die nationale Bewegung in Oesterreich eine umfangreiche „Los von Rom-Bewegung" entfacht hat, greift auch der „Evangelische Bund zur Wahrung deutsch-protestantischer

Interessen" dort kräftig ein. Er ist 1886 gegründet, hat seinen Hauptsitz zu Halle a. d. S., 1280 Zweigvereine, 300000 Mitglieder, 51000 Mark Einnahme und als Organ die „Monatskorrespondenz".

Verbände, die das Deutsche Reich und Oesterreich umfassen und wenigstens mittelbar national wirken, sind noch: 1. Der „Deutsch-Oesterreichische Alpenverein", der seit 1874 besteht, jetzt mit 52000 Mitgliedern, 276 Sektionen, davon ein Viertel in Oesterreich, und halbmonatlichen Mitteilungen; 2. die „Deutsche Turnerschaft", seit 1868 unter der Leitung von Dr. Götz zu Leipzig, mit über $^1/_2$ Million Mitgliedern, die sich auf 6300 Vereine verteilen, in 18 Kreisen, darunter Gau 15 und 15A mit über 500 Vereinen für Deutsch-Oesterreich, je nach deren Stellung zur Judenfrage (Gau 15 ist jetzt ausgetreten; 3. der judengegnerische „Deutsche Turnerbund", der sich deshalb im Jahre 1888 von dem vorgenannten losgemacht hat, mit gegen 13000 Mitgliedern in 145 Vereinen, gegliedert in 10 Gaue. Obmann ist O. Kreiß zu Wien, Bundesblatt der halbmonatlich erscheinende „Deutsche Turnerhort" ebenda; 4. der ebenfalls ausschließlich rassendeutsche „Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband", der an anderer Stelle dieses Buches eingehend gewürdigt wird.

Deutsche Jugend.

Die Studentenschaft und sonstige Jungmannschaft hat sich ebenfalls längst national zusammengeschlossen. Mit dem Entstehen der antisemitischen Bewegung sind genau 10 Jahre nach der Kaiserkrönung zu Versailles die „Vereine Deutscher Studenten" ins Leben gerufen, die jetzt an fast allen Universitäten und Hochschulen bestehen, 25 an Zahl, zusammengefaßt zum „Kyffhäuserverbande"; in den „Akademischen Blättern" besitzen sie eine Halbmonatsschrift. Auch die Burschenschaften, Korps, Landsmannschaften und Akademischen Turnerschaften und -Turn-

vereine sind gut national, alle mit eigenen Verbandszeitungen und Tausenden von Mitgliedern, Aktiven, Inaktiven und Alten Herren.

Die nicht studierende Jugend besaß im „Jungdeutschen Bunde" einen hoffnungsvollen Zusammenschluß. Er hieß bis 1899 „Wartburgbund" und umfaßte eine größere Anzahl von „Jugendbünden", deren ältester zu Kassel 1886 entstanden ist. Jetzt sind seine einzelnen Ortsgruppen entweder ganz eingegangen oder zu selbständigen völkischen Ortsvereinen unter verschiedenen Namen geworden. Die leistungsfähigsten unter diesen sind oder waren bis vor kurzem die zu Hamburg, unter Hermann Muthorsts Leitung, zu Nürnberg, Würzburg, Leipzig, Gera, Kassel, Stuttgart, Pinneberg und Dresden. Außerdem ist vom Stuttgarter Verein aus im Jahre 1902 eine „Deutsch-völkische Vereinigung" ausgegangen, die alle stramm nationalen Vereine und Ortsgruppen von solchen umfassen soll, zunächst in Süddeutschland. Auch von diesem Unternehmen hat man lange nichts mehr gehört.

Alldeutscher Verband.

Zum Hauptkämpfer für die nationale Sache hat sich der „Alldeutsche Verband" entwickelt*) als die Zusammenfassung aller Deutschgesinnten der entschiedeneren Tonart, mit dem Hauptsitz zu Berlin, etwa 20000 Mitgliedern (unter Berücksichtigung der körperschaftlichen verfügt er etwa über rund 100000 Anhänger), 207 Ortsgruppen und eine Wochenschrift „Die Alldeutschen Blätter". Er will das Gewissen des deutschen Volkes sein und erstrebt die Gemeinbürgschaft aller Deutschen und aller deutschen

*) Näheres in den Schriften: Hugo Grell „Der Alldeutsche Verband, seine Geschichte, seine Bestrebungen und Erfolge" bis 1898; „Kundgebungen, Beschlüsse und Forderungen des Alldeutschen Verbandes", 1890—1902; Heft 8 und 14 der Flugschriften. J. F. Lehmanns Verlag, München. Dr. Guntram Schultheiß, „Deutsch-nationales Vereinswesen" (2. Heft vom „Kampf um das Deutschtum", 1897, J. F. Lehmanns Verlag, München).

Stämme, einschließlich der Niederländer. Der Keim zum „Alldeutschen Verband" wurde bereits im Jahre 1886 gelegt auf dem „Allgemeinen deutschen Kongreß" (dem Vorläufer des „Deutschen Kolonialkongresses", nur umfassender als dieser) zu Berlin. Er war gedacht als Sammelstelle aller nationalen Vereine und darum „Allgemeiner deutscher Verband" genannt worden. Die Vereine waren jedoch nicht unter einen Hut zu bringen, und als Dr. Peters, die Haupttriebfeder für dieses Bestreben, nach Afrika zurückkehrte, ging die neue Schöpfung bald ganz zugrunde. Da erfolgte seine Neugeburt im Jahre 1891, als Folge des weit verbreiteten Unwillens über den Zanzibar-Helgolandvertrag mit England vom 1. Juli 1890. Schon nach einem Jahr waren es 21000 Mitglieder. Im Jahre 1894 erhielt er seinen jetzigen Namen, nachdem ein Jahr zuvor, an Stelle von der Heydts, Professor Dr. Hasse erster Vorsitzender geworden war. Ihm zur Seite stand als treuer Helfer Dr. Lehr, der jedoch im Jahre 1901 starb. Der „Alldeutsche Verband" umfaßt somit sämtliche nationalen Fragen und will da, wo diese durch Sondervereine vertreten werden, nur ergänzen.

Ostmarken. So ist er zuerst in der polnischen Frage im preußischen Osten größtenteils abgelöst worden, weil dafür 1894 der „Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken" sich bildete, der seit 1899 kürzer „Deutscher Ostmarkenverein" heißt, bei den Polen aber den Spottnamen „H.K.T.-Verein" trägt, nach den Anfangsbuchstaben seiner drei Gründer Dr. v. Hansemann, Kennemann und v. Tiedemann. Die nicht ganz 40000 Mitglieder (mit bald 100000 Mark Jahresbeiträgen) verteilen sich hauptsächlich auf 330 Ortsgruppen und 50 Sammelstellen. Die immer stärker anwachsende Arbeit muß jetzt bereits in vier Geschäftsstellen erledigt werden, zu Berlin, Posen, Breslau und Danzig. Seine monatliche Vereinsschrift ist die „Ostmark"; ihr halb-

monatliches Erscheinen wird geplant. Seine Schöpfungen sind: über 600 Volks-Büchereien; Stipendien und Stiftungen zur Unterstützung von Landwirten und anderen Gewerbetreibenden, auch für ihre Ausbildung u. dgl.; seit 1903 eine Feldarbeiter-Zentralstelle, namentlich zur Verdrängung der polnischen Wanderarbeiter durch deutsche Rückwanderer, Vlamen usw.; seit 1904 ein Ostmarkenschatz und seit 1906 eine Gewerbe-Auskunftsstelle, um die Niederlassung tüchtiger deutscher Handwerker im Osten zu fördern. Ihm nahe steht der 1900 geschaffene „Verband der deutschen katholischen Vereine" zu Hohensalza mit 24 Ortsvereinen und dem Organ „Katholische Rundschau" zu Krotoschin.

Neben dem „Deutschen Ostmarkenverein" wirken seit 1896: Der „Deutsche Frauenverein für die Ostmarken" und, unter dem Einflusse des „Alldeutschen Verbandes", der „Evangelische Verein für Waisenpflege in der Provinz Posen", der deutsche Waisenhäuser einrichten will zur Ausbildung von jungen Landwirten und Handwerkern für den Osten, also als Durchgangsstelle. Eine solche Anstalt ist auch bereits zu Neu-Zedlitz, im Kreise Witkowo geschaffen worden. Ein ähnliches Unternehmen wird für Reichthal in Schlesien geplant. Die Waisenanstalt Bethlehem zu Groß-Tillitz bei Neumark i. Westpr. ist ein Werk des „Evangelischen Bundes".

Der vor einigen Jahren gemachte Vorschlag, für Elsaß-Lothringen einen entsprechenden deutschen Westmarkenverein zu schaffen, ist nicht verwirklicht worden und auch bei weitem nicht so dringend. Westmark.

Für den deutschen Norden besteht seit 1891 der „Deutsche Verein für das nördliche Schleswig", unter dem Vorsitze des Amtsrichters Dr. Hahn, mit dem Sitze zu Hadersleben, über 5000 Mitgliedern, 50 Ortsabteilungen, 5000 Mark Jahreseinnahmen und einer Vierteljahresschrift Nordmark.

„Nordmark". Mustergültig sind die von ihm veranstalteten deutschen Abende. An der nördlichsten Grenze entfaltet der „Deutsche Ansiedelungsverein" zu Rödding seine kolonisatorische Tätigkeit, um das Land mit deutschen Bauern zu besetzen, ähnlich der „Landbank" zu Berlin, der „Deutschen Besiedelungsgesellschaft" zu Berent (Westpreußen) und namentlich der „K. Ansiedelungskommission" zu Posen.

Flotte.

Nachdem der „Alldeutsche Verband" noch im Jahre 1897 eine umfangreiche Agitation für die Vermehrung der deutschen Kriegsflotte mit Erfolg geführt hatte, entstand im folgenden Jahre der „Deutsche Flottenverein", der eine ganz besondere Kraft dafür entfaltet und es auf etwa 420000 Mark Vermögen, 7300 Gruppen und $^1/_4$ Million Einzelmitglieder gebracht hat; rechnet man die vielen körperschaftlich beigetretenen Vereine hinzu, Kriegervereine u. dgl., so verfügt er über eine Gefolgschaft von etwa 810000 deutschen Männern. „Die Flotte", das Vereinsblatt, wird monatlich in einer Auflage von über 300000 Abzügen verbreitet, abgesehen von vielen Drucksachen zur Werbung und Aufklärung. Diesen Zwecken dienen auch die von ihm veranstalteten umfangreichen Fahrten aus dem Binnenlande, namentlich von Schülern, zu unseren Kriegshäfen. Präsident ist Otto Fürst zu Salm-Horstmar. Dem Flottenverein wurde im Frühjahr 1906 ein „Flottenbund deutscher Frauen und Jungfrauen" angegliedert. Ebenfalls von Berlin geht aus der jenem nahestehende „Hauptverband deutscher Flottenvereine im Auslande", der die Deutschen in fremden Ländern dazu veranlaßt, durch Zahlungen und andere Leistungen unsere Seemacht zu kräftigen, und auch sonst jene Landsleute zusammenhalten will. In dieser Beziehung ähneln seine Zweigvereine den ausländischen Ortsgruppen des „Alldeutschen Verbandes". Er zählt ungefähr 3000 Mitglieder, darunter sehr leistungsfähige. In-

folgedessen ist es ihm gelungen, vom Ergebnis der Sammlungen das Fluß-Kanonenboot „Vaterland" zu bauen, das die deutsche Kriegsflagge auf den chinesischen Strömen zeigt.

Engere Gemeinschaften.

Nach reinem, vertieftem Deutschtum in jeder Hinsicht, unter stiller, aber bestimmter Abwehr des Judentums, strebt der „Deutschbund", als eine Art Loge des Deutschtums auf der Grundlage freundschaftlichen Zusammenschlusses. Seine etwa 900 Mitglieder, unter dem Namen von „Brüdern", „Freunden" und „Freundinnen", verteilen sich auf 34 „Gemeinden" und sind je nach Ueberzeugung und Art der Befähigung zu unermüdlicher Betätigung des Deutschtums sowie zur Förderung der verschiedenen nationalen Parteien, Vereine und Bestrebungen verpflichtet. Bundesorgan sind die monatlichen „Deutschbund-Blätter". Begründet wurde der Bund 1894 vom „Bundeswarte" Dr. Friedrich Lange, dem Herausgeber der „Deutschen Zeitung" zu Berlin.

Eine ähnliche Bildung ist der „Deutsche Volksbund", doch lauter und schärfer in der Betonung des Germanischen gegenüber Juda, Rom und dem Slaventum, 1897 entstanden aus dem „Germanischen Volksbunde", jetzt mit rund 1000 Mitgliedern. Hauptsitz ist Berlin, das täglich erscheinende Bundesblatt die „Deutsche Hochwacht" zu Stettin. Seine Einrichtung ist noch logenartiger; unter den drei Großmeistern befinden sich Professor Dr. Paul Förster und Hans v. Mosch.

Deutsche Gesinnung und deutsche Reformgedanken auf allen Gebieten vertritt seit 1902 die Halbmonatsschrift „Hammer" von Theod. Fritsch zu Leipzig. Um diese Bestrebungen zu pflegen und zu verbreiten, haben sich während der letzten Jahre in verschiedenen deutschen Städten „Hammer-Gemeinden" gebildet. Man plant ihren Zusammenschluß zu einem „Hammerbunde". Der „Bund

deutscher Volkserzieher" bezweckt ebenfalls den Zusammenschluß deutscher Männer und Frauen zu ähnlichen Bestrebungen zur Gesundung unserer Zustände. Stifter des Bundes ist Wilh. Schwaner zu Berlin, sein Organ dessen 14tägige Zeitung „Der Volkserzieher" (seit 1897).

Das Gedächtnis an den Gründer des Deutschen Reiches wird seit 1901 durch einen besonderen „Deutschen Bismarckbund" gepflegt. Er wird geleitet von Fabrikant Alberti zu Goslar und gibt Bundesmitteilungen heraus. Im besonderen betreibt er die Errichtung von Bismarckdenkmälern und -Feuersäulen.

Einzelne Ziele.

Rein national-politisch, ohne einer bestimmten Partei zu dienen, sind auch die Neugründungen: Professor Dr. Lehmann-Hohenbergs „Deutscher Rechtsbund" von 1901, jetzt zu Weimar, mit der Halbmonatsschrift „Rechtshort" und dem Hauptziel, unser Recht wieder zu germanisieren, und der „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie". Dieser ist erst im Jahre 1904 von Generalleutnant von Liebert und Dr. Bovenschen zu Berlin ins Leben gerufen, hat aber bereits bedeutende Erfolge und großen Zuwachs zu verzeichnen. Auch der einige Jahre ältere „Deutsche Reichswahlband" von Dr. Fr. Lange ist in ihm aufgegangen. Er zählt jetzt bald 100000 Mitglieder und verfügt über entsprechende bedeutende Jahreseinnahmen. Der ihm nahestehende „Ausschuß für nationale Politik" umfaßt national besonders tätige Männer. National-wirtschaftliche Ziele verfolgen die „Deutsche Mittelstands-Vereinigung", mit Hannover als Mittelpunkt, und die „Sächsische Mittelstands-Vereinigung" zu Leipzig. An dieser Stelle kann auf sie nicht näher eingegangen werden.

Allgemein „patriotisch" sind die überall in Stadt und Land bestehenden deutschen Krieger- und Kampfgenossen-Vereine, fast alle zusammen-

gefaßt im „Kyffhäuserbund der deutschen Landes-Kriegerverbände" (etwa 25000 Vereine mit bald $2^1/_4$ Millionen Mitglieder). Im wesentlichen auf wirtschaftlichem Gebiete liegt die Tätigkeit vom „Bund der Landwirte" zu Berlin (1893 gegründet, über 270000 Mitglieder, wöchentliches „Bundesblatt") und der „Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege", ebenfalls zu Berlin (1896 gegründet, 1100 Mitglieder, Halbmonatsschrift „Das Land", Geschäftsführer Heinrich Sohnrey), mit einer besonderen Auskunftsstelle für bäuerliche Ansiedlungen. Sein älterer Name ist „Ausschuß für Wohlfahrtspflege auf dem Lande".

Deutsche „Ausländer".

Unsere Volksgenossen aus dem Auslande, die länger oder kürzer im Deutschen Reiche leben, haben sich ebenfalls schon hier und da zu nationalen Vereinen zusammengeschlossen. Unter ihnen mögen hier hervorgehoben werden die „Vereine der Deutsch-Oesterreicher" zu Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen Aue, Limbach, Glauchau, Greiz und Hamburg, der „Verein deutsch-österreichischer Hochschüler" zu Darmstadt, die „Vereinigung siebenbürgisch-sächsischer Hochschüler" zu Berlin und sonstige „Vereine Siebenbürger Sachsen" zu Berlin, Stuttgart usw.; sie alle sollen zu einem „Bund" geeint werden.

Zusammenfassendes.

Alles in allem besteht also eine stattliche Zahl nationaler Vereine innerhalb der deutschen Reichsgrenzen. Hierbei darf aber nicht übersehen werden, daß viele ihrer Unterabteilungen untätig sind und weiter, daß zahlreiche Mitglieder in ihnen zwei oder noch mehr Vereinen dieser Art angehören, also mehrfach gezählt werden.

Der dem früheren „Allgemeinen deutschen Verbande" zugrunde liegende Gedanke, die Zersplitterung im deutsch-nationalen Vereinsleben zu beseitigen, scheint vorläufig undurchführbar zu sein. Um diesen Uebelstand wenigstens zu mildern, ist die

oben bereits erwähnte „Deutsch-völkische Vereinigung" im Jahre 1902 zu Stuttgart begründet worden. Noch mehr Erfolg verspricht aber das Zusammengehen von Fall zu Fall, namentlich der Unterabteilungen mehrerer Vereine an demselben Ort, zur Veranstaltung gemeinschaftlicher Festlichkeiten, den sog. „Deutschen Abenden", auch Sonnwendfeiern und dgl. An größeren dieser Art sind schon seit Jahren bekannt die zu Dresden, Potsdam, Görlitz und Heidelberg. Im letzten Herbst haben zu Obornik die deutschen Vereine verschiedenster Art (der Flotten-, Deutsche-, Jünglings-, Landwehr-, Männergesang-, Männerturn-, Lehrer- und landwirtschaftliche Verein) zu einem Verbande sich zusammengeschlossen, um im Winter sonntägliche Zusammenkünfte zu veranstalten.

Was wir an nationalem Zusammenhalt, an kräftigerem Nationalgefühl und an größerer Opferwilligkeit dafür noch leisten können, das lehren uns die vielen Feinde, die wir in unserer nächsten Nachbarschaft besitzen. Wir sollten uns diese zum Muster nehmen,*) nachdem sie bei Einrichtung ihrer Vereine hauptsächlich die unseren als Vorbilder nachgeahmt haben.

Das Vereinswesen der Deutschen außerhalb des Reiches wird an anderen geeigneten Stellen dieses Buches behandelt.

II.

Das nationale Zeitungswesen kann hier nur ganz kurz behandelt werden. Die verschiedensten Vereinsorgane sind oben schon auf-

*) Besonders lehrreich sind dafür die kleine Schrift von Jos. A. Hoyer, „Deutsche und Tschechen im Kampfe für ihr Volkstum" (1904, Zittau i. S., Hans Lüstenröder, 10 Pfg.) und der letzte Jahresbericht der „Südmark" (Graz i. St., 1905), dagegen wie man es meistens nicht machen soll, das Schriftchen „So kämpfen unsere Feinde!" (1905), Troppau. Hauptleitung der „Nordmark". (10 Pfg).

geführt worden; sie werden hauptsächlich von den Mitgliedern gelesen und erscheinen fast durchweg in längeren Zeiträumen, von einer Woche an. Die übrigen nationalen Blätter einzeln aufzuzählen ist mißlich, aus verschiedenen Gründen, schon wegen der Gefahr, daß bei der Aufzählung das eine oder das andere übergangen wird, sodann weil hier keine umfangreiche Zeitungsliste aufgetischt werden kann und schließlich, weil zu häufig Aenderungen eintreten.*)

Ich muß mich daher hier hauptsächlich auf eine kurze Uebersicht beschränken und im übrigen die Leser bitten, brieflich bei mir genauere Auskunft einzuholen.**)

Im Reiche.

Die im Deutschen Reiche öfter als einmal wöchentlich erscheinenden Zeitungen von mehr als örtlicher Bedeutung und gut deutscher Richtung schätze ich auf rund 20; ebensoviel dürften die seltener ausgegebenen, die sog. Zeitschriften, betragen. Dazu kommen noch viele kleinere Provinzialblätter, namentlich im Osten. Dabei erscheinen aber zur Zeit im Deutschen Reiche etwa 5500 Zeitungen, von denen sich noch viele als „patriotisch" bezeichnen, während eine ebenfalls nicht geringe Anzahl unter ihnen geradezu als deutschfeindlich gelten kann, ganz abgesehen von den polnischen, dänischen, französischen und ähnlichen, vor allen das sozialdemokratische, also internationale führende Organ, der „Vorwärts" und die ebenfalls sehr einflußreiche ultramontane „Kölnische Volkszeitung", oder, wie sie wegen ihrer

*) So habe ich Mitte 1903 in den „Alldeutschen Blättern" ein möglichst genaues Verzeichnis der „deutschen und deutsch-feindlichen Zeitungen auf wichtigen Posten" gegeben, und jetzt stimmt darin schon vieles nicht mehr. Dauernd auf dem Laufenden bezüglich der Veränderungen erhält die „Deutsche Erde" von Professor Langhans zu Gotha, Justus Perthes.

**) „Das nationale Zeitungswesen" ist auch ein Vortragsthema von mir.

unheilbaren Polenfreundschaft spottweise genannt wird, die „Gazeta Bachemska".

Die rein nationale Presse, gänzlich oder im wesentlichen ohne Parteifarbe, ist erst während der letzten Jahrzehnte entstanden. Unter ihnen sind an Tageszeitungen besonders hervorzuheben: die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" zu Essen a. d. Ruhr, „Hamburger Nachrichten", das bekannte Bismarckblatt, die „Leipziger Neueste Nachrichten", „Eisleber Zeitung", „Allgemeine Zeitung" zu München, „Deutsche Wacht" zu Dresden, der „Göttinger deutsche Bote" und zu Berlin die „Tägliche Rundschau", „Deutsche Zeitung", Staatsbürger-Zeitung" und „Neueste Nachrichten". Ganz national geleitet sind auch: die Berliner christlich-soziale Zeitung „Das Reich", die agrarische „Deutsche Tageszeitung" daselbst und das deutsch-soziale Halbwochenblatt „Deutsches Blatt" zu Hamburg. Zeitschriften auf demselben Gebiete sind außer den bereits genannten Vereinsorganen, an Wochenblättern: die „Deutsche Welt" von Dr. Fr. Lange, „Zeitfragen" von Fritz Bley und „Der Deutsche" von Adolf Stein, sämtlich zu Berlin und die „Wartburg" zu München. In längeren Zwischenräumen erscheinen der „Hammer" von Theod. Fritsch zu Leipzig, die „Deutsche Monatsschrift" von Dr. Otto Hötzsch, „Deutsche Kultur" von Heinrich Driesmanns, „Heimdall" von Adolf Reinecke, „Deutsche Erde" von Professor Paul Langhans, „Iduna" von Dr. Ernst Wachler, „Grenzboten", „Düsseldorfer Monatshefte" und „Deutschland" von Graf Hoensbroech. Auch die „Deutsche Dorfzeitung" von Heinrich Sohnrey zu Berlin, die neue Wochenschrift „Deutschlands Jugend" und „Südafrika" des Freiherrn von Reibnitz und die „Blätter für deutsche Erziehung" von Arthur Schulz zu Friedrichshagen dürfen hier nicht vergessen werden. In der preußischen Ostmark stehen in der ersten Kampfreihe der „Kujawische Bote" zu Hohensalza, die „Ostdeutsche Rund-

schau" zu Bromberg, das „Posener Tageblatt", „Der Gesellige" zu Graudenz, die Breslauer „Schlesische Zeitung" und die „Kattowitzer Zeitung".

Im übrigen Deutschland.

Die nationalen Stürme in Oesterreich wirkten schon lange auf die dortige Presse ungemein befruchtend. An großen und kleinen Orten, auf weiteren und engeren Gebieten werden hauptsächlich mit ihrer Hilfe die nationalen Schlachten geschlagen. Die weit ausgebreitete kleine Presse von ausgesprochen alldeutscher Gesinnung ist hauptsächlich im Laufe der neunziger Jahre neu entstanden oder aus älteren farblosen oder liberalen Blättern hervorgegangen. Führende Zeitungen sind hier: das „Grazer Tagblatt", das „Wiener deutsche Tagblatt" (früher „Ostdeutsche Rundschau"), das im Lager von Karl Hermann Wolf erscheint, und die „Deutsche Arbeit", Monatsschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen. In Schönerers Sinne, zu Wien, werden geleitet das „Alldeutsche Tagblatt" und die Iroschen „Unverfälschten deutschen Worte" und im fernen Tschernowitz die „Bukowina-Nachrichten".

Ein hartes Los unter madjarischem Druck ist den deutsch geschriebenen und gesinnten Zeitungen in Ungarn beschieden. Ihre Zahl beläuft sich auf etwa 24, darunter zwei Drittel sächsische in Siebenbürgen. Hier müssen hervorgehoben werden: das „Siebenbürgisch-deutsche Tagblatt" zu Hermannstadt, die „Kronstädter Zeitung", der „Deutsch-ungarische Volksfreund" zu Temesvar und das „Deutsche Volksblatt für Syrmien" zu Ruma in Slawonien, die beiden letzteren Wochenblätter für die Schwaben in jenen Gegenden.

Ein nicht minder schweres Dasein hatten bisher die rund 30 deutschen Preßerzeugnisse in Rußland, namentlich in den Ostseeprovinzen. Vielleicht bringt ihnen die Verfassung mehr Bewegungsfreiheit; auf dem Papier ist sie ihnen ja bereits zugestanden worden. Unter ihnen stehen im Baltenlande die sämtlichen Rigaer deutschen Zeitungen an der Spitze. Außer-

dem sind zu nennen die „St. Petersburger Zeitung" und die „Moskauer Deutsche Zeitung".

In der freien Schweiz könnte schon eine deutsch-nationale Presse bestehen, namentlich gegenüber dem vordringenden Welschtum; sie beschränkt sich jedoch nur auf wenige Zeitungen, und auch da innerhalb ganz bescheidener Grenzen. Hierhin gehören die „Neue Zürcher Zeitung" und neuerdings noch der „Berner Jura" und die zu Brieg in Wallis erscheinenden Blätter.

Noch schlechter um eine wirklich deutsch fühlende Presse steht es im Luxemburger Ländchen. Erfreulicher ist schon der Anblick der 5 hochdeutschen Zeitungen im östlichen Belgien, darunter die „Arloner Zeitung".

In der Fremde.

In der Fremde, außerhalb geschlossener deutscher Sprachgebiete werden weit mehr deutsche Blätter hergestellt, als die meisten ahnen. Allein schon von den ganz vereinzelt erscheinenden sind es mehr als 30, in London, Kopenhagen, Amsterdam, Paris, Norditalien, Bukarest, Konstantinopel, Mexiko, Argentinien, Chile, China, Südafrika, Australien usw. Dazu kommen aber noch 7 in den wichtigeren deutschen Schutzgebieten, über 30 in Südbrasilien und etwa 740 in den Vereinigten Staaten. Die meisten dieser Zeitungen in Nordamerika besitzen aber nur geringe Bedeutung, auch nimmt ihre Zahl mehr ab als zu. Im einzelnen mögen hier hervorgehoben werden: die „Pariser Zeitung", „Londoner Zeitung Hermann", der „Ostasiatische Lloyd" zu Shanghai, die „Deutsche Japanpost", das „Argentinische Wochenblatt" zu Buenos Aires, „Valdivias Deutsche Zeitung", der „Urwaldbote" zu Blumenau in Südbrasilien und in Nordamerika die „Illinois Staatszeitung" zu Chicago, die „Abendpost" zu San Franzisko, die „Vereins- und Logenzeitung" zu Philadelphia und der „Texas Vorwärts" zu Austin.

Im ganzen gibt es auf der Erde etwa 9700 Zeitungen in deutscher Sprache, die sich hauptsächlich verteilen auf das Deutsche Reich, Oesterreich, die Schweiz und Nordamerika. Ungefähr die Hälfte aller Zeitungen auf diesem Wandelstern erscheint in englischer Sprache. Davon dürften die meisten unsere Feinde sein. Dazu kommen die vielen französischen und unter französischem Einfluß stehenden Blätter, nicht minder die meisten italienischen, slawischen, madjarischen und dänischen Zeitungen, Belgien, in Holland, Japan und Südamerika. Verschiedene ausländische Blätter bekämpfen sogar in deutscher Sprache das Deutschtum planmäßig, so vor allem der „Pester Lloyd", das „Agramer Tagblatt", „Die Drau" in Essek, die „Prager Politik", der „St. Petersburger Herold" und schließlich sechs deutsch-brasilianische Blätter, darunter die „Blumenauer Zeitung". Feinde.

Wir besitzen aber auch anderwärts Freunde, so in den Niederlanden, Südafrika, Skandinavien, Rumänien und der Türkei. Die gemeinsamen Leiden durch madjarische Willkür haben die deutschen, rumänischen und serbischen Zeitungen Ungarns zusammengeführt. Auf dieselbe Seite ist im polnisch geknechteten Galizien die ruthenische Presse gedrängt worden. Freunde.

So beeinflussen die nationalen Kämpfe immer stärker das Leben der Völker und zwingen die einzelnen, dazu Stellung zu nehmen. Möge diese Einsicht gerade bei uns Deutschen bald ganz allgemein werden! Nur so kann das deutsche Volk auf die Dauer sich halten gegenüber seinen vielen und tatkräftigen Gegnern.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband.

Von Richard Döring.

Entstehung.

Am 2. September 1893 bildete sich in Hamburg eine Vereinigung antisemitischer Handlungsgehilfen. Der Vorsatz, dem Eindringen sozialdemokratischer Bestrebungen in den Handlungsgehilfenstand entgegenzuwirken, hatte die kleine Schar gleichgesinnter Gehilfen zusammengeführt. Gar bald mußte sie sich aber davon überzeugen, daß es nicht genüge, in öffentlichen Versammlungen mit Sozialdemokraten die Klingen zu kreuzen, sondern daß es auch nötig sei, den in Hamburg bestehenden Verein für Handlungskommis von 1858, die damals größte bürgerliche Organisation der Handlungskommis, zu sozialpolitischer Tätigkeit zu ermuntern. Aber diese Versuche, obwohl mit Entschlossenheit unternommen, schlugen fehl. Die in den Generalversammlungen des Kommisvereins in den Jahren 1894 und 1895 gestellten Anträge der deutschnationalen Vereinsmitglieder wurden nicht nur abgelehnt, sondern das Ehrengericht des 58er Vereins schloß auch die unbequemen Mahner kurzerhand aus, um wieder Ruhe zu bekommen. Aber eine mächtige Protestversammlung der Handlungsgehilfen von Hamburg-Altona, die am 20. September 1895 stattfand, sprach den Ausgeschlossenen ihr Vertrauen aus.

Die kleine Vereinigung, die sich im September 1893 zusammengefunden hatte und deren Anhängerzahl inzwischen auf 500 angewachsen war, empfand instinktiv, daß die Zeit gekommen war, um die deutschen Handlungsgehilfen in einer unabhängigen Organisation zusammenzuschließen. Dieses Empfinden steigerte sich zur Gewißheit, nachdem man in den eigenen Reihen in der Person von Wilhelm Schack einen weitblickenden Führer entdeckt hatte, der mit der überzeugenden Beredsamkeit des geborenen Agitators ein ungewöhnliches Organisationstalent vereinigte. Am 1. Januar 1896 stellte sich Wilhelm Schack ganz in den Dienst des jungen Unternehmens. Damals zählte der Verband 570 Mitglieder.

Wesen des Verbandes.

Und heute? Jetzt ist der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband der größte kaufmännische Verein der Welt. Am 1. Januar 1906 zählte er **75695** Mitglieder. — Worauf beruht die Anziehungskraft des Verbandes? In erster Linie zweifellos in seiner freimütigen, deutschradikalen Gesinnung. Juden und sich in einem bewußten Gegensatz zum Deutschtum befindende Angehörige anderer Nationen werden in den Verband nicht aufgenommen. Die größte Organisation des deutschen Kaufmannsstandes ist unabhängig vom Judentum! Unabhängig ist der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband aber auch von der selbständigen Kaufmannschaft. Der Verband ist die Interessenvertretung der deutschen Handlungsgehilfen, die seiner Wirksamkeit bereits eine Fülle sozialpolitischer Erfolge verdanken, Erfolge, die den Staats-, Landes- und Gemeindebehörden abgerungen wurden. Dafür nur drei Beispiele. Am 1. Oktober 1900 trat das Ladenschlußgesetz in Kraft, am 1. Januar 1904 wurde der Krankenversicherungszwang auf die kaufmännischen Angestellten ausgedehnt, am 1. Januar 1905 konnten die Kaufmanns-

gerichte ihre Tätigkeit beginnen. Als wesentlichste Ziele, denen der Verband gegenwärtig zustrebt, sind zu nennen: Einführung völliger Sonntagsruhe, reichsgesetzlicher 8 Uhr-Ladenschluß, Höchstarbeitstag für Kontorangestellte, Handelsinspektoren, Beseitigung der Konkurrenzklauseln, Regelung des Lehrlingswesens, Einschränkung der Frauenarbeit, Festsetzung von Mindestgehältern, Errichtung von Handlungsgehilfenkammern, staatliche Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Aber auch die Selbsthilfe wird im Verbande nicht vernachlässigt. Die Abteilung für Rechtsschutz erteilte allein im Jahre 1905 rund 5800 schriftliche und mündliche Rechtsauskünfte, übernahm bei 470 Streifällen die Vermittelung, gewann 41 Prozesse und verschaffte den Mitgliedern 56 Zeugnisse und 24223 Mk. vorenthaltene Gehälter. Von 1896 bis Ende 1905 wurden 28200 Rechtsauskünfte erteilt, bei 4266 Streitigkeiten wurde die Vermittelung übernommen, 852 Prozesse wurden geführt und den Mitgliedern 564 Zeugnisse und 163637 Mk. vorenthaltene Gehälter verschafft. Die Auskunftei, die dem Stellesuchenden Auskünfte über die Anstellungsverhältnisse fremder Firmen vermittelt, wurde im Jahre 1905 in 3299 Fällen in Anspruch genommen, seit 1898 wurden 12465 Auskünfte erteilt. Die Stellenvermittelung besetzte im Jahre 1905 1516 offene Stellen, die Gesamtzahl der bisher vermittelten Stellen beträgt 5841. Die Darlehenskasse zahlte 8280 Mk. im Jahre 1905 an Darlehen aus, die gesamten Auszahlungen der Kasse belaufen sich auf 45979 Mk. Die Auszahlungen der Versicherung gegen Stellenlosigkeit betrugen im Jahre 1905 29770 Mk. Diese Versicherungskasse begann ihre Auszahlungen am 1. Juli 1898. Bis zum 31. Dezember 1905 waren die Auszahlungen für Versicherungsrenten auf 233000 Mk. angewachsen, das Vermögen der Kasse belief sich Ende 1905

auf rund 270000 Mk. Die Aufwendungen der Kranken- und Begräbniskasse betrugen im Jahre 1905 rund 288000 Mk., die für ärztliche Behandlung, Heilmittel, Kranken- und Begräbnisgeld ausgegeben wurden. Die gesamten Aufwendungen für Kassenmitglieder seit 1899 belaufen sich auf 640000 Mk. Das Vermögen der Kasse beträgt 185000 Mk.

Kennzeichen der Größe.

Der Verband besitzt neuerdings in Hamburg, am Holstenwall, ein eigenes Geschäftshaus, beschäftigt über 100 Angestellte und unterhält eigene Geschäftsstellen in Berlin, Leipzig, Köln, Mannheim, Breslau, Chemnitz, Dresden, Hannover, Magdeburg, Stuttgart und Wien. Die 912 Ortsgruppen des Verbandes verteilen sich über die ganze Erde.

Auf dem Gebiete der kaufmännischen Vereinsbildungen stellt der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband das größte Unternehmen der Welt dar. Sein Schöpfer und Vorsteher Wilhelm Schack ist seit dem 29. Juni 1900 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft und seit dem 17. November 1905 Mitglied des Deutschen Reichstages.

Der Ultramontanismus.

Von Ernst Hauviller.

Definition.

Das hervorragend politische Bewußtsein, welches Papsttum und Hierarchie von sich selbst, von ihrer in der Vergangenheit Jahrhunderte hindurch anerkannten und von allen sogenannten strengkirchlich gesinnten Katholiken der Gegenwart festgehaltenen „Kulturmission" besitzen, das System und die Normen, nach welchen dieses politische Bewußtsein sich äußert —, das nennen wir Ultramontanismus. Demnach ist der Ultramontanismus der Inbegriff jener teils klar ausgesprochenen, teils aber auch in verhüllter Form vorgetragenen römischen Lehren, welche die Vorherrschaft der Hierarchie auf allen Gebieten des Völkerlebens als die von Gott gewollte Weltordnung hinstellen. Dieser „jenseits der Berge" entstandene Sammelbegriff umfaßt wie mit weltumspannenden Armen, mit seinen Ansprüchen auf das staatliche und das bürgerliche Leben alles das, was auf die religiöse und die politische Leitung des einzelnen wie der Gesamtheit abzielt.

Gemeinsame Grundlage von Katholizismus und Ultramontanismus.

Und, um es gleich hier zu sagen, der Ultramontanismus als politisches System hat das mit dem Katholizismus als Religion gemeinsam, daß er wie dieser im Gegensatz zum Protestantismus nicht an erster Stelle als Sache des Gemüts, des

persönlichen Seelenlebens gelten will und kann, sondern als das Ergebnis verstandesmäßiger, auf spekulativem Wege erlangter Schlußfolgerungen. Mit logischer Unerbittlichkeit hält er an seinen, von seinem Standpunkte aus absolut wahren Grundsätzen fest, und seine Größe besteht gerade darin, daß er selbst als Besiegter nur der äußeren Macht scheinbar nachgibt, ohne jemals in der Theorie auch nur einen Schritt von seiner unwandelbaren Richtlinie abzuweichen. Er kann dies um so leichter, als er mit der Vergänglichkeit aller gegnerischen Strömungen und mit der Wandelbarkeit aller irdischen Regierungen und Dynastien rechnet. Alte Geschlechter sinken kampfesmüde dahin und junge, unerfahrene Generationen lösen sie ab, die sich dann durch den harmlosen äußeren Schein des von ihnen noch kaum geahnten ultramontanen Weltsystems bestechen lassen.

Die Politik des europäischen Laien- und Kulturstaates kennt im Gegensatze zum Ultramontanismus keine starren Traditionen, die um ihrer selbst willen bestehen. Sie ist insofern individualistisch, als sie sich vor allen Dingen nach den nationalen und zeitgenössischen Bedürfnissen richtet. Ganz anders die ultramontane Weltpolitik. Ihr Kurs ist immer der gleiche und dem politischen Leiter des Schiffleins Petri schwebt nur ein Ziel vor: die dauernde Weltumsegelung als Mittel zur steten Weltbeherrschung.

Falsche Ansichten über den Ultramontanismus.

Gegen dieses großartige, auf internationale Bestrebungen hin ausgearbeitete, Jahrhunderte hindurch befolgte Programm kann eine einzelne Nation unmöglich aufkommen, am allerwenigsten eine solche, die eifrig bemüht ist, sich nur von sogenannten paritätischen Beweggründen leiten zu lassen. Sie wird sich oft im Wahne befinden, als ob sie vom alten Gegner aller Einzelstaaten, vom Anhänger der theokratischen Weltherrschaft kostbare Zugeständ-

nisse erhalten habe, bis sie allzuspät zur Einsicht kommt, daß auch Rom Danaërgeschenke zu machen pflegt.

In den gleichen Irrtum wie die paritätischen Nationen verfallen auch alle jene beschwichtigenden Beurteiler des Ultramontanismus, die ihn nur nach seinen modernen Erscheinungs- und Gesellschaftsformen oder gar noch nach den Darstellungen seiner Parteigänger und nicht nach seinem Wesen einschätzen. Solche Beobachter vergessen ganz, daß besonders auf die Verteidiger des Ultramontanismus jenes Lagardesche Wort volle Anwendung findet, wonach „die Unfähigkeit wahr zu sein, der Hauptfehler derer ist, welche sich mit Politik beschäftigen". Wie denn dergleichen Gelegenheitsautoren, zunächst nur aus Rücksicht gegen sich selbst, wohl daran täten, wenn ihnen das Quellenstudium zu viel Mühe macht, dann und wann bei berufenen evangelischen und katholischen Kennern der ultramontanen Weltanschauung sich Rats zu holen. Paul de Lagardes „Deutsche Schriften", Döllingers zahlreiche historisch-kirchenrechtliche Darlegungen, Reinhold Baumstarks „Plus ultra" und Franz Xaver Kraus' „Kirchenpolitische Briefe" könnten da neben den Arbeiten von L. K. Götz und Hoensbroech immer als zuverlässige Hilfsmittel allen denen empfohlen werden, denen es um sachliche Belehrung zu tun ist.

Scheinbare Nachgiebigkeit des Ultramontanismus.

Freilich, das muß man zur Entschuldigung aller Gelegenheits- und Gefühlspolitiker zugeben: der Ultramontanismus kann auch die Sprache seiner Zeitgenossen nachahmen, er kann sogar liberalisierend auftreten und über die äußere Geschmacklosigkeit und die Unbeholfenheit seiner Altvordern ein kritisches Wort fallen lassen. Niemals wird er aber ihre Lehren, ihre letzten Ziele verleugnen! Jeder unbefangene Historiker und jeder hellsehende Politiker weiß daher, daß diese Kriegslist nur tiefere Zwecke verbergen soll.

Der Franzose Hippolyte Taine, den sicherlich niemand zu den Radikalen rechnen wird, hat diesen Gedanken schon in einer Zeit ausgesprochen, als der politische Katholizismus noch nicht, wie heute bei Gefühlspolitikern, im Rufe stand, ein Freund und Erhalter des modernen Staates zu sein. Taine schreibt: „Der Katholizismus wird gezwungen sein, sein Gepäck, gleichviel ob alexandrinischer oder mittelalterlicher Herkunft, aufzugeben; er wird es aber keineswegs über Bord werfen, denn er ist nun einmal konservativ, vielmehr wird er es sorgsam in den Kielraum seines Schiffes gleiten lassen, d. h. er wird mehr wenig davon reden und eine andere Bildfläche seines Daseins hervorkehren." (Voyage en Italie I. 384.)

Grundlagen des Ultramontanismus.

Kirchenrechtlich und theologisch beruht dieses, durch seine äußere Logik achtunggebietende ultramontane Weltsystem auf den gleichen Voraussetzungen. Zunächst gilt es als unerschütterlich feststehend, daß Christus nur *eine* wahre und zwar die römisch-katholische Kirche gestiftet und dieser für alle Zeiten den Charakter einer von jeder anderen, insbesondere der staatlichen Gewalt unabhängigen Gesellschaft verliehen hat. Als Verwirklichung des Reiches Gottes auf Erden ist dann nach der kirchlich-dualistischen Weltanschauung diese mit den höchsten Rechten ausgestattete Kirche auch die alleinige Vertreterin des Prinzips des Guten. Dagegen ist die rein menschliche Gesellschaft, wie alles geschaffene und durch die Versündigung des ersten Menschenpaares im Paradiese dem Prinzip des Bösen anheimgefallene, als das Reich Satans allzeit zu bekämpfen und in steter Unterwerfung zu erhalten. Auf Grund dieser Anschauung werden alle von der kirchlichen Hierarchie gestellten Ansprüche auf die Leitung und die Beeinflussung der menschlichen Gesellschaft als ebensoviele Aeußerungen des göttlichen Willens hingestellt.

Und ein Rückblick auf vergangene Jahrhunderte zeigt zur Genüge, daß das europäische Völkerleben vom achten Jahrhundert ab bis zum westfälischen Frieden nach diesen von der römischen Hierarchie als christlich und göttlich aufgestellten Gesetzen zum großen Teile sich entwickelt hat.

Rom als politische Macht in der Weltgeschichte.

„Rom war im Mittelalter die einzige Macht, welche Politik trieb, weil es die einzig fertige Macht war. Ueberall sonst bereitete man nur die Möglichkeit vor, dereinst Politik zu treiben." Damit hat Paul de Lagarde in seinen „Deutschen Schriften" (48) die geschichtliche Entwicklung der europäischen Politik und auch die wahre Ursache der Ueberlegenheit Roms gegenüber den aus der Völkerwanderung hervorgegangenen Reichen am besten charakterisiert.

Die materielle Einbuße, welche die ultramontane Weltpolitik durch den Abschluß der Staatenbildung in Europa und der Reformation erlitten hat, machte die Vertreter dieses Systems notwendigerweise zu geschworenen Gegnern aller nationalen und nichtkatholischen Bestrebungen. Der Kampf, der nunmehr auf Jahrhunderte hinaus beginnen sollte, mußte aber auf einem anderen Gebiete und mit anderen Waffen als den bisherigen ausgefochten werden. Den positiven Forderungen des heutigen Völker- und Kulturlebens begegnete der Ultramontanismus mit seinen negativen Aufstellungen. Der rückhaltslosen Anerkennung der Wissenschaften setzte er die Unterordnung unter das Dogma entgegen, der fortschreitenden Volksbildung warf er religionsfeindliche Beweggründe vor und nahm daher das Aufsichtsrecht der Schulen und die Anstellung der Lehrkräfte für sich in Anspruch. Dort, wo es ihm gelang, wurde er selbst zum Schulgründer und Schulhalter. Und was er als solcher durch seine kongregatianistischen Anstalten zu leisten vermochte, hat er hinreichend in Frankreich gezeigt, wo er der

staatstreuen eine staatsfeindliche Jugend entgegenführte und zur Zeit des Dreyfushandels die Entzweiung innerhalb der Armee mit einem Eifer schürte, als ob die heiligsten Güter auf dem Spiele gestanden hätten.

Anfänge des Ultramontanismus.

Es wäre nun aber durchaus verfehlt, wenn man die politischen Anmaßungen und die gegnerische Haltung des Ultramontanismus gegen die Errungenschaften der modernen Kultur notwendigerweise als eine aus dem Wesen des Christentums abgeleitete Forderung betrachten würde. Daß die christliche Kirche lange vor dem Ultramontanismus und ohne denselben bestanden hat; daß der Ultramontanismus von kleinen, unsicher tastenden und keineswegs einwandsfreien Anfängen ausgehend, allmählich zu größerer Sicherheit der Prinzipien und des Verfahrens, zu immer breiterer Ausdehnung und Tiefe sich fortbildete, das versteht sich von selbst bei einem kirchenpolitischen System, das aus einer Verbindung von Neurom und Altrom, aus einer Verquickung des Cäsarentums mit dem durch die Karolinger erstarkten Papsttum hervorging.

Der Ultramontanismus ist so recht ein Sohn römisch-byzantinischen Geistes; dieser hat ihn, von Augustins theokratischen Darlegungen in der Civitas Dei befruchtet, im achten Jahrhundert nach Christus erzeugt.

Bekanntlich gebührt dem ersten Mönche in der Reihe der Päpste, Gregor dem Großen (590—604), das recht weltliche Verdienst, die politische Herrschaft des Papsttums und den Primat des römischen Stuhles, angebahnt zu haben. Und es klingt uns heute fast wie eine bewußte Ironie entgegen, wenn dieser kluge Vorgänger so vieler herrschgewaltiger Tiaraträger sich zuerst von allen Päpsten als Servus Servorum Dei bezeichnete. Unter seinem Pontifikate setzten jene politischen Strömungen ein, welche im Gegensatze zu Christus das Reich

Gottes zu einem „Reiche von dieser Welt" stempelten. Mit durchschlagendem Erfolge trat dieser völlige Umschwung innerhalb der Christenheit aber erst ein durch jene berüchtigte Fälschung, welche Jahrhunderte hindurch von dem schriftunkundigen Laientum als eine der unerschütterlichsten Urkunden angesehen wurde, durch welche dem römischen Stuhle die politische Herrschaft über Italien und dem Papste die geistliche über alle Bischöfe von Byzanz aus zugesichert war.

Konstantinische Schenkung.

„Das ganze verrät seinen römischen Ursprung in jeder Zeile; man erkennt selbst, daß ein der Lateran-Kirche zugehöriger Kleriker der Verfasser ist. Das Dokument war wohl bestimmt, dem Frankenkönige Pipin gezeigt zu werden, und ist also dicht vor dem Jahre 754 verfertigt worden. Konstantin berichtet nämlich darin, daß er, um den Papst zu ehren, Reiterknechtsdienste bei ihm verrichtet und sein Pferd eine Strecke weit geführt habe. Dies bewog denn Pipin, diese den Franken so ganz fremde Huldigung dem Papste zu erweisen, und dieser sagte dem König gleich von Anbeginn an, daß es nicht eine Schenkung, sondern eine Restitution sei, welche er von ihm und seinen Franken erwarte. Die erste Bezugnahme auf diese Konstantinische Schenkung findet sich in dem Briefe Hadrians an Karl vom Jahre 777, wo er dem erklärt, daß er als ein neuer Konstantin durch seine Schenkung der Kirche zwar das ihrige gegeben, aber noch weit mehr von den alten kaiserlichen Schenkungen zu restituieren habe." [Döllinger (Janus) Der Papst und das Konzil. 143 f.]

Nirgends ist das politische Bewußtsein des Papsttums und die Absicht einer irdischen Reichsgründung im Gegensatz zu Christus deutlicher ausgesprochen als in der gefälschten Konstantinischen Schenkung. Italiens größter Sohn und Dichter hat sie schon als Ursache des Verderbens verflucht:

„O Konstantin, Saat des Verderbens streute
Nicht deine Taufe, sondern das Geschenk,
Deß sich der erste reiche Vater freute."

Sie bildet denn auch historisch betrachtet einen der Hauptpfeiler, auf denen die hierarchische Weltherrschaft und der Ultramontanismus als Weltanschauung beruht. Zugleich aber, und darum verdient die berüchtigte Fälschung eine besondere Beachtung, zeigt sie uns, mit welchen Mitteln die römische Politik und die Sachwalter des Papsttums arbeiteten. Nicht genug damit, daß man zur Erreichung eines größtmöglichen Länderbesitzes schriftunkundigen Kriegsmännern Fälschungen vorlegte, die sie niemals auf ihre Echtheit hätten prüfen können, man machte ihnen noch begreiflich, daß es sich nur um Rückerstattungen von Gütern handelte, die früher dem heiligen Petrus gehörten. Geschickter konnte man sich der Dankespflicht nicht entheben und den Schatten eines Abhängigkeitsverhältnisses von vornherein beseitigen. „Männer, denen man schreiben durfte, daß, wenn sie nicht wider die Feinde der Kirche zögen, ihre Leiber und ihre Seelen ewig in der Hölle zerfleischt und gemartert werden würden, glaubten auch bereitwillig, daß Konstantin dem Papste Sylvester Italien geschenkt habe. Es waren damals Tage der Finsternis im Frankenreiche, und bei dem vollständigen Erlöschen aller Studien gab es auch nicht einen Mann in Pipins Umgebung, dessen Scharfblick die römischen Agenten zu scheuen gehabt hätten." Mit diesen Worten hat Döllinger am treffendsten die Geburtsstunde des Ultramontanismus charakterisiert. Er hätte aber noch hinzufügen können, daß auch in schriftkundigen Zeiten, in kulturell hochstehenden Reichen, ja selbst in Tagen der „Aufklärung", das politische Selbstbewußtsein Roms mit der gleichen Kühnheit, wenn auch mit anderen Mitteln, seinen Triumphzug glänzend fortsetzen würde. Im achten

Rom und die Franken.

Länderbesitz und Seelenbesitz.

Jahrhundert beugte sich das gläubige Germanentum vor vermeintlich verbrieften Rechten; im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert sollte es sich vor der terrorisierenden Allmacht des gleichen römischen Geistes beugen, wenn er auch diesmal seine Forderungen auf ein anderes, vielleicht noch gefährlicheres Gebiet verlegte. Wichtiger noch als der einstmalige Länderbesitz ist heute der unumschränkte Seelenbesitz, die politische Leitung ganzer Nationen. Wurden einst gefälschte Rechtstitel vorgewiesen, so wird heute nicht mehr im Namen Konstantins, sondern im Namen Christi selbst, oft auch im Namen der Freiheit, von Rechten der Kirche auf die Schule, von paritätischer Beamtenanstellung, von konfessionellen Professuren gesprochen. Ja, selbst die religiöse Toleranz wird angerufen, um der einseitigsten Duldungslosigkeit, der Einmischung des Ultramontanismus in staats- und kronrechtliche Angelegenheiten Tür und Tor zu öffnen. Es fragt sich daher mit Recht: sind die Germanen des achten Jahrhunderts mehr zu bemitleiden als die aufgeklärten Deutschen des zwanzigsten? Und man fragt sich weiter, ob Luthers antirömisches Auftreten, ob der reformatorische Geist dem politischen Katholizismus gegenüber noch etwas mehr als eine rein historische Bedeutung hat?

Weitere Fälschungen.

Doch hören wir weiter, was uns die Vergangenheit noch zu sagen hat, ob die Konstantinische Schenkung die einzige Fälschung ist, durch welche die Kurie ihre sogenannten politischen Rechtstitel und ihre Erhebung über den Staat glaubte befestigen zu müssen. Ein würdiges Seitenstück zu der ersten großzügigen Hintergehung der christlichen Fürsten bildet die sogenannte Epistel des heiligen Petrus an die Frankenkönige, „seine Adoptivsöhne" — eine „Fiktion, so keck und seltsam, wie nur jemals eine ersonnen worden ist", sagt Döllinger von

diesem aus dem Himmel stammenden Sendschreiben. Bittend und drohend zugleich verlangte das junge Papsttum im Jahre 754 Schutz und Rettung. Das war zu Pipins Zeiten, und der Brief hat seine Wirkung nicht verfehlt. Seinem großen Sohne Karl wäre es beinahe ähnlich ergangen. Man legte ihm in Rom selbst ein Dokument vor, welches eine Schenkung oder Länderverheißung Pipins sein sollte, im übrigen eine ganz im Stile der Konstantinischen Schenkung abgefaßte Fälschung. In beiden erdichteten Urkunden begnügen sich die großmütigen Schenkgeber nicht nur mit Gebietsabtretungen, sie betonen noch ausdrücklich die Verzichtleistung auf ihre politischen Rechte. Und der sonst nicht so zimperliche Kriegsmann Pipin wünscht als einzige Entschädigung nur Gebete für seine Seelenruhe und den leeren Titel eines römischen Patriziers. Karl dem Großen fiel der formelle Betrug dieser angeblichen Schenkung seines Vaters weniger auf als ihre inhaltliche Dehnbarkeit. Er hütete sich wohl, das Versprechen dem ganzen Umfange nach anzuerkennen. An den wirklich erfolgten Schenkungen Ludwig des Frommen sowie an den vielen Privilegien, welche seine Nachfolger dem römischen Stuhle ausgestellt haben, wurden im Laufe der Zeit manche Fälschungen verübt, um alle jene Ansprüche auf Italien und „die Inseln" zu rechtfertigen, welche bis auf Gregor VII. erhoben, von Urban II., von den Innozenz III. und Bonifaz VIII. mit Nachdruck aufrecht erhalten wurden.

Politische Ansprüche; Roms Kirchenrecht.

Parallel mit dem vom sechsten bis zum zwölften Jahrhundert päpstlicherseits beobachteten Fälschungsverfahren zur Erlangung des größtmöglichen Länderbesitzes läuft ein anderes, welches mit ähnlichen Mitteln eine ganze Umänderung der alten kirchlichen Verfassung, das neue Papalsystem in der Hierarchie und die politische Oberhoheit des römischen Stuhles über die abendländischen Fürsten

herbeiführen sollte. Alle vom neunten bis zum zwölften Jahrhundert auf verfassungsgeschichtlichem Gebiete zugunsten der päpstlichen Vorherrschaft erfolgten Fälschungen sind in dem Dekret Gratians niedergelegt, in welchem sich nach dem Zeugnisse Döllingers die Isidorischen Fälschungen mit denen der Gregorianer, Deusdedit, Anselms, Gregors von Pavia und mit den von Gratian selbst hinzugefügten vereinigten. Sein Werk hat alle älteren Kirchenrechtssammlungen verdrängt, ist das Handbuch und Magazin nicht nur für Kanonisten, sondern auch für die scholastischen Theologen geworden. „. . . Es hat in der Kirche nie ein Buch gegeben, welches an Einfluß dem seinigen gleichgekommen wäre, obgleich es, wie kaum ein anderes, von groben Fehlern, absichtlichen und unfreiwilligen, wimmelte." Derselbe Gratian ist auch verantwortlich zu machen für den in seiner ganzen unmenschlichen Härte von der römischen Kirche übernommenen Begriff der Ketzerei, der so weit geht, jeden sofort als Ketzer erscheinen zu lassen, der einem päpstlichen Befehle nicht gehorcht.

Dogmatik und Moral.

Und wie die kirchliche Gesetzgebung sich auf dem Gratianischen Rechtsbuche aufbaut, so verhält es sich, wie Döllinger denn auch andeutet, mit der Dogmatik des Thomas von Aquin und der Moraltheologie des Liguori. Erstere wurde bekanntlich von Leo XIII. von neuem als grundlegend für das Studium der katholischen Theologie bezeichnet, letztere durch die Erhebung Liguoris zum Kirchenlehrer als maßgebend für die Moraldisziplinen erklärt. Durch diese schwerwiegenden Entscheidungen haben Pius IX. und sein, als Realpolitiker so gepriesener, Nachfolger mit der ganzen moralischen Autorität, die ihrem hohen Amte anhaftet, dartun wollen, daß die Grundlagen aller politischen, rechtlichen, hierarchischen und theologischen Lehren der katholischen Kirche auf mittelalterlich-scholastischer

Weltanschauung beruhen. Man sollte glauben, daß ein von so maßgebender Stelle aus abgelegtes Bekenntnis allen denen, die sich über die ultramontanen Richtlinien des heutigen politischen Katholizismus unterrichten wollen, als deutlicher und warnender Wegweiser dienen sollte. Ihnen allen haben Pius IX. und Leo XIII. mit achtunggebietender Offenheit gezeigt, daß die Kurie auch die moderne Menschheit, die Nationen des zwanzigsten Jahrhunderts, nur nach mittelalterlichen Gesichtspunkten beurteilt und ihr zumutet, sich nach solchen Anschauungen zu richten.

Thomas von Aquin und Liguori.

Und diese beiden Päpste haben übrigens durch den wiederholten Hinweis auf die Lehren des Thomas von Aquin und des Alfons Liguori keineswegs eine Neuerung getroffen. Alle jene Päpste, die an der Heiligsprechung des Alfons Maria de Liguori mitgewirkt und seine Ernennung zum „Lehrer der katholischen Kirche" vorbereitet und durchgesetzt haben, von Pius VII. an bis auf Pius IX., sind von den gleichen Gesichtspunkten ausgegangen. Sie alle waren bestrebt, die moralisch-religiösen Machtbefugnisse der Kurie auf das politische und das kulturelle Gebiet auszudehnen. Und das konnte nur dadurch geschehen, daß man sogenannte theologische Beweise erbrachte, aus welchen die ultramontane Weltanschauung als die einzig berechtigte hervorging.

Liguoris Bedeutung.

Der eifrigste und zugleich der kritikloseste Sammler aller jener, fast durchwegs auf den weiter oben besprochenen Fälschungen beruhenden, ultramontanen Ansprüche auf die politische und moralische Vorherrschaft des Papsttums ist nun der so bekannte Liguori. (Vgl. Döllinger und Reusch, Geschichte der Moralstreitigkeiten 407—412.) Dieser seltsame Heilige, den wir als den Vater des zum theologischen System erhobenen Ultramontanismus bezeichnen müssen, wurde bekanntlich von den

meisten italienischen Unterzeichnern des Unfehlbarkeitsdogma, „neben Thomas von Aquin als ein ausgezeichnetes Licht der Kirche und ihres Vaterlandes" gefeiert. (Friedrich, Gesch. d. Vat. Conc. 3, 360, 417 ff.) Wieder andere nennen ihn den geistigen Vater des Syllabus. Omnes praecipuos errores in Syllabo proscriptos refutavit et ideo doctor nostri aevi merito compellandus est. (Döllinger und Reusch, Geschichte der Moralstreitigkeiten. 464. I.) Liguori kann aber auch als der vollendetste Typus echt ultramontaner „Frömmigkeit" betrachtet werden und wohl auch darum, wie die italienischen Konzilsväter sagten, „als ein wahrer Lehrer unserer Zeit". Man verzeihe uns diesen scheinbar dem Thema fremden Hinweis auf die religiöse Auffassung eines Mannes wie die des heiligen Alfons. Er gibt uns aber Gelegenheit, zu zeigen, daß der Ultramontanismus auch ein Feind wahrer Religiosität, dagegen aber ein Förderer des abstoßendsten Aberglaubens ist.

Nach den bisherigen Ausführungen, welche den historischen, kirchenrechtlichen und theologischen Grundlagen galten, kann es nicht zweifelhaft sein, daß der Ultramontanismus von heute seinem innersten Wesen nach der gleiche ist wie der mittelalterlich-scholastische. Aus diesem Nachweis, den uns, als Vermittler zwischen Mittelalter und Neuzeit, die Persönlichkeit und die Lehren Liguoris mit Leichtigkeit zu führen erlaubten, den übrigens die Pontifikate Pius IX. und Leo XIII., aber auch Pius X. vollauf bestätigen, geht demnach deutlich hervor, wie dies L. K. Götz in seinem trefflichen Buche ausgeführt hat, daß der Ultramontanismus „jede staatliche Gesetzgebung, soweit sie zu den Grundsätzen und Interessen der römischen Kirche nicht paßt, aus den Angeln heben kann." (Der Ultramontanismus als Weltanschauung. 529.)

Rom und Deutschland.

„Für jetzt ist das geistliche Rom in Deutsch-

land mächtiger als in Italien. Dies war auch schon im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert der Fall." Als Döllinger diese schwerwiegenden Worte in der Münchener Akademie der Wissenschaften 1882 aussprach, hat er wohl nicht geahnt, daß die „römische Herrschaft" bald das ganze politische Leben Deutschlands durchdringen und ihm im zwanzigsten Jahrhundert den ultramontanen Stempel aufdrücken würde. Noch sind kaum drei Jahrzehnte seit dem Canossagange der Deutschen verstrichen und allenthalben die päpstlichen Legionen in das moderne Germanien triumphierend eingezogen, da erheben sich schon Stimmen, welche die jetzigen politischen und kulturellen Zustände im Deutschen Reiche für zufriedenstellend, wenn nicht gar als mustergültig preisen. Diese traurige Gutmütigkeit scheint neben so vielen Tugenden des Germanen eine seiner größten und ältesten Schwächen zu sein. Auf der Synode zu Tribur im Jahre 895 hatten bereits die deutschen Bischöfe im Gegensatz zu dem Verhalten ihrer Amtsbrüder in anderen Ländern erklärt: „Der römische Stuhl muß für uns der Lehrmeister der kirchlichen Ordnung sein; wir wollen es darum geduldig ertragen, wenn er uns auch ein kaum tragbares Joch auferlegt." Diese ergebungsvolle Sprache hat sich auch heute in Deutschland nicht geändert. Viele, und dabei denken wir selbstverständlich nicht an die Anhänger des Ultramontanismus, sind der Ansicht, die neueste Entwickelung dieses römischen Beherrschungssystems sei eine kulturfreundlichere, ja eine nationale geworden. Es erübrigt daher, daß wir diese Kreise, für welche die Lehren vergangener Jahrhunderte bedeutungslos sind, noch kurz auf die Vorgänge des ausgehenden neunzehnten und des beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts, dann aber noch auf die neuesten Erscheinungen innerhalb der ultramontanen Weltanschauung hinweisen.

Syllabus und Konzil.

Die zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts hat nun in bezug auf den Ultramontanismus mit allen vorvergangenen geschichtlichen Zeiträumen das gemein, daß auch sie seine absolute Unverträglichkeit mit allen geschichtlichen Umbildungen, seien sie politischer oder kultureller Art, mit Bewußtsein hervorkehrte. Der Syllabus und das Vatikanische Konzil bilden durchaus nicht eine Episode, sondern den natürlichen und logischen Abschluß in der Entwickelungsgeschichte des politischen Katholizismus. Syllabus und Vatikanum bedeuten den endgültigen Sieg der geistlichen Politik über das religiöse Leben innerhalb des Katholizismus, aber auch die offene Kriegserklärung an die Nationen, an die Gewissen und an die Träger des geistigen Besitzes.

„Absoluten Gehorsam", so erklärt das Vatikanische Konzil (Kap. 3), „schuldet man dem Papste bei Gefährdung der ewigen Seligkeit nicht nur in Glauben und Sitten, sondern in allem, was sich auf die Disziplin und die Regierung der Kirche bezieht." Der religiöse und katholiken-freundliche englische Minister Gladstone meinte dazu: „So wurden ganze Massen von Tatsachen, ganze Regierungssysteme, wie sie, wenn auch in verschiedenem Maß, in allen Ländern der Welt in Kraft sind, in das päpstliche Garn getrieben." (Die vatikan. Dekrete 30.) In dieses Gebiet gehören in der Tat alle Bestimmungen über die bürgerliche Ehe, das Schul- und Erziehungswesen, kirchliche Vereins- und Stiftungsangelegenheiten, das stete Umsichgreifen der toten Hand, die Ablegung der Gehorsams- und anderer Gelübde. Und anderseits haben die Bestimmungen des Syllabus gezeigt, was der vatikanische Katholizismus alles auf Disziplin und Regierung der Kirche zu beziehen vermag. Man wird daher gut tun, sich daran zu erinnern, daß Rede-, Schrift- und Preßfreiheit, Duldung nichtkatholischer Konfessionen, Gewissensfreiheit, grundsätzliche Voraus-

Politische Einmischungen der Ultramontanen.

setzungslosigkeit in der wissenschaftlichen Forschung, Bestimmung der staatlichen Kirchenrechte durch den Staat usw. lauter Dinge sind, über die sich der Papst allein die Entscheidung vorbehält.

Der sogenannten katholischen Wissenschaft, ja selbst der Forschungsmethode, ist durch eine derartige einseitige Auffassung von vornherein eine gebundene Marschroute vorgezeichnet. Die immer wiederkehrenden Zensurierungen und Verurteilungen der bedeutendsten katholischen Gelehrten unter Leo XIII. und seinem frommen Nachfolger Pius X. wiegen ganze Bände auf.

Wenn soeben gesagt wurde, daß selbst die Art der Beziehungen von Staat und Kirche allein vom Papste festgesetzt werden kann, so hat dies Pius X. in seiner neuesten Enzyklika „An den Klerus und das Volk in Frankreich" nicht nur bestätigt, sondern der staunenden Welt ganz im Geiste seiner mittelalterlichen Vorgänger von neuem eingeschärft, wenn er schreibt: „Daß Kirche und Staat zu trennen seien, ist eine absolut falsche und sehr verderbliche Irrlehre." Und der von der jesuitischen Lehre über den Staat selbst irregeleitete Papst schreckt nicht davor zurück, die Entschließungen der französischen Regierung, die doch wahrlich keinen Angriff auf das Dogmengebäude bedeuten, als mit der katholischen Lehre für unvereinbar zu erklären, und den französischen Staatsmännern vorzuwerfen: „Sie haben sich nicht gescheut, mit Verachtung die Würde und die Macht des Papstes, des obersten Leiters der Kirche zu behandeln, wo sie doch für diese Macht eine größere Achtung als vor jeder anderen politischen Macht hätten bezeugen sollen, eine um so größere, als diese Macht sich auf die ewigen Güter der Seelen bezieht und sich ohne Grenzen über die ganze Erde erstreckt." Pius X.

Und wie dieser allgemein als fromm und

religiös gepriesene Papst sein Urteil begründet und sich die Rolle denkt, welche der moderne katholische Staatsbürger rein politischen Entscheidungen der Kurie gegenüber zu spielen hat, geht aus folgenden, dem modernen Ultramontanismus ganz aus dem Herzen gesprochenen, hochwichtigen Aeußerungen hervor: „Die Bestimmungen des neuen Gesetzes (über die Trennung von Staat und Kirche) widerstreiten der Verfassung, auf Grund welcher Jesus Christus die Kirche gegründet hat. Die Schrift lehrt uns, und die Ueberlieferung der Väter bezeugt uns, daß die Kirche der mystische Leib Christi ist, geleitet von Hirten und Lehrern — eine menschliche Gesellschaft, seitdem in ihrem Schoße Führer sind, mit vollkommenen Vollmachten zu leiten, zu lehren und zu richten. Die Kirche ist aber eine wesentlich ungleiche Gesellschaft, denn sie umfaßt zwei Kategorien von Personen, Hirten und Herden, in sich; jene nehmen in den verschiedenen hierarchischen Aemtern einen Rang ein, diese sind gebildet von der Menge der Gläubigen. Sie unterscheiden sich in der Weise voneinander, daß allein den Hirten das Recht und die nötige Autorität zusteht, alle Glieder der Gesellschaft nach dem Ziele hinzulenken, während die Menge der Gläubigen keine andere Aufgabe hat, als sich führen zu lassen und wie eine gelehrige Herde den Hirten zu folgen.“ So Pius X., so das Haupt der katholischen Christenheit über das vermeintliche Recht des Papsttums, auch in politischen Dingen, wie z. B. bei der Trennung von Staat und Kirche die alleinige Führung der Völker und Nationen zu übernehmen. „Daß der Ultramontanismus die Herrschaft des Klerus und der klerikalen Ideen bedeutet“, wie dies L. K. Götz in seiner so lesenswerten und zeitgemäßen Schrift über Klerikalismus und Laizismus ausführt, könnte nicht überzeugender nachgewiesen werden, als es der nunmehr ganz vom modernen

Verquickung von Religion und Politik durch Pius X.

Jesuitismus irregeleitete Pius X. getan hat. Ein politisches und religiöses Helotentum, das in würdeloser Selbstverleugnung nur vom geistigen Almosen einer herzlosen Hierarchie lebt, das ist das traurige Los, welches allen denen beschieden ist, die der ultramontanen Weltanschauung als „Kulturideal" folgen. Innerhalb dieser trostlosen Einöde muß jeder selbständige Lebenskeim ersticken. Mögen auch die „Wohlmeinenden" unter den Zentrumsleuten, wie neulich Dr. Julius Bachem, künstlich das Gebiet der ultramontanen Toteninsel ausdehnen wollen oder wie andere in augurenhafter Schlauheit vorschlagen, den in geistigen Ketten Liegenden goldene Paläste zu bauen, der Dunstkreis des Ultramontanismus ist ein für allemal ewiger Erstarrung anheimgefallen.

In einer Darlegung, die der Skizzierung des Ultramontanismus galt, lag es nahe, auf den Ausgangspunkt und den Endpunkt dieses römisch-politischen Systems für Deutschland hinzuweisen. Und da ist denn die überraschende Wahrnehmung festzustellen, daß gerade auf deutschem Boden Vergangenheit und Gegenwart in ihren charakteristischen Eigenschaften eine wesentliche Aehnlichkeit aufweisen. Wie ehedem, und zwar vom achten Jahrhundert an, ultramontane Papstpolitik das Aufstreben des jungen deutschen Kaisertums römischer Nation in der Wurzel schon gefährdete, so ist auch heute die Atmosphäre des neuen Reiches vergiftet durch den gleichen Krankheitskeim, durch die Vorherrschaft einer ausschließlich konfessionellen Partei. Gefahr für Deutschland.

Die nationale Selbständigkeit bei der Verwaltung innerer und kultureller Angelegenheiten mag in England und Frankreich als eine der ersten Nationaltugenden angesehen werden, in Deutschland denkt man anders über das Hausrecht. Und zwar kommt dies vornehmlich daher, weil man in Deutschland mehr als in jedwedem anderen europäischen Staate, und zwar in gutem Glauben, die Reli-

gion mit der Kirche verwechselt. In Rom dagegen weiß man sehr wohl, daß dem nationalen Gestaltungstrieb am erfolgreichsten die römische Religion als ein Mittel zur innigen Verkittung der Völker im ultramontanen Sinne entgegenzusetzen ist.

Deutschland ist krank an der Notwendigkeit, heute endlich das Wesen der Religion vom politischen Kirchentum zu trennen und auch den Schein zu meiden, als ob die Grundlagen seines Staatswesens noch mit denen irgend einer Kirche zusammenhängen. Solange diese politische Sichtung von mein und dein nicht wird vollzogen werden, solange wird für Deutschland die ultramontane Gefahr weiterbestehen.

Dritter Teil.

Vom Deutschtum im Auslande.

Die Volkszahl der Deutschen.

Von Paul Langhans.

Verteilung der Deutschen über die Erde 1906.

		Davon Reichsangehörige (R) od. im Reiche Geborene (G).	
Deutsches Reich . . .	55 700 000		
Oesterreich	9 500 000	R. 1900	106 364
Ungarn	2 200 000	„ „	8 020
Bosnien u. Herzegowina (mit Militär) . . .	30 000		
Liechtenstein	9 500		
Schweiz	2 350 000	„ „	168 238
Luxemburg	225 000	„ „	14 931
Belgien	3 600 000	„ „	53 408
Neutral-Moresnet . . .	3 400	„ 1901	1 500
Niederland	5 150 000	„ 1899	31 654
Frankreich	500 000	„ 1896	90 746
Dänemark	50 000	G. 1901	35 061
Schweden	5 000	R. 1900	2 421
Norwegen	2 000	„ „	1 766
Großbritannien u. Irland	100 000	G. 1901	53 402
Rußland	1 700 000	R. 1897	151 102
Finnland	1 900	„ 1900	581
Rumänien	50 000	„ 1899	7 733
Serbien	7 000	„ 1900	379
Bulgarien	5 000	„ 1904	339
Europäische Türkei . .	15 000	„ „	3 399
Griechenland	1 000	„ 1905	227
Italien	50 000	„ 1901	10 745
Spanien	3 000	„ 1900	3 011
Portugal	3 000	„ „	927
Europa	81 261 000		

		Davon Reichsangehörige (R) od. im Reiche Geborene (G).	
Vereinigte Staaten . .	12 000 000	G. 1900	2 669 164
Kanada u. N.-Fundld. .	360 000	R. 1901	6 486
Mexiko	5 000	„ 1900	2 565
Mittelamerika	2 000		
Westindische Inseln . .	5 000		
Kolumbien	3 000	„ 1905	345
Venezuela	2 000	„ 1904	612
Brasilien	400 000		
Uruguay	5 000	„ „	252
Argentinien	60 000	„ 1895	17 143
Paraguay	3 000	„ 1904	916
Chile	20 000	„ 1895	7 049
Peru	2 000	„ 1904	535
Uebriges Amerika . . .	2 000		
Amerika	**13 069 000**		
Russisch-Asien	71 000		
Türkisch-Asien	5 000		
China	2 000	R. 1903	1 658
Kiautschou	2 800		
Japan	900	„ „	654
Südasien	50 000	G. 1900/1	3 531
Asien	**132 000**		
Deutsch-Afrika	5 000	R. 1903	4 894
Britisch-Südafrika . . .	565 000	G. 1904	111
Aegypten	12 000	R. 1897	1 281
Uebriges Afrika . . .	10 000		
Afrika	**592 000**		
Australien u. N.-Seeld. .	110 000	G. 1901	42 671
Deutsche Südsee-Inseln .	600	R. 1903/4	551
Uebrige Südsee-Inseln .	2 600		
Australien	**113 000**		
Auf der ganzen Erde	**95 167 000**		

Davon Niederdeutsche:

Deutsches Reich .	18 000 000	Kanada . .	34 000
Belgien . . .	3 300 000	Südasien . .	45 000
Niederland . .	4 950 000	Brit.-Südafrika	530 000
Frankreich . .	300 000	Zerstreut . .	241 000
Vereinigte Staaten	600 000		27 000 000

Vereinigte Staaten von Amerika.

Im deutschen Sprachgebiet Mitteleuropas Geborene 1900. (s. „Deutsche Erde" I, S. 149.)

Staaten	In „Deutschland" Geborene.		Beide oder eins der Eltern in Deutschland geboren		
	überhaupt	in % der Ges.-Bv.	überhaupt	eingew. Weiße %	in % der Ges.-Bv.
Massachusetts	31395	1,1	71831	4,1	2,6
Connecticut .	31892	3,5	71479	13,7	7,9
Neu-York . . .	480026	6,6	1217254	28,3	16,8
Neu-Jersey . .	119598	6,3	296889	30,1	15,8
Pennsilvanien	212453	3,4	643754	26,7	10,2
Maryland . .	44990	3,8	145513	53,4	12,2
Ohio	204160	4,9	702578	49,9	16,9
Indiana . . .	73546	2,9	283576	56,0	11,3
Illinois. . . .	332169	6,9	944329	38,3	19,6
Michigan . . .	125074	5,2	357629	26,1	14,8
Wiskonsin . .	242777	11,7	709969	48,2	34,3
Minnesota . .	117007	6,7	355268	27,1	20,3
Jowa	123162	5,5	381716	39,9	17,1
Missuri	109282	3,5	399822	54,0	12,9
Nord-Dakota .	11546	3,6	32393	13,2	10,2
Süd-Dakota .	17873	4,5	55860	22,9	13,9
Nebraska . . .	65506	6,1	191928	38,2	18,0
Kansas	39501	2,7	131563	32,7	8,9
Kentucky . . .	27555	1,3	108457	57,4	5,1
Luisiana . . .	11839	0,9	47119	29,5	3,4
Texas	48295	1,6	157214	33,7	5 2
Kolorado . . .	14606	2,7	41919	19,3	7,8
Washington .	16686	3,2	43555	18,8	8,5
Oregon	13292	3,2	36547	26,4	8,8
Kalifornien .	72449	4,9	154809	20,4	10,4
Zivilbevölkg.	2663418	3,5	7816562	30,2	10,3
Heer u. Marine	3572	3,9	8935	25,1	9,8
Ver. Staaten	**2666990**	**3,5**	**7825497**	**30,2**	**10,3**

Umgangssprache in Oesterreich am 31. Dezember 1900. (s. „Deutsche Erde" 1902, S. 173.)

Volksstämme	Oesterreich (im Reichsrat vertretene Königreiche und Länder)	Davon Deutsch-Oesterreich[1] (Deutsche Bundesländer vor 1866)
Deutsche	**9170939 = 35,8 %**	**8 797 395 = 51,6 %**
Slawen	15 494 285 = 60,5	7 530 363 = 44,2
Tschechen, Mährer und Slowaken	5 955 397 = 23,2	5 944 630 = 34,9
Polen	4 259 152 = 16,6	244 497 = 1,4
Ruthenen	3 375 576 = 13,2	3 304 = 0,2
Winden (Slowenen)	1 192 780 = 4,7	1 191 862 = 7,0
Serbokroaten	711 380 = 2,8	146 070 = 0,9
Romanen	958 065 = 3,7	713 017 = 4,2
Italiener und Ladiner	727 102 = 2,8	711 581 = 4,1
Rumänen (Walachen)	230 963 = 0,9	1 436 = 0,1
Madjaren	9516 = 0,0	—
Einheimische Bevölkerung	25 632 805 = 100 %	17 040 775 = 100 %
Dazu Reichsdeutsche	112 971	108 779

[1]) Einschl. des ganzen Istriens.

Umgangssprache in den deutsch-österreichischen Kronländern 1900 (s. „Deutsche Erde" 1902, S. 148).

Kronländer	Deutsche	Slawen und Romanen
Salzburg	185 951 = 99,5 %	–
Ober-Oesterreich .	795 355 = 99,4	3 535 Tsch. = 0,4 %
Nieder-Oesterreich .	2 713 923 = 95,0	132 968 „ = 4,7
Kärnten	269 960 = 74,8	90 405 W. = 25,1
Steiermark	902 343 = 68,7	409 531 „ = 31,2
Tirol u. Vorarlberg	573 156 = 60,4	373 905 Jt. = 39,4
Tirol	460 840 = 55,5	368 021 Jt. = 44,5
Vorarlberg . . .	112 316 = 94,7	5 884 „ = 5,0
Schlesien	296 571 = 44,7	366 737 = 55,2
		220 472 P. = 33,2
		146 265 Tsch. = 22,0
Böhmen	2 337 013 = 37,3	3 930 093 Tsch. = 62,7
Mähren	675 492 = 27,9	1 727 270 „ = 71,4
Krain	28 177 = 5,6	475 302 W. = 94,2
Küstenland	19 454 = 2,7	690 732 = 97 1
		334 152 Jt. = 46,9
		212 978 W. = 29,9
		143 602 Sk. = 20,2
Triest	8 880 = 5,5	141 504 = 93,7
		116 825 Jt. = 77,4
		24 679 W. = 16,3
Görz u. Gradiska	3 498 = 1,6	221 718 = 98,4
		140 582 W. = 62,4
		81 136 Jt. = 36
Istrien	7 076 = 2,1	226 965 = 99,3
		143 057 Sk. = 42,6
		136 191 Jt. = 40,5
		47 717 W. = 14,2
Deutsch-Oesterreich	8 797 395 = 51,6 %	8 243 380 [1]) = 48,4 %
Einheim. Bevölkerg.	17 040 775 = 100 %	

[1]) Einschl. anderer kleiner Minderheiten. — Tsch. = Tschechen, P. = Polen, W. = Winden (Slowenen), Sk. = Serbokraten, Jt. = Italiener.

Deutsches Reich und Deutsch-Oesterreich.

Mutter- bezw. Umgangssprache 1900 (Schätzung).

	Deutsches Reich. %	Deutsch-Oesterreich. %	Zusammen. %
Deutsche . .	52113000=92,5	8900000=51,9	61013000=83,0
Undeutsche .	4254000= 7,5	8250000=48,1	12504000=17 0
Zusammen	56367000=100	17150000=100	73517000=100

Ungarn.

Muttersprache in Ungarn am 31. Dez. 1900 (s. „Deutsche Erde" 1902, S. 84).

Volksstämme	Länder der Stefanskrone	Siebenbürgen allein
Deutsche	2 135 181 = 11,1 %	233 019 = 9,4 %
Madjaren	8 742 301 = 45,4	814 994 = 32,9
Slawen (Hptstämme)	5 179 837 = 26,9	4 594 = 0,2
Slowaken	2 019 641 = 10,5	2 296 = 0,1
Ruthenen	429 447 = 2,2	1 267 = 0,1
Serbokroaten . . .	2 730 749 = 14,2	1 031 = 0,0
Walachen (Rumän.)	2 799 479 = 14,5	1 397 282 = 56,4
Sonstige [1]	397 761 = 2,1	27 109 = 1,1
Zivil u. Militär	19 254 559 = 100 %	2 476 898 = 100 %

[1] Winden (Slowenen), Tschechen, Bulgaren, Italiener, Illyrier (Albanesen), Zigeuner, Armenier u. a.

Verteilung der Deutschen in Ungarn.

Landschaften	Deutsche	Andere
Siebenbürgen .	233 000 = 9% (meist „Sachsen")	815 000 M. = 33 % / 1397 000 R. = 56
Banat	410 000 = 30% („Schwaben")	147 000 M. = 10 / 460 000 R. = 32 / 271 000 Sk. = 19
Batschka . . .	190 000 = 25% („Schwaben")	289 000 M. = 43 / 198 000 Sk. = 28
Schwäbische Türkei	200 000 = 30% („Schwaben")	238 000 M. = 59 / 37 000 Sk. = 6,5
Umgebung von Ofenpest . .	85 000 = 25% („Schwaben")	202 000 M. = 63 / 30 000 Sk. = 9
Schildberge und Bakonywald .	65 000 = 28% („Schwaben")	142 000 M. = 63
Hienzenland und Heideboden .	320 000 = 60% („Hienzen" u. „Heidebauern")	61 000 M. = 13 / 57 000 Sk. = 12
Zips u. Gründnerboden . . .	50 000 = 28% („Zipser" und „Gründner")	95 000 Slk. = 55 / 18 000 Ruth. = 10 / 5 600 M. = 3
Krickerhäuergau .	35 000 = 90% („Krickerhäuer")	3 000 Slk. = 8 / 700 M. = 2
Sirmien	70 000 = 20% („Schwaben")	21 000 M. = 6 / 249 000 Sk. = 72

M. = Madjaren, R. = Rumänen, Sk. = Serbokroaten, Slk. = Slowaken, Ruth. = Ruthenen.

Russisches Reich.

Zählung nach der Muttersprache 1897, veröffentl. 1905, (s. „Deutsche Erde" 1905, S. 92 f. und S. 205 ff.)

	Deutsche	in % von der Gesamtbevölkerung.	Deutsche Staatsangehörige
Ostseeprovinzen	229 084	5.1	27 595
davon Estland	16 037	3.9	1 405
„ Kurland	51 017	7.6	3 567
„ Livland	98 573	7.6	9 852
„ Ingermanld.	63 457	3.0	12 771
Stadt Petersburg	50 780	4.0	11 579
Polen	407 274	4.3	55 651
davon Stadt Warschau	11 317	1.7	4 886
„ „ Lodz	67 248	21.4	5 754
Wolga-Kolonien	390 864	7.6	979
Neu-Rußland	377 798	3.5	24 278
davon Stadt Odessa	10 248	2.5	2 934
Inneres Rußland	705 306	1.0	47 272
davon Wolhynien	171 331	5.7	11 630
„ Stadt Moskau	17 717	1.7	6 394
Kaukasien	56 729	0.6	2 782
Sibirien	5 424	0.1	385
Mittelasien	8 874	0.1	140
Auf d. Flotte, in Buchara und Khiwa	423	—	3
Zus.	1 790 912	1.4	158 106
Finnland (1900)	1 925	0.07	581
Russisches Reich	**1 792 837**	**1.4**	**158 687**

Das Deutschtum in Oesterreich-Ungarn.

Von Paul Baecker.

Die deutsche Kolonisierung Oesterreichs.

Die Besiedelung der zisleithanischen Länder Oesterreich-Ungarns durch Deutsche ist im wesentlichen in zwei völlig voneinander getrennten Strömen erfolgt; die Kolonisierung der Sudetenländer ist unabhängig von der der Alpenländer. Auch die politische Geschichte dieser beiden Gebiete ist lange Jahrhunderte besondere Wege gegangen. Die Episode frühösterreichischer Großmachtsbildung unter dem Przemysliden Ottokar II. brachte nur auf kurze Zeit die meisten österreichischen Länder politisch zusammen; eine dauernde Verschmelzung dieser gesamten Gebiete zu staatlicher Einheit ist erst seit dem Habsburger Ferdinand I. erfolgt. Viel jüngeren Datums schließlich sind die wenig umfangreichen deutschen Ansiedelungen in Galizien und der Bukowina.

1. Böhmen.

Die erste germanische Besiedelung Böhmens, die allerdings weit über dessen Grenzen hinausgriff, erfolgte um den Beginn unserer Zeitrechnung durch die Markomannen. In der Zeit der Völkerwanderung sind die verschiedensten deutschen Stämme durch die Sudetenländer gezogen; die germanische Bevölkerung derselben wurde aber so geschwächt, daß sie sich vor den slawischen Invasionen, die im 6. Jahrhundert erfolgten, in die gebirgigen Ränder des

Landes zurückziehen mußte. Die erste staatliche Kultur haben diese slawischen Eroberer, deren mächtigster Zweig der tschechische war, erst von deutscher Seite empfangen; der Franke Samo gründete und regierte den ersten wirklichen tschechischen Staat, während die Libussalegenden vom autochthonen tschechischen Staatsleben endgültig in die Märchenecke gewandert sind. Unter den Sachsenkaisern kam Böhmen unter deutsche Lehnshoheit, ohne daß aber eine nähere Berührung mit deutscher Kultur erfolgt wäre. Das war erst unter den Przemysliden der Fall; Ottokar I. und II. riefen zahlreiche deutsche Kolonisten ins Land, die ganz vorwiegend in den Städten sich ansiedelten oder neue Städte gründeten und dort nach ihrem heimatlichen Recht lebten. Unter den Luxemburgern wurde der Zustrom deutscher Ansiedler noch breiter; deutsche Kunst und Wissenschaft, gipfelnd in der Prager Universität und den Prachtbauten dieser Hauptstadt, trugen und beherrschten das geistige Leben des Königreichs. Der Hussitensturm hat dann zahlreiche Blüten dieser deutschen Kultur zerstört; ihm fielen eine ganze Reihe größerer deutscher Sprachinseln, wie Königgrätz, Politz, Wildenschwert, Leutomischl und Deutschbrod, zum Opfer. Erst nach dem Sieg der Habsburger am Weißen Berge erfolgte wieder eine neue Befruchtung des Landes mit deutschem Blut und deutscher Kultur; 1644 wurde sogar das Deutsche die Sprache bei der böhmischen Appellationskammer. Aber diese neue deutsche Invasion litt bald schwer unter der nationalen Felonie des deutschen Adels, der mehr und mehr dem Tschechentum zuneigte. Erst unter Maria Theresia und namentlich unter Joseph II., der das Deutsche als Staatssprache für alle österreichischen Länder einführte, kamen bessere Zeiten für das Deutschtum. Dann aber erstarrte wieder in der Metternichschen Polizeiära sein nationales Leben, wenn auch äußerlich die deutsche Sprache im Staats-

und Verwaltungsleben fortherrschte. Und inzwischen erfolgte die nationale Renaissance des Tschechentums, das seit 1848 immer selbstbewußter mit seinen Forderungen an den Staat Oesterreich herantrat und dem Deutschtum, zuerst fast unbemerkt, ein Stück Boden nach dem anderen unter den Füßen fortnahm. — Das Deutschtum sitzt in Böhmen hauptsächlich im gebirgigen Randgebiet des Landes und legt sich so wie ein breiter Ring um das tschechische Sprachgebiet, das aber im Westen bei Taus bis dicht an die bayerische Grenze heranreicht, im Osten bei Nachod über die schlesische Grenze hinübergeht. Ferner gibt es nach der mährischen Grenze hin noch verschiedene große deutsche Sprachinseln, die von Landskron, Iglau und Neuhaus; außerdem bildet das Deutschtum in einzelnen Städten des inneren Böhmens, namentlich in Prag, noch ansehnliche Minderheiten. Von den 219 Gerichtssprengeln Böhmens sind 90 vorwiegend von Deutschen bewohnt; in 75 von ihnen machen die Tschechen weniger als 50% der Bevölkerung aus.

2. Mähren. Das Deutschtum Mährens hat im ganzen eine ähnliche Entwickelung gehabt wie das böhmische. Die erste germanische Invasion erfolgte hier durch die den Markomannen nahe verwandten Quaden. Die späteren deutschen Kolonisten sind im Norden des Landes vorwiegend sächsischen Ursprungs gewesen. Das Deutschtum sitzt hier in der Stärke von etwa einer Viertelmillion in einem geschlossenen Sprachgebiet nur wenigen tausend Tschechen gegenüber. Im Süden, an der niederösterreichischen Grenze, liegt das zweitgrößte deutsche Sprachgebiet des Landes; seine Bewohner, etwa 150 000, sind wie die der Alpenländer, bajuwarischen Ursprungs; die deutsche Kolonisation ist hier von Oesterreich ausgegangen. Außerdem sitzt das mährische Deutschtum noch in kompakterer Masse in den Sprachinseln von Iglau, Brünn, Olmütz und dem Schönhengstler

Gau. — Die Deutschen Oesterreich-Schlesiens wohnen auch größtenteils in einem zusammenhängenden, geschlossenen Sprachgebiet.

3. Die Alpen und Küstenländer.

Die Alpenländer sind zur Zeit der Völkerwanderung wohl die belebteste Heerstraße der germanischen Stämme gewesen, die es nach Italien, nach Rom hin, zog oder drängte. Heruler und Rugier, Markomannen, Goten und Langobarden sind hier durchgezogen. Die eigentliche germanische Kolonisierung dieser Gebiete ist aber erst, von dem jetzigen Süddeutschland, namentlich Bayern, ausstrahlend, durch Alemannen und namentlich Bajuwaren erfolgt. Im 7. Jahrhundert drangen die agilolfingischen Bajuwarenherrscher erobernd bis zur Enns und zu den südöstlichen Alpenausläufern vor. Hier trafen sie auf die Slowenen oder Winden, die von Südosten her, ihrerseits von den Avaren gedrängt, in diese Gebiete eingedrungen waren. Die Agilolfinger gewährten den Slowenen, die bereits einen Staat Karantanien (Kärnten) begründet hatten, Beistand gegen die Avaren, brachten ihnen das Christentum und Verstärkung an Macht und Kultur durch deutsche Einwanderer. Ein neuer stärkerer Strom deutscher Ansiedler bajuwarischen und fränkischen Ursprungs befruchtete die Alpenländer, als Karl der Große nach der Besiegung des Bayernherzogs Thassilo (788) die Marken Friaul (bis zur Adria) und Ostland (Oesterreich östlich der Enns) gründete und die von den Avaren verheerten Gebiete planmäßig kolonisierte. Ostland ging allerdings bald wieder dem Deutschtum verloren; es faßte hier erst dauernd Fuß, nachdem Otto der Große auf dem Lechfelde die auf die avarische gefolgte neue subgermanische Völkerwelle der Magyaren gebrochen hatte. Jetzt wurde unter der Enns die „Ostmark" gegründet, die nachweisbar 926 zuerst in einer Urkunde als „Ostarrichi" bezeichnet worden ist und die seit 976 unter dem glorreichen Regiment der Babenberger zu einem

Blütengarten deutschen Ritter- und Bürgertums, deutscher Sanges- und Baukunst gedieh. Die neue germanische Invasion der Alpenländer, die nach der Besiegung der Magyaren einsetzte, überflutete auch Krain und Görz, Istrien und Triest. Ein starker deutscher Adel, ein selbstbewußtes deutsches Bürgertum herrschten Jahrhunderte hindurch in diesen Gebieten; das Deutsche war neben dem Lateinischen Schrift- und Amtssprache; deutsche Waffen wiesen zahllose Türkeneinfälle zurück. Die Reformation hat kaum irgendwo in Deutschland ein günstigeres Feld gefunden als hier; die Gegenreformation aber hat dann dem Deutschtum, das durch Auswanderung vieler Tausende seiner charaktervollsten und tapfersten Söhne nicht nur zahlenmäßig geschädigt wurde, unheilbare Wunden geschlagen. Und im Anfang des 19. Jahrhunderts erwachten auch in diesen Ländern die Slawen, trotz der Minderwertigkeit ihres hier ansässigen Zweiges, zu neuem Nationalbewußtsein, das sich bald in eroberndes Vordringen gegen das deutsche Sprachgebiet umsetzte. Die Franzosen haben nach dem Wiener Frieden von 1809 hier die ersten slowenischen Primärschulen begründet.

3. Tirol. Tirol ist schon früher als die übrigen Alpenländer von germanischen Eroberern alemannischen Stammes überflutet worden; den Hauptstamm deutscher Siedler aber brachte auch hier wohl erst die bajuwarische Invasion unter den Agilolfingern. Noch im 12. und 13. Jahrhundert zogen Scharen deutscher Kolonisten bis in das Herz von Südtirol; in Trient war im 15. Jahrhundert ein Viertel der Bevölkerung deutsch. Auch hier machte sich die Bedrohung des deutschen Besitzstandes und der staatlichen Einheit durch den welschen Gegner erst seit den Franzosenkriegen im Anfang des 19. Jahrhunderts deutlicher bemerkbar.

4. Galizien. Die deutschen Kolonisten in Galizien stammen großenteils erst aus der Regierungszeit Jo-

sephs II.; unter polnischer Herrschaft hatte eine größere deutsche Einwanderung hier nicht stattgefunden.

Die Renaissance des Slawentums.

Das nationale Wiedererwachen der slawischen Nationalitäten in Oesterreich, deren Sprache im Anfang des 19. Jahrhunderts zum Dienstbotenjargon herabgesunken war, gehört zu den hervorstechendsten geschichtlichen Phänomenen des 19. Jahrhunderts, als des Jahrhunderts des allgemeinen Erstarkens des nationalen Bewußtseins. Das besonders merkwürdige an der Renaissance des österreichischen Slawentums war der Umstand, daß bei seiner Wiedergeburt direkt das Deutschtum Pate gestanden hat. Franz Palacky, der „große" Geschichtsschreiber und nationale Erwecker des Tschechenvolkes, mußte seine tschechische Geschichte teilweise in deutscher Sprache schreiben. Das Slowenentum verdankt sein Nationalbewußtsein und die Anfänge einer eigenen Literatur ganz direkt der philologischen und literarischen Leidenschaft deutscher Gelehrter und Schriftsteller. Der erste österreichische Slawenkongreß, der 1848 in Prag zusammentrat, mußte sich zur Verständigung der deutschen Sprache bedienen. Und doch sehen wir nicht nur das Selbstbewußtsein, sondern auch die tatsächliche Eroberung des Slawentums an Macht und Land in kaum zwei Menschenaltern, von den ersten Zeichen seines Wiedererwachens bald nach den Befreiungskriegen an gerechnet, ungeheure Fortschritte machen. Der Grund lag einmal in der natürlichen Ueberlegenheit der niedrigeren, bedürfnisloseren, in ihrer größeren Einseitigkeit energischeren Rasse im nationalen Kleinkampf; dann aber auch in den politischen Fehlern der Regierung wie des Deutschtums selber.

Undeutsche Regierungspolitik und deutsche Fehler.

Nach Joseph I. hat kein österreichischer Monarch und keine österreichische Regierung mehr mit Bewußtsein und Absicht den Staatsorganismus auf dem Fundament des Deutschtums als des eigent-

lichen und einzigen Kultur- und Staatsvolkes in Zisleithanien aufzubauen gesucht. Daher hat Oesterreich, obwohl es immer eine große Masse bureaukratischer Intelligenzen und sogar aufrichtiger Hingabe an die Staatsidee in allen Schichten seines Beamtentums gehabt hat, doch nach dem Zusammenbruch des Metternichschen Polizeiregimes überhaupt nicht mehr ein tiefer gegründetes Prinzip oder eine klar hervortretende organische Idee in seiner inneren Politik gehabt. Erst hat nach 1849 das Ministerium Bach mit einem mit Vorliebe aus Slawen rekrutierten Beamtentum zentralistisch und — deutsch zu regieren versucht. Dann, seit den ersten Anfängen eines eigentlichen österreichischen Konstitutionalismus unter Schmerling, haben 16 Ministerien in bunter Reihe zwischen föderalistischen und zentralistischen, deutschen und (vorwiegend) slawisierenden, ehrlich konstitutionellen und verschleiert absolutistischen Tendenzen hin- und hergeschwankt. Einmal allerdings wurde in feierlichster Weise ein im wesentlichen neues Prinzip von größter Wichtigkeit und Tragweite in das österreichische Staatsleben eingeführt; zum Schaden des Deutschtums: die „Dezemberverfassung" von 1867, das Werk Beusts und Taaffes, das die Grundlage des wirklich konstitutionellen Lebens in Oesterreich bildet, sprach in ihrem § 19 als Staatsgrundsatz aus, daß allen Volksstämmen das gleiche Recht auf den ungehinderten Gebrauch ihrer Sprache und der Schutz wie die freie Entfaltung und Entwickelung ihrer Nationalität gewährleistet sei. Damit war im Prinzip, wenn auch zunächst in akademischer, die Praxis der innerösterreichischen Politik nicht unbedingt bestimmender Weise der deutsche Zentralismus des Josefinischen Zeitalters als Staatsprinzip aufgegeben, Oesterreich in aller Form zum Nationalitätenstaat erklärt. Wenige Jahre später wurde in die Hand des Deutschtums selber die Möglichkeit gelegt, diesem bedrohlichen Prinzip gegenüber

in der Praxis doch die deutsche Fundamentierung des österreichischen Staates und zugleich damit die nationale Hegemonie des Deutschtums im österreichischen Völkergemisch durchzuführen und zu sichern: nach dem sehr bald wieder aufgegebenen Plan Hohenwarts, Oesterreich wirklich auf föderalistischer Grundlage neu aufzubauen, kam von 1871 bis 1879 das Ministerium Auersperg ans Ruder, dessen Mitglieder hauptsächlich deutsche Juristen waren und das im Reichsrat dauernd über eine geschlossene deutsche Mehrheit verfügte. Aber dies Ministerium der „Herbstzeitlosen", wie Bismarck es nach seinem leitenden Kopf nannte, hat die Gunst der Stunde nicht genutzt. In liberalem Doktrinarismus befangen und aufgehend im Kampfe gegen den Klerikalismus und für ein geordnetes und „konstitutionell" geleitetes Finanzsystem hat es weder seine Pflicht gegen das eigene Volkstum noch gegen den Großstaat Oesterreich erfüllt. Man versäumte es, die deutsche Staatssprache einzuführen, oder, wie man damals noch hätte sagen können, festzulegen, oder auch nur Galizien, das seit 1869 die polnische Dienstsprache hatte und wo in der Schlachta damals die Idee einer galizischen Autonomie begeisterte Anhänger fand, von dem übrigen Zisleithanien loszutrennen und so dem Deutschtum die tatsächliche Herrschaft im eigentlichen Oesterreich zu sichern. Man lehnte wiederholt die Forderungen für dringend nötige militärische Ausgaben ab, und gab so den Slawen und Klerikalen Gelegenheit, als die eigentlichen Stützen des Staates und der Monarchie zu erscheinen. Und als man gar trotz der vollendeten Tatsache sich der Okkupation Bosniens widersetzte, rissen die letzten Fäden zwischen dieser deutschen Regierung und der Krone: es kam 1880 mit dem langlebigen Ministerium Taaffe der große Umschwung der innerösterreichischen Politik nach der ganz vorwiegend slawisierenden Seite hin.

Von Taaffe bis Gautsch.

Schon im Jahre 1880 erließ der Justizminister im Taaffeschen Kabinett, Stremayr, seine Sprachenverordnung, nach der in ganz Böhmen von den politischen und richterlichen Beamten und Behörden slawische Eingaben angenommen und slawisch erledigt werden, Eintragungen auf Wunsch in slawischer Sprache erfolgen und Anklagen auf Verlangen der Beklagten slawisch verhandelt werden sollten; wonach also in der Praxis alle richterlichen und politischen Behörden des Landes zweisprachig werden sollten. Die einseitig tschechenfreundliche Tendenz dieser Verordnung war so klar und ihr Widerspruch mit den tatsächlichen Verhältnissen so schreiend, daß noch unter Taaffe, allerdings erst 10 Jahre später, die Regierung selber die Initiative ergriff, um durch eine sorgfältige nationale Zweiteilung Böhmens ihre Unerträglichkeit für die Deutschen zu mildern oder sie gar praktisch zum guten Teil wieder aufzuheben. In jahrelangen Verhandlungen zwischen Regierung, Deutschen und Tschechen wurden auch wertvolle Anfänge einer nationalen Autonomie des böhmischen Deutschtums, namentlich in der nationalen Zweiteilung des Landeskultur- und Landesschulrats und der Zusammensetzung des Landtags nach nationalen Kurien, erreicht. Aber die weitere Durchführung der nationalen Zweiteilung wurde durch gewaltsame tschechische Obstruktion im Landtage verhindert. Nach Taaffes Abgang amtierte in den Jahren 1893—95 das Ministerium Windischgrätz, das den Slowenen in dem rein deutschen Cilli ein Gymnasium zusicherte. Dann versuchte Graf Badeni mit seinen Sprachenverordnungen, die das Zweisprachenprinzip der Stremayrschen Verordnung radikal und für alle Behörden durchführen wollten, mit einem Zuge das Tschechentum zum Ziel seiner Wünsche zu bringen. Als er an der deutschen Obstruktion im Reichsrat und deutschen Demonstrationen in den Straßen von Wien gescheitert war, suchte nach einem kurzen

Interregnum Gautsch, das neben einigen Milderungen eine teilweise Verschlechterung der Badenischen Verordnungen einführte, Graf Thun die Politik Badenis fortzusetzen. Auch er scheiterte nach $1^1/_2$ Jahren an dem Widerstande des Deutschtums; da erst entschloß die Krone sich, durch den Ministerpräsidenten Grafen Clary-Aldringen die Badenischen Verordnungen, die überdies verfassungswidrig waren, weil sie im Verwaltungswege Maßnahmen treffen wollten, zu denen die Zustimmung des Parlaments nötig gewesen wäre, einfach aufheben zu lassen. Graf Clary aber war dadurch so „belastet", daß er schleunigst wieder vom Schauplatze abtreten mußte. Fünf Jahre lang hat dann Herr v. Körber regiert, größtenteils, äußerlich wenigstens, in strenger nationaler Neutralität, bis auch er der Versuchung, die Slawen durch nationale Konzessionen gewinnen zu wollen, erlag und dann alsbald abgewirtschaftet hatte. Nach ihm hat Herr v. Gautsch auf dem Wege einer demokratischen Wahlreform eine große tschechisch-klerikale Mehrheit gegen das Deutschtum zu gewinnen gesucht.

Fortschritte des Slawentums.

Die Fortschritte, welche das österreichische Slawentum in einem Menschenalter mit staatlicher Hilfe auf dem Gebiete des Mittel- und Hochschulwesens und durch eine weitestgehende Slawisierung des Beamtentums selbst in rein deutschen Gegenden gemacht hat, sind außerordentlich groß. Die nationalen Verluste des Deutschtums in den Jahrzehnten selbstzufriedener deutscher Sorglosigkeit illustriert recht gut die Tatsache, daß in Prag im Jahre 1856 noch 73 000 Deutsche neben nur 50 000 Tschechen gezählt wurden, im Jahre 1890 dagegen nur noch 40 000 Deutsche neben 265 000 Tschechen! In den Alpen- und Küstengebieten ging ein Vordringen der Slowenen und Italiener gegen die Deutschen dem Fortschritt des Tschechentums parallel. 1869 wurde in Triest das Italienische zur ausschließlichen Amts-

sprache erhoben; im gleichen Jahre wurde im Görzer Landtage das Slowenische gleichberechtigte Sprache neben dem Italienischen, während von dem Deutschen in dieser alten deutschen Grafschaft nicht mehr die Rede war. 1887 wurde die Lehrerbildungsanstalt in Laibach slowenisiert; von Cilli war schon die Rede; 1899 wurde in Graz der erste slowenische Gottesdienst abgehalten. . . .

Das Deutschtum seit 1890

Trotzdem stellt sich die Bilanz des österreichischen Deutschtums seit 1890, also etwa seit der Zeit, wo die nationale Selbstbesinnung und der Wille zu einmütiger Verteidigung des nationalen Besitzstandes in die weitesten Kreise namentlich des gebildeten Deutschtums vorgedrungen war, nicht mehr besonders ungünstig. Im ganzen ist allerdings das Deutschtum auch in dem genannten Jahrzehnt in seinem Wachstum hinter dem der Slawen zurückgeblieben, wie folgende Tabelle zeigt:

Umgangssprachen	Anzahl der Sprachangehörigen		Zunahme	
	1890	1900	absolut	i. Prozenten
Deutsch	8 461 580	9 170 939	709 359	8,38
Tschech.-Mährisch-Slovak.	5 472 471	5 955 397	482 526	8,82
Polnisch . . .	3 719 232	4 259 152	539 920	14,52
Ruthenisch . .	3 105 221	3 375 576	270 355	8,71
Slowenisch . .	1 176 672	1 192 780	16 108	1,37
Serbisch-Kroatisch .	644 926	711 380	66 454	10,30
Italienisch-Ladinisch . .	675 305	727 102	51 797	7,67
Rumänisch . .	209 110	230 963	21 853	10,45
Madjarisch . .	8 139	9 516	1 377	16,92
Im Ganzen .	23 473 056	25 632 805	2 159 749	9,20

Aber die Ziffern über die Nationalitätenbewegung in den einzelnen Kronländern zeigen doch, daß das Deutschtum nicht in allgemeinem Rückgange begriffen ist, vielmehr auch einzelne Fortschritte aufzuweisen hat:

Länder	Anzahl der Sprachangehörigen		Zunahme (+), bezw. Abnahme (−) 1900 gegen 1890 in Prozenten	Zunahme der gesamten Bevölkerung in Prozenten
	1890	1900		
	Deutsche Umgangssprache			
Nieder-Österreich	2 364 360	2 713 923	+ 14,78	16,01
Ober-Österreich .	772 423	795 355	+ 2,97	3,04
Salzburg	168 490	185 951	+ 10,36	10,60
Steiermark	847 923	902 343	+ 6,42	5,07
Kärnten	254 632	269 960	+ 6,02	1,37
Krain	28 033	28 177	+ 0,51	1,75
Triest und Gebiet	7 107	8 880	+ 24,95	11,52
Görz u. Gradisca	2 195	3 498	+ 60,73	5,40
Istrien	5 904	7 076	+ 19,85	8,37
Küstenland . .	*15 206*	*19 454*	+ *27,94*	*8,05*
Tirol	437 393	460 840	+ 5,36	4,10
Vorarlberg	105 259	112 316	+ 6,71	9,47
Tirol u. Vorarlberg	*542 652*	*573 15*	+ *5,62*	*4,74*
Böhmen	2 159 011	2 337 013	+ 8,24	8,05
Mähren	664 168	675 492	+ 1,70	7,05
Schlesien	281 555	296 571	+ 5,33	12,59
Galizien	227 600	211 752	− 6,96	10,73
Bukowina	133 501	159 486	+ 19,46	12,61
Dalmatien	2 026	2 306	+ 13,82	12,22

Darnach hat also in dem Zeitraum von 1890 bis 1900 das Deutschtum an Boden gewonnen in Steiermark und Kärnten zuungunsten der Slowenen und in der Bukowina gegenüber den Ruthenen und Rumänen. Zurückgegangen ist

dagegen die deutsche Sprache in Niederösterreich, wo alle anderen Umgangssprachen Fortschritte aufzuweisen haben, ebenso in hohem Maße in Mähren und Schlesien, wo das böhmisch-mährisch-slowakische beziehungsweise das polnische Sprachgebiet wesentlich zugenommen hat. Auch in Galizien hat die polnische Umgangssprache an Ausdehnung gewonnen. Das italienische Sprachgebiet weist erhebliche Fortschritte auf in Triest, Istrien und Vorarlberg, hat aber in Tirol gegenüber dem deutschen Einbuße erlitten. In Böhmen hat das Deutschtum ebenfalls Fortschritte gemacht; in dem böhmischen Industriebezirk hat es sogar nachweislich zugewanderte Tschechen zu vielen Tausenden germanisiert. Erleichtert wird dem Deutschtum der Sudetenländer der Kampf gegen die Tschechen auch durch die starke Abwanderung derselben nach Niederösterreich, die allerdings auch bedenkliche Folgen hat; in Wien z. B. sind 1890—1900 die Tschechen von rund 62 000 Köpfen auf 102 000 gestiegen. Auch ist der Anteil der Slawen an der Auswanderung erheblich größer als der der Deutschen. Im Jahre 1903/04 wanderten z. B. nach den Vereinigten Staaten aus der Gesamtmonarchie neben 22 500 Deutschen über 77 000 Slawen aus, von denen allerdings Polen und Slowaken das Hauptkontingent stellten. Erfreulich ist noch, daß in den Alpenländern der Geburtenüberschuß bei den Deutschen in dem letzten Jahrzehnt gegen früher nicht unerheblich gestiegen ist. So in Oberösterreich von 3,63% auf 5,91%, in Salzburg von 2,85% auf 5,47%, in Steiermark von 5,69% auf 6,19%, in Kärnten von 5,41% auf 6,07%, in Tirol von 3,42% auf 4,67%, in Vorarlberg von 4,32% auf 6,91%.

Konfessionsstatistik.

Was die konfessionellen Verhältnisse Oesterreichs anlangt, so waren im Jahre 1900 von seinen rund 26,2 Millionen Einwohnern, bei denen die ortsanwesenden Ausländer mitgerechnet sind:

römisch-katholisch	20 660 279	= 790,1	v.	Tauf.	d.	Bevölker.
griechisch-uniert	3 134 439	= 119,9	„	„	„	„
armenisch-uniert	2 096	= 0,1	„	„	„	„
altkatholisch	12 937	= 0,5	„	„	„	„
griechisch-kathol. und armenisch (nicht-uniert)	607 462	= 23,2	„	„	„	„
evangelisch (Augsburg. Konf.)	365 454	= 14,0	„	„	„	„
evangelisch (helvetische Konf.)	128 557	= 4,9	„	„	„	„
Christen versch. Sekten	5 741	= 0,2	„	„	„	„
Juden	1 224 899	= 46,8	„	„	„	„
Mohammedaner und Angehörige anderer Religionen	2 695	= 0,1	„	„	„	„
Bekenntnislos	6 149	= 0,2	„	„	„	„

Los von Rom.

Seitdem hat allerdings die Los von Rom-Bewegung erst in der Hauptsache ihre Wirkungen ausgeübt. Seit dem Beginn der Uebertrittsbewegung im Jahre 1899 sind in Oesterreich nach Ausweis des Wiener evangelischen Oberkirchenrats insgesamt 36 433 Uebertritte zur evangelischen Kirche erfolgt. Seit einigen Jahren hält sich die Zahl der jährlichen Uebertritte allerdings unter 5000. In dem ziffernmäßigen Verhältnis der beiden Hauptkonfessionen zueinander würden also auch Jahrzehnte einer fortlaufenden Uebertrittsbewegung wohl keine sehr erhebliche Verschiebung bewirken, auch wenn man damit rechnen könnte, daß nach einem besseren Ausbau der evangelisch-kirchlichen Organisationen und nach einer längeren Gewöhnung an die Uebertrittsbewegung weit größere Mengen als bisher diesen Schritt wagen würden. Aber auf die Haltung des deutschen Klerus wie der klerikalen Parteien in nationalen Fragen hat diese Bewegung doch schon hier und da einen sichtbaren Einfluß ausgeübt.

Ganz hervorragend günstig im Verhältnis zu den übrigen österreichischen Nationalitäten ist die wirt-

Die wirtschaftliche Macht des Deutschtums.

schaftliche Stellung des Deutschtums. Nach der neuesten Statistik zahlen die deutschen Zisleithaniens, obwohl sie kaum 36 v. H. der Bevölkerung ausmachen, 86 v. H. aller in Oesterreich eingehenden Gewerbesteuern. Von den gewerblichen Großbetrieben sind 84, 15 v. H. in deutschen Händen. Ferner beträgt ihr Anteil am ländlichen Grundbesitz 64,3 v. H. (13,5 Millionen Hektar von 20,9 Millionen), ihr Anteil an der Grundsteuer dabei 54,8 v. H. (30,6 Millionen Kronen von 55,8 Millionen); woraus sich ergibt, daß sie nicht bloß einen an Flächeninhalt wesentlich größeren Grundbesitzstand haben, als ihnen nach der Kopfzahl zukommen würde, sondern daß auch der Wert dieses deutschen Grundbesitzes mehr als die Hälfte des gesamten Grundwertes ausmacht. Noch auffallender ist dies Verhältnis beim städtischen Gebäudebesitz. Von der $26^2/_3$ prozentigen Hausteuer, die sich auf 57,2 Millionen Kronen beläuft, zahlen die Deutschen 47,1 Millionen Kronen; das besagt, daß 75,5 v. H. des in diesen Häusern steckenden Wertes in deutschem Besitz sind. Von der 20 prozentigen Hauszinssteuer zahlen sie 63,8 v. H. Im ganzen beträgt der Kapitalwert der deutschen Häuser 11,4 Milliarden Kronen oder 72,4 v. H. des Kapitalwertes aller Häuser. Auch von den Bahnen und Kleinbetrieben sind verhältnismäßig weit mehr im deutschen als im slawischen Besitz.

Parlamentarische Stellung des Deutschtums.

Diesen Leistungen für die österreichische Volkswirtschaft und den österreichischen Staat entspricht nicht die Machtstellung des Deutschtums im Parlament. Der Reichsrat ist in der Hauptsache ein berufsständisches Parlament. Von insgesamt 425 Reichsratsmandaten haben zu besetzen: der Großgrundbesitz 85, die Handelskammern 21, die Städte 118, die Landgemeinden 129. Nur 72 Abgeordnete werden in der durch die Wahlreform der 90 er Jahre

geschaffenen „fünften Kurie" mit allgemeinem gleichem Stimmrecht gewählt. Von den 425 Abgeordnetensitzen gehören den Deutschen 205, den Tschechen 87, den Polen 72, den Ruthenen 10, den Slowenen 15, den Serbokroaten 12, den Italienern 19, den Rumänen 5. (Nach den Vorschlägen der Wahlreform Gautschs würden die Deutschen auf der Zahl von 205 Mandaten stehen bleiben, die Italiener drei und die Rumänen einen Sitz verlieren, die Slawen dagegen, namentlich die Ruthenen, Tschechen und Slowenen, 34 Sitze gewinnen.)

Deutsche Parteien und Programme

Was die Parteibildung unter den Deutschen Oesterreichs anlangt, so sind sie im Parlament in folgende Fraktionen geteilt (die nicht eingeklammerten Ziffern stellen die Ergebnisse der letzten Wahl vom Ende des Jahres 1900 dar, die eingeklammerten diejenigen der vorletzten Wahl): Deutsche Volkspartei (41) 49, Fortschrittler (36) 35, Freie Vereinigung (9) 3, Christlichsoziale (27) 21, Verfassungstreuer Großgrundbesitz (28) 30, Katholische Volkspartei (27) 23, Deutschradikale (8) 21. Nach Ländern sind die Sitze der deutschen Parteien folgendermaßen verteilt: Deutsche Volkspartei: Böhmen 3, Steiermark 12, Mähren 6, Niederösterreich 6, Oberösterreich 5, Schlesien 3, Salzburg 4, Kärnten 8, Tirol 1, Vorarlberg 1. Deutsche Fortschrittspartei: Böhmen 14, Bukowina 1, Mähren 9, Niederösterreich 5, Oberösterreich 2, Schlesien 2, Steiermark 1, Tirol 1. Verfassungstreuer Großgrundbesitz: Böhmen 7, Kärnten 1, Krain 2, Mähren 4, Niederösterreich 7, Schlesien 3, Steiermark 4, Tirol 2. Freie deutsche Vereinigung: Mähren 1, Niederösterreich 2. Katholische Volkspartei: Oberösterreich 10, Salzburg 2, Steiermark 6, Tirol 5. Von den 21 Mandaten der Deutschradikalen wurden allein 19 in Böhmen gewonnen, während die Christlichsozialen im wesentlichen auf Niederösterreich beschränkt sind. Eine Verschiebung dieses Parteibildes

ist seit den letzten Wahlen hauptsächlich nur durch die Spaltung der Deutschradikalen in die Gruppen Schönerer (Alldeutsche Vereinigung) und K. H. Wolf (Frei-Alldeutsche) erfolgt. Die Deutschradikalen, im allgemeinen aber auch noch die deutschen Volksparteiler, bekennen sich zu dem 1882 formulierten Linzer Programm, dessen Hauptforderungen folgende sind: Personalunion mit Ungarn, Abtrennung Galiziens und der Bukowina von Zisleithanien, Einführung der deutschen Staatssprache in vollstem Umfange, Schaffung eines gemeinsamen Zollgebiets mit dem Deutschen Reich unter Einbeziehung Ungarns und dauernde Befestigung des Bündnisses mit Deutschland durch einen parlamentarisch zu bindenden Staatsvertrag. Auf der Pfingsttagung 1899 der sämtlichen deutschen Parteien (mit Ausnahme der Radikalen auf der einen, der national völlig unzuverlässigen katholischen Volkspartei auf der anderen Seite) einigte man sich unter Abweisung radikaler Wünsche von deutsch-volksparteilicher Seite dahin, als gemeinsame deutsche Hauptforderungen die Erklärung des Deutschen zur staatlichen „Vermittelungssprache" und eine möglichst weitgehende nationale Autonomie für alle österreichischen Völkerschaften aufzustellen. In der Herstellung einer möglichst vollkommenen nationalen Autonomie, die auf der Gemeinde als der Zelle jedes nationalen Gemeinschaftslebens die einzelnen Nationalitäten als besondere Organismen aufbaut, die selber für ihre, und zwar nur für ihre eigenen, kulturellen und nach Möglichkeit auch sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse zu sorgen haben, scheint man, nachdem die Gefahren des jetzigen Zustandes für das Deutschtum voll erkannt sind, eine Beherrschung des gesamten Staatswesens durch das Deutschtum aber kaum mehr in Frage kommt, mehr und mehr den billigsten und einzig denkbaren Ausgleich zwischen den einzelnen Nationalitäten zu er-

blicken. Dadurch würde jedenfalls vermieden, daß eine Nationalität von Staats wegen auf Kosten anderer gestärkt würde und umgekehrt. Eine Reihe deutschnationaler Schutzvereine, deren Tätigkeit sich teils über ganz Oesterreich (Schulverein), teils über einzelne Kronländer oder Landschaften erstreckt, arbeitet in erfreulicher Weise der einheitlichen nationalen Organisierung des gesamten österreichischen Deutschtums vor.

Literatur.

Karl Türk. Böhmen, Mähren und Schlesien. München 1898. J. F. Lehmanns Verlag. Pr. 1,20 Mk.

W. P. Hofmann von Wellenhof. Steiermark, Kärnten, Krain und Küstenland. München. J. F. Lehmanns Verlag. Pr. 1,40 Mk.

H. Nabert. Das Deutschtum in Tirol. München 1901. J. F. Lehmanns Verlag. Pr. 2 Mk.

G. Schultheiß. Das Deutschtum im Donaureiche. Prieber. Pr. 1 Mk.

Das Deutschtum im Wirtschaftshaushalte Oesterreichs. Das allgemeine Wahlrecht. Die Aemtervertschechung in Böhmen. Von demselben ungenannten Verfasser. Reichenberg. Druck und Verlag von Rudolf Oherzabek.

Lic. Bräunlich. Die Los von Rom-Bewegung in Oesterreich. München. J. F. Lehmann.

Fr. Tezner. Die Wandlungen der österreichisch-ungarischen Reichsidee. Wien. Verlag von Manz. 1905.

Das Deutschtum in Ungarn.

Von Lutz Korodi.

Deutsche Besiedelung in Ungarn.

Deutsche Einwanderung, Volkszahl. Seit dem Bestand des ungarischen Staates, also seit Ende des 9. Jahrhunderts, ist Ungarn deutsches Kolonisationsgebiet gewesen. Reste einer noch älteren deutschen Bevölkerung fanden die Magyaren bei ihrer Einwanderung wohl hauptsächlich im Westen des Landes vor. Schon die ersten ungarischen Könige siedelten auf den Trümmern des Großmährischen Reiches vorzugsweise Deutsche an, damit diese europäisch-christliche Bildung einbürgerten und dem Königtum gegen die unbotmäßigen Großen des Reiches eine Stütze seien, — so im Norden, Westen und Südosten Ungarns; eine planmäßige deutsche Besiedelung des Südens fand erst nach Beendigung der Türkenkriege, nach 1700, statt. Diese Bevölkerung hat auch eingesprengte kleinere französische Ansiedelungen national aufgesogen. — Die deutschen Einwanderer sind aus Bayern, Württemberg, Schlesien, Oesterreich und aus dem Moselfränkischen (Siebenbürger Sachsen) nach Ungarn gekommen. Im Jahre 1840 gab es in Ungarn eine bürgerliche deutsche Bevölkerung von 1 273 677 (9,9 v. H.), im Jahre 1900 nach amtlicher Zählung eine solche von 2 114 423 (11 v. H.), — die deutsche bügerliche und Militärbevölkerung Ungarns beträgt 2 135 423 (11,1 v. H.; ihre

Zahl ist tatsächlich viel größer, da sehr viele Deutsche in abhängiger Stellung sich scheuten, dem Zählkommissär anzugeben, daß sie die deutsche Sprache „am liebsten sprechen". Die Hauptmasse der Deutschen wohnt heute im Westen (in Oedenburg, Preßburg und anderen Städten haben die Deutschen die unbedingte Mehrheit) und im Süden (Banat, Batschka, Slawonien); über 100 000 Deutsche sind in folgenden Komitaten: Pest (201 285), Batsch-Bodrogh (192 267), Torontal (184 016), Temes (171 087), Baranya (111 051) und Oedenburg (109 369). In Siebenbürgen wurden 233 019 Deutsche gezählt. Ueber 1000 Deutsche wohnen in 65 Städten Ungarns. — An manchen Orten geht deutscher Landbesitz in Siebenbürgen in rumänische Hände über, dagegen verdrängen vielfach die südungarischen Deutschen ihre serbischen und rumänischen Nachbarn. In Oberungarn und Slawonien haben in letzter Zeit Reichsdeutsche größere Grundkomplexe angekauft.

Kenntnis der magyarischen und der deutschen Sprache.

Verkehrssprache. Von der nichtmagyarischen Bevölkerung des Landes (nach der amtlichen Zählung 54,6 v. H. der gesamten Einwohnerzahl) können nach Angabe der vom K. ungar. Handelsministerium herausgegebenen „Statistischen Mitteilungen" 13,6 v. H. magyarisch sprechen; der deutsche Bauer versteht die Sprache für gewöhnlich nicht. Mit der Bevölkerung des gebildeten nichtdeutschen Mittelstandes kann man sich überall auch in deutscher Sprache verständigen.

Schule und Kirche.

Die Schule ist nur unter den Siebenbürger Sachsen durchweg deutsch; sie besitzen (und erhalten aus eigenen Mitteln) auch höhere Lehranstalten mit deutscher Unterrichtssprache (in Hermannstadt, Kronstadt, Schäßburg, Mediasch, Bistritz, Mühlbach, Sächsisch-Reen), sowie eine Lehrer- und eine Lehrerinnenbildungsanstalt (in Hermannstadt, bezw. Schäßburg). Das Magyarische wird in allen Schulen als Unterrichtsgegenstand gelehrt; die Lehrer, auch der deutschen höheren Schulen, müssen ihre Befähigungs-

prüfungen in magyarischer Sprache ablegen, dagegen werden sie von der siebenbürgischen ev. Landeskirche verpflichtet, 3 Jahre auf deutschen Universitäten zu studieren; neuerdings müssen selbst die Mediziner ihre Prüfungen in magyarischer Sprache ablegen — dadurch ist ihnen der Besuch deutscher Universitäten fast ganz unmöglich gemacht. — Auch deutsche Ackerbau-, Gewerbe- und Handelsschulen und eine Kindergärtnerinnenbildungsanstalt erhalten sich die Sachsen. — Hier und dort gibt es unter den übrigen Deutschen Ungarns noch Gemeindeschulen mit deutscher Unterrichtssprache; zum größten Teil sind sie aber verstaatlicht und magyarisiert worden, obwohl das Nationalitätengesetz die Staatsregierung verpflichtet, auch deutsche Schulen zu errichten und zu erhalten. Neuerdings wehren sich die Deutschen in Südungarn mancherorten mit Erfolg gegen die Magyarisierung ihrer deutschen Dorfschulen und suchen durch Gründung von Volksbüchereien und Lesevereinen den schädlichen Einfluß der magyarischen Schulen aufzuheben.

Kirche. Den Siebenbürger Sachsen bietet die autonome evangelische Kirche (ihr Oberhaupt führt den Namen „Bischof") seit den Zeiten der Reformation den besten nationalen Schutz. Für gewöhnlich sind die Pfarrer vor ihrem Eintritt in den Kirchendienst eine Anzahl Jahre im höheren Schuldienst tätig. Die katholische Kirche steht im Dienst der Magyarisierung. Freilich genießt die Kirche unter den meist katholischen Deutschen Südungarns wenig Ansehen und keinen nennenswerten Einfluß, da sie zum eigentlichen Volksleben in keiner lebendigen Beziehung steht.

Verwaltung, Rechtspflege. Nationale Presse.

Verwaltung. Die Amtssprache bei den Gemeindebehörden und die Verhandlungssprache in den Gemeindevertretungen ist die deutsche, wo die Bevölkerung nach Bildung und Besitz vorwiegend deutsch ist. Doch haben sich besonders die Städte, abgesehen

von den sächsischen, dies gesetzlich ihnen zustehende Recht meist entreißen lassen. Erst in neuerer Zeit erkennt man in weiteren Kreisen seinen Wert und sucht es zu behaupten.

Das Justizwesen ist vollständig magyarisiert; den Parteien wird es, entgegen den Bestimmungen des Gesetzes, vor Gericht fast unmöglich gemacht, sich in ihrer Muttersprache zu vertreten. In Schwurgerichtsverhandlungen wird nicht einmal die Verlesung inkriminierter Zeitungsaufsätze in der Ursprache zugelassen.

Eine nationale Presse haben nur die Siebenbürger Sachsen und zum Teil die Banater Schwaben („Deutsch-Ungarischer Volksfreund" in Temesvar politisch; „Ungarisch-Weißkirchner Volksfreund", unpolitisch), sowie die Deutschen in Slawonien („Deutsches Volksblatt für Syrmien" in Ruma). Auch die deutsche Kalenderliteratur blüht unter den Sachsen; ein deutschnationaler Kalender wird ferner in Perjamos (Südungarn, Torontaler Komitat) seit einigen Jahren von deutschen Studenten herausgegeben. Die Ofenpester deutschgeschriebenen Blätter sind deutschfeindlich, einigermaßen neutral ist noch das „Neue Pester Journal", desgleichen der antisemitische „Westungarische Grenzbote" (Preßburg). Die Information der ausländischen, auch der reichsdeutschen Presse besorgt — den Bedürfnissen der jeweiligen ungarischen Regierung entsprechend — das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau; über den Kampf des Deutschtums in Ungarn unterrichtet die reichsdeutsche Presse zuverlässig die „Nationale Korrespondenz" in Berlin und gewöhnlich auch die „Ostdeutsche Korrespondenz" in Leipzig.

Handel, Gewerbe, Landwirtschaft.

Da der auswärtige Handel Ungarns sich größtenteils auf Oesterreich und Deutschland beschränkt, hat die deutsche Sprache in Ungarn auf diesem Gebiete trotz allen Gegenbestrebungen eine beherrschende Stellung. Verfügungen, wie die des

Generaldirektors der Pester Ungarischen Kommerzialbank Leo Láncz (früher Landsberg), wonach die Angestellten der Bank „im geschäftlichen und privaten Verkehr den Gebrauch der deutschen Sprache vermeiden sollen", haben keinen praktischen Wert. Die Taxe für Namensmagyarisierung ist vom Ministerium vor einigen Jahren von 5 Gulden auf 50 Kreuzer herabgesetzt worden. In Staatsanstalten wird auf untere Beamte und auf Schüler der größtmögliche Druck ausgeübt, damit sie sich ihrer „fremden" Namen entledigen. — Die Ausfuhr von Obst, Eiern, Butter und Geflügel aus deutschen Gegenden Südungarns und Siebenbürgens nach Deutschland könnte in großem Maßstab organisiert werden; Anfänge dazu sind schon gemacht (Ungarisch-Weißkirchen, Gyertyámosch, Bistritz, Kronstadt). Solide sächsische Geldinstitute, die zum Teil auch im übrigen Ungarn arbeiten, sind in allen sächsischen Städten Siebenbürgens (Hermannstädter und Kronstädter allgemeine Sparkasse, Bodenkreditanstalt und Siebenbürger Vereinsbank in Hermannstadt, Nationalbank in Kronstadt usw.); in den Landgemeinden sind Raiffeisenkassen eingerichtet. Von den Handelsgesellschaften und dergl. sind zu erwähnen: Fruchtgenossenschaft Kronstadt, Molkereigenossenschaft ebenda und Großau (bei Hermannstadt). In landwirtschaftlichen Dingen wendet man sich am besten an den Landwirtschaftlichen Verein in Hermannstadt; die Leitung des Südungarischen Bauernvereins (Temesvár) ist national nicht zuverlässig. In gewerblichen Fragen geben die siebenbürgischen deutschen „Bürger- und Gewerbevereine" Aufschluß.

Deutsches Theater, Vereinsleben.

Deutsches Theater ist noch in den siebenbürgischen Städten und in Westungarn; für Südungarn wird deutschen Theaterdirektoren keine Spielkonzession mehr erteilt.

Unter den Siebenbürger Sachsen gibt es ein reichentwickeltes deutsches Vereinsleben; deutsche

Turn- und Gesangvereine finden sich auch in Südungarn und Slawonien. Der Siebenbürgische Karpathenverein gibt Volksgenossen, die das Land bereisen wollen, gern genaue Auskunft; eine Art wissenschaftlicher Zentrale ist im Verein für siebenbürgische Landeskunde geschaffen. Die jährlich gegen Ende August veranstalteten „Vereinstage" in Siebenbürgen zeigen dem Fremden ein farbenreiches Bild vom dortigen Volksleben. — Auch die in letzter Zeit entstandenen Alkoholenthaltsamkeitsvereine stellen sich in den Dienst der nationalen Sache und der Rassenhygiene. Die siebenbürgisch-sächsischen Hochschüler vereinigen sich dort, wo sie in genügender Zahl vorhanden sind, zu „Ortsgruppen" zum Zwecke nationaler Selbstbildung; in Wien besteht eine „Vereinigung deutscher Hochschüler aus den Ländern der ungarischen Krone". In Ofen-Pest, Wien, München, Stuttgart, Frankfurt a. M. und Berlin gibt es „Vereine Siebenbürger Sachsen", in denen sich Landsleute aller Stände zusammentun, einerseits um das Heimatgefühl wach zu erhalten, andrerseits um hilfsbedürftige Volksgenossen zu unterstützen und ihnen zu Arbeit zu verhelfen.

Politische Organisation

Politisch sind unter den Deutschen Ungarns nur die Siebenbürger Sachsen organisiert.*) Sie vermögen 13—14 Abgeordnete in den ungarischen Reichstag zu entsenden, doch ist ein erfolgreiches Auftreten in der Gesetzgebung nur nach Einführung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts zu erwarten, wenn die übrigen Nichtmagyaren auch eine entsprechende Vertretung im Parlament finden. Auch mangelt es den Sachsen gewöhnlich an geeigneten

*) In allerneuester Zeit auch die Deutschen in Ung. Weißkirchen, die mit Serben und Rumänen eine „Nationalitätenpartei" gegründet haben, und die Deutschen in Ruma (Slawonien); diese haben im Mai 1906 einen deutschnationalen Abgeordneten in den kroatischen Landtag entsandt.

Vertretern im Reichstag, weil die brauchbaren jüngeren und aktionsfähigen Kräfte vom unmittelbaren Dienst im Volksleben gewöhnlich ganz in Anspruch genommen werden. Es wäre daher unbillig, das Deutschtum in Ungarn (oder auch nur die Siebenbürger Sachsen) nach seiner parlamentarischen Vertretung zu beurteilen, die sich unter dem Zwang der Verhältnisse zum allergrößten Teil nur aus verbrauchten oder ausrangierten Kräften zusammensetzt. Wenn nur erst durch die Ausdehnung des Wahlrechts und durch lebhaftere Berührung der Sachsen mit den übrigen ungarländischen Volksgenossen ein frischerer Zug ins politische Leben kommt, ist hier eine gründliche Wendung zum Bessern zu erwarten. Die eigentlichen Mandatare des sächsischen Volkes im politischen und volkswirtschaftlichen Leben sind ihre „Kreisausschüsse"; ihre Obmänner, deren Namen auf privatem Weg zu ermitteln sind, geben vertrauenswürdigen Personen selbstverständlich gerne Aufschluß über jede Frage des dortigen deutschen Volkslebens.

Literatur.

D. Dr. G. D. Teutsch, Geschichte der Siebenbürger Sachsen, 3. Aufl., Hermannstadt, W. Krafft, 1899.

Dr. Friedrich Teutsch, Bilder aus der vaterländischen Geschichte, Hermannstadt, W. Krafft, 1895. — Hundert Jahre sächsischer Kämpfe. Zehn Vorträge aus der Geschichte der Siebenbürger Sachsen im letzten Jahrhundert, W. Krafft, 1896.

Dr. Franz Obert, Stephan Ludwig Roth (der hervorragendste Volksmann der Siebenbürger Sachsen, von den Magyaren im Jahre 1849 standrechtlich erschossen), Wien, Karl Gräser, 1896.

Dr. Oskar Netoliczka, (Des Reformators) J. Honterus ausgewählte Schriften, Kronstadt, H. Zeidner, 1898.

Dr. Friedrich Schuller, Schriftstellerlexikon der Siebenbürger Deutschen. Hermannstadt, W. Krafft, 1902.

Netoliczka-Wolff, Deutsches Lesebuch für Mittelschulen, Hermannstadt, W. Krafft, 1895—1904.

Csallner, Quellenbuch für vaterländische Geschichte, Hermannstadt, W. Krafft, 1905.

F. J. Zimmermann, Urkundenbuch zur Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen, Hermannstadt 1892 ff.

Dr. Fr. G. Schultheiß, Deutschtum und Magyarisierung, München, J. F. Lehmann, 1898.

Lutz Korodi, Ungarische Rhapsodien, politische und minder politische, München, J. F. Lehmann, 1905.

Dr. Dibelius, Die Unterdrückung der Deutschen in Ungarn, Preuß. Jahrbücher, Bd. 112, Heft 1.

Dr. Rohmeders Aufsätze über die Verfolgungen der deutschen Presse in Ungarn, „Deutsche Monatsschrift", April und Mai 1903.

Arthur Korn, Die Deutschenverfolgung in Ungarn, München, J. F. Lehmann, 1903.

Regelmäßige Berichte über das Deutschtum in Ungarn bringt die „Deutsche Erde", herausgegeben von Prof. Langhans, Gotha, Justus Perthes, außerdem gelegentliche Aufsätze politischen Inhalts von zuverlässig nationaler Seite die „Alldeutschen Blätter", die „Deutsche Monatsschrift" und die „Preußischen Jahrbücher".

Deutsche und Niederländer.

Von Paul Samassa.

Abstammung der Niederländer.

Die Beziehungen des deutschen Volkes zu dem niederländischen haben insofern einen ganz besonderen Charakter, als das niederländische **Volk** uns so nahe verwandt ist, wie kein anderes **Volk** der Welt. Stammlich besteht sogar zwischen Niederländern und Deutschen keinerlei Unterschied. Die germanischen Stämme, die das niederländische Volk gebildet haben: Sachsen, Friesen und Franken, finden sich auch im deutschen Volk. Daraus aber, wie es gelegentlich versucht wird, das Vorhandensein einer niederländischen Nation überhaupt zu leugnen und deren Schriftsprache lediglich als deutschen Dialekt zu behandeln, geht nicht an und verstößt gegen klare wissenschaftliche Gesichtspunkte. Die niederländische Schriftsprache kann nicht als ein deutscher Dialekt behandelt werden, sie ist vielmehr eine Parallelschöpfung zur hochdeutschen Schriftsprache und hat sich ebenso wie letztere aus dem alt- und mittel h o ch deutschen, aus dem alt- und mittel n i e d e r deutschen gebildet. Dieser Tatbestand wird dadurch verdunkelt, daß durch den Einfluß der politischen Macht das Niederdeutschtum im Reich verhochdeutscht worden ist, d. h. die hochdeutsche Schriftsprache angenommen hat. Eine andere Frage ist die, wie sich die Entwicklung wohl gestaltet

Die Sprache.

hätte, wenn das alte Reich in seiner politischen Ohnmacht die Niederländer in ihrem Kampfe gegen die habsburgische Herrschaft nicht im Stich gelassen hätte und die alte Reichsgemeinschaft mit den Niederländern erhalten geblieben wäre. In diesem Falle ist es wohl nicht unwahrscheinlich, daß auch die Niederländer die hochdeutsche Schriftsprache angenommen hätten. Aber diese Möglichkeit darf uns nicht hindern, die Tatsache anzuerkennen, daß die Niederländer eine besondere Nation mit gut ausgebildeter Schriftsprache, Kunst und Kultur sind, so gut wie etwa eins der skandinavischen Völker. Da Niederländer und Vlamen sich über eine gemeinsame Schriftsprache geeinigt haben, muß man beide als eine Nation betrachten, wenn auch die Geschichte der Vlamen abweichend von der der Nordniederländer verlaufen ist, die Vlamen mehr die Eigenart der Rheinfranken aufweisen, beweglicher, lebhafter sind, während den Nordniederländern mehr das niedersächsisch-friesische Wesen den Stempel aufgedrückt hat. Die Landschaft Holland wurde zum Ausgangspunkt der allgemein gewordenen Schriftsprache, die daher auch gemeinhin als holländische bezeichnet wird, zu der wiederum das Vlämische sich im Verhältnis eines Dialekts befindet. Ebenso fallen dem Deutschen Reiche gegenüber die Grenzen der gesprochenen Dialekte mit den Staatsgrenzen nicht zusammen, sodaß ein und derselbe Dialekt diesseits und jenseits der Grenze gesprochen, daneben aber je nach der Staatszugehörigkeit, die hochdeutsche oder die niederländische Schriftsprache gebraucht wird.

Die niederländische Nation.

Der geschichtliche Gegensatz zwischen Vlamen und Nordniederländern hat dazu geführt, daß die vorübergehende Vereinigung in dem großniederländischen Staat, den der Wiener Kongreß geschaffen hatte, durch die Revolution des Jahres 1830 rückgängig gemacht wurde.

Vlamen und Nordniederländer

Die Vlamen. Die **Vlamen** haben allen Grund, diese geschichtliche Entwickelung zu bereuen. Mit der Schaffung des belgischen Staates beginnt die Unterdrückung ihrer nationalen Eigenart. Der Kampf um die Rechte ihrer Sprache wird von ihnen in den letzten Jahrzehnten mit steigendem Erfolge geführt. Zahl. $3^1/_2$ Millionen Vlamen stehen in Belgien etwa $2^1/_2$ Millionen Walen (franz. Wallonen) gegenüber. Im Staatsleben ist es der vlämischen Bewegung allmählich gelungen, die gleichen Rechte für die vlämische Sprache zu erkämpfen, wie sie die französische von Anfang an besaß. Kampf um die Sprache. Aber vielfach steht die Anerkennung dieser Rechte lediglich auf dem Papier, und die teils von Haus aus wälsche teils verwälschte Bureaukratie arbeitet mit großer Hartnäckigkeit auf die Unterdrückung der vlämischen Sprache hin. Eine geringe nationale Widerstandsfähigkeit ist außerdem in den höheren Schichten der Vlamen unverkennbar. Zu einer Scheidung der Parteien im belgischen Parlament unter nationalen Gesichtspunkten ist es bisher noch nicht gekommen. im Parlament. Die Interessen der vlämischen Bevölkerung und die Rechte der vlämischen Sprache werden indes sowohl von liberalen, wie von klerikalen Abgeordneten der vlämischen Landesteile vertreten, und man muß insbesondere dem niederen Klerus nachrühmen, daß er sehr nachdrücklich für die Rechte des vlämischen Volkes eintritt. Vor allem bedürfen die Vlamen einer national erzogenen Intelligenz, was von den bewußt national fühlenden Vlamen durch die Errichtung einer vlämischen Universität zu erreichen gesucht wird. Bestrebungen um eine vlämische Hochschule. Man hat hierbei die Vervlamschung der Universität Gent im Auge. Der „Algemeen Nederlandsche Verbond", der die Zusammenfassung aller Niederländer in nationaler Beziehung erstrebt, hat auch eine Anzahl von vlämischen Gruppen. Neben den vlämischen Landtagen finden auch allgemeine Niederländische Verbandstage statt, die bisher jedoch

vielfach einen mehr literarischen als nationalpolitischen Charakter trugen. Im ganzen kann man jedenfalls der weiteren Entwickelung der vlämischen Bewegung zuversichtlich entgegensehen, da das Volk eine außerordentliche Lebenskraft besitzt und sich viel stärker vermehrt als die Walen. Dies würde noch viel stärker ersichtlich werden, wenn die nach dem wälschen Teile Belgiens abwandernden Vlamen dort nicht vielfach verwälschten. Zukunft der vlämischen Bewegung.

Die Gesamtzahl der Niederländer auf der Erde kann auf etwa 10 Millionen geschätzt werden. Davon leben nahezu 6 Millionen in den heutigen Niederlanden, $3^1/_2$ Millionen stellen die Vlamen in Belgien, $^1/_2$ Million die Buren in Südafrika, die wenigstens vorläufig noch der niederländischen Nation zuzuzählen sind. Gesamtzahl der Niederländer.

Die Nordniederländer hatten sich von 1566 bis 1648 in einem 82jährigem Kampfe die Freiheit von der habsburgischen Herrschaft und die Unabhängigkeit vom Reiche erkämpft, das sie infolge seiner eigenen Ohnmacht im Stiche gelassen hatte. Die Seemacht, die sich das mit der See vertraute Volk schuf, machte es vorübergehend zur ersten Seegewalt der Welt. Aber der Rückhalt, den diese Macht am Volke fand, war zu gering, die Nation war zu klein, um sich in dieser Machtfülle behaupten zu können. So verschwand der niederländische Staat vollständig in den Stürmen der französischen Revolution, nur mehr Trümmer waren es, die auf dem Wiener Kongreß wieder aufgebaut wurden, den größten Teil des niederländischen Kolonialbesitzes hatte England erobert. Immerhin blieben den Holländern in den Inseln des Malayischen Archipels außerordentlich wertvolle Kolonien, die bis heute zur Erhaltung des niederländischen Wohlstandes sehr viel beigetragen haben. Die Stellung der Niederlande in Europa verschlechterte sich indes in dem Maße, als Deutschland im Laufe des 19. Jahr- Geschichtliches. Unabhängigkeitskrieg. Seegewalt. Vernichtung und Wiederaufbau. Verhältnis zum Deutschen Reich.

hunderts erstarkte; Holland, Belgien und die Schweiz sind heute noch die letzten Reste jenes lotharingischen Zwischenreiches, das bei der Teilung des Staates Karls des Großen zwischen dem ost- und westfränkischen Reiche übrig geblieben war. Seit der Zeit seiner Begründung wurden um diesen Besitz zwischen Deutschland und Frankreich Kämpfe geführt, der südliche Teil von Burgund war an Frankreich gefallen, der nördliche Teil in der Schweiz selbständig geworden; Elsaß und Lothringen blieben zunächst beim Reich, wurden in der Zeit deutscher Schwäche von Frankreich erobert, um nach dem Kriege 1870/71 wieder, wenigstens teilweise, dem deutschen Stammlande zuzufallen. Die Befürchtung konnte den Holländern wohl begründet erscheinen, daß in einer kommenden Auseinandersetzung die Würfel um die Reste dieses Zwischenlandes fallen würden, und sowohl die niederländische Politik wie das Volksempfinden standen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wesentlich unter diesem Eindruck. Wäh-
1870. rend des Krieges 1870/71 war die Stimmung des Königs der Niederlande gegen Preußen dermaßen feindlich, daß er sich mit dem Gedanken einer Kriegserklärung gegen Deutschland trug, was nur durch die Verständigkeit des damaligen holländischen Ministeriums verhindert wurde. Das Volk selbst beherrschte und beherrscht zum Teil noch heute
Abneigung gegen Deutschland. eine starke Abneigung gegen Deutschland, die zum Teil auch darin ihre Begründung findet, daß Deutsche vielfach in untergeordneten Stellen nach Holland kommen (der Spitzname „mof“ = Stinker) und bei den besitzenden Holländern so der Eindruck erweckt wird, als sei Deutschland ein armes Land, dessen Bewohner in Holland aus Gnade und Erbarmen ihr Brot fänden, wobei freilich dieselben Kreise davon keine Kenntnis zu haben scheinen, daß jährlich Tausende holländischer Arbeiter der niedrigst stehenden Klassen in Deutschland Brot und Verdienst finden.

So findet zunächst der Gedanke einer freundschaftlichen Annäherung an das nächstverwandte Volk bei den Niederländern wenig Gegenliebe. Aber politische Entscheidungen werden nicht nach Gefühlen getroffen, sondern nach Notwendigkeiten, die die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ergeben. Von jenem Standpunkt aus zeigen sich in weiterer Folge die Ziele einer Zukunftspolitik. Holland ist im Besitz der Rheinmündung, und der Rhein ist die stärkste Verkehrsader Deutschlands. Wie Friedrich List schon sagte, sind wir in der Lage eines Mannes, der ein Haus besitzt, dessen Tür einem anderen gehört. In den Zeiten deutscher Ohnmacht haben die Holländer diese ihre günstige geographische Lage Deutschland gegenüber rücksichtslos ausgenützt. Noch im 19. Jahrhundert erhoben sie mitten im deutschen Gebiet Abgaben auf dem Rhein. Der größte Teil von Hollands Handel besteht in der Durchfuhr von Gütern von und nach Deutschland. So bilden die Niederlande einen integrierenden Bestandteil des deutschen Wirtschaftsgebietes, und von diesem Gesichtspunkt aus wäre eine Zollvereinigung mit den Niederlanden etwas durchaus naturgemäßes. Von Hollands Seite widerstrebt man dem vor allem deshalb, weil man in einer derartigen wirtschaftlichen Vereinigung eine Bedrohung der politischen Unabhängigkeit sieht.

Wirtschaftliche Zusammenhänge.

Ein zweiter Gesichtspunkt ergibt sich aus der Stellung Hollands im Falle eines Krieges einer oder mehrerer Großmächte mit uns. Gegenwärtig verfolgt Holland eine Politik strengster Neutralität. Könnte es diese Neutralität im Kriegsfalle z. B. bei einem Kriege zwischen England und Deutschland wirklich aufrechterhalten, so wäre dies für uns außerordentlich nützlich und wir hätten nicht den geringsten Anlaß, in Hollands politischer Stellung zwischen den Mächten etwas

Politische Stellung.

zu ändern. Denn dann würden wir unsere Ein- und Ausfuhr nach wie vor durch die neutralen Staaten Holland und Belgien führen, einen Teil der jetzigen Ausfuhr über Hamburg und Bremen dahin überleiten können. Weil aber einleuchtenderweise dadurch die Wirkungen einer Blokade unserer Nordseehäfen vollständig illusorisch gemacht werden könnte, ist es von vornherein klar, daß England oder Frankreich die Neutralität der Niederlande nicht achten würden. Die Niederlande würden also, wenn auch noch so sehr gegen ihren Willen, in einen derartigen Krieg hineingezogen werden, ihr Schicksal wäre dann ganz in die Hand des Deutschen Reiches gegeben, und zwar selbst in dem Falle, wenn etwa England in einem derartigen Kriege siegreich bliebe, weil England doch nicht die Möglichkeit hätte, die deutschen Landtruppen aus den Niederlanden zu vertreiben.

Schutz- und Trutzbündnis

Für Deutschland empfähle sich also ein politisches Schutz- und Trutzbündnis mit den Niederlanden unter dem Gesichtspunkt einer schon im Frieden zu organisierenden Verteidigung für den Fall eines Krieges. Freilich müßte damit von uns auch die schwere Last einer Garantie für den holländischen Kolonialbesitz übernommen werden, eine Aufgabe, der wenigstens vorläufig unsere Flotte keineswegs gewachsen ist.

Zollunion.

Für Holland lägen die Vorteile einer wirtschaftlichen Vereinigung darin, daß die Grundlagen seines Wirtschaftslebens dauernd gesichert würden. Heute hat es das Deutsche Reich in der Hand, durch eine geeignete Tarifpolitik den Handel von Rotterdam wenigstens teilweise nach Emden oder auch nach Antwerpen abzulenken, ja selbst die Erbauung eines direkten schleusenlosen Rheinkanals dahin ist technisch durchaus durchführbar und auch finanziell zu ermöglichen. Andererseits würde auch die holländische Landwirtschaft in Deutschland einen ge-

sicherten Absatzmarkt finden. Politisch fänden die Niederlande darin ihre Rechnung, daß Deutschland ihnen ihren Kolonialbesitz garantieren müßte, gegen Gewährung von Zugeständnissen in bezug auf unsre wirtschaftliche Betätigung in den holländischen Kolonien. Der Besitz dieser Kolonien ist für die Niederlande in der Tat gefährdet. An sich ist es schon eine Gefahr, wenn Umfang und Bevölkerung der Kolonien zu denen des Mutterlandes im allzu großen Mißverhältnis stehen; der Flächeninhalt des niederländischen Kolonialbesitzes beträgt das sechzigfache, die Bevölkerung das sechs- bis siebenfache des Mutterlandes. Der britische sowohl wie der amerikanische Imperialismus bedrohen den holländischen Kolonialbesitz, am stärksten aber vielleicht der japanische Ausdehnungsdrang und das Erwachen der gelben Rasse. Soll das Deutsche Reich die schwere Bürde einer Garantie dieses Besitzes auf sich nehmen, so müßten die Niederlande natürlich auch ihrerseits einen angemessenen Teil der Lasten für die Verteidigung übernehmen, die allgemeine Wehrpflicht einführen usw., was dort auf große Abneigung stößt. Die bedrohten Kolonien.

Die Bedenken, die sich in den Niederlanden gegen jede Annäherung an das Deutsche Reich erheben, liegen außer in den Gefühlsmomenten, vor allem in der Befürchtung, dem Deutschen Reiche einverleibt und als Volk entnationalisiert zu werden. Demgegenüber ist zu bemerken, daß wir an der Einverleibung der Niederlande in das Deutsche Reich, auch in einer etwas freieren Stellung, kein Interesse haben. Denn gegenüber dem Beispiel von Bayern, auf das man gelegentlich hinweist, muß doch betont werden, daß wir bei einer Aufnahme der Niederlande in das Reich entweder den Grundsatz des Nationalstaates durchbrechen und der niederländischen Sprache bestimmte Rechte einräumen, oder aber den Versuch machen müßten, Politische Zukunftsziele. Nationale Bedenken.

die Niederländer sprachlich zu entnationalisieren, was nach allen Erfahrungen, die wir in diesen Dingen selbst kulturell sehr tief stehenden Völkern gegenüber gemacht haben, ein ziemlich aussichtsloses Unternehmen ist. Die Niederländer hätten jedenfalls den Vorteil, daß sie durch den Abschluß eines derartigen politischen und wirtschaftlichen Bündnisses in Friedenszeiten sehr günstige Bedingungen für ihre Stellung zum Deutschen Reich erlangen können und gerade dadurch würden sie ihre nationale Unabhängigkeit für alle Zeiten festlegen. Warten sie, bis das Schicksal sie mit in einen europäischen Krieg verwickelt, dann kann es sehr leicht sein, daß ohne sie über sie entschieden wird.

Zeichen wachsender Erkenntnis in den Niederlanden.

Im allgemeinen kann man sagen, daß sich in den letzten Jahren vielfach Zeichen bemerkbar gemacht haben, daß dieser Sachverhalt in den Niederlanden in steigendem Maße erkannt wird. Seit Jahren kämpft z. B. das „Utrechtsche Dageblad" für den Anschluß an Deutschland, und in den letzten Jahren wurden derartige Vorschläge in den angesehensten Zeitungen in sehr unbefangener Weise erörtert. Die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und England, die vor kurzem den Niederländern bedenklich nahetrat, hat sie auch veranlaßt, darüber nachzudenken, was in solchem Falle ihr Schicksal sein würde. Ob alles dies aber genügen wird, um schon in der nächsten Zeit einen Umschwung der Volksmeinung herbeizuführen, der die Regierung zu einer wirklich vorausschauenden Politik drängt, steht heute dahin. Noch fraglicher erscheint es, ob Holland einen Staatsmann besitzt, der mehr zu leisten geneigt ist, als dem Bedürfnis des Tages zu genügen und bereit wäre, derartige Pläne auch gegen den Widerstand des Volkes durchzuführen.

Da die holländischen Kolonien ausschließlich Tropenkolonien sind, so kommt in ihnen eine dauernd

ansässige holländische Bevölkerung nicht in Frage. Hingegen hat sich ein Ableger des holländischen Volkes in eigenartiger Weise in Südafrika zum Volke der Buren entwickelt. Das Kap der guten Hoffnung war bis zur Zeit der napoleonischen Kriege im Besitz der Holländisch-Ostindischen Kompagnie und ging im Wiener Frieden an England über. Ein kleiner Stamm von Ansiedlern hatte sich zur Zeit der holländischen Regierung in der Umgebung von Kapstadt festgesetzt. Zur Zeit des Ueberganges der Kapkolonie an England war dies Volk zu 50% niederländischer, zu 33% deutscher (im Sinne der heutigen Reichsgrenzen), zu 17% französischer (hugenottischer) Abstammung. Seine Zahl betrug damals etwa 20000. Seine Sprache war schon damals eine Weiterentwicklung der holländischen Schriftsprache zu einem besonderen Dialekt, dem Kapholländischen, der sich im wesentlichen durch Vereinfachung bezw. Weglassung aller Flexionen und durch Aufnahme einer, allerdings nicht beträchtlichen, Menge malayischer Wörter auszeichnete. Die Engländer wußten die alte holländische Bevölkerung Südafrikas mit der neuen Regierung nicht auszusöhnen. Durch verkehrte wirtschaftliche Maßnahmen, wie die überstürzte Befreiung der Sklaven und andere Härten vertrieben sie einen Teil der Buren aus ihren Wohnsitzen, die nun weiter nach dem Innern des schwarzen Kontinents zogen. Auf diesem Wege besiedelten sie zunächst Natal, wohin ihnen jedoch bald die Engländer folgten. Weiter nach dem Innern gedrängt, gründeten sie den Oranje-Freistaat und später durch Verschmelzung von 4 unabhängigen Republiken die „Südafrikanische Republik" (Transvaal). Immer wieder folgten ihnen die Engländer, bedrängten sie und suchten sie ihrer Botmäßigkeit zu unterwerfen. Durch die Entdeckung reicher Goldfelder in Transvaal nahm die Frage wieder eine neue Gestalt an, und

Die Buren.

Geschichte.

dies Ereignis wurde den Buren endgültig zum Verderben. Nach tapferer Gegenwehr in $2^1/_2$jährigem Kriege (1899—1902) verloren sie endgültig ihre Unabhängigkeit, die beiden Republiken wurden dem englischen Weltreich einverleibt.

Zukunftsaussichten.

Damit ist die Erhaltung der Buren als selbständiger Zweig des niederländischen Volkes in Südafrika zwar stark gefährdet, aber noch ist ihr Schicksal keineswegs entschieden. Noch heute bilden die Kapburen die Mehrheit ihrer Volksgenossen und haben sich trotz hundertjähriger englischer Herrschaft ihre Sprache und Nationalität völlig erhalten. Die Buren bilden auch heute noch nahezu die Hälfte der weißen Bevölkerung Südafrikas, die überwiegende Mehrheit der dort dauernd ansässigen Bevölkerung, und in ihren Händen befindet sich der größte Teil des Grund und Bodens. Seit dem Jamesoneinfall und dem Burenkriege ist auch das Burentum der Kapkolonie zu größerer nationaler Regsamkeit erwacht und auf die Erhaltung seiner Sprache und Verteidigung seiner Nationalität mehr bedacht. Der Burenkrieg ließ auch alte Gegensätze zwischen den Buren der Kapkolonie und denen der Republiken, die zum Teil auf wirtschaftlichen Gründen beruhten, schwinden, und an die Stelle des Individualismus, der früher die Haupttriebfeder des Widerstandes gegen die englische Herrschaft war, tritt mehr und mehr das nationale Gefühl, das alle Buren Südafrikas vereinigt. Es erhält eine starke Stütze in der politischen Bewegung des Afrikandertums, die ihre Spitze gegen die Bevormundung von außen her, also in diesem Falle England, richtet. Im Rahmen dieser Bewegung ist es möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß Südafrika noch einmal seine Unabhängigkeit erlangt; wenig wahrscheinlich ist es hingegen, daß der nationale Gegensatz zwischen Buren und Engländern noch einmal einen Austrag mit der Waffe findet, da ein beträchtlicher Teil

Das Afrikandertum.

der englischen Bevölkerung Südafrikas wirtschaftliche und politische Interessen mit den Buren teilt und an ihrer Seite verficht.

Eine neue Nation.

Die Tendenz der nationalen Entwickelung des südafrikanischen Burentums geht offenbar auf eine steigende Abwendung vom holländischen Mutterlande und die Ausbildung des südafrikanischen Dialekts zur eigenen Schriftsprache aus. In dieser Richtung hat insbesondere die Zeit nach dem Kriege sehr erhebliche Fortschritte gebracht, sodaß die Zukunftshoffnungen darauf hinweisen, daß, wenn das Burentum Südafrikas sich gegenüber den starken Einflüssen, die die englische Weltsprache ausübt, halten kann, es ein Kleinvolk mit einer besonderen Sprache werden wird, die sich aus der holländischen durch die Rückbildung komplizierter Sprachformen entwickelt hat; für uns Deutsche ist diese Sprache leichter erlernbar als das Holländische, sodaß sich dann diese südafrikanische Schriftsprache gleichfalls als nächstverwandte wie die holländische dem Hochdeutschen zur Seite stellen wird.

Schweiz.

Von Theodor Längin.

„Und land uns Tütschen beliben,
die welsch zung ist untrüw"

Aus Adrian von Bubenbergs Bericht 1477
(im Archiv d. bern. hist. Ver XII. 123).

Germanen.

Die Schweiz*) ist seit der Völkerwanderung Sitz der Germanen. Die in der Westschweiz angesiedelten Burgunder sind jedoch bald verwelscht**) worden (jetzige sog. franko-provenzalische Mundarten); schon in der Reichsteilung von Mersen (870) werden sie dem welschen Reiche Karls des Kahlen zugeschlagen. Im Osten (Graubünden) sitzen die Rätoromanen. Um so urkräftiger („urchiger") alemannisch mit allen Tugenden und Untugenden des echten Deutschen***) ist der Hauptteil der Schweiz geblieben.†)

Welsche.

Deutschtum seit alter Zeit.

Die alte Eidgenossenschaft (Ewiger Bund zu Brunnen 1291; deshalb 1. August Schweizerisches

*) Geograph. Lexikon der Schweiz. Deutsche Ausgabe, besorgt von Brunner. Neuenburg 1892 ff.; Seippel, Die Schweiz im 19. Jahrhundert. Bern 1900.

**) Der Deutsch-Schweizer gebraucht „welsch" für französisch, seltener für italienisch.

***) „Deutsch" hier immer nur völkisch, nicht politisch = reichsdeutsch, gebraucht; dem Schweizer ist „Deutschland" meistens = Allemagne = Deutsches Reich, auch noch postamtlich.

†) Schweiz. Idiotikon, Wörterb. d. schw.-d. Sprache, seit 1881 im Erscheinen.

Bundesfest) war stets deutsch, den Kern des jetzigen Bundesstaats „Schweizerische Eidgenossenschaft" bilden die deutschen Kantone. Die nationale Geschichte der Schweiz und ihrer Einheit ist zugleich Geschichte deutschen Volkstums. Schiller ist 1905 auch von der welschen Schweiz als schweizerischer Nationaldichter gefeiert worden (Schweiz. Schillerstiftung).

Die Nationalhelden von Grandsee (Granson) und Murten (1476) sind nicht nur die Retter der Eidgenossenschaft vor Karl dem Kühnen; daß sie vielmehr das Deutschtum vor dem Welschtum überhaupt gerettet hatten, fühlte der siegreiche Berner Adrian von Bubenberg,*) als er 1477 die Worte in seinen Bericht schrieb, die an der Spitze dieser Zeilen stehen.

Die welschen Kantone sind im wesentlichen erst im 19. Jahrhundert gleichberechtigte Glieder des Bundes geworden.

Zählung 1900.

Nach den Ergebnissen der neuesten Volkszählung vom 1. Dezember 1900**) haben sich von 3315443 Personen Wohnbevölkerung zur deutschen Muttersprache 2312949, zum Französischen 730917, zum Italienischen 221182 und zum Rätoromanischen 38651 Personen bekannt, d. i. 69,7 vom Hundert deutsch, 22,0 französisch, 6,7 italienisch (viel Erdarbeiter), 1,2 romanisch. Unter den Deutschen befinden sich 168451 Reichsdeutsche, so daß über 2 Millionen Schweizer zum Deutschtum im Reichsausland gehören.

In den welschen Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg***) und den gemischten Wallis und Freiburg sowie dem Berner Jura sind die Deutschen in der Minderheit (Welsch-Schweiz la Suisse romande†), nicht française), ferner im Kanton Tessin

*) Schönes Denkmal in Bern.

**) Ergebnisse der Volkszählung (= Schweiz. Statistik, Heft 140); Deutsche Erde 1904, S. 175.

***) Der Deutsch-Schweizer sagt nie Neuchatel.

†) Glossaire des patois de Suisse romande, in Arbeit (Rapports seit 1898).

gegen das Italienische, gegen Italienisch und Rätisch zusammen in Graubünden; in keinem welschen Kanton aber unter 13000. Tatsächlich aber ist die Zahl der Deutschen noch stärker, da, was man sonst nur von dem sprachkampfdurchwogten Oesterreich gewohnt ist, zu ungunsten des Deutschen „Irrtümer" welscher Zähler nachgewiesen sind.*)

Sprachgrenzen.

Die deutsch-welsche Sprachgrenze**) durchzieht die Kantone Bern, Freiburg und Wallis. Von den reichsdeutschen Vogesen zieht sie nach Osten über Delsberg (Délémont) hinaus bis zur Kantonsgrenze Solothurn-Bern, längs dieser und noch weiterhin südwestlich auf das Westufer des Bielersees, längs der Grenze Bern-Neuenburg, in scharfer Biegung nach Osten am Nordufer des Neuenburgersees hin, südöstlich an den Murtener See, mitten durch die Stadt Freiburg, südöstlich weiter, bis sie auf das Oldenhorn in den Berner Alpen und die Wallis-Berner-Grenze stößt, mit diesen nordwestlich bis zum Wildstrubel; dann fällt sie rechtwinklig ins Rhonetal,***) kreuzt es bei Siders und stößt noch westlich vom Matterhorn auf italienische Landes- und Sprachgrenze. Ueber diese hinaus Vorstoß des Deutschen:†)

Sprachinseln.

Sprachhalbinsel Gressoney, südlich des Gornerhorns (= Monte Rosa) mit über 2700 vollbewußten Deutschen, nordwestlich davon das deutsche Pommat (Formazzatal der Tosa) mit 684 Deutschen, an das sich††) auf Kanton-Tessiner Gebiet dessen einzige

*) Zimmerli im Berner Jura, 1905, Nr. 83 u. 84 vom 18. und 20. Oktober, vgl. Deutsche Erde, 1906, S. 8.

**) Genaueres bei J. Zimmerli, Die d.-frz. Sprachgrenze: I. Jura, 1891; II. Mittelland, 1895; III. Wallis, 1899; ferner Hunziker, Schweiz 1898 (= Kampf um das Deutschtum, 10).

***) Deutschwallisisch: Rottenthal (der Rotten).

†) E. Neumann, Die Deutschen in Piemont. Freiburg i. B. 1891; Halbfaß, Schulprogramm. Neuhaldensleben 1903.

††) Bähler, Jahrbuch des Schweiz. Alpenklubs, Bd. 34.

deutsche Sprachinsel schließt: Gurin (Bosco 1506 m hoch), 268 katholische Deutsche, deren Schule vom deutschen Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums in Zürich unterstützt wird. Im übrigen zieht sich die deutsche Sprachgrenze bis auf den St. Gotthard zurück, stößt dort auf das Rätoromanische, dringt im Graubünden mit südlicher Ausbuchtung zur österreichischen Grenze. Romanisch spricht man heute noch in folgenden Tälern:*) Vorderrheintal herunter bis Ems (vor Chur), ausgenommen die deutschen Sprachinseln Obersaxen, Vals und Säfiental; Domleschg ausgenommen einige Dörfer um Thusis; Schams; Oberhalbstein und Bergün, Engadin, Münstertal; Schanfigg und Churwalden (teilweise). Das in Mundarten gespaltene Rätoromanische wird mit dem Eindringen des Verkehrs langsam aber sicher vom Deutschen zurückgedrängt.

Schwankungen der Sprachgrenze

Die französisch-deutsche Sprachgrenze ist im großen und ganzen dieselbe geblieben, noch heute trennt sie in Freiburg die welsche Oberstadt von der deutschen Unterstadt. Dem langsamen Vordringen des Welschen setzten die Burgunderkriege ein Ziel, im welschen Unterwallis wird Sitten deutsche Sprachinsel, im Kanton Freiburg rückt das Deutsche vor, Waadt wird dem deutschen Bern untertan, dessen „Läufer" noch den Franzosenkönig berndeutsch anredete und sich auf Vorhalt höchlich verwunderte, daß der König nicht einmal berndeutsch verstehe. Die französische Revolution gewinnt wie im Elsaß die Gemüter, mit dem Sturz der deutschen Patriziergeschlechter in Bern und Freiburg und der Loslösung Waadts wird auch das Vorwiegen der deutschen Sprache beendet. Im ganzen 19. Jahrhundert dringt das Welsche wieder vor, anfangs unbemerkt, bis die Volkszählung von 1888 und 1900 den Rückgang des Deutschtums auch weiteren Kreisen deutlich

Welsch dringt vor im 19. Jahrh.

*) Walser, Begleitwort z. eidgen. Schulwandkarte. 1902.

machten. Beispiele: im Wallis ist jetzt die Sprachinsel Sitten wieder fast verwelscht, und Brig in Gefahr, welsche Insel zu werden. Im Freiburgischen zeigt sich Rückgang oder Stillstand der meisten deutschen Gemeinden, in der Hauptstadt selbst hat die welsche Oberstadt mit Bahnhof und den berühmten Hängebrücken die deutsche Unterstadt zum dörflichen Anhang herabgedrückt. Neuenburg ist seit dem Sturz der preußischen Herrschaft (1847) ein Bollwerk des Welschtums, das die starke deutsch-schweizerische Einwanderung schon im nächsten Lebensalter entdeutscht hat.*) Die Uhrenindustrie stärkt besonders im Berner Jura das Welsche, das bereits Biel, die zweitgrößte Stadt des Kantons Bern, erobert hat und längs der Aare und der Eisenbahn bis nach Solothurn vorgerückt ist; dort ist vor wenigen Jahren die Zweisprachigkeit der Gesetze durchgedrückt worden (97930 D., 1912 Frz.!).

Ursachen. Die Erkenntnis der Ursachen einer derart fortschreitenden Verwelschung gibt uns auch die Mittel zur Abhilfe. Nach Artikel 116 der Bundesverfassung sind „die drei Hauptsprachen der Schweiz, die deutsche, französische und italienische, Nationalsprachen des Bundes", also gleichberechtigt. Hiermit sucht das Welschtum sein Vordringen zu decken. Nur um Abwehr der unberechtigten Bevorzugung des Welschen handelt es sich für das Deutschtum, durchaus nicht, wie die welschschweizerischen Zeitungen immer wieder behaupten, um „Germanisation" der Welschschweiz.

Minderheitssprachen gleichberechtigt.

Haupturſache, auf die schließlich fast alle Einzelgründe zurückführen, ist:

Starkes Welschbewußtsein. Der Welschschweizer ist bewußter Welscher, hängt stolz und zäh an seiner Muttersprache, sucht sie immer weiter zu verbreiten, wittert überall

*) ‚reçoit des Allemands, fournit des Français' (Alliance française. Bulletin 1885/86 S. 10.)

deren Beeinträchtigung und nutzt ihre Stellung als Schriftsprache und eine der Mehrheitssprache gleichberechtigte Nationalsprache aus.

Der Deutschschweizer hat über begeisterter und treudeutscher Anhänglichkeit zum Schweizertum das Deutschbewußtsein verloren, spricht nur seine Mundart, fühlt deren Nachteil, scheut aber das Schriftdeutsch und lenkt seinen Lern- und Wandertrieb auf das Französische, wie ihm überhaupt der Welsche als feiner und gebildeter erscheint. Er hat die Befähigung, die nach Bismarcks richtigem Wort (1866) sich nur bei den Deutschen vorfindet, „aus der eigenen Haut nicht nur heraus-, sondern auch in die eines Nichtdeutschen hineinzufahren und vollständig Franzose zu sein", besonders gut ausgebildet. Der Gedanke, daß er mit Anwendung der deutschen Schriftsprache in einen noch größeren Kulturkreis tritt, als durch die französische, kommt ihm gar nicht. Schriftdeutsch hat für ihn vielmehr einen Beigeschmack von „Preußisch" und „Fürstenknächt" usw. Schwaches Deutschgefühl, Fremdentümelei.

Der Welschschweizer fordert überall mindestens Verständnis,
Der Deutschschweizer zeigt gern seine Kenntnis
des
Welschen, nicht des Deutschen!

Beispiele der Bevorzugung des Welschen im 19. Jahrhundert. Bevorzugung des Welschen.

In der Bundesversammlung fordern welsche Abgeordnete die Uebersetzung deutscher Reden, die französischen Reden sind allen deutschen Abgeordneten verständlich. Die Postbriefkasten sind nur zweisprachig, welsche Postschaffner im deutschen Oberwallis, überhaupt welsche Ortsnamen und Dienstaufschriften in überwiegend deutschen Orten bei Post und Bundesbahnen beliebt. Wegen Mangel an welschen Offizieren müssen deutschschweizerische Amtlich: Bund.

Offiziere Bataillone welscher Kantone in Französisch kommandieren. Centime ist die einzige amtliche Benennung der Scheidemünze, obwohl jeder Deutschschweizer „Rappen" sagt. Die Schulen sind Kantonssache. Die welschen Kantone sind einig in Vernachlässigung des Unterrichts im Deutschen, die deutschen Kantone pflegen Französisch besonders gern. Kanton Neuenburg hat für die Kinder von über 17600 Deutschen, darunter 3400 Reichsdeutschen nur französische Schulen.

Kantone. Schule.

Der Berner Jura gilt dem dorther stammenden Erziehungsdirektor (= Unterrichtsminister) des Kantons als ganz französisches Sprachgebiet,*) was nur zur allmählichen Errichtung vereinzelter deutscher Privatschulen nötigte; dagegen wurden in Biel für die stark gewordene welsche Minderheit französische Schulen bezw. Klassen bewilligt. In Freiburg sind zwar die niederen Schulen zweisprachig, die höheren aber nur französisch. Die Alliance française in Paris, deren Hauptvertreter Professor Knapp in Neuenburg ist, unterstützt welsche Schulen in der Schweiz, veranlaßte sogar eine in Basel.**) Wie die Schulen, so die Volks- und Schulbibliotheken.

Volksbibliotheken.

Kirche. Kirche. Hier nicht wie sonst der Protestantismus Stütze des Deutschtums. Vielmehr wiederum: der Welsche bleibt in der deutschen Schweiz immer welsch; der Deutsche aber verwelscht bei gleichem Bekenntnis mit welscher Umgebung, nur der Gegensatz der Bekenntnisse erhält deutsch, z. B. Berndeutsche reformierte Gemeinde im katholischen Freiburg und katholischen Jura. Deutschkatholische Gemeinden aber werden nur in reformierter Gegend

*) Garraux, Das Recht der Deutschsprechenden im Berner Jura. Bern 1904; Längin, im Berner Jura 1904. Nr. 31 v. 16. April, auch als Aufruf des Deutschen Schulvereins in Zürich.

**) Bulletin bimensuel 1885/86. Paris.

vom Verein für inländische Mission unterstützt, z. B. Biel im reformierten Bern, aber nicht das deutsche Oberwallis, weil ganz Wallis katholisch ist.

Verkehr.

Welsche Bahngesellschaften in deutschem Sprachgebiet verwenden überwiegend welsche Ortsnamen und Angestellte, die notdürftig und ungern deutsch sprechen, z. B. Viege (Visp)-Zermatt, Morat-Anet (Murten-Ins), die frühere Jura-Simplonbahn, deren wichtigste Leiter jetzt in der Direktion der Bundesbahnen sitzen, dafür berüchtigt; dagegen Gotthardbahn vermeidet im Tessin das Deutsche. Die „offiziellen Verkehrsbureaus" versenden an Deutsche der Schweiz und des Reiches unbedenklich französische Empfehlungskarten über deutschsprachige Orte.

Im Geschäftsverkehr überhaupt schreibt der Welsche französisch und erhält vom Deutschschweizer meistens französische Antwort, statt daß Muttersprache gegen Muttersprache steht.

Vereine.

Die Welschen in den Städten der deutschen Schweiz sammeln sich ohne Kantonsunterschied im Cercle romand, für die es ein gemeinsames Feuille d'avis*) gibt. Der Deutschschweizer im Welschland tritt möglichst in die dort üblichen Vereine, ohne Rücksicht auf deutschsprachliche Zwecke. Jeder cercle ist auf der Wacht für das Welsche, z. B. in Bern (3087 Welsche) Forderung französischer Theaterstücke schon beim Neubau des Stadttheaters, aber in Genf (8301 Deutsche) werden meines Wissens keine deutschen aufgeführt. Dagegen leidenschaftliche Erregung in Neuenburg 1885, als das dortige Feuille d'avis den Untertitel „Tagblatt der Stadt" erhielt; die deutsche Zeile mußte schließlich weggelassen werden.**)

Theater.

Irrführung des Auslands.

Durch das Zusammenwirken aller dieser welschen

*) „pour les colonies françaises et romandes" (Feuille 3. I. 1903).

**) Koller im 18. Jahresheft des Vereins schwäbischer Gymnasiallehrer, 1886, S. 7.

Arbeit erscheinen dem Ausland selbst gemischtsprachige Orte mit welscher Minderheit als rein französisches Sprachgebiet. Alle Beziehungen richtet es darnach ein und so wird selbst der reichsdeutsche Reiseverkehr ein unbewußtes Werkzeug der Verwelschungsarbeit. Die Namen Vivis, Neuenburg, werden gar nicht, Delsberg, Pruntrut, Biel, Visp, Sitten, Siders, Brieg usw. nur noch mäßig gebraucht, und der deutsche, besonders der norddeutsche Reisende glaubt nur französisch sprechen zu müssen.

Nachbarstaaten. Erprobtes Kampfmittel der Welschen ist der Vorwurf politischer Hintergedanken für jede Deutschbetätigung. Dagegen zu beachten: Die Frankreichs Einfluß ungehindert: Strategisch, französische Grenze wird von französischen Sperrforts militärisch beherrscht, die reichsdeutsche ist offen.*) Der Dienst im Bahnhof Genf wird von Franzosen, nicht Welschschweizern besorgt, in Basel Verkehrspolitisch, ist Arbeitsgebiet der deutschen Bahnangestellten genau begrenzt. In Genf ist der französische Sou allgemeine Scheidemünze und das eidgenössische Kupfergeld fast unbekannt, in Basel ist deutsches Geldlich, Geld nicht zugelassen. Durch die lateinische Münzunion ist die ganze Schweiz eine finanzielle Provinz von Frankreich in stärkstem Maße**) geworden. Der enge Zusammenhang durch Sprache Geistig. und Kultur, der die Welschschweiz geistig zu einer französischen Provinz macht, ist auf französischen Schützenfesten oft sehr stark hervorgehoben worden, aber nie ist auch nur eine entfernt ähnliche Beschwerde von den Deutschschweizern erhoben worden, wie der welsche Aufruhr gegen Professor Vetters Bezeichnung der deutschen Schweiz als geistige Provinz Deutschlands. Um die Arbeit der von Paris

*) Erst in neuester Zeit wurden wegen Verstärkung Belforts in der Nähe von Basel Befestigungen errichtet, sonst nirgends.

**) Vgl.: Ueber Münzzirkulation, Flugschrift der Berner numismatischen Gesellschaft, 1905, S. 9.

geleiteten Alliance française (s. oben) kümmerte sich kein Deutschschweizer. Auch der im Jahre 1902 vom St. Galler Industrieverein im Hinblick auf den an erster Stelle stehenden Verkehr mit dem Reiche und Oesterreich angeregte Beitritt zum deutsch-österreichischen Postverein ist hauptsächlich mit politischer Begründung abgelehnt worden.*)

Alliance française.

Postverein.

Nach Bismarcks Worten ist für das Reich die Schweiz als „neutrales Zwischenland" (Reichstag 25. 7. 70) von größtem Wert. „Wir wollen nichts mehr . . . wir haben genug des Annektierten" (1890, Neue Tischgespräche I, 308). In der Tat ist für das deutsche Volkstum in Europa ein in freier Eidgenossenschaft geeintes alemannisches Kernvolk deutschen Stammes mit welscher Minderheit unendlich wichtiger, als seine Einverleibung in das Reich. Kein einsichtiger Deutscher wünscht das, am wenigsten der, welcher die Schweizer durch Verwandte schätzen und die frische Bergluft ihres innerpolitischen Lebens durch längeren Aufenthalt kennen gelernt hat. Aber die übermäßige Bevorzugung des Welschen wird auch dem Schweizerfreunde „aus dem großen Kanton"**) auffallend. Damit steht er aber in bester Schweizer Gesellschaft. Gottfried Keller, Konrad Ferd. Meyer und bekannte Professoren in Basel, Bern und Zürich haben schon 1882 die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses Deutschgesinnter erkannt: Gründung des deutschen Schulvereins zur Erhaltung des Deutschtums in Zürich 1882, Basel 1886. Die Weiterverbreitung wurde durch den politischen Vorwurf (s. oben) wirksam gelähmt. Aber um die Wende des Jahrhunderts beginnt es sich stark zu regen. Deutsche Zeitungen entstehen im Welschland, Briger Anzeiger

Wert als neutrales Land deutschen Geistes.

Abwehr welschen Uebermaßes.

Schweizer Schulverein.

Deutsche Zeitungen in der Welschschweiz.

*) Der Bund, Nr. 286, I, vom 13./14. Oktober 1903; vgl. Anhang zu: Die Frage eines deutsch-niederländischen Postvereins. Berlin 1900/01.

**) Schweizerischer Scherz für „Deutsches Reich".

1898, Berner Jura 1900 in Delsberg, und wagen, wenn auch anfangs ängstlich, für die Rechte ihrer Sprache einzutreten; sie finden Echo in der deutschschweizerischen Presse, die auch ihrerseits auf die Einzelpunkte und -Beispiele der Verwelschung schärfer achtet. Gegen das Verfahren der Post und Bahn werden Unterschriften hochangesehener Schweizer gesammelt und es entsteht schließlich ein „Deutschschweizerischer Sprachverein" (1904). Gerade zum Abschluß dieser Zeilen fliegt mir noch der „Erste Jahresbericht. Vom Wintermonat 1905" (63 S.) zu, der musterhaft zeigt, wie die kräftigste Deutsch-Gesinnung sich mit wärmster Schweiz-Treue woltuend vereinigen läßt. „Ein geschlossenes Fähnlein Schweizerbürger aus verschiedenen Gauen . . . bereit, etwas für unsere liebe deutsche Sprache zu tun, das war neu!" „Wir arbeiten für unsere deutsche Muttersprache und damit für unser Volkstum, denn beide werden in unserer Heimat vernachlässigt und bedroht." Mit vollstem Rechte sind nur Schweizerbürger zugelassen. Nun, nachdem sich treffliche Männer „in jener gefaßten Stimmung" vereinigt haben, „in der man eine Fahrt beginnt, die große Vorsicht heischt", ziemt es den Außerhalbstehenden sich fernzuhalten.

Beschwerde beim Bundesrat.

Dtsch.-schwiz. Sprachverein.

Den Reichsdeutschen aber, für die ja diese Zeilen bestimmt sind, wird es nun doppelt Pflicht, die ernste Arbeit nicht zu erschweren, sondern — dies sei besonders den norddeutschen Reisegästen gesagt — auch ihrerseits überall in der Schweiz die Muttersprache anzuwenden und wie diese Schweizer „im eigenen Sprachgebrauch, sowohl in der Mundart als in der Schriftsprache, Reinheit, Eigenart und Schönheit der deutschen Sprache zu pflegen".

Pflichten der Reichsdeutschen.

Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten.

Von Otto Hötzsch.

I.

Zehn Millionen Deutsche leben heute in den 45 Staaten der nordamerikanischen Union, mindestens sechs Millionen sind in sie seit dem 17. Jahrhundert eingewandert. Und wenn auch die Einzelberechnungen, wie sie Ernst Hasse, Paul Langhans oder die „Deutsch-amerikanischen Geschichtsblätter" von Illinois aufgestellt haben, stets unsicher bleiben werden, so ist es doch keine Uebertreibung, daß heute gut ein Drittel der Einwohner der Vereinigten Staaten deutsches Blut in den Adern hat.

Geschichte der Einwanderung.

Die Geschichte dieser deutschen Einwanderung und ihres Anteils an der Entwicklung Nordamerikas überhaupt ist heute noch nicht geschrieben, und vielleicht kann und wird sie auch niemals so geschrieben werden, wie wir sie wünschten. Denn die deutsche Einwanderung hat sich, nachdem es im Anfang, in Pennsylvania, sich so angelassen hatte, als werde sie zu geschlossenen deutschen Siedlungen und eigenen deutschen Staatswesen führen, späterhin in vollster, individueller Zerstreuung vollzogen. Ganz still ging diese deutsche Siedelungsarbeit in Westvirginia, in Ohio, namentlich in Kentucky und noch weiter westlich voran: ihren Segen für das ganze Land konnte jedermann erkennen, aber ihre Stufen, ihre Aus-

breitung im einzelnen u. dgl. festzuhalten vermochte niemand. Daher wird sich auch niemals der erhebliche Anteil genau feststellen lassen, den die deutsche Einwanderung an dem geradezu märchenhaften sog. „Winning of the West" genommen hat. Der ungeheure Raum, der sich ihr eröffnete, kam dem deutschen Individualismus entgegen und verstärkte in seinen Wirkungen den Mangel an politischem, an staatsbildendem Sinn, der die deutsche Auswanderung von Anfang an kennzeichnete.

Wie sehen sich doch äußerlich die beiden ersten Ansätze der angelsächsischen und der deutschen Besiedelung von Nordamerika so ähnlich! Aus religiösen Motiven verließen sowohl die Puritaner Englands (seit 1620) die Heimat, wie die Freunde Speners und jene Crefelder Mennoniten, die unter Führung von Franz Daniel Pastorius am 6. Oktober 1683 in Philadelphia landeten und in Germantown die erste deutsche Siedelung Nordamerikas anlegten. Aber von Anfang an traten jene Neuengländer und ihre Kirche, die puritanische wie die englische Hochkirche, staatenbildend auf. Pastorius dagegen wollte mit seiner Gesellschaft „nach überdrüssig gesehenen und gekosteten Einzelheiten ein still und christlich Leben führen". Mit Eifer wandten sich die Deutschen der Pflege des Bodens zu; noch heute sind die deutschen Dörfer Pennsylvanias als Garten Amerikas berühmt. Mit kühnem Pioniersinne drangen sie, die meist gerade an der Indianergrenze Angesiedelten, nach Westen weiter, wenn die steigende Flut der Bevölkerung im atlantischen Osten auf sie drückte, und erschlossen ihn in stiller und pfleglicher Arbeit. Aber nirgends haben sie auch nur Ansätze zu selbständiger staatlicher Bildung gemacht. Sie verstreuten sich überall und ließen die angelsächsischen Siedler die Gemeinwesen schaffen, aus denen die Union hervorging. Und diesen angelsächsisch geschaffenen Staat haben sie dann gern

Pastorius.

angenommen als ihre Heimat; in seinen großen Krisen, den beiden Kriegen gegen England und im Sezessionskrieg, haben sie mit deutscher Treue für ihn geblutet. Mit voller Wucht und einheitlich stand das Deutschtum in der Union auf der Seite, wo die Zukunft lag, auf ihre Leitung irgend bestimmenden Einfluß zu nehmen neben den Angelsachsen, wie etwa die Iren in den großen Städten, hat es jedoch niemals den Ehrgeiz gehabt. Daraus ergibt sich, so schwer es uns wird, das einzugestehen: heute, da der angelsächsische Charakter des nordamerikanischen Staatswesens unbestritten feststeht, und der Deutsche, trotz zahlreicher starker Mittelpunkte seines Volkstums, doch überall und mit allen Fäden, wirtschaftlich und sozial, in dies nordamerikanische Leben hereingezogen ist, hat das Deutschtum in Nordamerika als selbständiges Volkstum keine Zukunft mehr.

II.

Einwanderung im 18. Jahrhundert.

Nur in größter Kürze schildere ich die einzelnen Phasen der deutschen Einwanderung. Den ersten, besonders im (damals noch holländischen) New-York sich niederlassenden Pionieren folgte die schon genannte der Crefelder Mennoniten, dann der Pfälzer, Salzburger u. a. in den zwanziger, dreißiger, vierziger Jahren des 18. Jahrhunderts. Schon 1766 hat Benjamin Franklin die Deutschen allein in Pennsylvania auf 90—100 000 geschätzt. Damals hat es einen Augenblick gegeben, in dem es unsicher war, ob in diesem Staate die Amtssprache deutsch oder englisch sein sollte, und es sind auch schon Versuche gemacht worden, höhere deutsche Bildungsanstalten zu gründen. Freilich hatte auch schon damals der reich gewordene Deutsche weder Sinn noch Geld für höhere Bildung, und spotteten Reisende schon über das „Pennsylvania-Dutch", die seltsame Mischung der Pfälzer und alemannischen Mundart mit englischen

Worten, die noch heute lebendig ist, aber trotz aller Rechtfertigungsversuche, doch nur eine verwilderte Sprachform ist, so gut wie das Elsässer-Französisch.

Im 19. Jahrhundert.

Nach dem Befreiungskriege der 13 Kolonien versiegte dann zunächst der Strom der deutschen Einwanderung. Erst nach den großen europäischen Kriegen beginnt er wieder stärker zu fließen und erreicht seine dann dauernde Tiefe in der Mitte des Jahrhunderts (1847—1854). Dann stehen die Deutschen neben den englischen Einwanderern bis 1868 durchaus an der Spitze der in das Neuland des Westens einströmenden Elemente; erst seitdem beginnt in der Einwanderung die bekannte Verschiebung zugunsten der Elemente aus Osteuropa und dem Romanentum, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Die allgemeinen Faktoren, die später in den neunziger Jahren die Zahlen der deutschen Auswanderung im ganzen so stark herabdrückten, haben schließlich auch die deutsche Einwanderung in Nordamerika ganz erheblich verringert.

Die „48 er".

Nun sind unter den Deutschen, die im 19. Jahrhundert Nordamerika zu ihrer neuen Heimat machten, zwei Schichten zu unterscheiden, deren zahlenmäßiges Verhältnis zueinander das Schicksal des Deutschtums drüben mit bestimmt hat. Nach den deutschen Freiheitskriegen und nach den Revolutionen von 1830 und 1848 sind Gebildete in größerer Zahl über den Ozean gegangen: Karl Follen, Karl Beck, Franz Lieber, später Gustav Körner (der Lincolns Nomination auf der berühmten Parteikonvention von 1860 in Chicago durchsetzte), Fr. Münch, J. A. Röbling (der größte Brückenbauer der neuen Welt), Karl Schurz (der einzige Deutsche, der es zum Minister gebracht hat — als Staatssekretär des Innern unter dem Präsidenten Hayes) u. a. Die Bedeutung dieser sog. Achtundvierziger als Vermittler deutscher Wissenschaft und in der Bewegung gegen die Sklaverei, ihr belebender Einfluß auf das

kirchliche Leben, das Schul- und Zeitungswesen der Deutschen ist kaum hoch genug anzuschlagen. Aber dauernd und bleibend war ihre Wirkung für ihr Volkstum nicht. Denn dazu reichte ihre Zahl nicht aus, und viele von ihnen verschlang der Wirbelsturm des amerikanischen Wettbewerbs, noch ehe sie festen Fuß gefaßt hatten. Außerdem minderten die Achtundvierziger sogar selbst den Einfluß, den sie hätten haben können, indem ihr vielfach radikaler Doktrinarismus in der Schule viel verdarb und indem sie sich in einen lange dauernden Gegensatz zur deutsch-lutherischen Kirche setzten, die, vielleicht damals vielfach verknöchert, doch die stärkste Stütze des Deutschtums überhaupt war und heute noch ist; der Gegensatz ist als der Kampf der „Grauen" und „Grünen" in der deutsch-amerikanischen Geschichte bekannt.

Die andere Schicht aber der Einwanderung, jene an Zahl ungeheuer übertreffend, waren im 17., 18. und 19. Jahrhundert deutsche Bauern und Handwerker. Sie haben den mittleren Westen, die Täler des Ohio, des Missouri, des Mississippi erschlossen, sie den Staaten Ohio, Missouri, Wisconsin, Kentucky, Tennessee die deutschen Züge aufgedrückt, die sich diese Staaten teilweise bis heute erhalten haben. Aber daß sie nun in Wahrheit Pioniere des deutschen Volkstums geworden und — was wichtiger war — geblieben wären, dazu war ihr Zusammenhang mit der höheren geistigen deutschen Bildung des 18. wie des 19. Jahrhunderts nicht stark genug. Auch wenn sich wirtschaftlich und sozial die Möglichkeit geboten hätte, die geistige Kraft der deutschen Einwanderung vermochte darum nicht der Assimilationskraft der angelsächsischen Kulturelemente dauernd standzuhalten. Das ganze 19. Jahrhundert hindurch ist vielmehr sogar der Zusammenhang zwischen deutscher Bildung, die sich doch schließlich im deutschen Hochschulwesen am höchsten verkörpert, und

den Spitzen des Anglo-Amerikanertums stärker gewesen, als der zwischen ihr und den Söhnen Germaniens auf amerikanischem Boden.

III.

Im vorstehenden sind schon die Gründe bezeichnet für die zu sehr berechtigte Klage, daß gerade der Deutsche in Nordamerika am raschesten seine Nationalität aufgibt, daß oft schon die zweite, sicher aber die dritte Generation im angelsächsischen Wesen aufgeht. Damit ist auch schon gesagt, warum der Deutschamerikaner so erstaunlich des geschichtlichen Sinns ermangelt und warum die Versuche, das Deutschtum über das ganze Gebiet der Union hin zusammenzufassen und so zu einem einheitlichen aktionsfähigen Ganzen zu machen, auf große, ja unüberwindliche Schwierigkeiten stießen. Beides allerdings nur bis in die letzten Jahre. Denn diese haben uns doch darin eine erfreuliche Wandlung gebracht.

Erwachen der Deutsch-Amerikaner.

Aber bis dahin hatte sich der deutsche Amerikaner, auch wenn er zu Wohlstand und Ansehen kam, um die Vergangenheit seines Volkstums niemals gekümmert, während die biographische und genealogische Literatur des Anglo-Amerikaners, namentlich in den ältesten Teilen der Union wie in Massachusetts, gar nicht zu übersehen ist. Aber die Gleichgültigkeit ist geringer geworden, seit die zweihundertjährige Jubelfeier der Landung von Pastorius im Jahre 1883 die Erinnerung an die Vergangenheit wachgerufen hat, und als der wundervolle Brief, den Andrew D. White*) an den Vorsitzenden der deutschen Gesellschaften in Syrakuse aus Anlaß dieser Feier richtete, die große Bedeutung der Deutschen in der Union eigentlich zum ersten Male recht hervorgehoben

*) Später Botschafter in Berlin, einer der besten Kenner und Freunde des Deutschtums.

hatte. Seitdem ist jenes Gedenkfest als „Deutscher Tag" in vielen Städten von Jahr zu Jahr wiederholt worden und hat zur Sammlung des Deutschtums beigetragen. Seitdem ist auch die Lust an historischer Forschung erwacht, entstanden geschichtliche Gesellschaften und Zeitschriften, deren Mittelpunkt heute die früher „Americana Germanica" genannten „German American Annals" sind, als Organ der „German American Historical Society" zugleich auch das der „Vereinigung alter deutscher Studenten in Amerika" und des „Deutsch-amerikanischen Nationalbundes". Nationalbund.

Die beiden zuletzt genannten Vereinigungen sagen schon mit ihren Namen, daß mit der Freude an der Vergangenheit auch die Pflicht zur Organisation im amerikanischen Deutschtum wieder erwacht ist. Ein erster Versuch dazu ist schon 1837 einmal gemacht worden in der sog. Pittsburger Konvention. Diese wollte das Deutschtum fördern durch die Schule, in seinem materiellen Wohle, und durch Besserung der rechtlichen und geselligen Verhältnisse der Deutschen. Aber sie verlief durchaus im Sande, und an der Teilnahmlosigkeit der Deutschen und der Gegnerschaft ihrer Geistlichkeit scheiterte auch der Versuch, der damals noch hätte erfolgreich sein können: dem Deutschtum in der Union einen geistigen Mittelpunkt in einer Universität zu schaffen. Erst über 60 Jahre später ist es gelungen, die Deutschen wenigstens einigermaßen in einer Gesamtvereinigung zusammenzufassen. In der Halle der „Deutschen Gesellschaft" zu Philadelphia hat sich am 6. Oktober 1901 der „Deutsch-amerikanische Nationalbund" konstituiert als eine Zusammenfassung aller deutschen Vereine und mit dem Programm: in absichtlicher Enthaltung von jeder Parteipolitik vornehmlich für die Erhaltung der deutschen Sprache einzutreten. Daher ist neben der Pflege der deutsch-amerikanischen Geschichte, Bühne und Presse und

neben Vertretung besonderer politischer Wünsche, die sich aus den deutschen Interessen ergeben (z. B. Widerstand gegen Einwanderungsbeschränkungen, gegen die strengen Temperenz- und Sonntagsheiligungsbestimmungen) die Einführung der deutschen Sprache als Unterrichtsgegenstand in den öffentlichen Schulen (public schools) das Hauptziel des Verbandes. Seine Organisation gliedert sich in Staatsverbände und ist deutlich der der beiden großen Parteien nachgebildet. Ob die genannte Hauptforderung des Bundes nicht als verfehlt anzusehen ist, und ob er sich vom Parteileben auf die Dauer wirklich so fern halten kann, wie er es wünscht, ist hier nicht im einzelnen zu besprechen.

IV.

Aufgaben der Deutsch-Amerikaner.

Wenn die verheißungsvolle neue Bewegung, die seit dem Jahre 1901 und gefördert durch die Reise des Prinzen Heinrich eingesetzt hat, lebendig bleibt, so wird sie zweierlei Früchte tragen zum Segen des gesamten deutschen Volkes. Je mehr sich die amerikanischen Deutschen auf ihr Volkstum besinnen und je mehr sie den Zusammenhang mit dem Geistesleben des Mutterlandes pflegen, um so stärker wird der Einfluß des deutschen Geistes auf die zum Höchsten strebende und in sich noch keineswegs abgeschlossene amerikanische Kultur. Und aufs engste mit diesem Einflusse auf geistigem Gebiet hängt der andere Erfolg, zu dem das Erwachen des Deutschtums führen kann, dem die Worte Kaiser Wilhelms II. den besten Ausdruck gegeben haben: „Es ist meine feste Ueberzeugung, daß die Hunderttausende von Deutschen, die in den Vereinigten Staaten leben und dort ihr gutes Fortkommen finden, und die sich dabei in ihrem Herzen die warme Liebe für ihr altes Vaterland erhalten haben, den Weg ebnen für eine ungestörte Entwicklung unserer Beziehungen, die für unsere Länder von hoher Bedeutung sind.“ In diesen beiden

Richtungen liegt die geistige und die politische Mission der Deutschen Nordamerikas für die Zukunft ihres Mutterlandes. Mehr wird man nicht erwarten dürfen, und schon dazu gehört ein einheitlicheres und bewußteres nationales Wollen, als es bisher die Deutschen drüben gezeigt haben.

Nationale Zukunftsaussichten.

Als wirklich lebendiger Außenposten unseres Volkstums aber sind uns die amerikanischen Deutschen heute schon *verloren*. Auch alles Klagen über mangelndes Nationalgefühl u. dgl. hilft darüber nicht hinweg. Der Zwiespalt ist nicht auszugleichen, daß der Deutsche auf amerikanischem Boden, inmitten einer angelsächsischen Kulturwelt stehend, mit dem amerikanischen Leben wirtschaftlich und sozial verwächst, politisch sich als amerikanischer Bürger fühlt und fühlen soll, und zugleich ein Deutscher bleiben soll im tiefsten Sinne des Wortes. Auf dem Boden der Zweisprachigkeit erwächst und hält sich kein eigenes starkes Volkstum, entsteht keine eigene nationale Kultur. Zweisprachig aber muß der Deutsche sein in Nordamerika, und das noch in ganz anderem Sinne als etwa unsere Polen, die deutsch und polnisch sprechen. Deshalb versinkt auch so schnell schon die zweite deutsche Generation im angelsächsischen Volkstum. Gewiß, das deutsche ist das weichere und zersplittertere von beiden Volkstümern und hängt nicht fest genug mit dem Mutterlande zusammen. Aber der Druck, den es auszuhalten hat, ist von allen Seiten auch außerordentlich stark. Und dieser wird nicht schwächer, sondern stärker, je aggressiver das amerikanische Nationalgefühl infolge der Bedrohung der Rasseneinheit durch die Einwanderung wird. „Wir heißen den Deutschen, den Iren willkommen," heißt es einmal in des Präsidenten Roosevelt Schriften, „der Amerikaner werden will. Aber *wir brauchen keine Deutsch-Amerikaner* und keine Irisch-Amerikaner, die eine *besondre Schicht in unsrem politischen* und sozialen Leben bilden wollen. *Wir können*

nichts anderes gebrauchen als nur Amerikaner, und wenn sie das ganz sind, dann kann es uns gleich sein, ob sie irischer oder deutscher Abkunft sind. Der Name Amerikaner ist ein Ehrentitel. Wer anderes darüber denkt, hat kein Recht, ihn zu tragen und muß, wenn er aus Europa kommt, je eher desto lieber dahin zurückkehren." Diesem Drucke aber wird das Deutschtum um so weniger auf die Dauer standhalten, als es sogar bisher, so wie es heute ist, nur durch die beständige Einwanderung aus dem Mutterlande erhalten worden ist. „Da diese jedoch seit Jahren so gut wie aufgehört hat, und auch keine Aussicht vorhanden zu sein scheint, daß sie wieder den früheren Aufschwung nimmt, so sind die Tage der deutschen Sprache in Amerika gezählt" — in dieser trüben Aussicht faßt ein alter deutsch-amerikanischer Schulmann*) sein Urteil zusammenfassen.

Nun wäre es vermessen, mit solchen Zukunftsaussichten über das Schicksal den Deutsch-Amerikaner einfach absprechen zu wollen. Weder die Tätigkeit aller derer wollen wir gering einschätzen, die an der Erhaltung dieses Volksteiles im Reiche oder drüben arbeiten, noch die bodenständige, verheißungsvolle nationale Kraft, die namentlich in den Zentren des mittleren Westens, vor allem den starken deutschen Bauernansiedlungen und dem festen Bund mit der evangelischen Kirche und Schule etwa in Wisconsin oder Minnesota zweifellos noch ruht. Das aber dürfen wir sagen: als Auswanderungsgebiet können die Vereinigten Staaten für uns nicht mehr in Frage kommen. Das deutsche Volk muß aufhören, einem fremden Volke Kräfte zuzuführen, die — so hart es klingt — schließlich doch nur Kulturdünger, Dünger für die Blütenherrlichkeit eines fremden Volkstums werden, von dem wir nicht in alle Zu-

*) Professor Knortz in Louisville.

kunft sicher wissen, ob es uns freundlich gegenüberstehen wird!

Anm. Diese Skizze sieht mit Absicht von allem Detail ab, da diese gerade hier so gewaltig, unübersehbar und zersplittert ist, daß auf dem zur Verfügung stehenden Raume ein irgend zureichendes Bild nicht gegeben werden konnte. Aus dem gleichen Grunde nenne ich aus dem Meere der einschlägigen Literatur nur Julius Göbels ausgezeichnetes Buch: Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (München 1904), das dem Mehrverlangenden ein trefflicher Führer auch zu weiterem ist.

Das Deutschtum in Mittel- und Südamerika.

Von Wilhelm Wintzer.

Die römischen Ziffern im Text beziehen sich auf das Literaturverzeichnis am Schluß des Abschnittes.

Beginn und Ursachen der deutschen Einwanderung.

Erst nach der Zertrümmerung der spanischen und portugiesischen Kolonialherrschaft, d. h. gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts, beginnt in Mittel- und Südamerika eine Einwanderung aus dem übrigen Europa. Aber nicht sofort hat die Einwanderung von Engländern, Deutschen, Franzosen, Nordamerikanern neues Leben in die Erschließung der ungeheuern Reichtümer dieser Länder gebracht. Ganz langsam erstarkte gegenüber den unaufhörlichen Revolutionen das Zutrauen in die Ersprießlichkeit südamerikanischer Kapitalanlagen. Das Jahr 1848 gab in Deutschland für eine Anzahl hervorragend tüchtiger Gebildeter den ersten Anstoß, aus der Polizei- und Kleinstaatmisere Deutschlands in die freie Unendlichkeit südamerikanischer Steppen und Urwälder zu entfliehen. Sie wurden dann zu Organisatoren einer Masseneinwanderung kerniger deutscher Bauern, Handwerker und Arbeiter. In neuerer Zeit aber führte der Welthandelsgeist unserer Hansestädte, das gewaltige Anwachsen unserer Industrie zahllose deutsche Geschäftsleute nach drüben.

So ist es gekommen, daß sämtliche nennenswerten Städte des ganzen Gebietes von der Südgrenze der Vereinigten Staaten bis nach Feuerland

deutsche Geschäfte aufweisen, die zu den ersten ihrer Art zählen und die in sämtlichen Republiken einen großen Teil des gesamten Ein- und Ausfuhrhandels beherrschen. Dieser Geschäftsverkehr zwischen Deutschland und dem lateinischen Amerika, der in der Hauptsache in den Händen der draußen angesiedelten deutschen Kaufleute liegt, ist in beständigem Aufschwung begriffen. Von 1890—1905 hat sich der deutsche Gesamthandel mit Südamerika um etwa 240 Millionen Mk. vermehrt, der englische nur um 185 Millionen Mk., der der Vereinigten Staaten nur um 21 Millionen Mk., während der französische, lediglich auf Kosten des deutschen, sogar um 75 Millionen Mk. zurückgegangen ist (I.). Abgesehen von dem rastlosen Unternehmungsgeist unserer Industrie ist dieser Aufschwung das Verdienst des deutschen Kaufmanns drüben, der besonders durch Erlernen der Landessprache sich dem Verkehrston, den Bedürfnissen und Sonderwünschen der Landesbewohner anzuschmiegen und hierzu ebenfalls den Fabrikanten der Heimat zu erziehen weiß. Emporwachsen des Deutschtums zu seiner heutigen Bedeutung.

Die Deutschen, die zu $^2/_3$ mit deutschen, zu $^1/_3$ mit anderen fremden Waren zu handeln pflegen, haben in verschiedenen Republiken den Handel zahlreicher Hauptwarengattungen ganz und gar an sich gerissen. Da eigene Industrie fehlt oder meist nur in kümmerlichen Anfängen vorhanden ist, demnach fast jeder Nagel, jedes Blatt Papier und jeder Zwirnfaden vom Ausland eingeführt werden muß, so ist hiernach die enorme Bedeutung dieses deutschen Einfuhrgeschäftes abzuschätzen. Trotz der hohen Schutzzölle hat die Fabrikation im Lande selbst bisher nur vereinzelt, dann aber auch mit glänzenden Erträgen, Erfolge zu erzielen vermocht. So in der Brauerei, die die Deutschen beherrschen, in der Textilindustrie, auch hier und da in der Möbel- und Maschinenfabrikation und kleineren Industrien. Diese Umfang des deutschen Handels.

ganze Inlanderzeugung wird aber von der Einfuhr weit überflügelt. Deutschland führt jetzt in diese Länder zusammen für jährlich 250 Millionen Mk. Waren ein und empfängt von dort für 600 Millionen Mk. Rohprodukte. Namentlich liegt fast der ganze Handel mit Eisen-, Galanterie-, Luxuswaren, Droguen, Juwelen, Kristall-, Papierwaren und Musikalien ausschließlich in deutschen Händen. Außer in Venezuela, Peru und Argentinien wird dagegen die Einfuhr von Manufakturwaren wesentlich noch von Engländern oder Franzosen besorgt. Im allgemeinen betätigen sich die Engländer am meisten im Bank-, Bergwerks-, Eisenbahnwesen, auch im Maschinenimport, während die Amerikaner im Eisenbahn- und Bergwerkswesen (Mexiko!) zum Teil ungeheure Kapitalien angelegt haben. Gestärkt durch die Zwietracht der europäischen Mächte haben sich die Nordamerikaner in den angenehmen Traum Monroes eingewiegt, sie seien zu Beherrschern des südamerikanischen Kontinents bestimmt. Trotz eifrigen Bemühens steht aber ihre Einfuhr nach Südamerika noch auf tiefster Stufe, abgesehen von landwirtschaftlichen Maschinen, von Werkzeugen und Eisenbahnmaterial. Bei ihrer ungeheuren Betriebsamkeit haben wir nichtsdestoweniger ihre Konkurrenz für die Zukunft zu fürchten.

Erhaltung des Deutschtums.

Den vereinzelt lebenden deutschen Kaufleuten ist es sehr schwer, den deutschen Charakter auch der nachfolgenden Generation zu erhalten. Nur wo eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache drüben oder daheim erreichbar ist, ist das möglich. Im übrigen vollzieht der ausgeprägte Rassengegensatz zwischen der tiefgründigen Charakterstärke, Bildung und gewissenhaften Strebsamkeit des Deutschen und der flatterhaften oberflächlichen Veranlagung des romanischen Amerikaners die Erhaltung des Deutschtums wie von selbst, während sein Sinn

für gemütliche Umgänglichkeit den Deutschen rascher mit dem leichtlebigen frohen Südländer zusammenführt als den steiferen Angelsachsen, insbesondere Nordamerikaner. Daß dennoch auch hier noch vereinzelte Beispiele deutscher vaterlandsloser Unterwürfigkeit gegen Fremdes, namentlich bei Halb- und Ungebildeten vorkommen, braucht nicht besonders hinzugefügt zu werden.

Jeder Gefahr, die deutsche Nationalität zu verlieren, ist aber da vorgebeugt, wo Deutsche mit Deutschen in ständigem engen Verkehre stehen. Das ist der Fall in den großen zusammenhängenden deutschen Ansiedelungen, insbesondere in Südbrasilien und in Südchile.

Die deutschen Kolonien Südbrasiliens.

In den beiden brasilianischen Staaten Rio Grande do Sul und Santa Catharina germanisieren die Deutschen sogar teilweis die dort verstreuten Italiener, Rumänen, Polen, Madjaren! Hier, auf einem Ländergebiet von 532 000 qkm, so groß wie das Deutsche Reich, von dem aber erst $^1/_{12}$ unter Kultur ist, kann man Tagereisen machen und fast nur deutsch sprechen hören. Und dennoch wohnen in diesem unerschöpflich fruchtbaren, gesunden Riesengebiete zusammen noch immer nur etwa erst eine Million Menschen, weniger also als in einem preußischen Regierungsbezirk (z. B. Magdeburg). Dort 2 Einwohner auf den qkm, in Deutschland über 100! Hier ist also noch Platz für Hunderttausende! Deutsche Einwanderung ist hier seit 1824 im Gange, nur unterbrochen infolge des kurzsichtigen v. d. Heydtschen Reskripts, das, aus Furcht vor ein paar brasilianischen, unerfahrene Einwanderer ausbeutenden Hochstaplern, die Deutschen Brasiliens auf Kosten der Italiener zurückdrängte. 1824 waren die ersten 124 Kolonisten in Feitoria Velha bei San Leopoldo in Rio Grande do Sul angekommen — heute wohnen in diesem Staat 200 000 Deutsche, in dem nördlich folgenden

Santa Catharina mindestens 70000 (leider fehlten für das Deutschtum im Ausland fast überall genaue Schätzungen) und weiter nördlich in Parana über 40000, zusammen rund 350000. Hier, in den fruchtbaren Tälern der reichlich (außer in Parana) vorhandenen Flüsse, an den üppigen Hängen der mächtigen, beide Südstaaten durchziehenden Serra Geral haben die Deutschen den Urwald gerodet und mit unendlichem Schweiß, mit Nüchternheit, Zähigkeit, Begeisterung und Geduld sich aus armen Handwerkern, Bauern oder Lohnarbeitern zu zufriedenen, freien Ackerbürgern emporgearbeitet, die auf eigener Scholle bequem die Familie ernähren, vielfach noch erübrigen und sich in der Einsamkeit der Natur, der Schönheit des Klimas und der Freiheit des lockern brasilianischen Staatswesens unendlich behaglich fühlen. Durchweg ist ihre Volksvermehrung sehr stark.

Die Deutschen Brasiliens und die deutsche Heimat.

Und mit diesem freien, zuerst von Deutschen kolonisierten Lande, in dem Einheimische als Arbeiter nur zerstreut leben, sind die fest am Deutschtum haltenden Bewohner so innig verwachsen, man stört von brasilianischer Seite bisher so wenig ihre deutsche Eigenart, daß heute eher das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreicht werden würde, wollte man ihnen etwa von Anschluß ans Deutsche Reich reden. Daß sich die Deutschbrasilianer gegen etwaige chauvinistische Ausfälle der Brasilianer oder der hier mit Vorliebe Zwietracht säenden Nordamerikaner selber schützen können, hat u. a. das tapfere deutsche Mitglied des brasilianischen Nationalkongresses Haßlacher im Jahre 1905 bewiesen, der gegen die Anzapfung eines Engländerabkömmlings Darcy mit glänzendem Freimut das Gerede von „der deutschen Gefahr" zerpflückte, indem er das kapitalarme Brasilien glücklich pries, daß es so viel vertrauenswürdige tüchtige deutsche Elemente erhielte, die zwar stolz auf die viel höheren Kulturleistungen ihres Heimatlandes, doch unter ganz gleichen Bedingungen wie

die Einheimischen mit derselben Begeisterung und Treue für das Gedeihen und den Fortschritt des geliebten brasilianischen Vaterlandes arbeiteten! Ihm schloß sich an der brasilianische Staatspräsident von Rio Grande, der beim großen deutschen Schützenfest in Porto Alegre wegwerfend erklärte: Nicht für Brasilien gäbe es eine „Deutsche Gefahr", sondern nur für die auf Deutschland neidischen mit ihm in der Einfuhr wetteifernden fremden Handelsstaaten!

Die wirtschaftliche Bedeutung der Deutschbrasilianer für das deutsche Reich.

Wie recht hatte er! Die Deutschen Südbrasiliens verbrauchen noch ausschließlicher deutsche Industrieerzeugnisse als das übrige von Deutschland versorgte Südamerika. Man rechnet auf jeden Deutschbrasilianer zirka für 100 Mk. jährlich deutsche Industrieprodukte. Das macht eine Ausfuhrmenge von etwa 30 Millionen Mk. jährlich. Vermehrt sich, was dringend zu wünschen ist, die deutsche Einwanderung, so wächst dieser Einfuhrbedarf, der also noch unendlich gesteigert, uns aber auf absehbare Zeit nicht entrissen werden kann, immer weiter an (III.). So ist hier, wie überall, die Aufgabe unserer Weltpolitik für die nächste Zukunft: Auswandererpolitik mit der Absicht der Forterhaltung des Deutschtums in enger Verbindung mit Handelspolitik zu treiben, d. h.: Ausdehnung des deutschen Volkscharakters und des nationalen Wirtschaftslebens unter der Losung: frei Luft und Licht für deutsche Tüchtigkeit und Tatkraft! Deutschlands Auswanderung wird so, jetzt und für die Zukunft, der Heimat unendlichen Nutzen bringen, mag die politische Verbindung der Ausgewanderten mit ihr — für jetzt nicht oder überhaupt nicht in Frage kommen! Prof. Schmoller hat mit Recht gesagt: „Wir müssen um jeden Preis wünschen, daß sich in Südbrasilien ein Staat von 20 bis 30 Millionen Deutschen bilde — ganz gleich, ob dieser Staat brasilianisch bleibt, sich unabhängig macht oder sich mit Deutschland verbündet." So

Ziele deutscher Politik in Südamerika.

müssen wir mit allen Mitteln die Auswanderung nach Südbrasilien fördern (wie es u. a. seit 1897 die Hanseatische Kolonialgesellschaft, seit 1896 Dr. Hermann Meyer tun) und daneben das Ziel im Auge behalten, die erste Stelle im Handel nicht nur Brasiliens sondern ganz Südamerikas zu erringen!

Die deutsch-brasilianischen Ansiedelungen im einzelnen.

Noch einiges über die einzelnen brasilianischen Staaten! Das deutsche Gebiet in Rio Grande umfaßt 43 000 qkm. Die um ihr Farmhaus herum Viehzucht und meist Weizen- und Maisbau treibenden Deutschen haben hier bereits 600 deutsche Volksschulen und 41 Pfarreien — die evangelischen überwiegen weit die katholischen — gegründet. Eine Eisenbahn durchzieht dieses Gebiet und den ganzen Staat. Die etwa 10 000 Deutschen der Hauptstadt Porto Alegre (90 000 Einwohner) unterhalten mehrere deutsche Schulen und Kirchen und haben den Großhandel des Landes fast vollständig in Händen. Hier erscheint die Deutsche Zeitung — der hochverdiente Koseritz hat ferner zu der Koseritz' Deutschen Zeitung auch eine portugiesische Tageszeitung gegründet. Nova Petropolis zählt 8350, Santa Cruz 6320, Sao Lorenzo 6280 Deutsche. — In Santa Catharina, wo das Deutschtum an Zahl, nicht aber an politischer Rührigkeit hinter Rio Grande zurücksteht, sind die dichtest besiedelten blühendsten Ansiedelungen Blumenau (1850—52 von Dr. Blumenau aus Rudolstadt — geb. in Hasselfelde a. H., gegr.), dessen 20 000 deutsche Einwohner den Bau von Maniok und anderen Knollengewächsen, Zuckerrohr, Mais, Bohnen, Kartoffeln, auch Reis, Kaffee, Baumwolle und Tabak betreiben. Nicht minder musterhaft sind die großen Kolonien Donna Franziska und Brusque. In ganz Santa Catharina sorgen 143 deutsche Schulen für Fortpflanzung des Deutschtums, darunter

3 brasilianische Regierungsschulen. Weiter nördlich folgen die Staaten Parana mit über 35 000 Deutschen (18 deutschen Schulen) und der Hauptstadt Curitiba, die 4—6000 Deutsche zählt, ferner Sao Paolo mit über 25 000 Deutschen (13 deutschen Schulen), insbesondere in der Hauptstadt Sao Paolo mit 5—7000 Deutschen, weiterhin der schmale Küstenstaat Espiritu Santo mit 15 000, der Staat Minas Geraës mit 5000, der Staat Rio de Janeiro mit 16 000, speziell die Stadt mit 4000 Deutschen (Deutsch-Schweizern und Deutsch-Oesterreichern) (IV.). Den Handel beherrschen im Norden Brasiliens vorwiegend die Engländer, im Süden die Deutschen. Der deutsche Handel ist aber auch im Norden, auf Kosten des englischen und französischen, hier wie in ganz Südamerika, im ständigen Wachsen. Bedeutsam ist der deutsche Handel ferner in den Städten Santos (wo die Deutschen im Kaffeegeschäft dominieren), in der großen früheren Hauptstadt Bahia, in Pernambuco und in Amazonien (VII.).

Deutsche in Uruguay, Paraguay und Argentinien.

In dem Brasilien südlich benachbarten Uruguay ist die Zahl der Deutschen, insbesondere deutscher Kaufleute, in den letzten 20 Jahren ziemlich rasch gewachsen und beträgt heute rund 5000 mit 2 deutschen Schulen (1 in Montevideo). Noch schneller haben sich die Deutschen in Paraguay vermehrt, nämlich von 1880 bis 1890 von 400 auf 3000. — Noch wesentlich bedeutsamer freilich ist der deutsche Kaufmanns- und Farmerstand in Argentinien. Diese, außer Chile, bestregierte, mächtig aufstrebende Republik Südamerikas zählt zirka 45 000 Deutsche, und ihre Ausfuhr nach Deutschland übertrifft die aller andern südamerikanischen Länder. Von den Deutschen sind $^1/_4$ Grundbesitzer (VIII.). Die größte und modernste Stadt des spanischen Amerika, Buenos Aires, zählt 15 000 Deutsche und (mit ihrer Umgegend) 9 deutsche Schulen (in ganz Argentinien 31). In jeder größeren Stadt Argentiniens

wohnen (fast durchweg) wohlhabende Deutsche, so in der 112 000 Einwohner zählenden Stadt Rosario de Santa Fé 1066 Reichsdeutsche neben 1000 Schweizern und Oesterreichern. In Buenos Aires erscheinen 6 deutsche Zeitungen, 2 täglich, 4 wöchentlich, außerhalb der Hauptstadt erscheint dagegen keine weitere deutsche Zeitung. Noch stärker als in Südbrasilien wächst in Argentinien die Konkurrenz der italienischen Ansiedler, deren Zahl fast 500 000 (!) beträgt, wovon aber nur der achte Teil Landwirtschaft treibt. Aber die Bedeutung des Deutschtums für Argentinien, insbesondere gegenüber dem Italienertum, erhellt u. a. daraus, daß in den argentinischen Nationalkollegien als einzige Fremdsprache im fünften bis siebenten Schuljahre das Deutsche eingeführt ist.

Deutsche in Chile.

Gleichartig wie in Südbrasilien liegen die Verhältnisse in den zusammenhängenden deutschen Ansiedelungen in Südchile. Hierhin führte das Jahr 1848 viele gebildete Deutsche, u. a. auf einem Schiff den Apotheker und Bürgermeister von Kalau. Anwandter, Mitglied der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt, den Rittergutsbesitzer von Bischofshausen aus Hannover u. a. 83 Deutsche. Später organisierten Philippi und Kindermann von 1850—1869 eine Auswanderung deutscher Landarbeiter, Handwerker und Bauern. In und um Valdivia, im äußersten Süden Chiles, in herrlichem gemäßigten Klima und auf fruchtbarstem Boden siedelten sich zirka 2500 Deutsche an. Die Haupterwerbszweige dieser wohlhabenden, dicht zusammenwohnenden Deutschen sind neben der Landwirtschaft Gerbereien, Schlächtereien, Sägemühlen. Unter vornehmster Beteiligung von Deutschen ist 1905 zur Heranziehung deutscher Einwanderer in die reiche Gegend des Sees von Villarica die Kolonisationsgesellschaft Villarica gegründet worden. Ebenso rodeten deutsche Auswande-

rer am Lanquihuesee die Wälder aus, um besonders Viehzucht zu treiben, gelangten aber hier und auf der großen Insel Chiloe (mehrere 100) nicht zu dem gleichen blühenden Wohlstand wie in Valdivia, in Osorno, in der Hafenstadt Puerto Montt (500) und in Rio Bueno. Leider zerreißt konfessioneller Hader die Kolonisten. Aber durchweg sind sie an Gesittung den Einheimischen überlegen. In den schönen Hauptstädten des Landes Santiago und Valparaiso wohnen 1000 und 3000 Deutsche, zum Teil hochbedeutende Geschäftsleute. Im Süden betragen die Deutschen 7, in ganz Chile 3 v. H. der Bevölkerung. Insgesamt sind es 19 770 Deutsche, die 41 deutsche Schulen unterhalten. Der Chef des chilenischen Generalstabs, General Körner, ist ein Deutscher. Das chilenische Schulwesen ist ganz nach deutschem Vorbild eingerichtet.

Deutsche in Peru, Ecuador und Bolivien.

In den nördlich daranstoßenden Republiken Peru und Ecuador waltet noch der englische, in Bolivien seit 1903 der nordamerikanische Einfluß vor. Doch ist auch hier überall der deutsche Handel im Wachsen. Peru zählt 2000 Deutsche und 56 Handelshäuser. Versprengt liegt die schon in zweiter Generation (seit 1857 zirka) bestehende deutsche Ackerbaukolonie Pozuzo mit 600, zum Teil mit Peruanern vermischten deutschen Landwirten. Hier wie in der Hauptstadt Lima und dem Haupthafen Callao (zus. 600) sind auch deutsche Handwerker, ferner Aerzte, Ingenieure, Bergbaubeamte tätig. In Lima und Callao bestehen bedeutende deutsche Handelshäuser. — Ecuador ist ein wirtschaftlich stilles Land. Bisher zählt es etwa 20 deutsche Handelshäuser, davon je 7 in Quito und Guayaquil (X.). In Bolivien ist der Handel fast durchweg in deutschen Händen. Hier, wie in zahlreichen anderen südamerikanischen Staaten sind deutsche Brauereien gegründet, die mehr und mehr das Bier zum Nationalgetränk des romanischen

Amerika machen. Man zählt in Bolivien 26 deutsche Firmen in 8 Städten und im ganzen zirka 250 Deutsche (X.).

Deutsche in Kolumbien und Venezuela.

Die gleiche hervorragende Rolle spielt der deutsche Geschäftsmann im Wirtschaftsleben der nördlichsten Republiken Südamerikas, Kolumbien und Venezuela, dort freilich in neuerer Zeit gehemmt durch unsichere politische Zustände, hier durch die von Nordamerika begünstigte Willkür des zuchtlosen Präsidenten Castro. In dem tropischen, paradiesisch schönen und unendlich fruchtbaren Kolumbien arbeiten in 27 Städten 80 deutsche Firmen, in und um die Hauptstadt Bogota allein 7 mit 40—50 Millionen Mk. Kapital. Auch im Verkehrswesen dominieren die Deutschen. Vom Hafen Bogotas, von Honda am Magdalenenfluß, verkehren auf dem Strom, der Hauptverkehrsader des Landes, 25 deutsche Dampfer nach Baranquilla, und von hier befördert die von Deutschen gebaute und geleitete Eisenbahn die Waren weiter nach der Hafenstadt Sabanilla am atlantischen Ozean. Auch der Postverkehr der Republik geht häufig durch den zuverlässigen Extrabotendienst der deutschen Geschäftsleute. Ein Drittel des kolumbischen Handels befindet sich in deutschen Händen. — Deutsche stehen auch im Wirtschaftsleben Venezuelas an erster Stelle. Hier sind die wichtigsten Ein- und Ausfuhrgeschäfte, Fabriken, Bierbrauereien in den größten Städten deutsche. Deutsch ist das größte Ladengeschäft in der Hauptstadt Caracas (London Bazar) und das größte Geschäft des Landes überhaupt, Blohm & Co. Man zählt 38 deutsche Handelsunternehmungen. Unendlichen Verdruß bereitete die treulose Regierung den deutschen Besitzern und Erbauern der Haupteisenbahn des Landes von Caracas nach Valencia. Die Einlösung der Zinsgarantie für die technisch meisterhaft ausgeführte Bahn, die über 182 Viadukte und durch 86 Tunnels

führt, konnte erst durch die internationale Flottendemonstration 1902 und durch Urteil des Haager Schiedsgerichts — zusammen mit anderen Forderungen Deutscher und Angehöriger anderer Nationen — erzwungen werden. Schließlich ist das 1843 von 374 Badensern gegründete vereinzelte deutsche Bauerndorf Tovar westlich von Caracas zu erwähnen, dessen 450 Einwohner Kaffee und Mais bauen und sich durch Verbot venezolanischer Heiraten schon in dritter Generation rein deutsch erhalten haben. Hier wie in Caracas (500 Deutsche), gibt es je eine deutsche Schule. Ganz Venezuela zählt 1200 Deutsche (VII.). Seine Hauptausfuhr geht nach Deutschland.

Deutsche in den mittelamerikanischen Republiken.

Unter den kleinen mittelamerikanischen Republiken hat das Deutschtum die größte Bedeutung in Guatemala. Die 1100 Deutschen des Landes (in der Hauptstadt 250) beherrschen den Kaffeehandel (12 Firmen) und besitzen ein Landgebiet größer als das Herzogtum Anhalt (2725 qkm), das bisher mit 18 Millionen Kaffeebäumen bepflanzt ist, die Hälfte der gesamten Kaffeeausfuhr des Landes liefert und 80—100 Millionen Mk. wert ist. 50 deutsche Firmen befördern den Handelsverkehr mit Deutschland. Gleichwie in Venezuela beträgt der Wert des deutschen Besitzes hier etwa 185 Millionen Mk. Auch an Eisenbahn- und industriellen Unternehmungen sind Deutsche beteiligt. Seit dem Sinken der Kaffeepreise dringen in Wareneinfuhr und Kreditwesen die Nordamerikaner (45 Millionen Mk. Kapital) erfolgreicher vor. In den übrigen Republiken Mittelamerikas überwiegt zunächst noch der englische oder amerikanische Handel, dem aber der deutsche immer mehr den Rang streitig macht. Man zählte in Honduras 6, in Salvador 4 mittelgroße und 7 kleinere, in Nicaragua 5 größere deutsche Firmen. Große Kaffeeplantagen in Nicaragua gehören Deutschen, fast aller Kaffee

geht wie in Guatemala nach Deutschland. Auch Costarica weist 5 größere und 11 kleinere deutsche Handelshäuser auf (38½ Millionen Mk.), während die wenigen Deutschen Panamas naturgemäß stark unter dem nordamerikanischen Wettbewerb zu leiden haben.

Deutsche in Mexiko.

Von dem mächtigen Aufblühen Mexikos unter der jahrzehntelangen kraft- und einsichtsvollen Regierung des Porfirio Diaz, des bisher bedeutendsten Staatsmannes des lateinischen Amerika, haben die glänzenden deutschen Handelsunternehmungen des Landes (zusammen 150), trotz der mächtig wachsenden Konkurrenz der Nordamerikaner (15 000 in Mexiko), den größten Nutzen gezogen. Ständig wächst durch die Arbeit der etwa 2200 Deutschen des Landes, zu denen 400 Schweizer und Oesterreicher kommen und die sämtlich wohlsituiert bis reich genannt werden können, der Handelsverkehr mit Deutschland. Das größte Geschäftshaus der wundervollen Hauptstadt (Roberto Boker & Cie.) ist ein deutsches, zahlreiche kaum minder glänzende Geschäfte schließen sich an, die jegliche Warenein- und Ausfuhr, Bank- und Kommissionsgeschäfte betreiben. Die Hauptstadt Mexiko mit ihren 600 Deutschen besitzt eine blühende deutsche Schule, zwei große deutsche Klubs und viele Vereine. Hier erscheint auch die „Deutsche Zeitung von Mexiko". Große deutsche Firmen marschieren an der Spitze des Handels in jeder größeren Stadt, insbesondere in folgenden: Veracruz (6 Firmen, 100 Deutsche), Puebla (3 Firmen), Guadalajara (10 Firmen), Oaxaca, Mazatlan, Guanajuato, Durango, Chihuahua, El Paso usw. Erstklassige deutsche Brauereien bestehen in Monterey, Toluca und Orizaba. Dazu kommt im Süden und Westen umfangreicher Farmbesitz. Insgesamt ist der Wert deutschen Besitzes in Mexiko auf 200—300 Millionen Mk. zu schätzen.

Es sind ungeheure Werte, die es hier dem

Deutschtum zu erhalten gilt. Alle Deutschen des Auslandes, in erster Linie der Kaufmann, sind geborene Pioniere deutscher Gesittung, deutschen Geistes- und Wirtschaftslebens in der Fremde. Den Deutschen Südamerikas fällt bei Erstrebung des Zieles, die erste Stelle im Handel Südamerikas zu erringen, — neben der Betriebsamkeit und klugen Politik der Heimat — die Hauptaufgabe zu. Sie dem Deutschtum zu erhalten, und die Handelsbeziehungen mit Südamerika ganz besonders sorgfältig zu pflegen, wird daher für die Zukunft eine der vornehmsten Pflichten einer zielbewußten deutschen Weltwirtschaftspolitik bilden.

Literatur.

I. Prof. Dr. W. Sievers, Die deutschen Interessen in Südamerika. Veröffentlichungen des Allgemeinen Deutschen Schulvereins 1904.

II. Alfred Hettner, Das Deutschtum in Südbrasilien. Hettners geographische Zeitschrift, Jahrgang 1902, Leipzig.

III. Dr. Henry Lange, Südbrasilien, Berlin 1882.

IV. Gustav Lenz, Die deutschen Schulen im Auslande, „Deutsche Erde", Jahrgang 1902, Gotha.

V. Alfred Funke, Das Deutschtum in Brasilien (Inaugural-Dissertation), Halle 1902.
— derselbe: Deutsche Siedelung über See, Deutsche Monatschrift 1902/03, Berlin.

VI. Prof. Dr. Alfred Hettner, Das Deutschtum in Südbrasilien und Südchile, Geographische Zeitschrift VIII., Leipzig 1903.

VII. Prof. Dr. Sievers, Südamerika und die deutschen Interessen, Stuttgart 1903.
— derselbe: Venezuela und die deutschen Interessen, Halle 1902.

VIII. K. Kärger, Landwirtschaft und Kolonisation im spanischen Amerika, 2 Bde., Leipzig 1901.

IX. Dr. Joh. Unold, Das Deutschtum in Chile, München 1899.

X. Dr. Wilh. Wintzer, Die Deutschen im tropischen Amerika, München 1900.

Das Deutschtum in Australien und andern überseeischen Gebieten.

Von Wilhelm Wintzer.

Die römischen Ziffern im Text beziehen sich auf das Literaturverzeichnis am Schluß des Abschnittes.

Allgemeiner Charakter des australischen Deutschtums.

Die deutsche Auswanderung in englische Kolonialgebiete hatte gegen die in spanische oder portugiesische einen doppelten Nachteil: sie traf auf Angehörige einer an Kulturleistungen ebenbürtigen Nationalität, und die Kultur- und Rassenverwandtschaft erhöhte die Gefahr der Entnationalisierung. So gelangte das Deutschtum hier naturgemäß nicht zu der überragenden Stellung im Handel wie in Südamerika. Teils Bildung, teils Anspruchslosigkeit und zäher Fleiß verhalfen dennoch dem australischen Deutschtum zu bedeutsamen Erfolgen. Im ganzen wanderten etwa 56 000 Deutsche nach Australien, Tasmanien und Neuseeland ein, die sich heute auf 107 000 Köpfe vermehrt haben. Aber nur in Sidney und Adelaide hat es durch den hanseatischen Kaufmann der Großhandel zu namhafter Bedeutung gebracht. Zumeist waren die Einwanderer Bauern, Handwerker, Bergleute, Eisenbahnarbeiter, die aber als solche oder als Farmer fast durchweg zu gutem Auskommen und häufig zu Wohlstand gelangt sind. Von den $1^1/_2$ Millionen Angelsachsen, die (abgesehen von

der Verbrecherdeportation seit 1788) in die australischen Inseln einwanderten, die sich jetzt auf mehr als 3 Millionen vermehrt haben, und die durch besonders ausgeprägtes nationales Selbstbewußtsein hervorstechen, wird das Häuflein Deutscher erdrückt und zieht oft vor, sich im „Englischwerden" den Weg zum Vorwärtskommen zu bahnen. Hat doch die herausfordernde Haltung der Engländer den Deutschen z. B. die Schmach antun wollen, im Burenkrieg das deutsche Dorf Klemzig in Powell (Eroberer von Mafeking!) umzutaufen oder auf die deutsche Einwanderung, weil sie die Löhne drücke, gleich der chinesischen (!) eine Kopfsteuer zu legen! Anders als der Urheber dieses frechen Planes, der Premierminister von Neuseeland, Seddon, denken freilich gebildetere Australier, wie der Gouverneur von Südaustralien, Sir. S. J. Way und der Premierminister von Queensland, Mc. Ilwraith in Brisbane, die oft genug den Ruhm der praktischen deutschen Kulturarbeit verkündet haben, mit deren Hilfe große Gebiete Australiens aus Wildland in Paradiese mit tüchtigen, fleißigen und zufriedenen Bewohnern verwandelt worden seien.

Die deutsche Einwanderung nach Australien ist stoßweise und zu sehr verschiedenen Zeiten erfolgt. 1837 begründeten deutsche Winzer aus Hattenheim a. Rh. den heute bedeutenden australischen Weinbau. Deutsche Weinberge sind noch heute an den puritanischen Sonntagen auch für Angloaustralier Stätten allgemeiner fröhlicher Geselligkeit (I. S. 13, 18 und 22). Auch an der Begründung und Entwickelung der Schafzucht, die jetzt Australiens Hauptausfuhrgut, die Wolle, liefert, haben deutsche Farmer bedeutsamsten Anteil genommen. Noch früher als jene Winzer, wanderte die ganze altlutherische Gemeinde Klemzig aus dem brandenburgischen Kreise Züllichau-Schwiebus mit samt ihrem Pastor Kavel durch Vermittelung der Londoner Südaustralischen

Kompagnie ein, um hier im neugegründeten Klemzig bei Adelaide der erzwungenen Einführung der unierten Agende durch Friedrich Wilhelm III. zu entfliehen. Dort haben sich dann, gruppiert um den Ort Tanunda als wirtschaftlichen und geistigen Mittelpunkt, weitere Pommern, Schlesier, Brandenburger angesiedelt und dem ganzen Gebiete deutschen Charakter aufgeprägt. — Gestärkt wurde das Deutschtum Südaustraliens durch die Einwanderung deutschlandmüder Intelligenzen im Jahre 1848. Gebrüder Schomburgk, Dr. Mücke, der Gründer der „Australischen Zeitung", und Ed. Delius aus Bremen zogen gebildete Familien in größerer Zahl nach Adelaide, aus denen Justiz- und Unterrichtsminister (Fr. Basedow, Schwiegersohn und Nachfolger Mückes), Zeitungsleiter und Abgeordnete hervorgingen. — Neben diesem geistig bedeutenden Deutschtum steht eine dritte Klasse von Einwanderern: Bergleute (aus dem Harz), die die Entdeckung der australischen Goldfelder nach Südaustralien, Viktoria und Neusüdwales lockte. — Schließlich kam in den Jahren 1862—72 der größte Nachschub Deutscher nach Queensland durch den in Brisbane (der Hauptstadt) angesiedelten deutschen Kaufmann Heusler, der Deutschland zuerst auf die unbekannten Reichtümer dieses Landes aufmerksam machte. Im Verein mit der Hamburger Firma Godefroy hat er in verschiedenen Teilen dieser Kolonie zirka 11 000 deutsche Bauern aus der Uckermark, aus Preußen, Pommern, Württemberg, Schlesien angesiedelt. Queensland zählt infolgedessen heute etwa 38 000 Deutsche (Grundbesitz 132 000 ha = 20 Millionen Mk., an Kapitalwert alles Besitzes 56 Millionen Mk.!). Zusammenhängende ganz deutsch besiedelte Gebiete sind hier die Gegend um Alberton und das Pimpana-Inselgebiet mit dem Hauptort Steglitz, wo hauptsächlich Zuckerrohr gebaut wird, und das auch im australischen Volksmund Germany genannt wird. Aehnlich liegen

Deutsche Ackerbauansiedlungen in Queensland.

die Dinge in dem von 4000 Deutschen besiedelten Ipswich- und Rosewoodbezirk mit dem Hauptort Marburg. Der Hauptsitz der Queensländer Deutschen ist aber die Gegend an den Darling Downs (Gebirgsabhänge), wo 8000 Deutsche, Landwirte, Handwerker, Geistliche, Lehrer usw. um den von 3500 Deutschen (6500 Angehörigen anderer Nationalität, besonders Engländern) bewohnten, mit drei deutschen Kirchen ausgestatteten Ort Toowomba wohnen (II.). In Queensland wirken in 50 deutschen Gemeinden 24 lutherische Geistliche (I.).

Sonstige Deutsche in Australien.

Während in der Hauptstadt Queenslands, Brisbane, nur zirka 600 deutsche Familien, lediglich Handwerker, Gastwirte, Krämer, Arbeiter, fast durchweg fleißige, zuverlässige und geschickte Leute wohnen, weist Sidney mit 3—4000 Deutschen, großem Klub und vielen deutschen Vereinen, die den Zusammenhalt der Deutschen pflegen, über 50 angesehene deutsche Handelshäuser mit etwa 85 Millionen Mk. Kapital auf. In ganz Neusüdwales leben etwa 10 000 Deutsche. Hier sind 200 Millionen Mark, davon 50—80 Millionen in Bergwerksunternehmungen angelegt. Einen ähnlichen wirtschaftlichen Charakter wie in Brisbane trägt das Deutschtum in Melbourne (2000 mit 7 Vereinen) und in ganz Viktoria (zirka 10 000, vgl. III.). Neben Rechtsanwälten, Aerzten und Agenten gibt es hauptsächlich Handwerker und Arbeiter und dementsprechend sehr viel Neigung zum Verengländern. Aber auch hier, besonders im Wimmeradistrikt, finden sich, gleichwie auf der Insel Neuseeland, zahlreiche, wenn auch vereinzelt liegende, deutsche Bauernansiedelungen. — Endlich verdient die hervorragendste städtische deutsche Kolonie des Landes in dem schönen Adelaide besondere Hervorhebung, die (unter 162 000 Einwohnern) über 6000 Köpfe beträgt, und drei große deutsche Klubs, vom aristokratischsten bis zu einem sozialistischen, bedeutende

Handelshäuser, einen das Gewerbe fast monopolisierenden deutschen Bäckerstand und zahlreiche Goldarbeiter und Uhrmacher aufweist.

Deutsches Zeitungs- und Kirchenwesen.

Ein unschätzbares Band zwischen den auf dem Lande teilweis zerstreut lebenden Deutschen und dem Deutschtum der Hauptstädte bildet das australische deutsche Zeitungswesen. Die wichtigsten Zeitungen sind außer der Adelaider Australischen Zeitung die Nordaustralische Zeitung und der Queensländer Herold in Brisbane und die Deutsche Post in Sidney. Daneben ist das ausgebildete deutsche Kirchenwesen — meist uniert oder altlutherisch — ein Hauptbindemittel unter den Deutschen.

Aussichten des australischen Deutschtums.

Freilich, wenn kein Nachschub erfolgt — und der ist im allgemeinen deutschen Interesse gar nicht sonderlich zu wünschen —, so wird das schon heute stark mit dem Angelsachsentum nach Blut und nach Sprache vermischte Deutschtum sich bis auf ganz wenige größere deutsche Ansiedelungen kaum noch über zwei oder drei Geschlechtsfolgen hinaus deutsch erhalten können. Ständig werden zahlreiche Mischehen mit Engländerinnen eingegangen, da das Deutschtum drüben nicht genug Auswahl bietet, das Deutschtum hüben wegen der Entfernung aber kaum erreichbar ist. Und bei der Güte englischer Schulen wird auch der Trieb, deutsche Schulen zu gründen, immer mehr schwinden. Das Deutschtum Australiens wird also seinem Schicksal, Kulturdünger für angelsächsisches Volkstum abgegeben zu haben, leider auf die Dauer kaum entrinnen können.

* * *

Gegenwart und Zukunft des Deutschtums in Marokko.

Hoffnungsreiche Keime einer großen Entwickelung hat das Deutschtum in Marokko aufzuweisen. Das halbbarbarische, von Berbern, Arabern, spanischen Mauren und Juden bewohnte Land ist in unabhängige Stämme zerklüftet und von kriegerischen Abenteurern beunruhigt, mit denen der von

Rechts wegen despotische Sultan unaufhörliche Kämpfe führt. Die Europäer — bis in die achtziger Jahre hauptsächlich Spanier, Franzosen und Engländer — sind Räubereien und Mißhandlungen ausgesetzt, und werden vom mohamedanischen Volke, das den Koran als einziges Gesetzbuch anerkennt, als rechtlos angesehen. Erst die Madrider Konvention hat sie im Jahre 1880 endgültig unter den Schutz der Konsuln gestellt. Daß trotzdem ihre Zahl im ständigen Wachstum begriffen ist, ist das beste Zeichen für die gewaltige Entwickelungsfähigkeit dieses an Mineralen wie Kupfer, Eisen, Blei, Kohle, Steinsalz, vielleicht auch an Gold und Silber, ferner an Weiden, Vieh, tropischen und subtropischen Früchten überreichen Landes, dessen Wirtschaftsleben sich bisher wegen der Ausfuhrverbote und wegen der Trägheit, abergläubischen Verkommenheit und Abenteuerlust der Bevölkerung nicht entfalten konnte. Hafen- und Eisenbahnbau, Bergwerks- und Plantagengründung, Organisation von Armee, Polizei, Verwaltung, Gesetzgebung, von Handel und von Schiffahrt, alles harrt hier noch europäischen Unternehmungsgeistes. Kein Wunder, daß Frankreich im Jahre 1904 versuchte, von Algier aus allein die Hand auf diese Reichtümer zu legen, unter völliger Mißachtung des siegreich vordringenden deutschen Wettbewerbes. Die von Deutschland angeregte Marokkokonferenz vom Jahre 1906 durchkreuzte im wesentlichen diese Ansprüche, sicherte den Deutschen Anteil an der marokkanischen Nationalbank, öffnete Marokko europäischen Einflüssen und gab der Entwicklung des Deutschtums wenigstens die unentbehrliche Ellenbogenfreiheit.

Deutsche Kaufleute, die Ein- und Ausfuhrhandel, ersteren hauptsächlich in Eisen- und Kurzwaren, Seife, Lichten, Manufakturwaren besorgen, leben naturgemäß hauptsächlich in den Hafenstädten. So am atlantischen Ozean in Tanger (60 bei über 2000

Europäern, besonders Spaniern und Franzosen), Rabat (3 bis 5), Casablanca (80), Masagan (5 bis 10), Safi (5 bis 10), Mogador (5 bis 10), ferner einige in der in blühender Ebene liegenden aber verwahrlosten zweiten Hauptstadt Marakesch und in der bedeutendsten Handelsstadt Nordwestafrikas, in Fez. Ganz Marokko zählt 36 deutsche Handelshäuser. Die Kaufleute von Mans und Marx in Mogador, Krake und Föck in Casablanca, Tönnies in Rabat haben Landgüter erworben, was Europäern bis zur Konferenz von Algesiras nur durch „Strohmänner" möglich war (VIII.). Durch die Unsicherheit des Landes gezwungen, haben sich Franzosen, Spanier und neuerdings auch Deutsche eigene Postämter gegründet. Wenige Deutsche sind auch in den Diensten des Sultans. Der deutsche Handel mit Marokko ist in den letzten Jahren erstaunlich schnell gewachsen. England hatte 1906 noch 60 v. H. Anteil an dem auf 100 Millionen Mk. berechneten Außenhandel Marokkos, während sich Frankreich und Deutschland (mit 10 Mill. Mk.) in das übrige teilten. Dies Verhältnis verschiebt sich aber ständig zugunsten Deutschlands, das 1903 auch mit 304 Schiffen jährlich das bisher in der Schiffahrt an der Spitze stehende Frankreich schon beinahe erreicht hatte. Mit dem Abweisen der Ansprüche Frankreichs und der Herstellung der Ordnung in Marokko durch die Konferenz von Algesiras wird die Zahl der dortigen Deutschen (1905 zirka 200) und der Kapitalwert ihres Besitzes sehr rasch emporwachsen.

* * *

Deutsche in China.

Groß-Ein- und Ausfuhrhandel ist das Gepräge des in den letzten 20 Jahren mächtig emporgeblühten, auf alle bedeutenden Städte verstreuten Deutschtums in Ostasien. Bis in das englische Hongkong, das 450 Deutsche und 33 deutsche Firmen zählt, setzt der rastlos emporstrebende

deutsche Handel hier, unterstützt durch die deutsch-asiatische Bank, den Engländern heftig zu. Am bedeutsamsten ist er in der Handelsmetropole Schanghai, das 68 deutsche Großfirmen und 700 Deutsche zählt. Hongkong und Schanghai haben deutsche Schulen, in Schanghai erscheint das vorzügliche Zeitungsunternehmen: Ostasiatischer Lloyd. Dann folgt Tientsin mit 29 deutschen Großfirmen, dessen Einfuhr zu 60 v. H. und dessen Ausfuhr zu 45 v. H. in deutschen Händen ruht, ferner Canton mit 12 Firmen, die die Hälfte der Einfuhr, $^3/_4$ der Ausfuhr Cantons umfassen, Hankau mit 9 Firmen, Tschifu mit 4, Amoy, Swatau und Peking, das noch nicht offiziell dem internationalen Handel eröffnet ist, mit je 2 Firmen, Futschau mit 1 Firma. Hinzu kommen zahlreiche deutsche Missionare (bei Canton allein 41) und der bedeutende deutsche Fluß- und Küsten-Dampferverkehr (in Schanghai 25 Dampfer). Der Handel Wladiwostoks wird ganz von den dortigen 6 deutschen Großfirmen beherrscht, die deutsche Schiffahrt dort steht an erster Stelle.*) — Die 650 Deutschen Japans verteilen sich auf Yokohama mit 400 Deutschen, meist Kaufleuten, die daran sind, den englischen Handel zu überflügeln, Tokio (60), Kobe (160), Nagasaki (15) und auf eine Reihe anderer Orte im Innern. Auf den Gebieten der Wissenschaft, des Schul- und Heerwesens sind die Deutschen Japans Lehrmeister gewesen. Korea weist nur wenige Deutsche auf.

Deutsche in Japan.

Im übrigen Asien finden sich namhafte deutsche Handelshäuser in Bangkok, wie überhaupt der deutsche Handel in Siam ständige Fortschritte macht, ferner in Manila, Kalkutta, Bombay (je 150 bis 200 Deutsche), Colombo, Madras (15), in Teheran (100), in ganz Südasien zirka 1000 Deutsche. Das westliche Asien und

Deutsche in Südasien.

*) Kiautschou siehe unter Kolonien.

die niederländischen Kolonien sind an anderer Stelle behandelt worden.

All diese deutschen Handelshäuser im Ausland sind nicht nur die Hauptträger der deutschen Ausfuhr und die vornehmsten Pioniere deutscher Kultur in der Fremde, sie mehren auch dadurch den deutschen Reichtum, daß ihre Inhaber ihr Erworbenes, nachdem sie ihre Geschäfte meist an ihre deutschen Prokuristen weitergegeben haben, wieder auf dem Boden der deutschen Heimat verzehren.

Literatur:

I. Dr. Emil Jung, ehem. Inspektor der Schulen Südaustraliens: Das Deutschtum in Australien und Ozeanien. München 1902.
II. Dr. Schneider (Gumbinnen): Das Deutschtum in Queensland. Beiträge zur Kolonialpolitik 1899, Heft VI., Berlin.
III. Moritz Schanz, Deutsche in Australien, Berlin 1901.
IV. Deutsche Erde. Jahrgang 1900—1904, Gotha; insbesonders Wirth, Das Deutschtum in Asien, 1902.
V. Klein, Deutschland in Ostasien, Zeitschrift für Kolonialpolitik, Berlin, 1904, Heft I.
VI. Export, Zeitschrift des Zentral-Vereins für Handelsgeographie, Jahrgang 1900—1904, Berlin.
VII. Handbuch des Deutschtums im Auslande. Mit fünf Karten. Von Prof. Paulsen, Henoch, Prof. Dibelius und Prof. Lenz, Berlin 1904.
VIII. Das Deutschtum in Marokko von Dr. Albr. Wirth, Frankfurter Oder-Zeitung 1906 Nr. 34. Darüber auch Theobald Fischer in der Deutschen Rundschau; ferner Jannasch, Die deutsche Handelsexpedition 1886 (Berlin 1887) u. a.
IX. Dr. Siegfried Genthe, Marokko, Berlin, Allg. Verein für Literatur.

Deutsche Politik

von

Ernst Hasse.

I. Bd. Heimatspolitik. II. Bd. Weltpolitik. III. Bd. Kolonialpolitik.

I. Band 1. Heft: Das Deutsche Reich als Nationalstaat.

150 Seiten gr. 8°. Preis geh. Mk. 3.—, geb. Mk. 4.—

Inhalt: I. Die Entstehung des Deutschen Reiches. II. Die Nation. III. Der Nationalstaat. IV. Die Voraussetzungen des Nationalstaates. V. Forderungen. VI. Anhang: Fremde Staaten und Völker. 1. Italien. 2. Spanien. 3. Portugal. 4. Frankreich. 5. Schweiz. 6. Belgien. 7. Niederlande. 8. Großbritannien. 9. Skandinavien. 10. Rußland. 11. Die Balkanvölker und Balkanstaaten. 12. Die Donau-Monarchie. 13. Die Polen. 14. Die Ruthenen. 15. Nordamerika. 16. Die Juden.

I. Bd. 2. H.: Die Besiedelung des Deutschen Volksbodens.

160 Seiten gr. 8°. Preis geh. Mk. 3.—, geb. Mk. 4.—

Inhalt: I. Einleitung. II. Die Zeit bis zu Karl dem Großen. III. Karl der Große. IV. Die Wiedereindeutschung des Gebietes zwischen Saale und Elbe. V. Das Vordringen des Deutschtums in den Donau- und Alpenländern. VI. Die deutsche Besiedelung von Böhmen, Mähren und Schlesien. VII. Brandenburg, Pommern, Mecklenburg und Schleswig-Holstein. VIII. Die Kolonien der Hanse. IX. Die Deutsche Besiedelung der baltischen Länder. X. Preußens Besiedelung. XI. Die Deutsche Besiedelung Posens (Großpolens). XII. Die Wiederbesiedelung und Wiedereindeutschung des Ostens des preußischen Staates durch die Hohenzollern. XIII. Die Deutschen Siedelungen in Rußland. XIV. Zusammenfassung. XV. Die Wiederaufnahme der Siedelungstätigkeit am Ende des 19. Jahrhunderts. XVI. Die Lage in den Ostmarken. XVII. Folgerungen und Forderungen. XVIII. Neue deutsche Militärgrenzen.

I. Band 3. Heft: Deutsche Grenzpolitik.

175 Seiten gr. 8°. Preis Mk. 3.—, geb. M. 4.—

Inhalt: I. Die natürlichen, geschichtlichen und künftigen Grenzen Deutschlands. II. Westgrenze. III. Nordgrenze. IV. Ostgrenze. V. Südgrenze. VI. Oesterreich-Ungarn als deutsches Grenzland. VII. Das größere Deutschland.

Das Werk wird in zwangloser Weise erscheinen. Die Hefte, bei denen jeder Bogen mit 30 Pf. berechnet wird, dürften im Durchschnitt 3 Mk. kosten. Jedes Heft bildet ein für sich abgeschlossenes Werk, das auch einzeln käuflich ist. Jedem der drei Bände wird ein ausführliches Namens- und Sachregister beigegeben.

Jährlich sollen 1 bis 2 Hefte zur Ausgabe kommen, sodaß sich die Anschaffungskosten (im ganzen etwa 30 Mark) auf eine Reihe von Jahren verteilen.

Die ersten Hefte werden gerne zur Einsichtnahme gesandt. In jeder besseren Buchhandlung sind sie vorrätig.

Der Kampf um das Deutschtum

betitelt sich ein neues, im Auftrage des Alldeutschen Verbandes herausgegebenes Werk, das in 20 Heften, die auch einzeln käuflich sind, zur Ausgabe gelangt.

Im „Kampfe um das Deutschtum" schildern bewährte Vorkämpfer des alldeutschen Gedankens in übersichtlicher und erschöpfender Weise die Lage des Deutschtums auf der ganzen Erde. Die geschichtliche, volkswirtschaftliche und politische Entwicklung jedes Landes kommt in anziehender Weise zur Darstellung.

Zum ersten Male wird hier in zusammenfassender Weise über alle deutschen Siedelungen auf der ganzen Erde berichtet und Mittel und Wege angegeben, deren diese Glieder unseres Volkes bedürfen zu gedeihlichem Fortbestande und kraftvoller Weiterentwicklung.

1. **Die Weltstellung des Deutschtums** von Fritz Bley. 80 Pfg.
2. **Deutsch-nationales Vereinswesen.** Ein Beitrag zur Geschichte des Deutschen Nationalgefühls von Dr. G. Schultheiß. Mk. 1.20.
3. **Die preussischen Ostmarken** von Dr. Christ. Petzet. Mit Sprachenkarte Mk. 1.20.
*4. **Schleswig-Holstein.** Mit Karte.
5. **Elsass-Lothringen** von Reichsgerichtsrat Dr. J. Petersen. Mit Karte Mk. 2.40.
6. **Böhmen, Mähren und Schlesien** von Reichsratsabgeordnetem Karl Türk. Mit einer Sprachenkarte. Mk. 1.20.
7. **Tirol** von H. Nabert. Mk. 2.—.
8. **Steiermark, Kärnten, Krain, Istrien** von Reichsratsabgeordnetem Prof. Hofmann v. Wellenhof. Mk. 1.40.
9. **Deutschtum und Magyarisierung in Ungarn** von Dr. G. Schultheiß. Mit einer Sprachenkarte. Mk. 1.40.
10. **Schweiz** v. Prof. Dr. Hunziker. M. einer Sprachenkarte. Mk. 1.20.
11. **Niederlande und die alldeutsche Bewegung** von Fritz Bley. Mk. 1.20.
*12. **Russland** von A. Geiser.
13. **Chile** von Dr. Johannes Unold. Mk. 1.20.
*14. **Brasilien und die La Plata-Staaten** von Kolonialdirektor a. D. Sellin.
15. **Mittelamerika,** Mexiko, Venezuela, Kolumbien, Ekuador, Peru und Bolivien. Von Dr. W. Wintzer. Mk. 1.40.
16. **Nord-Amerika** von Prof. Dr. Goebel. M. 1.60.
17. **Süd-Afrika — niederdeutsch** von Fritz Bley. Mk. 1.—.
*18. **Asien** von Dr. Neubaur.
19. **Australien** von Dr. Emil Jung. Mk. 1.40.

Der Preis der Hefte beträgt je nach Umfang **Mk. 1.—** bis **Mk. 2.40.**

Abnehmer der ganzen Reihe erhalten die Hefte zu einem um etwa 20 v. H. billigeren Vorzugspreise.

Die mit * bezeichneten Nummern sind bis jetzt noch nicht erschienen.

J. F. Lehmann's Verlag in München.

Englands Politik und die Mächte.

Von **Professor Dr. Graf du Moulin-Eckart.**

80 Seiten gr. 8°. Preis geheftet Mk. 1.50.

Deutschland und Rom.

Von Professor Dr. **Graf du Moulin-Eckart.**

13 Bogen 8°. Preis geheftet Mk. 3.—, gebunden Mk. 4.—.

Die Geschichte, die große Lehrmeisterin, spricht eine sehr beredte Sprache. Es ist von größter Wichtigkeit für jeden Deutschen, das Verhältnis Deutschlands zu Rom im Spiegel der Geschichte zu betrachten. Dieser Spiegel wird uns hier von einem berufenen Kenner und Geschichtsforscher vorgehalten.

Ein Buch von deutscher Art.

Von **Heinrich Wastian.** Preis geheftet Mk. 1.50.

Der Herausgeber gibt in dem vorstehenden Buche eine passende Auswahl aus den Schriften des Grafen Adolf von Westarp, die einen guten Eindruck in des volkstreuen Denkers deutsche Lebensanschauung und Geistesart gewähren kann. Westarps Dichtungen sind von begeisternder Kraft und von gedankenreicher Gesinnungstüchtigkeit.

Ungarische Rhapsodien,

politische und minder politische.

Von **Lutz Korodi.**

112 Seiten gr. 8°. Preis geheftet Mk. 2.—, gebunden Mk. 3.—.

Ein Deutscher, der im Kampfe für sein Volkstum seine ganze Persönlichkeit eingesetzt hat, spricht hier zu uns, ohne bei aller Entschiedenheit seiner Gesinnung auch den Nichtdeutschen in seinen berechtigten, nationalen Empfindungen zu verletzen. Durch die ungezwungene, in gewissem Sinne künstlerische Gestaltung des Stoffes werden die Rhapsodien Korodis auch Leser, die nicht zu den zünftigen Politikern gehören, gewiß zu fesseln vermögen.

Deutsche Lieder | Herzblut

Neue deutsche Lieder

von **Adolf Grafen von Westarp.**

Zweite Auflage
geheftet Mk. 1.50, gebunden Mk. 2.50.

Zweite Auflage
geheftet Mk. 1.50, gebunden Mk. 2.50.

Der Verfasser von „Deutsche Lieder", „Herzblut", Graf von Westarp, hat in den oben genannten Gedichtsammlungen vorzugsweise die Großtaten Bismarcks verherrlicht.

Bismarck als Erzieher.

In 1960 Leitsätzen aus seinen Reden, Briefen, Berichten und Werken, zusammengestellt und systematisch geordnet von

Paul Dehn.

Preis geheftet Mk. 5.—, in prächtigem Einband Mk. 6.—.

Ein Buch, das keine Vorrede, dafür aber ein ausgezeichnetes Schlagwortregister von 84 Spalten hat. Wir finden bei einfachem Aufschlagen das irgend erreichbare Material, wie Bismarck über alle erdenklichen Fragen geurteilt und sich ausgesprochen hat. Das ist nun freilich eine nichts weniger als trockene oder lexikonhafte Lektüre, sie funkelt wie eine aus dem Gestein gelöste Sammlung von Kristallen und Granaten. Dabei hat Dehn den guten Sinn gehabt, uns nicht bloß den Politiker, sondern auch den Menschen und Gatten aufs neue vorzuführen; die Kapitel „Persönliches" und „Allerlei" zähle ich nicht zu den unwichtigsten des Buches. Die Besitzer der eigenen Werke Bismarcks und der zugehörigen Literatur erhalten hier eine Art Generalregister über das Ganze, und allgemeinhin wird das Buch als ein praktisch-politisches „Bismarckkompendium" hoffentlich recht tief eindringende und nachhaltige Dienste tun. Nicht jedes einzelne Bismarcksche Wort gilt heute noch für jede konkrete Anwendung; der große Auffrischer unseres öffentlichen Denkens wäre der erste, ein solches Alexandrinertum und Doktrinentum, das man mit seinen Worten triebe, zu bekämpfen. Aber das Allermeiste gilt doch auch noch konkret, und hauptsächlich vom Ganzen soll man hier lernen: Klarheit, kluge Einfachheit, Vorausblick, Objektivität jenseits von Formeln und Schlagwörtern, Freiheit und Größe der Gesinnung, starkes, offenes Menschentum, und in allem eichenfeste Deutschheit.

Prof. Eduard Heyck.

Die Blütezeit der deutschen politischen Lyrik von 1840—1850.

Ein Beitrag zur deutschen Literatur- und Nationalgeschichte von **Dr. Christian Petzet.**

Preis geheftet Mk. 9.—, gebunden Mk. 10.—.

Das Buch ist bestimmt, die literarhistorische und nationalgeschichtliche Bedeutung der politischen Lyrik des bezeichneten Zeitraums für unser vaterländisches Schrifttum wie für die geistige Vorbereitung des deutschen Nationalstaates eingehend und mit reichlichen literarischen Belegen darzustellen. Da auch die besten unserer literarhistorischen Werke sich mit kürzeren Hinweisen und Charakteristiken der hervorragendsten Dichter dieser Richtung begnügen, so kann das vorstehende Werk als eine wichtige Ergänzung jeder Literaturgeschichte gelten und wird als solche nicht nur von Literaturfreunden, sondern auch von Historikern und Nationalgesinnten mit dankbarer Freude aufgenommen und gekauft werden.

Taschenbuch der Kriegsflotten.

Mit teilweiser Benutzung amtlichen Materials.

VII. Jahrgang 1906. — Preis gebunden Mk. 4.50.

Herausgegeben von **B. Weyer**, Kapitänleutnant a. D.

Mit 410 Abbildungen und Skizzen und einer farbigen Tafel.

Das vorstehende Taschenbuch ist ein vorzügliches Nachschlagebuch für alle, die sich über den Stand der deutschen und fremden Kriegsflotten unterrichten wollen. Es erscheint alljährlich. Ein Nachtrag mit den eingetretenen Aenderungen wird jeweilig im Frühsommer nach dem Erscheinen kostenfrei nachgeliefert.

Bilder aus der deutschen See-Kriegsgeschichte

von Germanikus bis Kaiser Wilhelm II.

Von **Vize-Admiral Reinhold von Werner.**

618 Seiten mit 165 Abbildungen. Preis eleg. gebunden Mk. 10.—.

Das Buch behandelt die Entwicklung und Geschichte der deutschen Kriegsflotte in folgenden Abschnitten: Sachsen, Wickinger, Hansa, Vitalienbrüder, Admiral de Ruiter, der Große Kurfürst, die Deutsche Flotte, Admiral Tegetthoff, die preußische und norddeutsche Bundesmarine, die Kriegsflotte des Deutschen Reiches.

Bilder u. Skizzen aus Geschichte und Leben

von **Professor Dr. Karl Theodor Heigel,**

Direktor des Historischen Seminars in München.

25 Bogen gr. 8°. Preis: brosch. Mk. 6.—, in halb Leder geb. Mk. 8.—.

In diesem Bande vereinigt der berühmte Geschichtsforscher 15 ebenso interessant wie geistreich behandelte Essays. Das Buch, welches sich als Geschenkwerk für jeden Gebildeten vorzüglich eignet, enthält u. a. nachstehende Arbeiten: Hippolyt Taine, — Der geweihte Degen des Marschalls Daun, — Ein armenischer Abenteurer, — Die deutsche Politik während des Krimkrieges, — Zur Charakteristik Kaiser Leopolds I., — Ein deutscher Bericht über den Hof Peters des Großen, — Die Ehescheidung Napoleons I. und Josephinens, — Archivwesen und Geschichtsforschung, — Der angebliche Mannheimer Verrat von 1795, — Erinnerungen eines Veteranen aus der Napoleonischen Zeit, — Der Grabstein des Orlando di Lasso, — Die Bavaria auf der Hofgartenrotunde, — Ein Reich, ein Recht.

„Die Zeit des Schweigens ist vorbei,
Die Zeit des Redens ist gekommen."

Die Entstehung des Christentums.

Von **D. O. Pfleiderer,** Professor an der Universität zu Berlin.
256 Seiten. gr. 8°. Preis geheftet Mk. 4.—, gebunden Mk. 5.—,
in Halbleder gebunden Mk. 6.—.

Dem Theologen nicht nur, sondern jedem Gebildeten überhaupt unter den religiös Interessierten muß es eine Anregung, ja wohl auch ein gediegener Genuß sein, sich in Pfleiderers Ausführungen zu versenken. Also kauf, lies und denke ein Weilchen nach!

Leipziger Neueste Nachrichten. 20. Mai 1905.

Religion und Religionen.

Von **D. O. Pfleiderer,** Professor an der Universität zu Berlin.
249 Seiten. gr. 8°. Preis geheftet Mk. 4.—, gebunden Mk. 5.—,
in Halbleder gebunden Mk. 6.—.

Inhalt: Das Wesen der Religion. — Religion und Moral. — Religion und Wissenschaft. — Die Anfänge der Religion. — Die chinesische Religion. — Die ägyptische Religion. — Die babylonische Religion. — Die Religion Zarathustras und der Mithraskult. — Der Brahmanismus und Gaotama Buddha. — Der Buddhismus. — Die griechische Religion. — Die Religion Israels. — Die Religion des nachexilischen Judentums. — Das Christentum. — Der Islam. —

Beiträge zur Weiterentwicklung der christlichen Religion.

25 Bogen in 8° in prächtiger Ausstattung.
Preis geheftet. Mk. 5.—, gebunden Mk. 6.—.

Inhalt: 1. Wesen und Ursprung der Religion, ihre Wurzeln und deren Entfaltung von Prof. Dr. Leopold v. Schroeder, Wien. 2. Das Alte Testament im Licht der modernen Forschung von Prof. D. H. Gunkel, Berlin. 3. Evangelium und Urchristentum. (Das neue Testament im Licht der historischen Forschung) von Prof. D. A. Deißmann, Heidelberg. 4. Heilsglaube und Dogma von Prof. D. Dr. A. Dorner, Königsberg. 5. Religion und Sittlichkeit von Prof. D. Dr. W. Herrmann, Marburg. 6. Christentum und Germanen von Superintendent D. F. Meyer, Zwickau. 7. Wissenschaft und Religion von Prof. D. Dr. R. Eucken, Jena. 8. Religion und Schule von Prof. Dr. W. Rein, Jena. 9. Die gemeinschaftsbildende Kraft der Religion von Lic. G. Traub, Dortmund. 10. Das Wesen des Christentums von Prof. Lic. Dr. G. Wobbermin, Berlin.

Willensfreiheit, Moral, Strafrecht

von Dr. Julius Petersen,

Reichsgerichtsrat a. D.

Preis geheftet Mk. 5.—, gebunden Mk. 6.—

Das Werk ist in erster Linie für Philosophen, Juristen, Theologen und Mediziner geschrieben; doch wird es, da es eine der meistumstrittenen Fragen in klarer und erschöpfender Weise behandelt, auch von allen Gebildeten gerne gelesen werden. Determinismus und Indeterminismus oder bedingte und unbedingte Willensfreiheit stehen im Vordergrund des Interesses. Hier findet diese Frage von einem vorzüglichen Sachkenner eine erschöpfende und wohl für lange abschließende Behandlung.

Die höchsten Kulturaufgaben des modernen Staates.

Von Dr. J. Unold.

Preis geheftet Mk. 2.40, geb. Mk. 3.60.

Der Verfasser sah sich veranlaßt, die deutschen Bürger, Volksvertreter und Staatsmänner auf hohe dringende Aufgaben hinzuweisen, welche bei dem vorherrschenden Erwerbs- und Genußleben allzusehr zurückgedrängt werden und deren Vernachlässigung schwere Gefahren für die innere Einheit unseres Volkes, sowie für den Bestand und Fortschritt unserer Kultur heraufzubeschwören droht.

Der Syllabus, seine Autorität und Tragweite.

Von Graf von Hoensbroech,

Herausgeber der Monatsschrift „Deutschland".

Preis geheftet Mk. 2.—, gebunden Mk. 3.—

Nachdem Kardinal Erzbischof Fischer von Köln den Syllabus als den Prüfstein der wahren Gesinnung eines jeden Katholiken bezeichnet hat, hielt es die Verlagsbuchhandlung für zweckmäßig, eine gemeinverständliche, durch geschichtliche Belege ergänzte Ausgabe des Syllabus zu veranstalten.

Jeder, der im politischen Leben steht, jeder, der für religiöse und kulturelle Fragen Interesse hat, muß dieses Buch studieren. In jeder Gerichts-, Schul-, Pfarr-, und Volksbibliothek ist es unentbehrlich.

J. F. Lehmann's Verlag in München.

Reich illustrierte Bände.

Schönste Festgeschenke für Schule u. Haus.

Lohmeyers vaterländische Jugendbücherei.

Bd.	1.	**Der Kampf um die Marienburg.** Von Joh. von Wildenradt	Mk. 2.—
„	2.	**Der Raub Straßburgs.** Von F. Lienhard. 2. Auflage	„ 2.—
„	3.	**Aus Tagen deutscher Not.** Von Anton Ohorn. 2. Auflage	„ 2.—
„	4.	**Der Löwe von Flaandern.** Von H. Conscience. 2. Auflage	„ 4.—
„	5.	**Deutsche Charakterköpfe.** — Königin Luise, H. J. von Ziethen, E. M. Arndt, J. G. Fichte, Friedrich Wilhelm als Kronprinz. Von W. Hahn. 2. Auflage	„ 3.—
„	6.	**Lina Bodmer.** Familiengeschichte aus der Zeit der Napoleonischen Herrschaft. Von E. Wuttke-Biller	„ 2.—
„	7.	**Die Heldensagen des deutschen Volkes.** Von Gustav Schalk. 3. Auflage	„ 4.—
„	8.	**Admiral Karpfanger.** Erzählung aus Hamburgs Vorzeit. Von Vizeadmiral Reinh. v. Werner	„ 2.—
„	9.	**Mit Ränzel und Wanderstab.** Schülerwanderungen durch deutsches Land. Von Georg Lang	„ 4.—
„	10.	**Kaiser Rotbart.** Von Anton Ohorn	„ 4.—
„	11.	**Hans Stock, der Schmied von Ochsenfurt.** Von E. Weber	„ 3.—
„	12.	**Johann Kuny, der erste brandenburgisch-preuß. Negerfürst.** Eine Erzählung aus den Kolonien des großen Kurfürsten. Von E. Steurich	„ 5.—
„	13.	**Der Trommler von Düppel.** Von Joh. Dose	„ 3.—
„	14.	**Gert Janssens Chinafahrten. Reise- und Kriegserlebnisse eines jungen Deutschen.** Von Otto Felsing	„ 6.—
„	15.	**Konrad Widerholt, der Kommandant von Hohentwiel.** Erzählung von Albrecht Thoma	„ 5.—
„	16.	**Johann Gutenberg, der Erfinder der Buchdruckerkunst.** Erzählung von Albrecht Thoma	„ 4.—
„	17.	**Der Leutfresser und sein Bub.** Eine Landsknechtsgeschichte aus der Zeit Georgs von Frundsberg. Von Richard Weitbrecht	„ 4.—

Es wird hier eine Bücherei geboten, die in **Meister-Erzählungen der besten Dichter und Jugendschriftsteller** dem heranwachsenden Geschlechte einen geradezu idealen Lesestoff bietet.